



Nach der Anti-Breschnew-Demo S.30-33

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.214 7.12.81 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 3
Förderpreis DM 8,-

»Winter-offensive«
der USA
gegen
Mittelamerika

Seite 23



Alternative Liste Hamburg gegründet



Mehr als 800 Menschen nahmen an dem zweitägigen Gründungskongress der Alternativen Liste in Hamburg teil. Nachdem ein Text zum Selbstverständnis bei 2 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen war und die Strukturdiskussion sogar mit einer einstimmigen Annahme abgeschlossen wurde, war es nach 15 Stunden teils ermüdender, aber dennoch geduldiger und engagierter Diskussion so weit: Unter großem Jubel von noch etwa 500 Anwesenden wurde die AL Hamburg gegründet, die bereits gegen Abend ca. 300

eingetragene Mitglieder hatte. Die AL hat sich als Symbol einen Biber gewählt (Er nagt überall so schön dran rum, er kann Sperrdämme speziell gegen rechts Fluten bauen, er wird sogar dort wieder angesiedelt, wo er ausgestorben ist – ein Beweis für seine Notwendigkeit). – Die Vorbereitungen hatten Wochen und Monate gedauert, bis es zwischen dem Initiativkreis für eine Alternative Liste, dem Bunte-Liste-Initiativtreffen, Bezirksgruppen für eine AL in Altona, Mitte,

Fortsetzung Seite 26

Spanien:

„... wir sehen uns nächste Woche, wenn das Militär nicht vorher putscht...“

Die Gerüchte wollen nicht abreißen, die besagen (erwarten/befürchten), daß Spanien nach sechs Jahren relativen Aufatmens unter einer parlamentarischen Demokratie erneut eine Militärdiktatur droht. Es wird konspiriert, es wird seitens der Armee offen provoziert – das ist jedem Arbeiter und jedem politisch denkenden Menschen in Spanien klar. Die Gewißheit, daß die Militärs mehr Macht, wenn nicht gar die ganze haben wollen, diese Gewißheit gehört in allen politischen Kreisen in Spanien zu den Selbstverständlichkeiten. Die Frage ist lediglich, wann und wie „sie“ es versuchen werden.

Einher mit dieser Gewißheit, die jeder spürt, geht die Lähmung der Linken, sofern die parlamentarischen Oppositionsparteien PSOE (Sozialdemokraten) und PCE (Eurokommunisten) unter diesen Begriffen zu fassen sind. Und die politische Lähmung betrifft insbesondere die Arbeiterbewegung, die mangels anderer „Vorbilder“ diesen beiden Parteien zugeneigt ist – und das ist die große Masse der spanischen Arbeiterklasse.

Obgleich die Putschgefahr fast mit Händen zu greifen ist, beschwichtigte Felipe Gonzalez (PSOE) während einer Rundfunksendung die Menschen kürzlich noch mit solch dummen Phrasen wie: Man lebe ja Gott sei Dank in einer Demokratie, in der nur die Stimmzahlen und nicht Druckmanöver von Mächten im Hintergrund zählen. Die Vogel-Strauß-Politik von PSOE und PCE ist kaum zu überbieten. Der politische Hintergrund dafür liegt darin, daß selbst bei einer – allerdings nicht altzu „plump“ ausfallenden – Regierungsübernahme durch das spanische Militär mit einem ernstlichen Widerstand seitens der Führung dieser Parteien nicht zu rechnen wäre. Als Wichtigstes erscheint ihnen, das Militär nicht zu „provokieren“, keinen Anlaß zum „Eingreifen“ zu geben. Die spanische Militärführung nimmt

dies dankend zur Kenntnis und rückt Zug um Zug vor.

Ist die Zeit „reif“?

Von verschiedener Seite wird eher damit gerechnet, daß es einen „weichen Putsch“ geben wird, d.h. Eintritt von Militärs in die Regierung unter weitgehendem Bestehenlassen der äußeren Fassade, d.h. des Parlaments sowie einiger Parteien. Tatsache wäre jedoch, daß ein solches Parlament real keine Macht mehr hätte und daß das Versammlungs-, Demonstrations- und Streikrecht drastisch „eingeschränkt“ würden. Auf jeden Fall wäre mit dem Verbot der wichtigsten linken Organisationen (Herri Batasuna/Baskenland und Movimiento Comunista) zu rechnen, sowie mit den entsprechenden Verfolgungsmaßnahmen und einem direkten Einsatz der Armee im Baskenland. **Weiter Seite 2**



Wieder Hunderttausende für ein atomwaffenfreies Europa

+++ Barcelona 200 000 +++ Athen 40 000 +++ Beloniki 7000 +++ Eleusa 16 000 +++
Kopenhagen 22 000 +++ Bern 24 000 +++ Hamburg 25 000 +++ Bukarest 300 000 +++





260.000 Faschisten versammelten sich in Madrid am Todestag von Franco - so viele Faschisten können sich in kaum einer anderen europäischen Hauptstadt so frei, unbehelligt und am heiligsten Tage versammeln.

Fortsetzung von Seite 1

Ein solcher Putsch würde die spanischen Antifaschisten vor eine sehr schwierige Aufgabe stellen, da eine einigermaßen „legale“ Verkleidung sowohl drinnen wie draußen (international) den Kampf und die Solidarität erschweren würden.

Ein sogenannter „weiche Putsch“ würde bedeuten, daß der spanische König mitspielt - was ihm mit Sicherheit kein großes Kopfzerbrechen bereiten würde. Doch ob sich der „weiche“ gegen den harten Putsch durchsetzen kann, das ist eine offene Frage, zum einen deshalb, weil die „gemäßigten“ Putschkräfte lediglich taktische Differenzen zu den harten haben, und zum anderen, weil die „Anti-Putsch-Kräfte“ sich hauptsächlich durch Nachgeben auszeichnen.

UCD-Regierung am Ende

Der Versuch, mit der strammen Rechts-Regierung unter Calvo Sotelo eine im Sinne der Militärs stabile politische Situation herzustellen, kann als gescheitert betrachtet werden. Calvo Sotelo löste kurz nach dem ersten Putschversuch am 23. Februar den vorherigen Regierungschef Suarez ab, der kurz vor dem 23. Februar unter öffentlich nie plausibel erklärten Gründen zurückgetreten war. Die bisherige Regierungszeit Calvo Sotelos steht ausschließlich unter dem Zeichen des Putschdrucks der Armee und ist von immer mehr Zurückweichen gekennzeichnet. Calvo Sotelo schloß mit den „gemäßigten“ Putschisten ein geheimes Abkommen. Calvo Sotelo schloß mit den „gemäßigten“ Putschisten die oberste Armeeführung, der JUEM, einen Pakt, wonach diese sich bemühen wollten, die „wildern Putschisten“ à la Tejero unter Kontrolle zu halten, während Calvo Sotelo die aufgewühlte politische Landschaft Spaniens mit harter Hand und starker Mehrheit regieren sollte. Doch der Regierungspartei UCD gelingt nicht die Integration nach rechts, die die Militärs von ihr verlangen.

Da ist zum einen die Wahlniederlage in Galizien, wo - allerdings bei einer nur 45 %igen Wahlbeteiligung - die rechtsextreme „Allianza Popular“ des Fraga Iribarne als stärkste Partei vor der Regierungspartei abschnitt. Da ist zum anderen die fast 90 %ige Zustimmung der Andalusier zu ihrem Autonomiestatut - also sowohl von rechts als auch von links (Autonomiefrage) steckt die Regierungspartei Niederlagen ein. Das Bündnis zwischen Calvo Sotelo und den „gemäßigten Putschisten“ bekam den ersten Riß, als die ETA Anfang Mai zwei schwere Attentate verübte. Die Regierung machte sich unglaublich, als sie die bestialische Ermordung von drei jungen Männern in Almería durch Guardia Civil-Besatzte trotz eindeutiger Beweise als „Unfall“ deckte. Sie machte sich vollends lächerlich, als sie den Überfall auf die Banco Central von Barcelona am 23. Mai (auf den Tag drei Monate, nachdem Tejero im Parlament rumgeballert hatte) als die Tat von Anarchisten und kriminellen Elementen hinstellte, obwohl jedes Kind in Spanien wußte, daß die Faschisten am Werk waren.

Und der andauernde öffentliche Skandal um das „Mörder-Öl“ (vergiftetes Olivenöl, durch das über 160 Menschen ihr Leben verloren und Tausende lebenslang geschädigt sind) macht diese Regierung zu einem Stein des Anstoßes bei jedem Spanier. Es sei hier kurz erwähnt, daß der spanische Staat ein Monopol über Ein- und Ausfuhr des Speiseöls hat, und daß hier staatlicher- und flüchtig an dem Tod und der Krankheit unzähliger Menschen nach wie vor verdient wird.

Nun sind der UCD vor kurzem auch noch ihre einzigen sogenannten „Sozialdemokratischen“ Parteiführer fortgelaufen, neun Abgeordnete und

sechs Senatoren, sodaß ihre Integrationsfähigkeit, die sie nie besonders stark war, für alle sichtbar abbröckelt. Offenbar betrachtet widerständigerweise die parlamentarische Opposition den Niedergang der UCD als „nationale Katastrophe“, es soll kein „Machtvakuum“ entstehen. Neuwahlen werden für zu riskant gehalten.

Wie das Kaninchen auf die Schlange wird auf das „Machtvakuum“ gestarrt, von dem die Putschisten schon lange reden und das sie bei jeder Gelegenheit bestätigt sehen. Die Armee ist in der Offensive, und jeder Schritt, den die andere Seite zurückweicht, stößt sie vor - und das Ganze nennt sich dann „Machtvakuum“.

Die zivile Macht in Spanien muß einiges einstecken. Nicht nur, daß der Verteidigungsminister unter Suarez, der sich dem ballenden Tejero im Parlament entgegenstellte und dabei zu Boden ging, sang- und klanglos abgewürgt wurde - der neue Verteidigungsminister Oliart wird auch nicht anders als ein Diensthabe behandelt. Der General Lopez Dorca verbot ihm Anfang Juni, an einer Versammlung in Melilla teilzunehmen, bei der dieser General gegen all jene zu Felde zog, die schlechte Dinge über die Armee verbreiteten.

Die UCD-Regierung hat scheinbar völlig widersprüchliche Maßnahmen gegenüber den harten putschistischen Kräften unternommen. Zwar wurden die sichtbarsten Köpfe des 23. Februar-Putschversuchs verhaftet, erfreuten sich jedoch der größten Freiheiten im Luxusknast, und Milans del

freuten sich jedoch der größten Freiheiten im Luxusknast, und Milans del Bosch, der am 23. Februar in Valencia die Panzer aufmarschieren ließ und den Ausnahmezustand erklärt hatte, wurde vor kurzem von der armen internen Ordensvergabe mit der Auszeichnung „Leiden für das Vaterland“ geehrt, was erst 24 Stunden später mit der Absetzung des ordensverleihenden Generals Ortiz Call seitens der Regierung quittiert wurde.

Der spanische Innenminister Rosón gründete in seinem Geheimdienst CESID eine Abteilung, die sich mit der Armeeverschwörung befassen soll; doch der Geheimdienst steckt selbst über beide Ohren in der Konspiration, und als am Namensstag des spanischen Königs wieder einmal ein Komplott aufgedeckt wurde und ein paar Leute verhaftet wurden, war wieder nur eine der Spitzen des Eisbergs getroffen.

Einige Putschisten sind verhaftet worden; viele von ihnen sind wieder auf freiem Fuß und befinden sich auf ihren alten Posten. Andere Putschisten wurden gar befördert. So Luis Carranza, der am 23. Februar auf Befehl von Milans del Bosch den Zivilgouverneur von Valencia festgesetzt hatte; er wurde kürzlich zum Kommandanten der Militärregion von Zaragoza befördert.

Offiziere der Panzerdivision „Brunete“, der Eliteeinheit zur Verteidigung von Madrid, die am 23. Februar „vorsorglich“ die Fernsehstation besetzt hatten, wurden inzwischen zu Brigadegenerälen befördert.

Das sind nur wenige Beispiele von vielen.

„Es wird verschwiegen, daß in Toledo, Valladolid und Madrid bestimmte Offiziere aktiv an der Gründung von paramilitärischen Banden und Todesschwadronen zusammen mit faschistischen Kreisen beteiligt sind“, schreibt MC (Movimiento Comunista) in einer Sonderausgabe ihrer Zeitung zur aktuellen Putschgefahr.

MC ruft die Menschen auf, dem zu erwartenden Putsch in jeder möglichen Weise entgegenzutreten.

„Wir wollen keine Militärregierung. Auch nicht, wenn der König sie segnet und das Parlament sie akzeptiert“.

Re., Spanien-Kommission

Demo-Sani-Prozeß: Justizskandal: Freispruch

Es war ein schlechter Tag für Hamburgs Politische Polizei: Der Prozeß gegen den Demonstrationenleiter Hans-Günter endete mit einem Freispruch in allen Anklagepunkten. Nichts blieb übrig von den Vorwürfen des schweren Landfriedensbruchs und schweren Widerstandes. Die Aussagen der Polizeizeugen, von Richter Sanders als „Wahrnehmungssinn“ gewürdigt, waren einfach zu dürftig koordiniert. Der Versuch, mit der nachträglichen Kriminalisierung eines Demonstrierers die Todesumstände Olaf Ritzmanns teilweise zu bereinigen, ist damit für's erste fehlgeschlagen.

Hans-Günter hatte am 25.8.1980 als gekennzeichnetster Sani an der Hamburger Anti-Strauß-Demonstration teilgenommen und war von einem Trupp der sog. 4. Alarmabteilung Hamburg (AAH, Bereitschaftspolizei-Hundertschaft) festgenommen worden. Eine halbe Stunde später kam eine andere AAH am Sternschanzenbahnhof zum Einsatz, in deren Verlauf Olaf Ritzmann vor die S-Bahn getrieben und der mitgeführte Sanibus fachgerecht zerlegt wurde. Aufklärung tat not: Die Polizei - in eigener Sache ermittelt - präsentierte drei Zeugen, die Hans-Günter aus eben diesem zerstörten Sanibus vor seiner Festnahme eine Bierflasche werfen gesehen haben wollen, eine weitere Flasche sowie ein Stein kamen noch hinzu. Der Anklagepunkt „Widerstand“ wurde angehängt. So konnte der ermittelnde Staatschutzbeamte vermerken, daß der zerstörte Bus bereits vorher an „kriminellen“ Handlungen beteiligt war ...

Der Angeklagte hatte Glück: Staatsanwalt Ehlers mangelte es am nöti-

gen Biß, Richter Sanders hatte offensichtlich Spaß an der Wahrheitsfindung und hielt auch den von der Verteidigung aufgezeigten Zusammenhang mit der Sternschanzen-Affäre „für zumindest schlüssig“ und Hans-Günters Verteidiger Hartmut Schärmer ließ nacheinander die Zeugen der Polizei in ihren widersprüchlichen Aussagen abtaufen. Ihre Erinnerung, nachträglich in das tatsächliche Geschehen einkopiert, wies eklatante Bruchstellen auf: Bei dem einen war es zum Zeitpunkt der Festnahme noch heller Tag, während der andere sich deutlich an die späte Dämmerung erinnerte, der eine hatte am Ort des Geschehens fließenden Straßenverkehr wahrgenommen, während der andere die Straße von Menschen gefüllt erinnerte, der eine meldete die Polizeikette gut 50 m entfernt von der Erinnerung des anderen an - nur an die Würfe der „braunen Halbwütscherflasche“ und des „kaninigen Steins“ (von einem der Zeugen „als solcher“ in der Luft erkannt) konnten sie sich genau erinnern.

Ein Festessen für die Verteidigung: Als bei zwei Ortsterminen auch noch eine dichte Baumreihe zwischen dem angeblichen Steinwerfer und der Polizeikette gezeigt werden konnte und selbst zu diesem Zeitpunkt die Polizeizeugen ihre Aussagen noch nicht aufeinander abgestimmt hatten, war der Fall klar. Zwar forderte der Staatsanwalt Ehlers elf-einhalb Monate Freiheitsstrafe auf drei Jahre zur Bewährung und vermerkte es als strafverschärfend, daß Hans-Günter seine Taten „unter dem Schutz der Genfer Konvention“ begangen habe, aber der Verteidigung war es ein Leichtes,

anhand der Polizeiaussagen das Anklage-Gebäude zu zerbröckeln.

„Im Namen des Volkes ... Freispruch!“ lautete die selten gewordene Entscheidung des Gerichtes, begleitet vom Beifall der Zuschauer, die einen repräsentativen Querschnitt der Patienten der Sanigruppe bildeten. Über sechs Verhandlungstage hatten sie den Prozeß verfolgt und freuten sich mit dem Angeklagten über die Begründung, „daß von allem nichts übrigblieb“.

„Wir sind bei der Demo-Erste-Hilfe schon genug politischem Druck ausgesetzt, als daß wir unsere Arbeit durch Steinwürfe noch zusätzlich gefährden. Das ist den auf uns angesetzten Beobachtern ja auch bestens bekannt“, kommentierte Hans-Günter den Prozeß. „Die zeitweilig bestehende Schonfrist für unsere Arbeit ist aber offensichtlich abgelaufen: In Freiburg wurde vor kurzem ein Sani zu vier Monaten verurteilt, in Westberlin wurden zwei Sanis erst nach zwei Wochen Haft gegen Auflagen freigelassen und haben demnächst auch ihr Verfahren. In Itzehoe steht Anfang Januar ein Osnabrücker Sani vor Gericht - ihm wird die Erste-Hilfe in Brokdorf als Gefangenendefekung gewertet. Wir werden in dieser Richtung noch einiges zu erwarten haben, schließlich sorgen wir u.a. auch dafür, daß zumindest ein Teil verletzter Demonstranten weiteren Mißhandlungen sowie Festnahmen und Ermittlungen entzogen werden - ein Gedanke, der bei Einzelkriegerungen und Staatsanwaltschaften helle Entsetzen auslösen muß“.

Ein Prozeßbeobachter



Zeitmietverträge: Mieterrechte werden vermarktet

Anders als eine Jacke oder ein Paar Schuhe unterliegt die Ware Wohnung einem besonderen Verbraucherschutz. Wer sich beispielsweise eine Jacke kauft, muß damit rechnen, sie in zwei Jahren gegen eine neue ersetzen zu müssen, weil die dann wahrscheinlich abgenutzt ist. Wer dagegen eine Wohnung mietet, darf im Regelfall davon ausgehen, sie möglicherweise bis ans Lebensende nutzen zu können. So garantiert es der Kündigungsschutz in Form der bisher üblichen unbefristeten Mietverträge. Nach den neuesten Ankündigungen aus Bonn soll ab 1982 mit dieser Selbstverständlichkeit Schluß gemacht werden. Bundesjustizminister Schröder plant die gesetzliche Zulassung von Zeitmietverträgen, die nach maximal drei Jahren ablaufen. Es gibt zwar heute schon Zeitmietverträge, die aber zumindest noch die Möglichkeit einer Verlängerung enthalten. Die neue Variante der Zeitmietverträge sieht diese „soziale Härteklause“ jedoch nicht mehr vor. Das bedeutet: wer seine drei Jahre abgewohnt hat, muß sich eine neue Bleibe besorgen. Ganzen Bevölkerungsschichten droht damit das Schicksal, wie Nomadenstämme alle paar Jahre hin und her zu ziehen. Demagogisch gibt Schröder vor, mit Dreijahresmietverträgen könne und solle der selbst der Bundesregierung

aufgefallene Mißstand von über 600.000 leerstehenden Wohnungen in der BRD überwunden werden, indem die mit leeren Häusern spekulierenden Kapitalisten animiert werden, vorübergehend und zeitlich begrenzt Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Neben diesem winkenden Zusatzprofit liegt der eigentliche Gewinn für Vermieter jedoch in einem viel weitergehenden Punkt, vor dem selbst einige sozialdemokratische Wohnungspolitikern warnen: was zunächst nur für Ausnahmefälle, sprich leerstehende Häuser gilt, kann und wird - denn wer kontrolliert das - schon morgen für alle Mietverhältnisse gelten. Damit wäre der durch die Staffelmiete ab Januar 1982 ohnehin schon ramponierte Mieterschutz völlig außer Kraft gesetzt. Und der wird bezeichnenderweise von Vermietern immer wieder als Hauptursache Nr. 1 für die Misere in der Wohnungspolitik strapaziert.

Wes Geistes Kind Zeitmietverträge sind, zeigt die Tatsache, daß es die Marktwirtschaftsfaschisten von CDU und FDP sind, mit deren Unterstützung Schröder das neue Gesetz verabschieden lassen kann. Die sich noch etwas zierende SPD muß für diese Schweinerei gar nicht beansprucht werden.

Wohnungskommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlags-
Kooperative GmbH, Lorchstr.
75, 2 Hamburg 50; Fernruf
Hamburg 43 53 20 oder 43 53 44;
Redaktion Hamburg 43 54 15;
V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlags-
anschrift: Abonnementspreis
jährlich DM 90, halbjährlich DM
45 (als Förder-Abo jährlich 140,
halbjährlich DM 75; Bezahlung
im Abraf, sonst Pöckel Hamburg
27175-203 / BLZ 200 100 20
oder Dresdner Bank Hamburg,
Konto 4810 65500 /
BLZ 200 600 00;
Einsendepreis DM 3,-; erscheint
14tägig. Bei Nichterschollen
durch höhere Gewalt keine Ent-
schädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000
Eigentumsvorbehalt: Nach die-
sem Eigentumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Eigentum des
Abonnenten, bis sie dem Gefangenen
persönlich ausgehändigt
worden ist. „Zur-Habe-Nahme“
ist keine Auslieferung im Sinne
des Vorbehalts. Wird die Zeit-
schrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie
dem Abonnenten mit dem Grund
der Nichtauslieferung zurück-
zugeben.

Aufruf zum ersten bundesweiten Kongreß aller autonomen Friedensinitiativen vom 19. bis 21. März 1982 in Osnabrück

Die Stationierung von neuen Mittelstrecken-Raketen in der Bundesrepublik steht uns ins Haus. In Bonn haben 300.000 Menschen ihre Angst und Ablehnung gegenüber einem solchen neuen Schritt der Aufrüstung zum Ausdruck gebracht. Jetzt kommt es darauf an, diesen Widerstand weiter zu entwickeln.

Eine autonome und basisorientierte Friedensbewegung ist unerlässlich

Die neue Friedensbewegung ist zu einem bedeutenden Träger des Widerstandes gegen die herrschende Politik der Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Die Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Bonner Demonstration haben aber gezeigt, daß zwar die traditionellen Friedensorganisationen in der Öffentlichkeit das Geschehen dominierten, tatsächlich aber nicht die gesamte neue Friedensbewegung repräsentierten. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Friedensbewegung. Mit ihrem vorsichtigen Taktieren (z.B. die Verhinderung der Rede des Vertreters der Befreiungsbewegungen, Toni Sedat) und ihrer langjährigen Distanzierung von anderen Widerstandsaktionen (z.B. Besetzung der Startbahn West/in Frankfurt) haben sie aber Mißtrauen gesät.

Die Bonner Parteien versuchen die Friedensbewegung parteipolitisch zu instrumentalisieren. Eine wie auch immer geartete Integration in die SPD ist für die Friedensbewegung tödlich, wird sie spalten und zur Resignation vieler Menschen führen.

Deshalb muß die neue Friedensbewegung durch die Schaffung einer eigenen Infrastruktur und durch Kooperation jenen politischen Ausdruck finden, der ihrer wirklichen Stärke entspricht. Nur so kann der neuen Friedensbewegung Stabilität und Dauer verliehen werden. Nur so kann auch gewährleistet werden, daß der entschlossene Kampf aller Menschen gegen die Aufrüstung in der Bundesrepublik und das Wettrüsten in Ost und West ungeschert der Interessen der etablierten Parteien und Organisationen entscheidende Siege erringt.

Unsere Gemeinsamkeiten

- Wir sind gegen die Auf-/Wettrüstung, haben mit der Abschreckungslogik gebrochen, und glauben, daß die Kriegsgefahr nicht ausschließlich von der Existenz von Waffen abhängt, sondern von den Interessen der Herrschenden.
 - Wir haben erkannt, daß die westlichen Staaten, insbesondere die USA, die Aufrüstung vorantreiben. Zugleich stellen wir fest, daß die Sowjetunion sich am Wettrüsten beteiligt.
 - Wir fangen an zu begreifen, wie sehr die herrschende "Sicherheitspolitik" die Menschen entmündigt und in den sogenannten Verteidigungsszenarien zu kollektiven Geiseln mit Megatönen macht. Auf diese Herausforderung reagieren wir mit unserer autonomen und basisorientierten Friedensbewegung. In unserer Bewegung meldet sich die Bevölkerung selbst zu Wort.
 - Aufklärung, Abschütteln der Ohnmacht, Aufkündigung der Loyalität gegenüber der tödlichen Abschreckungs- und Blocklogik der Regierenden, Unabhängigkeit von etablierten Parteien und Organisationen, Selbstbestimmung über unser Sicherheitsbedürfnis, über unsere Kampf- und Widerstandsformen sind entscheidende Charakteristika unserer Bewegung. Die Aufkündigung der Loyalität bedeutet für uns eine grundlegende Umorientierung im Denken und Handeln. Wir sind damit nicht gegen die bestehenden Friedensorganisationen, sondern für eine neue Qualität der Zusammenarbeit und die Stärkung unseres gemeinsamen Widerstandes.
 - Appelle an Regierungen können zwar einen mobilisierenden Effekt haben, reichen aber nicht aus. Unser Adressat ist in erster Linie die betroffene Bevölkerung und nicht die Regierungen. Wir setzen unser Vertrauen nicht auf Regierungsverträge, die von Abrüstung und Entspannung reden und Aufrüstung und Unsicherheit bewirken.
 - Aufkündigung der Blocklogik und Kampfansage gegen die Rüstungspolitik der Industrieländer bedeutet für uns die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und Völkern der Dritten Welt, die nach Frieden, Gerechtigkeit und Emanzipation streben.
 - Wir wenden uns gegen die weitere Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Einschneidende Maßnahmen zu einer solchen Militarisierung stehen unmittelbar bevor. 1982 soll das Gesundheitsstellungsgesetz verabschiedet, die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr geregelt, die Verlängerung des Zivildienstes geplant und die Frage des Wehrkundeunterrichtes an den Schulen geklärt werden.
 - Darüberhinaus ist eine Liberalisierung der Waffenexporte geplant.
- Die folgenden Forderungen stehen unmittelbar bevor, 1982 soll das Gesundheitsstellungsgesetz verabschiedet, die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr geregelt, die Verlängerung des Zivildienstes geplant und die Frage des Wehrkundeunterrichtes an den Schulen geklärt werden.
- Darüberhinaus ist eine Liberalisierung der Waffenexporte geplant.

Der Kongreß als notwendiger Schritt

Aus der Erkenntnis und Sorge, daß ohne eine starke autonome und basisorientierte Friedensbewegung der Widerstand gegen die geplante NATO-"Nach"rüstung und gegen die steigende Kriegsgefahr an den oben genannten Schranken der traditionellen Organisationen der Friedensbewegung und an der Übermacht der etablierten Parteien, Institutionen, und Massenmedien scheitern könnten, haben die unterzeichnenden Friedensinitiativen beschlossen, einen Kongreß zu initiieren.

- Der Kongreß soll gewährleisten, daß
- a) über aktuelle Fragen unserer Bewegung diskutiert wird,
 - b) dringend notwendig gewordene Aktionen und Kampagnen diskutiert und beschlossen werden und
 - c) erste organisatorische Maßnahmen zur weiteren Kooperation des gemeinsamen Widerstandes aller Friedensinitiativen ergriffen werden.
- Die Form und Gestaltung unseres Widerstandes kann selbstverständlich nur aus gemeinsamer Erfahrung, Diskussion und Praxis hervorgehen.

Wir rufen alle Menschen ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, der politischen Orientierung und religiösen Weltanschauung, die die Kriegsgefahr ernst nehmen und die Stärkung der unabhängigen Friedensbewegung für wichtig erachten, dazu auf, sich an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses zu beteiligen.

Bitte diskutiert und unterstützt diesen Aufruf und schickt Vorschläge für die inhaltliche Gestaltung an nachfolgende Kontaktadresse.

Es soll eine Materialmappe erstellt werden, in die alle schriftlichen Stellungnahmen und inhaltlichen Themen aufgenommen werden.

Kontaktadresse:
Gabl Nickstadt
Diefinger Str. 43
4500 Osnabrück
Tel.: 0541 — 28426
Mo-Fr 16.00 - 20.00 Uhr

Spendenkonto: Friedenskongreß
3207255 Stadtparkasse Osnabrück
(Spenden dringend notwendig)

Der Aufrufstext wurde auf einem Kongreß-Vorbereitungstreffen am 5.12. in Göttingen von rund 80 Leuten aus mindestens 30 Gruppen diskutiert und so verabschiedet. Ein Alternativ-Entwurf, der die in dem Aufrufstext enthaltenen Abgrenzungsversuche nicht enthielt, wurde bedauerlicherweise abgelehnt. Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 16./17. Januar 1982 in Osnabrück statt (Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben).

Ursprünglich sollte der Kongreß selbst schon Ende Januar stattfinden, ist jetzt aber leider auf den 19.-21. März verschoben worden. Die Begründung dafür war mehrheitlich, daß die Vorbereitung auf die Themen des Kongresses

»Nulllösung« — Eine Falle für die Friedensbewegung

Von der „Null-Lösung“ ist im Zusammenhang mit den inzwischen begonnenen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen viel die Rede. Wie „Die Welt“ am 30.10. meldete, hat man sich in der NATO auf die Verhandlungslinie geeinigt, „Moskau zur Verschrottung aller Mittelstreckenraketen aufzufordern. Dies wäre die „Null-Lösung“, die im Lager der westlichen Friedensbewegung lebhaft gefordert wird“. Inzwischen haben Politiker und Militärs klargemacht, daß sie von der Sowjetunion als Gegenleistung für einen Verzicht auf die „Nachrüstung“ nicht weniger fordern als die Verschrottung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen, einschließlich der SS 20 an der chinesischen Grenze und einschließlich der älteren SS 4 und SS 5.

Die Berufung der NATO-Strategen auf die Friedensbewegung ist leider nicht nur demagogisch, sondern hat reale Grundlagen. Obwohl sich die Friedensbewegung immer von der Behauptung abgegrenzt hat, es gebe eine sowjetische „Vorrüstung“ auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen, sind dieser Legitimation der NATO-Aufrüster zunehmend Konzessionen gemacht worden. Das begann bei der suggerierten Gleichsetzung zwischen NATO-„Nachrüstung“ und sowjetischen SS 20, wie sie beispielsweise im Aufruf der Russell Peace Foundation und im Programm der Alternativen Liste Westberlin zu finden ist. Und das steigerte sich in verhängnisvoller Weise im Aufruf zur Anti-Broschnew-Demonstration (22.11.), in dem Verzicht der NATO auf die „Nachrüstung“ und „schrittweiser Abbau aller sowjetischen Mittelstreckenraketen“ als austauschbare, also scheinbar gleichwertige Abrüstungsleistungen gefordert werden.

Die Argumentation der NATO-Politiker und -Militärs hat zumindest eine innere Logik: Mit ihren SS 20 habe die Sowjetunion vorgerüstet und dadurch das militärische Gleichgewicht in gefährlicher Weise gestört. Um den Frieden zu erhalten, müsse das Gleichgewicht wiederhergestellt werden. Das könne entweder durch eine vollständige Aufhebung der sowjetischen Vorrüstung (Verschrottung sämtlicher Mittelstreckenraketen) geschehen oder durch eine Verschrottung zumindest des Großteils der sowjetischen Mittelstreckenraketen, wie es Schmidt und Mitterrand in die Debatte brachten. Andernfalls müsse das Gleichgewicht durch eine Nachrüstung der NATO (Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa) wiederhergestellt werden.

Welche Logik aber liegt in dem von Grünen, BBU, AL, Westberlin und anderen getragenen Aufruf, der „Nachrüstungs“-Verzicht der NATO und „schrittweisen Abbau aller sowjetischen Mittelstreckenraketen“ gegeneinander austauschen will? Die Logik der Wiederherstellung eines angeblich von der Sowjetunion gestörten militärischen Gleichgewichts durch einseitige Abrüstung der Sowjetunion auf einem Teilgebiet ihrer Streitkräfte? Also die Logik und die manipulierten Statistiken der NATO? Oder welche Logik sonst?

Es gibt, bis weit in die SPD hinein, niemanden in der Friedensbewegung, der eine militärische Überlegenheit der Sowjetunion vermutet. Aber, so wird argumentiert, die SS 20 bedrohen unser Land. Das trifft zu. Ebenso trifft zu, daß auch viele andere Waffensysteme der Sowjetunion eine hypothetische Bedrohung für die BRD darstellen. Hier von ausgehend könnte man als sowjetische Gegenleistung für einen „Nachrüstungs“-Verzicht der NATO also noch viel weitergehendere Forderungen erheben als bloß die Verschrottung der SS 20. Die Sowjetunion müßte, so wäre zu schlußfolgern, einseitig auf ein Niveau herunterrücken, das wir ihr gerade noch als notwendigen Eigenbedarf zur Selbstverteidigung zugestehen.

Will die Friedensbewegung hier Abrüstungsforderungen und Schritte im Ostblock unterstützen, so kann sie dies ernsthaft und wirkungsvoll dadurch tun, daß sie wir ihr gerade noch als notwendigen Eigenbedarf zur Selbstverteidigung zugestehen.

Will die Friedensbewegung hier Abrüstungsforderungen und Schritte im Ostblock unterstützen, so kann sie dies ernsthaft und wirkungsvoll dadurch tun, daß sie tatsächliche Abrüstungsschritte hier bzw. in der NATO durchsetzt. Bisher hat die Friedensbewegung hier das (noch) nicht erreicht.

Das Interesse der NATO-Strategen ist es, Forderungen an die Sowjetunion so zu formulieren, daß deren Erfüllung das ohnehin vorhandene militärische Übergewicht

des Westens weiter vergrößern würde. Die voraussehbare Ablehnung solcher Forderungen durch die sowjetische Seite kann dann als Legitimationsgrundlage für weitere Aufrüstung der NATO dienen.

Diese Taktik der NATO ist seit langem bekannt. Neu und besorgniserregend ist die gewollte oder ungewollte Anpassung von Teilen der Friedensbewegung an diese Taktik. Denn die Übernahme der NATO-„Nulllösungs“-Forderung kann nur dazu dienen, Desinformation in die Bevölkerung zu tragen und der Darstellung des militärischen Kräfteverhältnisses durch die NATO (sowjetische Vorrüstung und gefährliche Überlegenheit) Vorschub zu leisten. Der anzurichtende Schaden ist erheblich, zumal solche Bedrohungsallüren das deutsche Volk schon einmal dazu motiviert haben, den Zug der Lemmings anzutreten. Friedensbewegte, die allzu arglos der populären Russen-Angst Zugeständnisse machen, sollten sich über die Folgen Rechenschaft geben.

Es gibt überhaupt keinen rationalen Grund, daß die auf diesem Weg befindlichen Teile der Friedensbewegung hartnäckig darauf verzichten, die bereits in Europa vorhandenen Mittelstreckenraketen der NATO in ihre Kalkulationen und Forderungen einzubeziehen. Diese Weigerung kommt einer Überanpassung an die NATO-Strategen gleich, die ihrerseits längst klargemacht haben, daß für sie die bereits in Europa stationierten Waffensysteme der NATO nicht Verhandlungsgegenstand sein werden.

Das bereits vorhandene Mittelstreckenpotential in Westeuropa ist beträchtlich. Dazu gehören Bomberflotten, see- und landgestützte Mittelstreckenraketen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, dessen Ausbau neben der geplanten „Nachrüstung“ in atemberaubendem Tempo voranschreitet. Bei einer Zusammenstellung der jetzigen Mittelstreckenraketen des Westens in Europa kommt „Nachrüstungs“-Befürworter Theo Sommer in der „Zeit“ auf 548 Trägersysteme mit 1.546 Sprengköpfen („Zeit“, 24.4.81). Bastian und Piecyk errechnen in einer Broschüre 558 Trägersysteme mit 1.906 Sprengköpfen („UZ“, 26.8.81). So oder so wird aus diesen Zahlen offensichtlich, daß eine einseitige Verschrottung der sowjetischen Mittelstreckenraketen — wie von der NATO und Teilen der Friedensbewegung gefordert — einen enormen Rüstungsvorteil für den Westen bedeuten würde. In extrem manipulierten Vergleich kommt „Die Welt“ vom 3.11. zu einer Überlegenheit von 4 : 1 des Ostens. Für den Westen werden lediglich 402 Systeme und 1.410 für den Osten (bzw. 1.730 bei jeweils zwei SS-20 pro Anlage) angegeben. Mit phantastischen Tricks kommen NATO-Statistiken zu noch höherer Überlegenheit, Reagan sprach von einem Kräfteverhältnis von 8 : 1 zugunsten des Ostens. Bastian und Piecyk errechnen hingegen sogar ein Kräfteverhältnis von 1.906 zu 1.780 Sprengköpfen zugunsten des Westens, wobei die SS 20 schon mit jeweils drei Sprengköpfen berechnet und die veralteten SS 4 und SS 5 mitgezählt sind.

Daß große Teile der Friedensbewegung zu solchen makabren Zählspielen keine Lust haben, ist verständlich. Das sollte aber nicht dazu führen, aus purer Gleichgültigkeit gegenüber den realen Kräfteverhältnissen die NATO-Forderung nach einseitiger Abrüstung der Sowjetunion zu unterstützen.

Die Friedensbewegung würde ihren Zweck gänzlich verfehlen, wenn sie sich gewollt oder ungewollt an Verhandlungslinien der NATO orientiert und Beiträge zur Schürung der Bedrohungs-Psychose in unserem Volk leistet. Die Friedensbewegung sollte tatsächlich eine Nulllösung fordern, nämlich als 1. Schritt die Verschrottung sämtlicher Mittelstreckensysteme im Osten wie im Westen, einschließlich der forward-based-systems, der britischen und französischen Waffen.

Bereitschaft zum Einsatz von die hier aufgeworfenen Fragen wäre der erste notwendige Schritt, um einen Marsch in die Sackgasse zu vermeiden.

Hamburger Friedenskoordination 3.12.81

Sternmarsch in Hamburg Kloses Eintritt in die Friedensbewegung

Auf Initiative des Hamburger Forums fand am 5. Dezember ein Friedensmarsch statt, an dem sich mehr als 20.000 Menschen beteiligten. Zum Leitmotiv hatten die Träger des Hamburger Forums, DKP- und Jusos-Kreise, die Parole „Keine neuen Atomwaffen in Europa!“ ausgerufen. Nicht nur diese Hauptforderung, sondern auch die Zusammenstellung der Hauptredner bedeuteten ein weitgehendes Zugeständnis an die SPD. Zu Wort kamen auf der Abschlußkundgebung Ragna Behrend, (Betriebsrätin), Pastor Ziegenricker (Mitglied der DFG/VK) und Hans-Ulrich Klose, welcher noch vor wenigen Monaten gegen das Hamburger Forum und für die Nachrüstungsbeschlüsse zu Felde gezogen war. Klose bezeichnete in seiner Rede die Diskussion um die „Null-Lösung“ als verlogen, sprach sich gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa aus und für eine zwischen Ost und West vereinbarte atomwaffenfreie Zone in Europa. Mit „Antiamer-

kanismus“ habe diese Position ebenso wenig zu tun wie mit einem „neuen linken Nationalismus“. Seiner Ansicht nach gehört die NATO zu „den Instrumenten, über die nachgedacht werden muß“. Doch „damit kein Mißverständnis entsteht“ betonte er, er sei keineswegs für einen Austritt der BRD aus der NATO! Die Strategie der Abschreckung hält Klose für untauglich, da ein Atomkrieg heute für führbar bzw. gewinnbar gehalten wird. Zwar unterstelle er niemandem im Westen, eine Vernichtung der Sowjetunion durch einen atomaren Breitschlag zu planen. Er habe aber Befürchtungen, die SU könne einer derartigen Eindruck gewinnen. Einen Unterschied zwischen der Friedensbewegung und den Regierenden sah Klose lediglich in folgendem: „Die Regierungen wollen den Frieden sichern, wir aber wollen in Frieden leben!“ Ja, wer macht eigentlich den Krieg, wenn ihn doch keiner will?

S. Hamburg

Freiheit, die sie meinen

„Denk ich an die Startbahn in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“: O-Ton der hessischen CDU SPD-FDP dieser Tage.

Denn: allegro, ma non troppo, blöht die Startbahngegner demokratischen und rechtsstaatlichen Freiheiten, demokratischen und rechtsstaatlichen Rechtsstaat, den wir ja hatten, aus den Ängeln.

Wir wollen der meistgen Leserschaft nicht verheimlichen, wie so was vor sich geht.

Pathetisch rief der Frankfurter Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Hellwig (CDU) aus:

„Es geht um unseren Staat“. Um „unseren“ Staat zu schützen - wer wäre nicht auf die Idee gekommen? - sind eben auch Opfer nötig.

„Diese friedlichen Startbahngegner werden sich jetzt immer mehr vor die Frage gestellt sehen, ob sie nicht im Übergangsstadium unserer Staatsform, im Übergangsstadium von uns allen, vorübergehend auf die Ausübung ihrer Grundrechte, auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verzichten sollen, damit die Nicht-Friedfertigen, die Gewalttätigen, sie nicht mißbrauchen können und keine Nährboden, keine Basis für den Kampf gegen unseren Staat, gegen uns alle, finden können“.

Hellwig, namens der CDU, erinnert mahnend:

„Das Recht wurde schon einmal in unserer Geschichte danach geteilt, was bestimmten Personen nützte. Am Ende dieser Entwicklung stand der totale Unrechtsstaat, denn Recht und Rechtsstaatlichkeit lassen sich nicht teilen, ohne daß sie zerstört werden“ („FAZ“, 21.11.81).

Verzicht: der Begriff lädt zum Nachdenken ein. Eine neue Methode des Vergegenwärtigens, Verzichtes... Unter dem Naziregime „verzichteten“ auch Millionen (auf ewig) auf ihre „Grundrechte“ - Berufsverzicht statt Berufsverbot? „Lebensverzicht“ statt KZs...?

Einer, der's wissen muß, nämlich Bundespräsident Carstens, meinte beim Sankt-Martins-Freundschaftsmahl:

„Dieses Deutschland ist weder traditions- noch orientierungslos“ („FAZ“, 13.11.81).

Dieses Zitat sollte nicht böswillig interpretiert werden. Die Startbahngegner brauchen sich zumindest als Antifaschisten nicht einzumischen. Zum Beispiel ist an ihrer Seite Ministerpräsident Börner: Er macht sich größte Sorge um die „juristische Terminologie“ der Startbahngegnerbewegung. Diese sei nicht in Ordnung, sondern dem „Nazi-Jargon“ anverwandelt. Denn wenn die Startbahngegnerbewegung den demokratischen Rechtsstaat in Zweifel ziehe und

(angeblich) mit Formeln wie „gesundes Volksempfinden“ rumjongliere, dann öffne man die „Schleuse für ganz andere Volksbegehren“, dann sei es „ein gedanklich kleiner Schritt zu einem Volksbegehren 'Ausländer raus' oder 'Todesstrafe'“. Coebbold hat angefangen, von der „Schwatzbude“ zu reden und meinte den Reichstag. Und am Ende stand die Reichskristallnacht“ („FAZ“, 13.11.81).

Soll das als Selbstkritik verstanden werden? Immerhin hat sich die SPD-Landesregierung an der Kampagne „Ausländer raus“ führend beteiligt. Börner selbst hat sich noch vor kurzem im Kreis der Ministerpräsidentenkonferenz zum Fürsprecher weiterer Aufenthalts- und Einreisbeschränkungen für Ausländer gemacht. Gerade seine sog. „Stammwähler“ wären möglicherweise für eine solche Kampagne der CDU oder NPD zu haben. Dagegen haben Sprecher der Startbahngegner mehrfach bedauert, daß unsere ausländischen Mitbürger nicht am Volksbegehren gegen die Startbahn teilnehmen können, und sich für ihr Wahlrecht eingesetzt (was von der SPD abgelehnt wird!).

In Hessen wird heute viel vom „Widerstandsrecht“ gesprochen. Was darunter zu verstehen sei, erläuterte der Frankfurter OB Walter Wallmann (CDU): „Der Widerstand muß darauf gerichtet sein, die bestehende Ordnung zu sichern“. Ordnung oder Chaos - vor der Alternative stehen wir: „Jeder darüber hinausgehende Versuch, ein vermeintliches Widerstandsrecht für - wie immer geriet - Interessen in Anspruch zu nehmen, müßte den Bürgerkrieg (!) in diesem Land auslösen“.

Als Rädelführer der Startbahngegner hat Walter Wallmann Herbert Marcuse ausgemacht, der im „Eindimensionalen Menschen“ zur Mißachtung von Mehrheitsentscheidungen aufgerufen habe.

„Wenn sich die Gegner des Flughafens heute dieser Argumentation bedienen, so müssen sie wissen, daß sie damit den Boden unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung verlassen, die zur Herausbildung von parlamentarischen Entscheidungsmechanismen Regeln vorgegeben hat, deren Mißachtung zum gesellschaftlichen Guerilla-Krieg führen muß“ („FAZ“, 27.11.81). Aber, aber: Wer sagt denn, daß der Flughafenbau eine „Mehrheitsentscheidung“ ist? Da wollen wir den Volksentscheid doch lieber erst abwarten, gelte?

Ganz in diesem Sinne fürchtet übrigens Innenminister Gries (FDP) „weitere Töne“, wenn sich die „Gewalt so ausbreitet wie bisher“ (Interview in der „Quick“). Auch Börner sieht nur noch die Wahl zwischen „Anarchie oder Diktatur“

(diese Leute haben wirklich schlimme Phantasien...). „Anarchie“ - dies wird hervorgerufen, wenn man „monatelang mit hasserischen Formulierungen und skandalösen Begriffsverwendungen wie 'Staatsstreich' und 'Verfassungsbruch' die rechtsstaatlichen Entscheidungen abwertet“. „Diktatur“ (worüber keines staunen sollte) ist gegeben, „wenn man den Polizeieinsatz als 'staatlichen Terror' denunziert“ - dann trägt man eben „die Verantwortung für die Gewalt am Flughafen“ („FR“, 26.11.81). Dies ist vorzuziehen logisch - denn: „Wer zur Gewalt aufruft oder eine demokratische Regierung zu erzwingen versucht, legt die Art an die Wurzeln der Demokratie“ (ebda).

Um diese bedrohliche Entwicklung - Diktatur - abzuwenden, rief der SPD-Fraktionsvorsitzende Winterstein die Betreiber des Volksbegehrens dazu auf, der Bevölkerung

an: Unter Umständen, so suggeriert er, seien die am 14.11. in Wiesbaden abgegebenen 220.000 Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens wenn nicht insgesamt, so doch zum Teil gefälscht.

„Ob die Unterschrift persönlich geleistet wurde, dafür gab es nur ein Indiz: den mit eintragenden Geburtstag. Aber manche Leute kennen manche Leute Geburtstag: Versicherungsverzeichnisse oder auch aus Handbüchern“ („FAZ“, 23.11.81). Für den Fall, daß die Unterschriften doch echt sein sollten, hat Börner schon erklärt: „Auch mit 200.000 Unterschriften kann man nicht beweisen, daß man Recht hat“ („FAZ“, 13.11.81). Übrigens auch nicht mit 30% der Stimmen (voraussetzungslos SPD-Wahlergebnis bei den Landtagswahlen 82).

Altstar Rudi Arndt, Vorgänger

ter Spezialist in Sachen „Linksabweichler“. So bringt er sich unermüdlich und unvermeidlich in Erinnerung, um seinem Lebenswerk - die SPD möglichst weit nach rechts zu peitschen - treu zu bleiben.

Alle sind sich einig: Wenn Volksbegehren und Volksentscheide einreißen, und das Volk seinen Willen gar gegen die Regierenden durchsetzen will, dann gibt es „Diktatur“. Und die machen sie, schweren Herzens natürlich, dann schon lieber selbst. Für die CDU Hessen, deren Vorsitzendem Dröger es nur in den seltensten Fällen gelingt, die vom Faschismus vorgegebenen Denkrichtungen zu verlassen (Ausländer raus, deutsche Soldaten an den Golf, Innere Sicherheit), ist dies beileibe kein Wunder. Aber daß Börner z.B. flüsternd entschlossen scholnt, einen Brünig noch rechts zu überholen, das zeigt doch klar, wie diese Leute



Während Ministerpräsident Börner am 25.11. vor dem Landtag verkündet, daß er das Volksbegehren „Keine Startbahn West“ als unzulässig ablehne, hängen kletterkundige Startbahngegner den Artikel 118 der hessischen Verfassung auf das Dach des Parlamentsgebäudes!

Die Gesetzgebung wird ausgeübt:

- I. durch das Volk im Wege des Volksentscheids;
- II. durch den Landtag.

„von sich aus reinen Wein einschenken über die auch ihnen seit langem bekannten verfassungsmäßigen Bedenken gegen ein Volksbegehren“.

Noch bestünde eine Chance, vorausgesetzt den „Täuschungsmanövern bestimmter Kreise und Scharmacher“ werde entgegengetreten „dem Recht absoluter Vorrang“ eingeräumt („FR“, 25.11.81).

Eine weitaus undramatischere Lösung bietet E.H. von der „FAZ“

von Wallmann im Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters, sagt es hart, aber ehrlich: Die Startbahngegner würden Leuten den Weg bereiten, gegen die „Strauß und Dröger noch Linksabweichler“ sind („FNP“, 28.11.81). Arndt (SPD) ist derjenige, der jetzt weg vom Fenster der Macht ist (eine geseuerte Charakterisierung ist uns einfach zu teuer: ca. 2000 DM vor 4 Jahren; Inflationsrate kommt also mindestens noch dazu). Jedenfalls ist er absolut

te aus der Geschichte lernen. „Die Herrschaftsbefugnis des Staates ist die Grundlage unserer Rechts- und Friedensordnung“ (Wallmann laut „FAZ“, 27.11.81). Das heißt soviel wie: Wenn das Volk anderer Meinung ist als der Staat, soll es im Interesse „von uns allen“ auf seine Meinung verzichten. Auf unsere Freiheit werden dann schon andere aufpassen!

KB/Gruppe Frankfurt

Freiheitlich-demokratische Grundlogik

Zugegeben: Es ist teilweise recht mühsam, sich in der Logik unseres Rechtsstaates zurecht zu finden. Eine Erläuterung wie zum Beispiel von Walter Wallmann „Verzicht auf unsere Grundrechte, sonst gibt es Diktatur“ ist dabei nicht hilfreich, sondern noch verwirrender. Darum versuchen wir es zu verdeutlichen.

1. Begriffsklärung

A) An der Spitze unserer Gesellschaft finden wir den Rechtsstaat. Der Rechtsstaat wird getragen von den demokratischen Parteien (wir gehen davon aus, daß es sich rumpfsprochen hat, wer damit gemeint ist).

Als Synonym für Rechtsstaat existiert der Begriff: Demokratie, oder auch Freiheit. Zur Vereinfachung im politischen Leben ist dazu das Kürzel „FDGO“ eingeführt worden.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Staat unser aller Staat ist, in einem Wort: unser höchstes und kostbarstes Gut.

B) An der Basis unserer Gesellschaft finden wir das Volk. Das Volk ist insofern eine notwendige politische Einrichtung, als es diese Demokratie alle vier Jahre zu wählen hat. Das tut es auch gerne, denn es ist ja auch sein Staat.

2. Ungewöhnliche Situationen

Die oben beschriebene Situation ist sozusagen der Normalzustand.

Nun passiert es manchmal, daß es einen Widerspruch zwischen Staat und Volk gibt. Dies ist keine leicht zu nehmende Situation. Sogar nennt man Angriff auf die Demokratie. Je

nachdem, von welcher Seite der Widerspruch geäußert wird, ob vom Staat oder vom Volk, nennt man das „Diktatur“ oder „Anarchie“. Der Gesetzgeber hat allerdings für solche Fälle vorgeordnet:

a) Das Widerstandsrecht
Das Widerstandsrecht beinhaltet die Pflicht eines jeden Bürgers die Demokratie zu verteidigen, das heißt den Staat.

Wer sich da quer stellt, den nennt man gewöhnlich einen „Chaoten“. Mit „Chaoten“ bezeichnet die Demokratie bezeichnet.

b) Der Widerstandsverzicht
Nicht immer sieht der Bürger seine Verpflichtung ein zum Widerstandsrecht im oben erläuterten Sinne (siehe GG).

Dazu braucht er nicht unbedingt ein „Chaot“ zu sein; die Möglichkeit, daß er benutzt wird, ist auch gegeben. Solche Bürger nennt man „Vorzegebürger“.

Auch hierfür hat der Gesetzgeber Vorgesorgt: In Artikel 18 des GG ist die Möglichkeit der Aberkennung der Grundrechte vorgesehen. Diese letzte Lösung führt man dann ein, wenn sonst eine Diktatur nicht mehr abgewendet werden könnte. Wie man weiß, ist diese Methode schon öfters in der Geschichte relativ erfolgreich praktiziert worden. Da allerdings unser Staat ein Rechtsstaat ist, wird vor der Einführung dieses Mittels zum Wohle aller eine weitere Möglichkeit eingebaut: Im Einvernehmen mit dem Staat verzichtet das Volk, oder auch Teile des Volkes, freiwillig und natürlich provisorisch auf die Ausübung seiner Meinung.

Sowas nennt man ein „notwendiges Opfer“. Denn keinem der Beteil-

igten ist es angenehm wie sich jeder denken kann.

Umsonst ist dieses Opfer allerdings nicht - denn zum Schluss haben beide, Staat und Volk, noch mehr Staat (also noch mehr Demokratie). Mittels dieser Methoden sind wir nämlich alle zusammen knapp an der im Rechtsstaat ständig lauenden Gefahr vorbeigeschlüpft: Dem Unrechtsstaat.

Wer diese Grundformeln der Demokratie nicht einseht, ist ein „Asozialer“ oder auch „Krimineller“. Meistens handelt es sich hierbei um „Schein-Deutsche“, die nur in den Genuss unserer Grundrechte kommen wollen. Auch hierfür hat der Staat Vorgesorgt: dazu sind hygienische Mehrweckhallen vorgesehen, mit der Parole „Demokratie macht frei“.

Wir hoffen, ein bißchen Licht in eurer aller Köpfe gebracht zu haben?

E., Frankfurt

3. Mittelsort geräumt

Am Freitag, 26.11. Neue Krawalle an der Startbahn West: Chaoten schändeten Mobilitäts-Cocktails und Axt auf Polizei - schossen mit Stahlbügeln - zwei Verletzte. Die Beamten stürmten danach das dritte Mittelsort - 39 Festnahmen. Die hessische Landesregierung lehnte gestern den Bau der neuen Startbahn ab. „Der Antrag ist mit der Verfassung nicht vereinbar“, sagte Ministerpräsident Börner.

Nachrichten

BUE: „Bild“, 26.11.81

Wir rufen Dich zum Widerstand

- gegen eine Politik der vollendeten Tatsachen
- gegen eine Politik der sozialen Reaktion
- gegen eine Politik, die nur den Generälen und Rüstungslieferanten Vorteile bringen wird.

Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen! Dann sei auch Du bereit und fordere Dein Recht!

Nationalistische Jugend Deutschlands
Bund (Nationalistische Jugend Deutschlands)
Post: Hildesheim, Bismarck

Börner kannte auch mal bessere Zeiten. Den oben abgedruckten Aufruf veröffentlichte er am 21.2.82 gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Heute steht er als lebendiges Bei-

spiel dafür, wie kaputt man wird, wenn man nicht nur 30 Jahre in der SPD war, sondern auch noch aufgestiegen ist.

Explosiv-Wurfkörper auf Startbahngegner

Nun ist es also heraus: Spezial-Einsatzkommandos der Polizei (des Bundesgrenzschutzes?) haben an der Startbahn-Baustelle im Wald sogenannte „Blind-Schock-Wurfkörper“ gegen Demonstranten eingesetzt.

Dies wurde von Ärzten auf einer Pressekonferenz am 1.12. in Frankfurt mit einer umfangreichen Dokumentation von Zeugnisaussagen bestätigt. Diese Metallkugeln wurden, wie wir bereits in AK 213 meldeten, erstmals am 15.11. im Wald eingesetzt. Sie wurden mitten in eine Menschenmenge hineingeworfen, wo sie mit scharfem Knall und großem Blitz explodierten. Die Ärzte gaben bekannt, daß ein Demonstrant von einem 12 Millimeter langen Metallsplitter getroffen wurde, der drei Zentimeter tief in den Unterschenkel eingedrungen sei (nach einem Krankenhaus-Arzt).

Dieser Splitter stammte von einem der Wurfkörper. Die Ärzte wiesen daraufhin, daß von dieser Waffe eine erhebliche Gefährdung ausgeht. Nahezu alle Menschen würden das Platzen ihres Trommelfells riskieren, ganz zu schweigen davon, was passieren kann, wenn jemand direkt getroffen wird. Die Waffe wird bei der Bundeswehr als „Übungsgranate“ benutzt; in den entsprechenden Dienstvorschriften heißt es jedoch ausdrücklich, daß sie nicht in der Nähe von Menschen eingesetzt werden soll. Nach Darstellung der Ärzte habe beispielsweise die GSG 9 bei ihrer Kommando-Aktion in Mogadishu derartige Kampfmittel benutzt.

Die Polizei versuchte zunächst, sich mit einer faustdicken Lüge aus der Affäre zu ziehen. Derartige Gegenstände gehörten nicht zur Polizeibewaffnung, behauptete ein Polizeisprecher gegenüber der „FR“ (Ausg. v. 2.12.81).

„Diese Wurfkörper gehörten — im Gegenteil — zum Arsenal von Startbahngegnern (!). Fahrzeuge mit Beamten aus Rheinland-Pfalz hätten mehrfach berichtet, sie seien damit angegriffen worden. Keine einzige Landespolizei in der Bundesrepublik sei damit ausgerüstet“ (ebenda).

Zwei Tage später nahm die Angelegenheit eine gänzlich andere Wendung. Der Pressesprecher der Polizei gab überraschend zu, daß die explosiven Dinger tatsächlich im Einsatz waren.

„Dies sei jedoch nach seinen Informationen lediglich am 15. November der Fall gewesen“. An diesem Tag seien acht dieser Granaten in eine „zahlenmäßig überlegene Gruppe von Startbahngegnern“ hineingeworfen worden. Im übrigen seien die von der Firma „Nico-Pyrotechnik“ in Trittau hergestellten Wurfkörper ungefährlich und „gehörten ebenso wie Tränengasgranaten zu den Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt, also nicht zur Kategorie der Waffen“ („FR“, 4.12.).

Wir sind davon überzeugt, daß auch diese Darstellung noch keineswegs die volle Wahrheit ist. Dies zeigt sich an den offenkundigen Problemen, die der Polizeisprecher damit hat, den Widerspruch zu seiner ersten Version zu erklären. Angeblich habe es an der „Kürze der Zeit“ gelegen. Noch am 1.12. „habe die Schutzpolizeidirektion eine entsprechende Anfrage verneint. Mittlerweile stehe jedoch fest, daß die Beamten des Spezial-Einsatzkommandos der Schupo in einer Erprobungsphase mit solchen Wurfkörpern ausgerüstet wurden“ („FR“, 4.12.). Sind etwa 15 Tage (so lange lag der Einsatz zurück) zu kurz, um sich innerhalb der Polizeiführung Klarheit darüber zu verschaffen, ob solche Waffen eingesetzt wurden? Einmal abgesehen von der unverhältnismäßigen Unterstellung gegenüber dem Startbahngegnern, spricht immerhin auch einiges für die erste Darstellung. Geht man von der Erfahrungstatsache aus, daß die Polizei bei derartigen Angelegenheiten nur in den allerseltensten Fällen die Wahrheit sagt, so ist natürlich die erste, gewissermaßen „spontane“ Falschinformation viel interessanter und lehrreicher als das, was nach zwei Tagen Überlegung in den Stäben — rundum abgesichert — an die Öffentlichkeit gegeben wird. Demnach könnte es so gewesen sein, daß — nach der Pressekonferenz der Ärzte — ein Amtsschimmel wahrheitsgemäß mitge-

teilt hat, daß die Landespolizeien (noch) nicht mit derartigen Waffen ausgerüstet sind. Und pflichtbewußt hat er dabei verschwiegen, daß an den d e r e Einheiten sehr wohl darüber verfügt wird. So ging es dann an die Presse, ohne gleich zu erkennen, welche politische Brisanz sich daraus ergeben könnte.

Denn damit sind wir wieder beim Thema Bundesgrenzschutz und der Behauptung der BI, GSG 9 werde auf die Startbahngegner losgeschickt.

Andere Fragen hat die Polizei, gewiß ungewollt, mit ihrer Behauptung aufgeworfen. Beamte aus Rheinland-Pfalz seien „mehrfach“ mit solchen Wurfkörpern angegriffen worden. Vielleicht war diese Geschichte, von der nun nicht mehr die Rede ist, einfach frei erfunden. Daraus ließe sich schließen, daß so manche andere Greuelstory, die den Startbahngegnern angelastet wird, denselben Wahrheitsgehalt, nämlich Null, besitzt. Vielleicht aber auch nicht. Dann erhebt sich natürlich die Frage, wer die Pfälzer Polizisten mit diesen Dingen beworfen hat. Dazu ist es nützlich, einige Erfahrungen mit „neuen“ Polizeitaktiken heranzuziehen.

Einwandfrei nachgewiesen und von der Polizei auch gar nicht bestritten ist der Einsatz von Zivilbulen im Wald. Diese unternehmen Überraschungsangriffe auf kleine Gruppen von Startbahngegnern, nehmen Durchsuchungen, Personalienkontrollen und auch Festnahmen vor. Einwandfrei nachgewiesen (u.a. durch Fotos) ist aber auch der folgende Vorfall vom 29.11. am Baugelände. Dort zog eine Horde von Schlägern in wilder Ausrüstung vor der Mauer auf: Eisernes Kreuz am Helm, Zaunlatten, Totschläger oder Knüttel, wie man sie im Wald findet, in der Hand. Bürger von Mörfelden-Walldorf sprachen die Truppe, die auf sie einen furchterregenden Eindruck machte, an und wurden prompt bedroht. Als ein Fotograf die Szene aufnahm, entpuppte sich rasch, auf welche Seite die Schläger gehörten. Uniformierte „Kollegen“ eilten zur Hilfe, nahmen den

Fotografen fest und entrißen dem DKP-Stadtverordneten Rudi Hechler einen Zettel mit Notizen, die er sich über den Vorfall gemacht hatte. Die Polizei rechtfertigte diesen Vorfall damit, daß sich die Zivilen in ihrer Kleidung der „Umgebung“ anpassen müßten. Innenminister Ories zog eine blöde Fresse, als ihm während einer Fernsehdiskussion von einem BI-Sprecher entsprechende Fotos vorgelegt wurden.

Offenbar war diese Truppe schon am Vortag im „Sondereinsatz“ gewesen. Hierzu berichten Augenzeugen, eine Gruppe von Zivilen, ebenfalls in abenteuerlicher Ausrüstung, habe das Baugelände an einer abseits gelegenen Stelle verlassen, sich unter Demonstranten gemischt, und nicht nur munter, sondern sogar „massiv“ die uniformierten Beamten auf der anderen Seite der Mauer mit Steinen und Knütteln beworfen. Als sich dann einige Startbahngegner in jugendlichem Übermut auf den Werfen beteiligten, seien sie von den Zivilen sofort festgenommen und abgeführt worden!

Vielleicht kann man die Taktik der Polizei am besten mit dem Begriff „undogmatisch“ charakterisieren. Da

wird dem erschrockenen Fernsehzuschauer beispielsweise ein Mollie in Großaufnahme präsentiert, der an der Baustelle geworfen worden sei. Dieser, so die Darstellung der Bullen, habe allein wegen der Nässe auf dem morastigen Waldboden nicht gezündet. Freilich sieht der Mollie blutzauber aus und hat geradezu blütenweiße Schnüren. Der muß also in eine Pfütze mit ganz klarem Wasser gefallen sein?

Angesichts solcher Merkwürdigkeiten besteht wohl doch ein öffentliches Interesse daran, daß auch der Vorfall mit den Pfälzer Polizisten aufgeklärt wird. Es müßte sich anhand abgebrannter Wurfdosen klären lassen, ob diese wirklich mit Blindgranaten beworfen worden sind. Man darf ja davon ausgehen, daß die Polizei alle Gegenstände sorgsam als „Beweisstücke“ sammelt. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist uns wurscht, ob und wie sich zivile und uniformierte Bullen gegenseitig massakrieren. Das ist ihre Sache. Unser Protest richtet sich gegen die polizeiliche Provokation von Situationen, in denen dann die Startbahngegner als Schlachtopfer preisgegeben werden.

KB-Gruppe Frankfurt



Durch Explosionsgranaten (Polizei: „ungefährlich“) wurde 1977 in Malville ein AKW-Gegner ermordet. Er war direkt an der Brust getroffen worden. Ein anderer verlor sein Bein. Ein Bremer AKW-Gegner, der in Unkenntnis dieser Waffe versucht hatte, sie auf die GSG (französische Sonderpolizei) zurückzuwerfen, verlor seine Hand. — Innenminister Ories kündigte diese Tage an, er könne sich vorstellen, daß es bei den Startbahnausweichungen Todesopfer gibt.

Alexander Schubarts Suspendierung war illegal

Walter Wallmann, der Mann des Rechts und der Ordnung und aufgrund von Irrtümern breiter Bevölkerungskreise zum Frankfurter Oberbürgermeister bestellt, handelte „offensichtlich rechtswidrig“ und unordentlich, als er am 16.11. den Magistratsdirektor A. Schubart vom Dienst suspendierte und aus den unheiligen Röhrenhallen warf. Grund der OB-Verfügung: „Aschu“ hatte auf der Wiesbadener Großdemonstration zu einer Blockadeaktion am 15.11. vor dem Frankfurter Flughafen aufgerufen.

CDU-Wallmann, eine enorme Pressekampagne gegen die Startbahngegner hinter sich, wählte sich bereits als Allein herrscher Frankfurts, als er kraft seines Amtes die Verfügung zur Reinhaltung der städtischen Ämter erließ. Zwei Wochen später holte ihn das Verwaltungsgericht unanfechtbar von seinen königlichen Höhen herunter. Als Oberbürgermeister habe er Schubart gar nicht seines Dienstes entheben dürfen. Und eine „Eilbefugnis“ besitze er auch nicht. Wenn überhaupt, dann könne ein solcher Beschluß nur vom Magistrat als „oberstem Dienstherrn“ ergehen. Nun schimpft Walter W. wie ein Rohrspatz. Nachdem ihm die Gerichte schon den Spaß an Demonstrationen verboten verweigert haben (dieses und in der Regel ebenfalls grob rechtswidrig), darf er nicht einmal Berufsverbote verhängen. Was hat das noch mit R e c h t e - und eben nicht Linkstaal zu tun? Also ließ er seinen Dezernenten Brück, der übrigens einen ausgezeichneten Ruf genießt, verkünden, das (säderte) Vertrauen der Bürger in die „Rechtsstaatlichkeit“ der Behörden habe es erfordert, daß der OB unverzüglich gegen Schubart zur Aktion schreite. Ob dieses „Vertrauen“ nun gestärkt worden ist?

Während die SPD keine Stellungnahme zu diesem Vorgang abgab, erklärte ihr Dissident Berkemeier, dieses Vorgehen habe erneut kein gutes Licht auf das Stadtoberhaupt geworfen. Freilich konnte er, der sich mit Schubart solidarisiert hat, die Bemerkung nicht verkneifen, daß seine Partei „Freunde“ im Magistrat sicherlich dazu bereit gewesen wären, in so einem Fall umgehend zu einer Sondersitzung zusammenzutreten (um der Suspendierung die Weihe der „Gemeinsamkeit aller Demokraten“ zu verleihen). Und so geschah es denn auch. Keine zwei Tage verbrachte Schubart wieder im

Amt, als der Magistrat erneut zusammentrat, um die Suspendierung — diesmal formal korrekt — zu wiederholen. Und natürlich stimmten die Magistratsmitglieder der SPD, mit vollen Hosen und leerem Kopf, der CDU-Mehrheit zu, so daß „Einstimmigkeit“ gegeben war. Nun wird das Verwaltungsgericht das Verfahren in der Hauptsache behandeln und sich mit den Vorwürfen gegen Schubart befassen.

Schubart ist indes nicht der einzige Startbahngegner in Frankfurt geblieben, auf dessen persönliche Existenz es reaktionäre Kräfte abgesehen haben (Berufsverbot, Morddrohungen, Telefonterror). In der Nacht vom 3. auf den 4.12. fand ein Brandanschlag im Haus der grünen Stadtverordneten Jutta Dittfurth und Manfred Zierne statt. Zierne war gerade von einer turbulent verlaufenen Sitzung des Ortsbeirats Nordend nach Hause gekommen, wo die Grünen verlangten, daß der brutale Polizeieinsatz gegen Startbahngegner in der Rohrbachstraße (Nordend) beendet werden müsse. Dies hatte die CDU, die sich in dieser Bezirksvertretung traditionell faschistoid aufführt, unterbunden. Gegen zwei Uhr morgens bemerkte er einen Brandgeruch. Er alarmierte andere Hausbewohner und konnte mit ihnen gemeinsam ein Feuer ersticken, das sich im 1. Stock des Treppenhauses auszubreiten begann. Ein Wandbelag aus Kunststoff hatte Feuer gefangen. Dadurch war die Decke bereits angekohlt, der PVC-Belag auf dem Boden durchgeschmort und die Holzbretter darunter glühten schon.

Es handelt sich also durchaus nicht um eine Bagatelle, sondern die Folgen wären mit Sicherheit verheerend gewesen, wenn der grüne Stadtverordnete nicht zufällig noch so spät wach gewesen wäre. Denn die anderen Hausbewohner schlofen zu diesem Zeitpunkt und wären von sich aus möglicherweise erst viel später auf das Feuer aufmerksam geworden. Polizei und Feuerwehr gehen ebenfalls davon aus, daß es sich um vorsätzliche Brandstiftung handelt. Nachzutragen bleibt, daß auch die Grünen in letzter Zeit vermehrt Drohbriefe und anonyme Anrufe erhalten haben, und daß vor längerer Zeit schon einmal Nazi-Parolen im selben Haus im Treppenaufgang angebracht worden waren.

Wenn die Bäume fallen, müssen die Menschen aufstehen

Rhein-Main. Es hat schon ein Weilchen gedauert, bis sich die Bewegung der Startbahngegner wieder gefangen hatte angesichts der Offensive, zu der die etablierten Politiker und Medien nach der Flughafenblockade am 15.11. geblasen hatten. Doch die heimische Landesregierung schreitet voran und läßt gar keine Zeit zum Bruderswit „Gewaltfrei gegen Mil-

itants“. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß in nächster Zeit schon das Baufeld 2 für die Startbahn West in Angriff genommen wird. Das würde die weitere Rodung von ca. 50 Hektar Wald bedeuten (also mehr als das, was bislang gerodet wurde). Wenn es dazu kommt, wird die Bürgerinitiative am Samstag nach Inangriffnahme von Baufeld 2, spätestens

aber am Wochenende danach, bundesweit zu einer Platzbesetzung aufrufen. Geplant ist, sternenförmig in den Wald zu demonstrieren, polizeiliche Absperrungen zu überwinden, den Platz von Baufeld 2 für eine befristete Zeit zu besetzen (längstens bis Sonntagabend) und sich dann geschlossen wieder zurückzuziehen. Das politische Ziel dieser Aktion ist es, zu dokumentieren, daß der Widerstand der Bevölkerung ungebrochen ist und daß im Hessenland keine Ruhe einklagen wird, bis der Bau der Startbahn verhindert ist. Zu den Formen, in denen die Aktion ablaufen soll, hat die BI beschlossen, gewaltfrei zu verfahren, d.h. davon abzuweichen, „harte Gegenstände“ auf die Polizei zu werfen. Andererseits soll „Gewaltfreiheit“ nicht Wehrlosigkeit gegen polizeiliche Übergriffe bedeuten. So empfiehlt die BI ausdrücklich, in Schutzkleidung zur Demonstration zu kommen (Helme, Brillen). Bei der Platzbesetzung sollen mindestens die vorderen Reihen besonders gut ausgerüstet sein.

Inzwischen brütet der Staatsgerichtshof über dem Widerspruch, den die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren „Keine Startbahn West“ gegen das Nein der Landesregierung zur Durchführung eines Volksbegehrens eingelegt hat. Gleichzeitig hat die AGV beantragt, einen Baustopp mindestens für die Dauer des Verfahrens zu verhängen. Dessen Antrag müßten zwei Drittel der Mitglieder des Staatsgerichtshofs zustimmen. Realistisch gesehen, dürfte das wohl kaum erreichbar sein. Es ist also davon auszugehen, daß der Staatsgerichtshof zunächst den Antrag auf Baustopp ablehnen wird. Dies sollte für alle Startbahngegner und ihre Sympathisanten im Bundesgebiet das Alarmglocke sein. Denn eine derartige Ablehnung wäre für Börsen, Gries und Co. die (Schalm-)Legitimation, um mit dem Baufeld 2 loszulegen. Dies würde bedeuten, daß im Wald weiter Bäume und im Land weiter demokratische Rechte und Prinzipien fallen, noch ehe endgültig über das Stattfinden eines Volksbegehrens entschieden ist. Und das kann für unsere Protestdemonstrationen nur heißen: Nicht klockern, sondern klotzen!

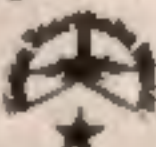
DEMONSTRATION !

INNER KLARER ZEICHNET SICH DER WIRKLICHE GRUND FÜR DEN BAU DER STARTBAHN WEST UND DIE UNWACHSAME HALTUNG DER LANDESREGIERUNG AB: DIE FUNKTION DER STARTBAHN FÜR DIE NATO UND DIE INTERVENTIONS PLÄNE DER ANS IM NACHEN FÄHRLICHEN OSTEN.

NIC LEISTEN WIDERSTAND DALEGEN, DASS UNSER LEBENSRAUM ZERSTÖRT WIRD, OM KAPITALETISCHE PROFIT- UND MACHT INTERESSEN ABWISCHERN. WIR NEHMEN DIE KRIEGSPOLITIK DER ANS NICHT AN: WEDER DIE VORBEREITUNG EINES KRIEGES GELTEN DIE ERNUTUNION, DER GANZ EUROP A EINEM ATOMAREN INFERNAL PRELIESEN WÜRD, NOCH DIE VÖLLER FIOED POLITIK DER USA IM DEEL 3. WELT, DIE TR GLICHE REALITÄT IST.

IM RAHMEN DER 1700 - DEMOS IN PFN RUFEN WIR AUF ZUR DEMONSTRATION AM FRETTAG, 2.12. 1700, PUNKT 1700

KEINE STARTBAHN WEST!
SCHLISSUNG + WIEDERAUFPOSTUNG
DER AIR BASE!
DER WIDERSTAND LEBT!



STADTBAHN WEST - STARTBAHN/DEMONSTRATION UND DIE STARTBAHN WEST 1981

SPD tritt um sich und geht ab (Fortsetzung)

Allein im Monat Oktober mußte die SPD-Hessen-Süd 371 Austritte im Zusammenhang mit dem Startbahn-Bau verzeichnen. Seit Anfang des Jahres sind es somit (nach Angaben der Geschäftsführung) 2.719. Einsam braucht man sich dennoch nicht innerhalb der südwestdeutschen SPD fühlen: 91.404 Mitglieder sind immer noch dabei (gegenüber 93.700 letztes Jahr).

Wir setzen hiermit unsere in AK 213 begonnene Rubrik fort:

21.11.81: Landesgeschäftsführer Paul Leo Glanl fordert von den Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung eine klare Distanzierung von Alexander Schubart. Der Frankfurter SPD-Fraktionschef Michel bezeichnet es gar als die „Frage des Tages“. Der Frankfurter SPD-Sprecher Dürr erläutert hierzu: „Es gibt kein Recht auf Widerstand gegen die legitimierten Organe des Staates“.

Auch in der Darmstädter SPD ist Loyalität zu Börner Gebot der Stunde. Nur fünf Stadtverordnete der SPD-Fraktion sprechen sich für eine Unterbrechung der Bauarbeiten bis zum Abschluß des Volksbegehrens aus. Weitere fünf enthalten sich der Stimme.

25.11.81: Börner erklärt im Namen der Landesregierung den Gesetzentwurf zur Einleitung des Volksbegehrens für verfassungswidrig. Der vorgelegte Gesetzestext greife in die Zuständigkeit des Bundes und in die Belange des Gesamtstaates in unverträglicher Weise ein. Der Ausbau des Flughafens Rhein-Main sei zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig.

„Völlig absurd“ sei die Behauptung, die Startbahn würde für militärische Zwecke der NATO benötigt. „Wenn das so wäre, wäre die Startbahn aufgrund des NATO-Truppenstatus ohne Planfeststellungsverfahren längst gebaut worden“. Ohai!

Der Frankfurter SPD-Stadtverordnete und krasse Außenseiter seiner Fraktion, K.H. Berkemeier, ist anderer Meinung: „In der hessischen Verfassung gibt es schließlich, so habe ich gesagt, zwei Gesetzgeber: an erster Stelle das Volk und an zweiter den Landtag. Aus diesem Grunde habe ich die hessische Landesregierung aufgefordert, ohne Wenn und Aber, und ohne Einschaltung der Justiz das Volksbegehren abzuhalten und einen Baustopp zu veranlassen“ („FNP“, 25.11.).

26.11.81: Die Mitgliederversammlung des Frankfurter SPD-Ortsvereins Ostend veröffentlicht einen Brief an die SPD und Holger Börner: „Wir stellen nochmals fest und fühlen uns Tag für Tag durch fortschreitende Erkenntnisse und Ereignisse darin bestätigt:

- Der Bau der Startbahn 18 West ist ökologisch eine Katastrophe,
- Der Startbahnbau ist volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpoli-

tisch eine gigantische Fehlinvestition.

Die Baudurchsetzung der Startbahn ist geeignet, in Hessen die CDU unter einem Ministerpräsidenten Dräger an die Macht zu bringen.“

Sie fordern einen außerordentlichen Landes-Parteitag zur Revidierung des Startbahnbeschlusses („FNP“, 26.11.).

Der Vorsitzende des DGB Hessen, Jochen Richter, bekräftigt nochmals sein „bedingtes JA“ zum Startbahnbau. In einem Brief an die hessischen Gewerkschaftsmitglieder heißt es:

„Das oberste Beschlußorgan zwischen den DGB-Landesbestirktkonferenzen fällt Entscheidungen, die für die gesamte Organisation verbindlich sind und Gültigkeit haben. Mehrheitsbeschlüsse (???) sind die alleinige Grundlage demokratischen Handelns. Dies gilt für Regierungen ebenso wie für Gewerkschaften.“ Abschließend bemerkt Richter: „Alles andere ist Krawall“ („FAZ“, 26.11.).

Schöne Grüße an Deinen Nachfolger, Jochen! Die mehrstündige Landtagsdebatte vom Vortag wurde mit einer namentlichen Abstimmung zum Startbahnbau beendet: Alle 109 Abgeordneten stimmten Börner zu. „Spontan“ bedankte sich Börner per „Händedruck“ beim Landtagsoppositionsführer Milde (CDU).

In die gleiche Debatte greift Kultusminister Krollmann (SPD) ein: „Lehrern, die die geplante Startbahn West als NATO-Startbahn deklarieren, holt Krollmann vor, der Vermach, der Startbahn eine militärische Bedeutung zu unterstellen, sei eindeutig darauf gerichtet, Furcht vor Krieg und Zerstörung zu wecken. Eine solche Darstellung durch den Lehrer im Unterricht sei unverantwortlich“ („FAZ“, 26.11.). Von unseren Pädagogen muß erwartet werden, daß die kindischen Ängste vor dem Krieg ausräumen und Wehrbereitschaft sowie soldatisches Heldentum fördern. Im Namen der staatsbürgerlichen Verantwortung.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Winterstein wirft den „maßgeblichen Leuten“ der Bürgerinitiativen vor, „weniger am Volksentscheid als an der Gründung einer Grünen Partei“ interessiert zu sein („FR“, 26.11.).

27.11.81: Die Frankfurter Jusos wünschen sich eine „Erneuerung an Haupt und Gliedern“ für die SPD. Eine Rücktrittsforderung gegenüber Börner sei aber ihrer Meinung nach „folgen- und sinnlos“. Vielmehr sei das „Ziel der Jusos die personelle und inhaltliche Erneuerung der hessischen SPD im Auge zu behalten“ („FR“, 27.11.). Sie versichern der Parteiführung, ihr nicht den Gefallen zu tun und die Mitgliedschaft aufzukündigen. Diese sei nämlich „strategisch

begründet“. Gleichzeitig bekräftigten sie ihre „absolute Solidarität“ mit Alexander Schubart („FNP“, 27.11.).

28.11.81: Auf dem Unterbezirksparteitag der Frankfurter SPD wird die Landesregierung mit knapper Mehrheit aufgefordert, „auf die Durchsetzung dieses Projektes zu verzichten, da der Bau nur unter Bedingungen durchführbar ist, die politisch weder durchhaltbar noch durchsetzbar sind“ („FNP“, 28.11.).

Als Wortführer der Gegner des Antrages erklärt Rudi Arndt (Dynamit-Rudi), mit diesem Beschluß werde all das aufgegeben, was diejenigen, die 1933 miterlebt hätten, 1945 verfassungswidrig geschaffen hätten. „Nur Gesetze, nicht Sachfragen, könnten einem Plebiszit unterliegen. Wer jetzt Parlamentarismus und Gerichtsentscheidungen vom Tisch wischen wolle, ohne jenen den Weg, gegen die Leute wie Strauß und Dräger noch linksabweichen zu lassen“ („FNP“, 28.11.).

Der in der Vergangenheit verschiedentlich als „Linker“ bezeichnete Holzapfel (Landtagsabgeordneter) meint ähnlich: „Die Landesregierung hat nach Recht und Gesetz auch in den letzten Tagen nicht anders handeln können als sie gehandelt hat“ („FR“, 28.11.).

Tendenz: An der Basis dumpfe Resignation. Von den Rechten (Börner, Arndt, Krollmann, Gebhardt, Michel) eine innerparteiliche Offensive, um die SPD der 80er Jahre durchzusetzen. Diese hat politisch mit der Richtung eines Wallmann bemerkenswerte Übereinstimmungen; mit dem, was z.B. die SPD Südhessen einmal war, hat sie nichts mehr gemein.



14.11.81: 150 000 demonstrieren für das Volksbegehren in Wiesbaden (alle Fotos dieser Seite aus „Beilage des Umweltexpress“)



Flughafenblockade am Sonntag, den 15. November: (oben) BGS-Truppen landen auf der Autobahn. Ein Demonstrant bleibt nach der Explosion einer Granate und Knüttelschlägen liegen. (unten) Die Demonstranten wurden immer wieder auf die Autobahn getrieben.



US-Einreiftruppe aus Ägypten zurück US-Eingreiftruppe aus Ägypten zurück

Während die bürgerliche Öffentlichkeit mit Bedacht der realen militärischen Nutzung des Rhein-Main-Flughafens kaum Interesse schenkt, hat sich eine lebhaftere Debatte um diese These entwickelt, ob der Bau der Startbahn West nicht in Wirklichkeit auf den Druck Washingtons zurückzuführen ist. „Mit der 3. Startbahn in den 3. Weltkrieg?“ - diese von den Startbahngegnern aufgeworfene Frage hält die schäumende „FAZ“ für den „Kalauer des Jahres“ (was uns mit gelindem Stolz erfüllt). Wenn dem so wäre, daß die Amis hinter dem Projekt stünden, wäre die Betonpiste doch längst gebaut, hämmert sie ihren Lesern ein. Sehen wir einmal davon ab, daß diese Leute offensichtlich keine sehr hohe Meinung von der „freien Partnerschaft“ zwischen den Europäern und ihren „Freunden“ jenseits des Atlantiks haben, denn sie ja unterstellen, gegebenenfalls recht drastisch in westdeutsche Belange eingreifen zu können. Gehen wir vielmehr davon aus, daß diese Agitation für eine rechtsüberlappende Zeitung, die den Startbahnbau befürwortet, durchaus „normal“ ist. Doch der Haken ist: Die „FAZ“ gibt nur wieder, was der Ministerpräsident des Landes Hessen höchst persönlich und ohne Schmeichelei verkündet. Wenn es die Amis wünschen, so Börner, ginge es auch ohne Planfeststellungsbeschuß (und mit GI's, die dann die Baumaßnahmen im Wald abzeichnen würden?). Diese Argumentation wird nun von der gesamten Reaktion fleißig nachgebettet und als schlagender Beweis gegen die Behauptung militärischer Hintergründe der Startbahn West ins Feld geführt. Überzeugend? Oder eher peinlich?

Wirklich gelungen äußerte sich neben Börner insbesondere die hessische Bundesratsministerin Vera Rüdiger. Es bedürfte gar nicht der Startbahn West, damit sich militäri-

sche Interessen am Flughafen Frankfurt durchsetzen. Das würde auch ohne erweiterte Kapazitäten laufen (nach „FR“, 16.11.81).

Man muß ihr leider voll und ganz recht geben. Dies beweist insbesondere die Abwicklung des jüngsten US-Manövers, „Bright Star“ bei dem klammheimlich die Anlagen von Rhein-Main einbezogen wurden. Mit „Bright Star“ übte die „Schnelle Eingreiftruppe“ der USA den Einsatz in Nahost. Das Manöver fand von Anfang November bis Anfang Dezember in Ägypten statt und umfasste u.a. den Abwurf eines Bombenteppichs in der ägyptischen Wüste nahe der libyschen Grenze. Zum politischen Inhalt des Manövers braucht nicht viel gesagt zu werden: Im (nach dem Tod Sadats) unruhigen Ägypten wurde demonstriert, wer die Macht innehat, und dem frechen Libyer Ghaddafi wurde gezeigt, daß der Welt-Sheriff topfit ist.

Interessant ist, was die Startbahn-Bürgerinitiative bekannt gibt. US-Lufttransporter des strategischen Kommandos MAC starteten Anfang November von Frankfurt aus nach Kairo. Diese Nutzung westdeutscher Flugplätze, Hafenanlagen, Treibstoffdepots usw. ist bislang keine Selbstverständlichkeit gewesen, sondern beruht auf NATO-Vereinbarungen vom Mai dieses Jahres. Dort sagte Verteidigungsminister Apel (laut „Spiegel“ 21/81) „Hilfeleistungen“ der BRD für militärische Extravaganzen der USA im Nahen Osten zu. Auf diesem Weg wird die schrittweise Ausdehnung des NATO-„Geltungsbereiches“ betrieben, wogegen sich SPD-Politiker in der Vergangenheit noch gewehrt hatten. Doch eine Verschärfung der Kriegsfahr und ein Verlangen der Sozialdemokratie, das kommt immer hand in Hand, das ist sozusagen eine historische Koinkidenz (Zusammentreffen).

1954: Hochverratsprozeß gegen Volksbefragung

Am 2. August 1954 verkündete der Bundesgerichtshof im „Verfahren gegen leitende Funktionäre des Hauptauschusses für Volksbefragung“ das Urteil:

Je drei Jahre Gefängnis für die Angeklagten N. und D., acht Monate für den Angeklagten B.

Es versteht sich beinahe von selbst, daß die drei Verurteilten KPD-Mitglieder waren. Hatte doch die Adenauer-Regierung schon drei Jahre zuvor die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung als „Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung“ bezeichnet und die Volksbefragungsausschüsse als „verfassungswidrige Vereinigungen“ verboten.

Zwar hatte der Hauptausschuß über 200 Mitglieder, die aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und weltanschaulichen Lagern der Bewegung gegen die Remilitarisierung kamen. Aber da es sich ja um eine „kommunistische Tarnorganisation“ handelte — so der damalige Innenminister Lehr — wurden diese drei herausgegriffen und exemplarisch bestraft.

Zu welchen Konstruktionen die Justiz dabei griff, und von welchen mittelalterlichen Geist sie sich leiten ließ, soll anhand der Argumentation der damaligen Bundesanwaltschaft gezeigt werden.

Zunächst am Beispiel von N. Ihm wurde vorgeworfen, der eigentliche Kopf der Volksbefragungsaktion gewesen zu sein. Wenn auch andere nach außen hin „angeblich als führend in Erscheinung“ traten und selbst „nicht einmal erkannt haben, in welchem Umfange sie für kommunistische Zwecke eingespannt wurden“, so lag es daran, daß er (N.) „ihnen politisch in jeder Richtung weit überlegen war“.

Gerade daß „er sich nach außen nicht auffällig betätigte, bestätigt seine führende Rolle“.

Womit mal wieder bewiesen wäre, wie geschickt sich Kommunisten zu tarnen verstehen. Auch Ns „Charakterstrukturen“ wurden herangezogen: „Nach seiner Persönlichkeit und Veranlagung ist der Angeklagte auch nicht der Mann, der eine Sache nur halb tut“.

Daß er sich nicht nach außen „auffällig betätigte“, bewiese zweitens: einerseits die Heimtücke von Kommunisten, zweitens, daß der Hauptausschuß für Volksbefragung eine kommunistische Tarnorganisation gewesen sei. Denn: „Diese Zurückhaltung lag gerade in der Linie der kommunistischen Politik... Schon in ihren Anfängen war die Volksbefragung als eine kommunistisch gesteuerte Aktion bezeichnet worden... Es mußte deshalb entscheidender Wert darauf gelegt werden, daß sich diese Auffassung nicht alsbald und allgemein durchsetze... Das wiederum war nur möglich, wenn die Führung des Hauptausschusses und seiner Untergliederungen nach außen nicht in der Hand von Kommunisten lag“.

Ein weiterer Beweis für die Konstruktion der Bundesanwaltschaft war demgemäß: Der Angeklagte N. widmete dem Gedanken, daß „die Führung in den Untergliederungen unter allen Umständen eine möglichst breite politische Basis behalten müsse, seine besondere Aufmerksamkeit“. Daß dies, wie anfangs erwähnt, in der Praxis erfolgreich war, ist wiederum nur ein „Beweis“ dafür, wie geschickt die KPD andere Menschen für sich und ihre Ziele einsetzte. Wie man auch macht als Kommunist, so ist es grad besonders gefährlich.

Beim Angeklagten D. handelte es sich um den Leiter der Werbbeaufung des Hauptausschusses. Wie er es der

Bundesanwaltschaft zufolge anstellte, daß der Informationsdienst desselben „sehr schnell und mit wachsender Ausschließlichkeit in die Linie der kommunistischen Politik einmündete“ wird an späterer Stelle beschrieben. Angeklagter B. war Kassierer und Geldverwalter des Hauptausschusses. Vorwurf der Anklage: die Tätigkeit des Hauptausschusses sei hauptsächlich mit Geldmitteln „aus dem Osten“ finanziert worden. Der Beweis hierfür: „Sie behaupten, daß die erforderlichen Geldmittel ausschließlich durch Sammlungen im Gebiet der Bundesrepublik aufgebracht worden seien. Das ist schon an sich unglaubwürdig, weil die häufigen Tagungen, zum Teil sogar mit mehreren hundert Teilnehmern, durch Reisekosten und Spesenersatz sowie die ständige Bezahlung der hauptamtlich tätigen Präsidialmitglieder und aller Hilfskräfte der geschäftsführenden Leitung laufend erhebliche Mittel erforderten“. Und: „Einige andere Zeugen... insoweit durchaus glaubwürdig... haben bekundet, im Hauptausschuß sei augenblicklicher Geldmangel mehrfach damit entschuldigt worden, daß der Kurier aus der Ostzone noch nicht eingetroffen sei“.

Solche Erläuterungen, so der Bundesgerichtshof, „werden im allgemeinen nicht aus der Luft gegriffen“.

Eine herrliche Logik: — „Geldüberfluß bedeutet Finanzierung durch den „Osten“, — Geldmangel bedeutet das Gleiche.

Und wenn einige Zeugen das selber meinen, muß man annehmen, daß „sowas“ nicht aus der Luft gegriffen wird, jedenfalls im allgemeinen kalten Krieg.

Der „Informationsdienst des Hauptausschusses für Volksbefragung“

Die Anklage stellte fünf Abschnitte in der Entwicklung des „Informationsdienstes“ fest.

1. „In der ersten Zeit bis etwa zur Nr. 14 [16. Juni 1951] wahrte der Informationsdienst durchgängig eine sachliche Haltung. Die Veröffentlichungen zeigen noch nicht die typische Art kommunistischer Propaganda... In den Veröffentlichungen kommen in erster Linie nichtkommunistische Stimmen zu Wort“. Dies freilich nur deshalb, um dem Vorwurf einer „kommunistischen Tarnorganisation“ möglichst wirksam auszuweichen...

2. „Im zweiten Abschnitt bis Ende August 1951 [Nr. 28] treten rudernde „kommunistischen Tarnorganisation“ möglichst wirksam auszuweichen... 2. „Im zweiten Abschnitt bis Ende August 1951 [Nr. 28] treten rudernde „kommunistischen Tarnorganisation“ möglichst wirksam auszuweichen...“

3. „Spätestens mit der Nr. 29 beginnt ein systematischer Hetzfeldzug nicht nur gegen die Bundesregierung, sondern auch gegen die Führer der deutschen Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, d.h. gegen alle, die sich nicht bedingungslos der kommunistischen Politik unterwerfen“.

Mit dem „systematischen Hetzfeldzug“ ist folgendes gemeint:

Der Bundesrepublik wird „unverhüllt“ der Vorwurf gemacht, sie bereite den „Angriffskrieg mit Vorbedacht und Absicht“ vor; Adenauer wird „laufend als Kriegsverbrecher bezeichnet und auf eine Linie mit Hitler gestellt“.

4. „Dieser Hetzfeldzug wird bis zur Auflösung des Hauptausschusses weitergeführt“. Ende Januar 1952 (etwa ab Nr. 50 des Informationsdienstes) soll die Propagandatätigkeit eine „entscheidende Wendung“ genommen haben: „Die Propaganda des Informationsdienstes war von jetzt ab auch gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet“.

5. „Der letzte Abschnitt [etwa ab Nr. 65] ist dadurch gekennzeichnet, daß unter Beibehaltung der bisherigen Methoden in immer stärkerem Umfange für andere Organisationen — die inzwischen den Kampf gegen die Politik der Bundesregierung aufgenommen hatten — Propaganda gemacht wird“.

Von besonderem und aktuellem Interesse im Zusammenhang mit der Volksbegehrens-Diskussion (Startbahn West) in Hessen ist die sogenannte „entscheidende Wendung“ (siehe Punkt 4).

Im Januar 1952 wurde nach einer außerordentlichen Vollversammlung des Hauptausschusses ein Massenflugblatt „An alle Deutschen“ vertrieben. Dort heißt es unter anderem: „... Wider das Parlament noch das Bundesverfassungsgericht sind nach dem Grundgesetz befohlen, den Willen des

deutschen Volkes zu mißachten und willkürlich das Schicksal jedes Deutschen zu bestimmen. Das Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung. Nur das Volk kann sein Geschick zum Guten wenden...“

Stärkt und verbreitet die Protestbewegung und den Widerstand gegen Schuman plan, Generalvertrag und Wehrgesetz! Führt den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen bis zu Streiks und Demonstrationen! Fordert den Rücktritt Adenauers!“

Dieses Flugblatt sei nicht nur „in grober Weise verunglimpfend und hemmungslos im Sinne der kommunistischen Politik“ ausgerichtet. Vielmehr beginne dort die Propagandatätigkeit, die sich „offen und deutlich gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ richte.

„Ihr Leitmotiv ist folgendes: Das Volk nimmt sein Schicksal in die eigenen Hände, aber nicht nach den Grundsätzen der in der Verfassung verankerten repräsentativen Demokratie... Wie die Ausführungen über die Annahme des Schumanplans mit

nahmen keine sicheren Anhaltspunkte für das „Bestehen eines hochverräterischen Plans“ ergeben.

Die kommunistischen Zeugen waren unglaubwürdig — die nicht-kommunistischen aber auch.

Was die Ersten betrifft: „Den Beweiswert ihrer Aussagen hat der Zeuge R. selbst gekennzeichnet, ... er stehe nicht vor Gericht als leidenschaftlicher Chronist, das dürfe man nicht von ihm erwarten, sondern als kämpfender Anhänger der kommunistischen Weltanschauung... Auch der Zeuge O. hat mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß ein Beitrag zur Wahrheitsforschung nicht in seiner Absicht lag. Er ließ keinen Zweifel, daß er den Willen, seine Freunde zu schützen, über die staatsbürgerliche Pflicht zur Bekundung der Wahrheit stelle“.

Was die Zeugen betrifft: „Gegen die nichtkommunistischen Zeugen... besteht das Bedenken, daß sie entweder nicht in der Lage waren, einen etwaigen hochverräterischen Plan zu erkennen, oder aber trotz einer solchen Kenntnis mitgemacht haben, und sich

verfassungsmäßige Ordnung gerichtet“. Dies war noch eine „neutrale Zielsetzung“.

„Mit Sicherheit steht die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Zielsetzung des Hauptausschusses ab Ende Januar 1952 fest. In diese Zeit fällt der Aufruf „An alle Deutschen“, der mit deutlichen Worten erklärt, der Bundestag möge beschließen, was er wolle, seine Beschlüsse seien null und nichtig“.

Höhepunkt dabei sei gewesen: „Das Volk wird gegen die verfassungsmäßig bestellten Organe des Volkswillens ausgespielt“. Dabei sollte mit der Berufung auf die Entscheidung des Volkes „der Anschein einer demokratischen Legitimation“ gegeben werden. In Wirklichkeit bedeute das aber „Unterhöhlung der staatlichen Grundlagen der repräsentativen Demokratie und ihre Anerkennung durch das Volk angegriffen und erschüttert werden“.

Das ist die Sprache von Diktatoren — mensch sollte sich diesen Satz auf der Zunge zergehen lassen:

Das Volk wird gegen die Regierung ausgespielt... Das sei Staatsgefährdung. Besser und prägnanter können marxistisch-leninistische Analysen zum Wesen der bürgerlichen „Demokratie“ gar nicht bestätigt werden! Wir — das Volk — sind für die Regierung, den Staat etc. Sklaven. Sie alleine bestimmen, was für uns gut und richtig ist. Bedenkt mensch zudem, daß es sich um Wiederaufrüstung, also um die Frage von Krieg und Frieden, handelte, stimmt es haargenau: Sie meinen, bestimmen zu können über unser Leben und unseren Tod. Was ist das anderes als Sklavenhaltung?

Die Verurteilung nach § 94 StGB wurde damit begründet, der Kampf gegen die Bundesregierung sei in „kaum überbietbarer hetzerischer Weise“ betrieben worden — auf einen „Ton abgestimmt, der jeder Beschreibung spottet“.

„Der Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung sind Verbrecher, bewußte Kriegstreiber und Kriegsgewinnler, die Führer der Opposition, deren Stellungnahmen nicht in die kommunistische Linie passen, sind die Helfershelfer dieser Verbrecher. Es kann keine Rede davon sein, daß ein solcher Hetzfeldzug unter irgendeinem Gesichtspunkt gerechtfertigt werden könnte“. Dann der Satz: „Das bedarf keiner weiteren Erörterung“ (1).

„Das bedarf keiner weiteren Erörterung“ (1).

Alle drei Angeklagten wurden als „Rädelsführer einer verfassungswidrigen Vereinigung“ verurteilt. Als Beweis hierzu wurde nochmals ihre „kommunistische Weltanschauung“ genannt.

„Sensibel“ gab der Senat zu, er habe den Werdegang der Angeklagten „berücksichtigt“, die „sämtlich unter der Willkürherrschaft des Nationalsozialismus schweres Unrecht erlitten haben, sei es persönlich oder in der engeren Familie“.

Da reicht eine Ohrfeige nicht aus!

Wir haben diesen Prozeß nicht nur deshalb so ausführlich dokumentiert, weil er so herrlich grotesk-reaktionär war, nicht nur weil er die Mentalität der Herren im bundesdeutschen Staatsapparat so unverhüllt demonstriert, und auch nicht nur, weil er eine solche traurige Illustration deutscher Schicksale ist: zum Beispiel Oskar Neumann (der Angeklagte „N.“) Neumann war unter der Nazi-Herrschaft im KZ gewesen. Es verging kein Jahrzehnt — und er war wieder im KZ. Diesmal aufgrund der „FDGO“... sondern so ausführlich deswegen, weil Parallelen zwischen der „Rechts“prechung der finsternen Reaktion und den heutigen, zunächst verbalen Angriffen gegen das Volksbegehren „Keine Startbahn West!“ leider nicht von der Hand zu weisen sind. Die gleiche Diktion — die gleichen Vergleiche — die gleichen Urteile?

An der Bürgermeisterei von Plogoff in der Bretagne (wo sich die Bevölkerung gegen den Bau eines AKWs wehrt) steht geschrieben:

„Ein Volk, das sich beugt, ist ein Volk von Sklaven. Ein Volk, das aufsteht, wird Berge versetzen.“

K.B.-Gruppe Frankfurt

P.B. Zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung der BRD siehe AK Nr. 213.

Sämtliche Zitate in diesem Artikel stammen aus: „Hochverrat und Staatsgefährdung — Urteile des Bundesgerichtshofes“, Verlag C.F. Müller, Karlsruhe, 1957.



1954: Demo gegen Wiederbewaffnung

1954: Demo gegen Wiederbewaffnung

kaum überbietbarer Deutlichkeit zeigen, soll die Entscheidung des verfassungsmäßig bestellten Organen gerade entzogen werden...

Weder das Parlament noch das Bundesverfassungsgericht sei nach dem Grundgesetz befugt, den Willen des deutschen Volkes zu mißachten und willkürlich das Schicksal der Deutschen zu bestimmen, das Volk habe ein Recht auf Selbstbestimmung“

Hochverrat: was ist das?

Alle drei Angeklagten waren ursprünglich des „Hochverrats und Staatsgefährdung“ bezichtigt worden.

N. und D. wurden eines Vergehens nach § 90a StGB schuldig befunden. Alle drei Angeklagten wurden ferner wegen „Verbrechens“ nach § 129 Abs. 2 StGB verurteilt und der „verfassungsfeindlichen Absicht im Sinne des § 94 StGB“ überführt.

Die Anklage ging von folgender Konstruktion aus:

Die gesamte Volksbefragungsaktion sei vom Parteivorstand der KPD in Absprache mit den „Machhabern der sowjetisch besetzten Zone“ ausgegangen. Unter Ausnutzung „politischer Verblendeter, der Öffentlichkeit gegenüber unverdächtigen Persönlichkeiten hätten die Hintermänner des Unternehmens mit Hilfe der Angeklagten die wirkliche Führung fest in der Hand behalten“. Ziel und Absicht sei dabei gewesen, „möglichst breite Volksmassen zu gewinnen und ihnen auf diese Weise allmählich und unmerklich auch kommunistische Gedankengänge und Auffassungen nahezubringen und sie dafür zu begeistern“.

So sollten die Voraussetzungen für einen „gewaltsamen Umsturz“ geschaffen werden.

Es wurde den Angeklagten „zugute“ gehalten, daß die breite Stimmung gegen die Wiederaufrüstung nicht von ihnen geschaffen worden sei, sondern daß sie diese vorfinden. Leider, stellte der Senat fest, hätten die Zeugenver-



Von Sanrizuka lernen!

Narita. Ein fast magisches Wort - nicht nur für die „FAZ“, die bei fast keiner Gelegenheit versäumt, an die sechs Toten von Narita zu erinnern, und die die herrsche Landesregierung auffordert, endlich - ähnlich wie die japanische Regierung, im Flughafenkonflikt von Sanrizuka - aufzuräumen, sondern auch für die bundesrepublikanische Linke, für die Narita zum Synonym von gewalttätigem Widerstand geworden ist. Was verbirgt sich eigentlich dahinter? Einiges Erstaunen darf im August dieses Jahres der Besuch einer Delegation des Oppositionsverbandes der Bauern von Sanrizuka in Walldorf/Mörfelden hervor, wo diese militanten Bauern einen Film über den Aufbau von Windmühlen gegen den neuen internationalen Flughafen von Tokio zeigten und sich als gewaltfreie Kämpfer vorstellten.

Die „FAZ“ behauptet, seit dem Widerstand dort gewalttätig unterdrückt worden sei, wäre er auch erledigt. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Was Mann und Frau von den Bauern, Arbeitern und Studenten von Sanrizuka lernen kann, ist: Der Kampf geht weiter! Zwar wurde der Flughafen im Mai 1978 im Schutz von 14.000 Mann Eliteeinheiten der japanischen Polizei eröffnet, aber im Gegensatz zur ursprünglichen Planung sieben Jahre später und nur mit einem statt wie ursprünglich geplant drei Rollfeldern. Dazwischen liegt eine der härtesten Auseinandersetzungen, die je um ein Industrieanbauprojekt geführt worden ist.

ein Instrument der ökonomischen Aggression in Asien und im Pazifik darstellt.

Die Standortfrage

Am 4. Juli 1966 verkündete der japanische Premierminister Sato, daß der neue internationale Flughafen von Tokio in Sanrizuka (66 km von Tokio City entfernt) gebaut werden soll. Im November 1962 wurde erstmals von der Regierung angekündigt, daß ein neuer Flughafen benötigt würde, auf dem die Jumbos und SSTs landen könnten, da damit zu rechnen sei, daß der Haneda-Flughafen seine Sättigung zwischen 1967 und 1970 erreichen würde. Dahinter stand aber der ehrgeizige Fünfjahresplan der japanischen Regierung zur Modernisierung der japanischen Luftfahrt, der das US-Luftverkehrsmonopol über dem Pazifik und Japan beenden und die japanische Technologie in diesem Bereich weiterentwickeln sollte.

Der neue Flughafen war Teil einer größeren Rekonstruktion des japanischen Kapitalismus, der mit dem Plan des Premierministers Ikeda nach Einkommensverdopplung (1960) beginnt. Der Flughafen-Plan hängt zusammen mit dem 1962 veröffentlichten ZENSO (Nationaler Entwicklungsplan), nach dem die gigantischen schwerindustriellen Komplexe Tokio-Chiba und Kashima gebaut wurden.

Als 1965 das Flughafenprojekt in die Chiba-Präfektur gelegt wurde,

für die Amerikaner reserviert, sodaß sich die Regierung schließlich für die Präfektur Chiba entschied. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch noch, daß die US-Streitkräfte durch den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag (AMPO) das Recht haben, jede Flughafenanlage Japans zu limitieren.

So stieg mit Beginn des amerikanischen Engagements in Vietnam in den Jahren 1964 - 1968 z.B. der Anteil der militärischen Frachtflüge in Haneda (im Gegensatz zum Rhein-Main Flughafen ein rein ziviler!) um das vierzehnfache auf fast 40% der Flugbewegungen. Das war ein Hauptgrund für die Überfüllung Hanedas in diesen Jahren. Dies wurde allerdings offiziell nie zugegeben.

Sowohl die großen Industrieanlagen, als auch die Bodenspekulanten und die staatliche Bürokratie unterstützen die Entscheidung für Chiba. Japan Airlines, das nach eigenen Plänen 1970 20% des Luftverkehrs in Südostasien kontrollieren wollte, drängte auf baldige Fertigstellung und favorisierte gleichfalls Chiba.

Doch als im November 1965 die Gemeinde Tomisato als Standort benannt wird, gibt es die ersten Schwierigkeiten. Sofort entsteht eine starke Oppositionsbewegung. Als im Februar 1966 gar diese lokale Opposition nach Chibacity, dem Präfektursitz, zieht und den Verwaltungssitz angreift, wird die Entscheidung zurückgezogen. Nach einigen Hin und Her erfolgt dann am 4. Juli 1966 die

Kaufleute, entwickelten sich zu Großgrundbesitzern. Die erbitterten Pächterkämpfe, die sich bis zum 2. Weltkrieg hinzogen, haben hier ihren Ursprung. Einige Führer der Sanrizuka-Widerstandsbewegung haben aktiv an diesen Kämpfen teilgenommen.

1945 ist eine analoge Situation wie 1868: Viele arbeitlose Repatriierte aus den früheren Kolonien und Soldaten müssen wieder eingegliedert werden. Daher werden im Zuge der Landreform der amerikanischen Besatzungsmacht 1956 1000 ha des kaiserlichen Besitzes an Ausgebombte aus Tokio und Exilierte aus Okinawa verteilt.

Daher gibt es 1966 drei Dorfformen auf der Hokuseebene: Die alten Dörfer, manche über 700 Jahre alt, in den umliegenden Tälern gelegen, prosperieren durch den Reis- und Gemüseverkauf für den nahegelegenen Tokioer Markt, ebenso die Meiji-Ansiedlungen. Die Nachkriegsdörfer - sie bauen hauptsächlich Gemüse, Erdnüsse, Weizen und Kartoffeln an, das meiste davon zum Eigenbedarf - sind verschuldet und verarmt. Sie sind es auch, die als erste verkaufen werden. Die Veränderung der staatlichen Subventionspolitik für die Landwirtschaft, die vor allem die Groß- und Mittelbauern bei der Mechanisierung unterstützt, hat den Ruin der Kleinbauern Mitte der 60er Jahre vorangetrieben.

Die Entwicklung berührt die Dörfer unterschiedlich: Die sechs Nachkriegsdörfer werden von totaler Auslöschung bedroht, ebenso drei der fünf Meiji Dörfer. Die meisten der 20 alten Dörfer jedoch liegen außer-

fünf Meiji Dörfer. Die meisten der 20 alten Dörfer jedoch liegen außerhalb des unmittelbaren Baugebietes, aber innerhalb der Anflug- und Lärmzone. Drei davon sind allerdings schon aufgelöst, weitere werden unbewohnbar, wenn die zweite Ausbauphase des Flughafens beendet ist.

325 Bauernfamilien sind von der Entzignung bedroht. Später wird klar, daß noch weitere 61 Haushalte vertrieben werden sollen, da sie in der Anflugachse liegen. Weitere 3000 - 4000 Familien werden durch den Fluglärm geschädigt, da sie in unmittelbarer Nähe leben.

An dieser unterschiedlichen objektiven Situation versucht die Regierungspolitik in der Folgezeit anzusetzen, um die entstehende Widerstandsbewegung zu spalten. So werden z.B. arme Bauern mit der Vergabe von „lukrativen“ Geschäftslizenzen im zukünftigen Flughafenterminal zum Verkauf ihres Landes gelockt.

Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg

Der Kampf gegen den neuen Großflughafen von Tokio, sein Verlauf und die spezifischen Formen des Widerstands werden nur verständlich vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen gegen den Vietnamkrieg, die in Japan zu dieser Zeit von Arbeitern und Studenten geführt wurden.

Als am 8. Oktober 1967 Ministerpräsident Sato vom Haneda-Flughafen in Tokio zum Besuch Südvietnams und der USA abfliegen will, kommt es trotz Verbots und massiven Polizeieinsatz zu einer großen Demonstration gegen den US-Imperialismus und die japanische Unterstützung des Vietnamkrieges. Über 4000 Jungarbeiter und Studenten nehmen an den Auseinandersetzungen am Flughafen teil. Durch den brutalen Polizeieinsatz wird ein Student getötet. HANSEN (Kampfkomitee der Langarbeiter gegen den Krieg) und ZENGAKUREN (Zusammenschluß verschiedener linker Studentengruppen) rufen daraufhin zu einer zweiten Demonstration am Flughafen auf. Dabei kommt es zu der ersten großen Massenverhaftung (1508 Verhaftete, viele bis zu einem Jahr). Doch die Auseinandersetzungen reifen nicht ab.

Jan. 1968: Demonstration gegen den Besuch des US-Flugzeugträger Enterprise.

März/April 1968: Ojlkampf gegen die Errichtung eines US Militärhospitals in Tokio, an dem sich die Bevölkerung des ganzen Stadtteils beteiligt.

21. Okt. 1968: Über 20.000 Demonstranten stürmen den Shinjuku-Bahnhof in Tokio und blockieren einen Karositransport, der für die US-Airforce bestimmt ist. Das Aufrechterhalten wird verweigert. Massenverhaftungen folgen.

Parallel dazu spitzen sich die Kämpfe im Hochschulbereich weiter zu: Die Nihon-Universität wird von Studenten besetzt. Auch an der Tokio-Universität kommt der Lehrbetrieb zum Erliegen. Die Auseinandersetzungen weiten sich auf zahlreiche andere Universitätsstädte aus.

Am 28. April 1969 beginnen die Auseinandersetzungen um Okinawa, das immer noch unter US-militärischer Besatzung ist und als wichtigste Nachschubbasis der Amerikaner im Vietnamkrieg gilt. Das Gesetz gegen subversive Tätigkeit wird verhängt, mehrere Linke vorbeugend verhaftet. Trotzdem kommt es zu Demonstrationen. Der US-Stützpunkt Okinawa wird in der Folgezeit zur Hauptbasis der japanischen Linke. Höhepunkt ist der Generalstreik in Okinawa im Oktober/November 1971, an dem sich auch die Arbeiter der US-Stützpunkte beteiligten. Am 15.5.1972 wird Okinawa schließlich nach fast 27 jähriger Besatzung an Japan zurückgegeben.

(Wird fortgesetzt)

M., Frankfurt



Das Desaster dieses gefährlichsten Flughafens und die lokale Feindschaft dagegen ist eines der am besten getöneten Geheimnisse! Wir wollen im folgenden ein wenig Licht in dieses Dunkel bringen.

Von beiden Seiten, der japanischen Regierung wie auch der japanischen Linken, wird dem Kampf exemplarische Bedeutung beigemessen. Haben hier doch erstmals in der japanischen Geschichte Bauern mit der Unterstützung von Arbeitern und Studenten ein alternatives Modell von regionaler und menschlicher Entwicklung aufgebaut. Hauptächlich deshalb blieb Sanrizuka auch 1981, was es schon in den 60er Jahren war, das Zentrum einer breiten Koalition des Kampfes gegen kapitalistische Entwicklung. Militarismus, gegen US- und japanischen Imperialismus, gegen rassistische, kulturelle und sexuelle Unterdrückung und sexuelle Diskriminierung, politische Unterdrückung und Kriminalisierung.

Zentraler Inhalt des Kampfes war von Anfang an seine Verbindung mit den Bewegungen in der „Dritten Welt“: nicht nur weil der Flughafen, ähnlich wie der Haneda-Flughafen von Tokio während des Vietnamkrieges, für militärische Zwecke von der US- und der japanischen Luftwaffe benutzt wurde, sondern auch weil er

wurde es für die Planer zu einem Zentrum, um das herum eine neue Stadt- und Industrieregion gelegt wurde, die die Industrieregionen von Tokio-Chiba und Kashima verbinden sollte.

1966, als Sanrizuka als Standort ausgewählt wurde, hatte soeben die rasche Expansion des japanischen Kapitals im pazifischen Raum und in Südostasien begonnen. Japan Airlines entwickelte gerade seine ausgereiften Luftfrachtanlagen, die heute als die entwickeltsten in der ganzen Welt gelten. Diese Anlagen sollten wichtiger Bestandteil der infrastrukturellen Verbindungen werden, die den Prozeß der expandierenden Kapitalakkumulation unterstützen sollten, um das japanische Kapital an der neuen internationalen Arbeitsteilung zu beteiligen.

Der neue internationale Flughafen von Tokio sollte so etwas wie ein Symbol des wachsenden Aufstiegs der japanischen Industrie gegenüber den USA sein.

Vier Jahre dauerte die Suche nach einem Standort für dieses Projekt (von 1962 bis 1966). Der erste Standort westlich von Tokio wurde - entgegen früheren Versprechen der US-Militärbehörden (wegen des Vietnamkrieges) - gekippt: Die Luftkorridore waren wegen der dortigen Militär- basen der US-Armee ausser Acht gelassen.

Entscheidung für Sanrizuka. Für Sanrizuka deshalb, da hier der Staat und die Präfektur schon mehr als ein Drittel des benötigten Landes besaßen und die Mehrzahl der Bauern, die dort lebten, als arm und ohne jeglichen politischen Einfluß galten. Außerdem dachte man, sie für ein Apfel und ein Ei kaufen zu können. Dies sollte sich allerdings in der Folgezeit als eine der größten Fehlentscheidungen der japanischen Staates in der Nachkriegsperiode entpuppen.

Die Hintergründe des Sanrizuka-Kampfes

Die Bauern der Hokuse Ebene Die Geschichte der Entwicklung der Hokuseebene ist die Geschichte der Unterdrückung ihrer Bewohner durch den Staat. In früherer Zeit gehörte der überwiegende Teil der 40 000 ha dem Tokugawa Shogunat, das hier Kriegspferde züchtete. Nach der Meiji Restauration 1868 wurden mehr als 4000 ha für den kaiserlichen Haushalt als Musterfarm reserviert; das meiste Land jedoch wurde für arme Bauern und Samurai geöffnet. 1869 wurde ein großes Landentwicklungsprogramm gestartet, das allerdings schon drei Jahre später gescheitert war. Die Siedler wurden Pächter des Landes, das ihnen der Staat versprochen hatte, und ihre Geldgeber, ehemals

Der neue
Atom Express
ist da !!!

ist da !!!

Atom
Express



Solidarität mit den
Brokdorf - Angeklagten

Inhaltsschwerpunkte der Nr. 27:

KRIMINALISIERUNG von AKW-Gegnern, Brokdorf-Prozess gegen Markus Mohr und Michael Duffke, Spitzel-Anwerbung, Polizeiküßer gegen norddeutsche Bürgerinitiativen ...

STARTBAHN WEST im Blickfeld, Entwicklung des Widerstandes, Hintergründe der Auseinandersetzung, militärische Aspekte, Kritik am Volksbegehren ...

ATOMBOMBENEXPLOSIONEN und die medizinischen Auswirkungen, Tierversuche mit Neutronenstrahlung, Diskussion um die Friedensbewegung ...

WAA-STANDORT-POKER in Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen

GEDANKEN zur Lage des Atomprogramms, der Anti-AKW-Bewegung und zu unseren nächsten Aufgaben ...

Der ATOM EXPRESS erscheint alle 8 Wochen. Ein Heft kostet 2,- Mark, ein Abonnement kostet 15,- Mark für sechs Ausgaben. Bei einer Mindestabnahme von fünf Exemplaren zahlen 80%, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer 1,30 Mark pro Heft. Wir räumen nach Rücksprache auch Remissionen ein. Für ein Probeheft 2,- Mark in Briefmarken schicken !!!

Bestelladresse:

Göttinger AK gegen Atomenergie
Postfach 45
34 Göttingen

HDW-Ausschlüsse:

Ortsverwaltung setzt auf Spaltung

Die Ortsverwaltung der Hamburger IG Metall hat beschlossen, dem Hauptvorstand den Ausschluss von sechs „Aktiven Metallern“ vorzuschlagen. Weitere 31 Kollegen sollen mit einem zweijährigen Funktionsverbot belegt werden. Nach dem Willen der Ortsverwaltung, die dem Vernehmen nach diese Entscheidung mit neun gegen fünf Stimmen fasste, soll auf diese Weise gehandelt werden, daß die Kollegen bei den vergangenen Betriebsratswahlen mit einer Kandidatenliste angetreten waren, die nach heftigen innerbetrieblichen Auseinandersetzungen bei HDW nicht den offiziellen Segen der IGM bekommen hatte. Die „Aktiven Metallern“ erreichten bei der Wahl die absolute Mehrheit der Stimmen.

Mit ihrem Beschluß hat die Ortsverwaltung die Empfehlung der Untersuchungskommission abgelehnt, die – mit drei zu zwei Stimmen – den Ausschluss von 17 Kollegen gefordert hatte. Die sechs vom Ausschluss Bedrohten waren bis zur Einleitung des Ausschlussverfahrens entweder Mitglieder des Vertrauenskörpers bei HDW (4 Kollegen) oder Mitglieder der IGM-Vertreterversammlung.

Damit sollen offenbar die „ranghöchsten“ Funktionäre getroffen werden. Mit dieser Auswahl dürfte die Ortsverwaltung zweierlei im Auge haben: Innerbetrieblich hofft sie auf einen Einbruch und eine Entsolidarisierung der bisher geschlossen handelnden Liste „Aktive Metallern“, indem einem großen Teil der Kollegen ein Verbleib in der IG Metall in Aussicht gestellt wird. Sollte es der IG Metall gelingen, mit diesem „Angebot“ auch nur wenige Kollegen zu verlocken, könnte dies ein Ansatzpunkt für weitere Erpressungsmanöver sein, um das seit der Wahl bestehende Kräfteverhältnis im Betriebsrat entscheidend zu verändern. Gegenwärtig verfügen die „Aktiven“ im 27köpfigen Betriebsrat über 14 Sitze und können bei Abstimmungen auch regelmäßig auf die Stimme des RGO-Betriebsrats rechnen. Die „offiziel-

len“ IG Metall um den abgehalften Ex-Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters haben zu den elf Stimmen ihrer Liste den einzigen DAG-Vertreter auf ihrer Seite, kommen also auf zwölf Stimmen. Bei dieser Konstellation würde es der Ortsverwaltung und der von ihr unterstützten Peters-Clique genügen, zwei Kollegen durch Verlockungen und Erpressung zu sich herüberzuziehen. Unter dieser Maßgabe ist der Ausschlussantrag gegen einen verhältnismäßig kleinen „harten Kern“ der Liste viel geschickter als ein Schlag gegen fast die Hälfte der „Aktiven Metallern“, wie es ursprünglich die Untersuchungskommission vorgeschlagen hatte. Viele Fehler werden der neue Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler und seine Kollegen sich nicht leisten können, auch wenn gegenwärtig eine konkrete Gefahr für ihre Einheit nicht in Sicht ist.

Eine sicherlich wichtige Rolle für die Entscheidung der Ortsverwaltung dürfte die Ankündigung der „Aktiven“ gespielt haben, einen Ausschluss notfalls auch vor Gericht anzufechten. Verunsichert durch richterliche Entscheidungen aus jüngster Zeit, die der IG Chemie das Ausschließen schwermachen, müssen die IG Metall-Führer darauf achten, ihre Verfahren möglichst „wasserdicht“ zu machen.

Inwieweit das Argument, daß von langjährigen und gut geschulten Funktionären, wie den sechs gemäßigten, ein besonderes Maß an Loyalität erwartet werden kann, vor Gericht Bestand hat, dürfte sich vielleicht bald herausstellen. Dann nämlich, wenn der IGM-Vorstand in Frankfurt, wie allgemein erwartet, seine Hamburger Ortsverwaltung nicht im Regen stehen läßt und ihren Beschluß als entscheidendes Gremium absegnen. Diese Entscheidung wird wahrscheinlich noch im Dezember fallen. Danach geht der Streit wohl an die Gerichte.

Ein Genosse der Kommission B & G

Zusammenarbeit zwischen Hamburger IGM und GEW »ernstlich gestört«

Große Aufregung hat ein kleiner und eigentlich recht zahmer Beschluß der Hamburger GEW zu den geplanten Gewerkschaftsausschlüssen der „Aktiven Metallern“ der HDW bei der Ortsführung der Hamburger IGM hervorgerufen.

Der Landesvertreterversammlung der GEW, dem höchsten Organ des Landesverbandes, lag ein Antrag vor, in dem gegen die geplanten Gewerkschaftsausschlüsse aus der IGM Stellung bezogen wurde. Der Betriebsratsvorsitzende der HDW und Listenführer der „Aktiven Metallern“, Holger Mahler, erhielt auf der Versammlung Gelegenheit, die Vorgänge, die zur Bildung einer eigenen Liste zu den Betriebsratswahlen führten, eindringlich darzustellen.

In der anschließenden Debatte bemühten sich der Landesvorsitzende Grieb und seine Helfstruppen engagiert, eine Beschlussfassung der LVV zu diesem Thema zu verhindern. Grieb betonte, daß man nicht in andere Gewerkschaften hineinregieren dürfe und daß dies der GEW als Schulmeisteri ausgelegt würde. Der zweite Vorsitzende Trede ergänzte: „Wir dürfen nicht in den Ruf kommen, als wären wir ein Oberschiedsgericht für andere Gewerkschaften“. Doch die Empörung der Delegierten über das undemokratische Vorgehen der IGM-Führung war stärker als diese kleinlichen Bedenken. Einem als links geltenden Kollegen gelang es allerdings, einen Änderungsantrag durchzubringen, der die ursprüngliche (und auch von der Großen Funktionskonferenz der IGM beschlossene) Vorlage wesentlich verwässerte (siehe Faktum).

Doch auch dieser recht harmlose Beschluß war den Hamburger IGM-Oberenaechen zuviel. Ihr hier fakultativiertes Schreiben ist ein bereites Zeugnis für die im DGB-Apparat vorherrschenden Denkstrukturen. Norbert Cobabus hat in seinem lehrbuchartigen Buch „na große Show für'n paar Pfennige“ diese Strukturen treffend charakterisiert: „Die Begriffe bleiben abstrakt und völlig allgemein. Weiterhin sind sie in einem Befehlston verfaßt, der lediglich fordert und unterdrückt. Es wird weder abgewartet, zugehört oder diskutiert, sondern es werden einfach formale Fakten gesetzt, die als objektiv und verbindlich dargestellt werden, weil sie aus dem Munde von Funktionären kommen. Die Ausführungen haben einen Sprachstil, daß sie keinen Widerspruch dulden. Wer Widerspruch erheben sollte, hat keine Chance, in der Gewerkschaft zu bleiben“.

Vom Bundesvorstand der IG-Metall hat die GEW nun wohl noch ein ähnliches Schreiben zu erwarten. Kann es da ausbleiben, daß die „Zusammenarbeit ernstlich gestört“ wird?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB Landesverband Hamburg

Beschluß der Landesvertreterversammlung vom 9.11.1981

Betr.: „Aktive Metallern“ bei HDW

Die Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg nimmt die gewerkschaftlichen Maßregelungen gegen die Liste „Aktive Metallern“ bei HDW zur Kenntnis (17 Ausschlüsse, 20 Funktionsverbote für zwei Jahre).

Die LVV bekräftigt die Auffassung der GEW, daß statt mit den Mitteln des Gewerkschaftsausschlusses und des Funktionsverbotes innergewerkschaftliche Differenzen durch solidarische Diskussion einer Lösung zugeführt werden sollten, die den Interessen der unmittelbar betroffenen Kollegen entspricht.

An den Landesvorstand der
GEW Hamburg
z.N. Herr Rainer Grieb
Rothenbaumchaussee 15
2000 Hamburg 13

Hamburg, d. 28.11.1981

Betr.: Schreiben mit Anlage vom 13.11.81 Gr1/L8

Betr.: Schreiben mit Anlage vom 13.11.81 Gr1/L8

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vom Kollegen Rainer Grieb und uns anderweitig mitgeteilte Vorgang ist für uns von grundsätzlicher Bedeutung, weil u.E. die Solidarität unter den DGB-Einzelgewerkschaften in grober Weise verletzt worden ist.

Wir fordern Euch daher auf, Eurem Landesvorstand und Eurer Landesvertreterversammlung folgende Stellungnahme zur Kenntnis zu bringen:

1. Die Befassung der Landesvertreterversammlung der GEW am 09.11.81 mit einem Antrag, der eine ausschließlich interne Angelegenheit der IG Metall betrifft, ist eine unerhörte Anmaßung. Der Landesvorstand hätte die Befassung als absolut unzulässig und gegenstandslos verändern müssen.
2. Es ist für die IG Metall unbegreiflich, daß nach den uns vorliegenden Informationen darüberhinaus der Kollege Holger Mahler als einer der Hauptbeteiligten des anstehenden IG Metall-internen Untersuchungsverfahrens persönlich Stellung nehmen durfte.
3. Dies ist neben den formalen und solidarischen Aspekten dieses Vorgangs ein zusätzlicher Eklat. Die Landesvertreterversammlung hat somit nicht nur ihre Nichteinmischungsverpflichtung verletzt, sondern außerdem durch einseitige Stellungnahmen vorab Partei ergriffen. Offenbar waren die Mitglieder der Landesvertreterversammlung noch nicht einmal an einer Sachdarstellung aller Beteiligten interessiert.
4. Wir werden diesen Vorgang wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung an unseren Vorstand sowie an den DGB-Kreisvorstand weiterleiten. Wir betrachten durch diese Einmischung unsere örtliche Zusammenarbeit als ernstlich gestört.

Mit freundlichen Grüßen

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungssitz Hamburg
J. Müllner W. Angelaumann O. Mohr O. vom Staud

Die IG Metall informiert

Erklärung der Hamburger Ortsverwaltung vom 23. Nov. 1981 zum Untersuchungsverfahren nach § 11 der Satzung der IG Metall:

1. Am 3. Nov. 1981 hatte die Untersuchungskommission folgende Empfehlung an den Vorstand beschlossen:
 - Ausschluss von 17 IG Metall Mitgliedern bei HDW Hamburg, die auf der gemäßigten Liste „Aktive Metallern“ kandidierten und ursprünglich als Kandidaten für die IG Metall-Liste vorgesehen waren.
 - Abberufung von den gewerkschaftlichen Funktionen für weitere 20 IG Metall Mitglieder dieser Liste für 2 Jahre.
2. Nach den Bestimmungen der Satzung der IG Metall hat die Ortsverwaltung Hamburg diese Empfehlung am 11. und 23. Nov. 1981 beraten.

Sie beschloß, abweichend von der Empfehlung der Untersuchungskommission, dem Vorstand folgende Maßnahmen vorzuschlagen:

 - Ausschluss von 6 IG Metall Mitgliedern, die als Leitungsmitglieder des IG Metall Vertrauenskörpers bei HDW und Mitglieder der Vertreterversammlung der Hamburger IG Metall maßgeblich an der Aufstellung einer gemäßigten Liste beteiligt waren und selbst gegen die IG Metall kandidierten.
 - Abberufung von den gewerkschaftlichen Funktionen für die weiteren 31 IG Metall Mitglieder der genannten gemäßigten Liste für 2 Jahre.
3. Dieser Ortsverwaltungsbeschluss wird jetzt an die Bezirksleitung und den Vorstand der IG Metall weitergeleitet, der die abschließende Entscheidung trifft.

Industriegewerkschaft Metall
f.d. Bundesrep. Deutschland
Verwaltungssitz Hamburg

gen. J. Müllner gen. W.A. Angelaumann gen. O. Mohr



Bundeswehroberst hetzt im Betrieb gegen »Chaoten, Revoluzzer und Drückeberger«

Jetzt hat sie doch statgefunden, die zweite Rekrutenvereidigung in einem Betrieb. 220 Rekruten mußten am 24. November in einer Halle der Firma Kelpor in Rockenhausen antreten, nachdem es zuvor im Paradenmarsch über Werksgelände ging. Zuschauer waren die Arbeiter und Angestellten der Firma, von denen viele - so verschiedene Presseberichte - die Aktion „dufte“ fanden. Obwohl es zunehmend heftige Proteste auch aus der IG Metall und der SPD gegen diese „unheilige Allianz von Militär und Kapital“ gab (siehe auch ausführlich zum Hintergrund AK 213), ließ sich der Betriebsratsvorsitzende und Mitglied der IGM-Ortsverwaltung Kaiserlautern, Jess, eine Ansprache an die Rekruten nicht nehmen. Für ihn war diese Militarisierung des Betriebs Beweis, der „Bundeswehr den Platz anzuweisen,

an den sie gehöre, nämlich mitten in der Gesellschaft“.

Eine gewerkschaftliche Protestdemonstration am Vorabend der Vereidigung (mit nach unterschiedlichen Angaben 300 - 700 Beteiligten) hatte offensichtlich den Kommandeur der Heimschutzbrigade 34, Oberst Loch, zu einigen kernigen politischen Ausfällen animiert: „Neutralismus und Pazifismus müssen früher oder später das Ende für unsere Bundesrepublik bedeuten. Eine Minderheit - aber schreiende Meute von Gewaltdemonstranten, primitive Spruchbänder zwischen Vulgärpazifismus und Revolution, banale Sprechchöre - will diesen Staat in Frage stellen“. In trauter Eintracht würden sich „Kommunisten, Chaoten, progressive Pastoren, Revoluzzer und Drückeberger“ zusammenfinden. „Das Gelöbte ist der Anlaß, die Ziel-

richtung ist die Bundeswehr“. Die „Nie wieder Krieg“-rufen, so weiß Militärist Loch, meinen „Weg mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Proteste im Betrieb soll es nicht gegeben haben, was den Oberst vermutlich zu seiner militärischen Verteidigungsrede der Bundesrepublik ermüdet hat.

Gespunnt darf man sein, ob die IG Metall gegen ihr Vorstandsmitglied Jess, ohne dessen Beteiligung das Gelöbte nicht hätte ablaufen können, mit dem Gewerkschaftsausschluß vorging oder ob auch weiterhin linke Kritiker von der Ausschlusspraxis betroffen sind, während sich Militaristen und Kontakteure der „Nationalzeitung“ (der Jess bereitwillig ein Interview gab) in der Gewerkschaft rumkullern. (Schneiders)

Lohnraub mit staatlicher »Notverordnung«

Die diesjährige Lohntarifrunde nimmt konkrete Formen an. Man spricht zwar vom Erhalt des Reallohns, man streitet aber nur noch über die Höhe des Reallohnabbaus. Vorreiter soll in diesem Jahr der öffentliche Dienst sein. Per Gesetz verordnet - und nicht tariflich geregelt - sollen den Arbeitern, Angestellten und Beamten beim Staat 1 % Verdienst durch Kürzung der Zulagen abgezogen werden. Einen vergleichbaren staatlichen Eingriff in die Lohnpolitik hat es zuletzt 1931 gegeben, als der damalige Reichskanzler Brüning staatliche Sparpolitik zu Lasten der Werktätigen verordnete und diese über „Notverordnungen“ durchsetzte (ohne daß allerdings die Wirtschaft und Finanzkrise besänftigt werden konnte).

Neben der Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst ist bemerkenswert: Die Gewerkschaft NGG, Vorreiter des Lohnverzeichnisses in der Tarifpolitik, setzt in diesem Jahr deutliche Zeichen und verzichtet auf die Aufteilung einer Lohnforderung in den Verhandlungen. Die IG Metall hat mit 7,5 % das erste Datum gesetzt.

Am Montag, den 1.12., beschloß der IGM-Vorstand, „Einkommensverbesserungen mit dem Ziel des Preisstabilisierungsausgleichs in das Zentrum der Tarifauseinandersetzung zu stellen“.

Die Forderungen sollen sich nicht über 7,5 Prozent bewegen. Die IGM-Führung geht in ihrer Begründung von einer durch nichts begründeten Inflationsrate für '82 von 5,5 Prozent und einem Produktivitätszuwachs von ca. zwei Prozent aus.

Ein erstes Modell der Vorratsanpassung kommt aus dem Hause Steinkühler (Baden-Württemberg). Dort wird eine Lohnerhöhung von 3 % plus 100 DM Festbetrag für alle erwogen.

Ebenfalls aus Baden-Württemberg kommt Kapitalistenlob für die Maß-

Der erste Schritt wurde am 1.12. mit der Kündigung der Zulagetarife für die Arbeiter des öffentlichen Dienstes getan. Die ÖTV-Führung hatte für diesen Fall schon Wochen zuvor umfangreiche Kampfmaßnahmen angekündigt. Als erste Reaktion kündigte die ÖTV (und DAG) ihrerseits entsprechende Tarife bei den Angestellten.

Oftensichtlich ist, daß im kommenden Jahr der Bund selbst die Vorreiterrolle beim Reallohnabbau machen will. Der „Durchbruch“ soll wiederum an einem „schwächeren“ Glied vollzogen werden (im letzten Jahr scheiterte ja ein solcher Versuch an dem Eigentümer der IG-BSE) und welcher Bereich sollte dafür geeignet sein als der Öffentliche Dienst? Dieser Bereich ist stimmungsunfähig „reif“ gemacht worden, um den Solidarisierungseffekt zu vermindern.

Umsomehr hängt der Ausgang der kommenden Tarifrunde davon ab, inwieweit die einprozentige Lohn- und Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst verhindert werden kann. Wie stellt sich nun die DGB-Führung zu diesem Konflikt?

Die Ankündigung der einprozentigen Kürzung wurde von Klunker als „Kampfansage der öffentlichen Arbeitgeber“ bezeichnet. Es werde noch vor den nächsten Tarifverhandlungen einen Streik geben; „keine spontanen Aktionen“, sondern „ein umfassender, nach einem vorbereiteten Plan ablaufender Arbeitskampf gegen alle drei öffentlichen Arbeitgeber“ („FAZ“, 25.11.). In den Medien werden angebliche „Geheimpläne“ teilweise gezielt aufgebaut (so phantasiert das „Hamburger Abendblatt“ vom 1.12. z.B. von einer „Abschaltung ganzer Stromnetze“, der „Trockenlegung der Wasserversorgung“, dem angeblich geplanten „Abdrehen der Gasversorgung“ - und das alles zur Weihnachtszeit...).

Von der ÖTV-Führung in die Öffentlichkeit geplanten „Abdrehen der Gasversorgung“ - und das alles zur Weihnachtszeit...)

Von der ÖTV-Führung in die Öffentlichkeit gebracht werden Vergleiche mit der Entwicklung vor '33, der 1930 von Brüning durchgeführten Zwangsverordnung zur Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter („Reichshilfe der Person im öffentlichen Dienst“) etc.

In der Tat sind solche geschichtlichen Vergleiche durchaus angebracht, nur welche Schlussfolgerung zieht die ÖTV-Führung daraus?

Der zentrale Punkt für sie ist nicht, die angestrebte Einkommensrückführung um ein Prozent zu Fall zu bringen. Die ÖTV-Führung ist sogar grundsätzlich bereit, einen „Sparbeitrag“ zu leisten. In erster Linie - und das natürlich auch zu recht - sieht die ÖTV-Führung in dem staatlichen Vorgehen einen Angriff auf die „Tarifautonomie“. In diesem Sinne machte Klunker Innenminister Baum den Vorschlag, „die Kürzung bis zum Abschluß der Tarifverhandlungen aussetzen“ („HA“, 24.11.), was von Baum aber abgelehnt wurde. Sollte es zu Kampfhandlungen kommen, so wird die ÖTV-Führung versuchen, diese gegen das staatliche „Wile“ und nicht gegen das „ob überhaupt“ zu wenden. Hierüber wird erhofft, den „sozialen Frieden“ zu bewahren und als „Tarifpartner“ nicht ausgebootet zu werden. Den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern geht also nur noch darum, bei der Entscheidung nicht übergegangen zu werden - das nennen sie dann Mitbestimmung! Sollte damit nicht auch ein Baum leben können?

Kommunikation B + G



GEW-NRW: Ilse Brusius abgewählt Schwere Niederlage für DGB-hörigen Flügel

Nach dem kläglichen Abgang des langjährigen GEW-Vorsitzenden Frister auf dem GEW-Gewerkschaftstag im Oktober fand jetzt auch im mitgliederstärksten Landesverband, der GEW-NRW, die Ära Frister ihr Ende: Auf der vom 15. - 18.11. in Essen tagenden Landesvertreterversammlung wurde die mit sechs Jahren amtierende und zum Frister-Flügel zu rechnende Landesvorsitzende Ilse Brusius abgewählt. Das Ergebnis war schon seit Monaten absehbar und fiel mit 248 : 181 Stimmen für den neuen Landesvorsitzenden Hammeirath sogar weniger krasch aus als erwartet. Ilse Brusius Stern begann zu sinken, als Anfang des Jahres die Gesamtschullehrer gegen das damals vor der Verabschiedung stehende Gesamtbeschäftigungsgesetz aufbegehrt. Für den 17.3. wurde eine landesweite demonstrative Arbeitsniederlegung beschlossen. Dem Landesvorstand war dies zu „früh“ und er orientierte auf eine Demonstration zu diesem Zeitpunkt. Doch wenige Tage vor dem 17.3. wurde auch die Demonstration vom Landesvorstand abgesagt. Die GEW-Stadtverbände Essen, Köln und Düsseldorf führten daraufhin die Demo unter eigener Regie durch, was ihnen den wütenden Protest des Brusius-Vorstands einbrachte. In dieser Auseinandersetzung kündigte Ilse Brusius an, daß sie „zur Fortsetzung dieser Politik“ („NDS“ 9/81) wieder zur Vorsitzenden kandidieren werde.

Wie weit Ilse Brusius den Blick für die realen Kräfteverhältnisse verloren hatte, zeigte sich nach dem GEW-Gewerkschaftstag im Oktober, als sie eine Lobrede auf Erich Frister („dessen einzige Frage immer war, was der GEW und den in ihr organisierten Kolleginnen und Kollegen dient“, „NDS“ 19/81) und eine wüste Hetze gegen die Mehrheit der Delegierten vom Stapel ließ. So kritisierte sie, „mit welcher unglaublichen Arroganz, ja sogar Militanz der DGB, seine Einzelgewerkschaften, gemeinwirtschaftliche Unternehmen des DGB und er selbst (Erich Frister, Anm.) brüskiert und diffamiert wurden“.

Einem Kollegen veranlaßte dies zu der Entgegnung: „Man erfährt durch den Artikel mehr über Ilse Brusius als über den Gewerkschaftstag“ („NDS“ 21/81) - eine Aussage, die früher in der Zeitung des GEW-Lan-

desverbandes unmöglich gewesen wäre. Doch die Zeiten haben sich geändert. Während die „Neue Deutsche Schule“ früher mit Artikeln und Fotos von Ilse Brusius erschien, kommen jetzt auch mal kritische Stimmen zu Wort. So beklagte jüngst ein Stadtverband „die Tolerierungspolitik der GEW-NRW gegenüber den Streikungsplänen der Landesregierung“ („NDS“ 21/81).

Angesichts dieser Vorgänge konnte die Abwahl der Ilse Brusius niemanden überraschen. Dennoch war von interessierter Seite schon seit längerem die Parole ausgegeben worden, hier seien Kommunisten am Werk. Manfred Wilke sah bereits 1979 die „Übernahme des Landesbezirks durch das fortschrittliche Bündnis auf der Tagesordnung“ („Der Marsch der DKP durch die Institutionen“, S. 36).

Und persönlich sorgte er für Abhilfe: „1980 freilich unternahm die Landesverbands-Vorsitzende (Ilse Brusius, Anm.) einen letzten Versuch, die GEW-Verhältnisse im demokratischen Sinne zu konsolidieren: Sie holte den profilierten DKP-Kritiker Dr. Manfred Wilke als Geschäftsführer nach Essen“ (Fritz Vilmur: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung?, S. 40).

Als Wilke dann sein bekanntes Machwerk veröffentlichte, trauten im Landesverband vereinzelt Rücktrittsforderungen auf, die von Wilke wiederum als Beleg kommunistischer Unterwanderung ausgegeben wurden.

Kurz vor der sich abzeichnenden Abwahl der Ilse Brusius erschien in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Beitrag, der die Mär von der kommunistischen Unterwanderung weitertrug: „Die Allianz zwischen der DKP und den anderen GEW-Linken, die sich selbst gern als fortschrittliches Bündnis tituliert, ist so stark, daß Brüss-Anhänger schon nicht mehr von einer Unterwanderung durch die DKP reden mögen: „Wir werden überrollt!“ (der Artikel wurde in der „Welt der Arbeit“ v. 29.10. kommentarlos nachgedruckt).

Was ist nun an diesen Behauptungen dran? Der neue Landesvorsitzende, Alf Hammeirath, in der bürgerlichen Presse gern als „Kandidat der DKP“ („FAZ“, 14.11.81) bezeichnet, ist nicht nur in Essen Schulrat, er ist auch „eher rechter Sozialdemo-

krat“ („WAZ“ Nr. 235). Er wurde mit den Stimmen der DKP gewählt, aber das wurde Ilse Brusius vor zwei Jahren auch noch.

Überrollt wurde die Brusius-Fraktion nicht von der DKP, sondern von den Folgen ihrer eigenen Politik, die im wesentlichen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung bestand, statt Entfaltung gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen die Regierung. Die Kollegen wollten sich „nicht länger als Schockfiguren der DGB-SPD-Oberen manipulieren lassen“ (R. Mahrlein, 2. Vors. der GEW Mittelfranken, z. „FR“, 25.11.).

So sind auch einige positive Beschlüsse der Vertreterversammlung zu erklären: Der DGB-Unterschriftenlaß wurde verteuert und seine Aufhebung verlangt; der DGB wurde aufgefordert, mit dem Friedensaufruf nicht ein eigenes Söppchen zu kochen, sondern auch andere Friedensappelle und Initiativen zu unterstützen.

In der schon seit Monaten umstrittenen Frage, ob ein Streik nur zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder auch zur Durchsetzung bildungspolitischer Forderungen möglich sein solle, setzte sich die zweite Position durch. Allerdings wurde eine weitergehende Formulierung, nach der Arbeitsniederlegungen auch ein Mittel seien, „mit denen die GEW politische Forderungen durchzusetzen versucht“, mit 185 : 235 Stimmen abgelehnt.

Allein diese Niederlage kann die DKP, die geschlossen gegen diese Formulierung stimmte, als Erfolg für sich verbuchen. Wegen der zahlreichen nicht erledigten Anträge wird die Versammlung im kommenden Jahr fortgesetzt.

Kommunikation Betrieb & Gewerkschaft

ANZEIGE: Brennpunkt Stahlkrise/Ein neues Buch der »Revier«-Redaktion



Wer sich als Linker ausführlich und sachkundig über die Probleme der Beschäftigten in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets informieren wollte, der griff seit dem Stahlarbeiter-Streik von 1978/79 zu „Revier“, der „Zeitung für das Ruhrgebiet“.

Das im September erschienene Buch „Brennpunkt Stahlkrise“ ist eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse der Revier-Redaktion über diesen Dauerbrenner. Auf mehr als 300 Seiten wird den Ursachen, Auswirkungen und Lösungsvorschlägen dieses „Prototyps einer kapitalistischen Krise“ nachgegangen. In einem wissenschaftlichen Teil werden zunächst Ursachen und Verlauf der Stahlkrise dargestellt, ergänzt durch mehrere „Fallstudien“: Hagen, Oberhausen, Saarland und, am aktuellsten Dortmund.

Ein Kapitel ist der Frage nach dem Sinn oder Unsinn von Verstaatlichung

gewidmet; untersucht werden die englischen und österreichischen Erfahrungen.

Das letzte Drittel wird von einem „Meinungsteil“ gebildet. Die Revier-Redaktion dokumentiert eine Reihe von Stellungnahmen sowohl zur speziellen Problematik und den Kämpfen in Dortmund als auch zur Stahlsituation insgesamt. Hier finden sich Diskussionsbeiträge von IGM, SPD, randum-Gruppe und Revier. Somit ist hier ein recht umfassender Überblick auch des Stands der Diskussion der Linken zu diesem Thema gegeben.

Das Buch kostet 12 DM (plus 2 DM Versand) und ist zu bestellen bei: Margret Jäger REVIER-Verlag Siegen, 15, 41 Dülberg Tel. 0293/34 00 83

11. DGB-Jugend-Konferenz

Noch mehr Druck für die Jugendarbeit

Unter dem Motto „Nicht fluchen, Aufmucken“ (am 19. bis 21. November in Willingen (Sauerland)) die 11. Bundesjugendkonferenz der DGB-Jugend statt. Nach den Ereignissen auf der 10. Bundesjugendkonferenz 1977, wo es um die Weltjugendfestspiele in Ravenna und einen Bahro-Bildschirmstreik heftige Kontroversen gegeben hatte, hat sich in der DGB-Jugend einiges verändert. Da gibt es zum einen die von DGB-Rechten und auch einigen Linken vorgetragene Behauptung, die DGB-Jugend sei von DKP und SDAJ unterwandert. Und dies, so wurde scharfsinnig geschlossen, verhin-dere eine Hinwendung der DGB-Jugend zu dem „normalen Jugendli-chen“. Zu diesem Unterwanderungs-vorwurf entwickelten sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe in-haltlicher Differenzen (angefangen vom Verhältnis betrieblicher und offener Jugendarbeit, Infragestellen linker Positionen in der Bildungsar-beit bis hin zur unterschiedlichen Be-wertung der Aufrüstung in den USA und der Sowjetunion).

Diese inhaltlichen Widersprüche entwickelten sich in einer Zeit, in der es für die fortschrittlichen Kräfte in der BRD immer schwieriger wird gegen die Herrschenden Positionen durchzusetzen. Ein großer Teil der Jugendlichen radikalisiert sich u.a. aufgrund dieser Entwicklung und kämpft in den verschiedenen Bewe-gungen (Frieden, Hausbesitzer, Frau-chen ...). Diese Entwicklung hat auf die DGB-Jugend bisher nur wenig Aus-wirkungen. Im Gegenteil: Von 1,1 Millionen organisierten Gewerkschaft-tern unter 25 sind, laut DGB-Statistik, nur 4.000 in DGB-Jugendgrup-pen aktiv. Vor diesem Hintergrund tagte die 11. Bundesjugendkonfe-renz.

Wenn man sich die Zusammensetzung der Bundesjugendkonferenz (BJK) an-sieht, so wird klar, daß es sich hier weniger um ein Treffen der aktiven Basis handelt, als vielmehr um ein ziemlich abgehobenes Gremium. Von den 146 Delegierten waren nur 28 Frauen, allein 33 waren Hauptamtliche und es gab nur sage und schreibe fünf Lehrlinge. Fast ein Drittel (42) Dele-gierte waren schon auf der letzten BJK 1977 dabei. Abgesehen von der Zu-sammensetzung stellt sich noch die Frage, ob überhaupt alle Delegierten von der Gewerkschaftsjugend gewählt oder nicht vielmehr von Hauptamtli-chen „ausgepickt“ wurden. Zu den 146 Delegierten kamen noch einmal fast 100 Gastdelegierte sowie Gasthö-

oder nicht vielmehr von Hauptamtli-chen „ausgepickt“ wurden. Zu den 146 Delegierten kamen noch einmal fast 100 Gastdelegierte sowie Gasthö-

Was ist dran an den „Freiräumen“?

In den Grundsatzreferaten von Karl Schwab (DGB-Abt. Jugend), H.-O. Vetter (DGB-Vorsitzender) und Hans

Brauer (Vorsitzender der DGB-Ju-gend) war des öfteren die Rede davon, daß man der Jugend heute mehr Frei-räume gewähren müsse, wenn man sie an der Arbeit in der DGB-Jugend überhaupt interessieren wolle. Wie ernst man es mit „mehr Freiräumen“ meint, veranschaulicht Schwab an dem Beispiel einer Jugendgruppe, deren Zeitung ins Kreuzfeuer des Kreisvor-stands gekommen ist. Aus Angst vor Zensur hat sich diese Jugendgruppe aufgelöst. Ein leider alltägliches Bei-spiel. Karl Schwab fragt nun: „Ist der-an der Kreisvorsitzende schuld? Haben die jungen Redakteure vielleicht nicht sorgfältig genug recherchiert? Haben sie — bevor sie einen ihnen als heißes Eisen oder Knüller erscheinenden Vor-gang veröffentlichten — auch einmal

21.11. ... auf einen Konflikt in der De-legation der IG-Metall-Jugend ein, die kurz vor dem Kongreß in Willingen durch ein Veto ihres Gewerkschafts-vorsitzenden Loderer veranlaßt wor-den war, einen kritischen Antrag zur Atomenergie zurückzuziehen. Loderer hatte seinen Einspruch vor dem IG-Metall-Jugendausschuß damit begrün-det, dieser Antrag entspreche nicht der Beschlüßlage der IG Metall insge-samt.“

Daß es den DGB-Oberern nicht ernsthaft um mehr Freiräume geht, wird auch aus der von Vetter gehaltenen Rede deutlich. Da bringt er zuerst ein Zitat von einer seiner Reden auf dem außerordentlichen DGB-Bundes-kongreß: „Wir müssen auf die Jugend zugehen und ihr zeigen, daß es

gendausschuß und DGB-Bundevor-stand verabschiedet wurde. Dieser „Positionspapier zur gewerkschaftli-chen Jugendarbeit“ sollte einen Kom-promiß darstellen zwischen den Vor-stellungen der IG Metall, DPG, HBV auf der einen und IG Chemie, BSE, Bergbau und Energie etc. auf der an-deren Seite. Während die einen an alten Positionen der 8. DGB-Bundes-jugendkonferenz 1971 festhalten woll-ten, ging es den anderen darum, die Jugendarbeit mehr zu „öffnen“, keine Bildungsinhalte mehr „überzustül-pen“ und dergleichen mehr. Die noch 1971 festgehaltene Position, „gewerk-schaftliche Jugendarbeit geht nicht von irgendeiner Form von Sozialpart-nerschaft aus, sondern vom Grundwi-derspruch zwischen Lohnarbeit und

Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Mit-gliedsstärke zieht. Damit ... besteht auch die Gefahr des Mißbrauchs ge-werkschaftlicher Funktionen für par-teipolitische Zwecke. Damit wird ge-werkschaftliche Arbeit noch innen und außen diskreditiert und den Gewerk-schaften insgesamt Schaden zuge-fügt.“

Daß hiermit nicht die Parteipolitik der SPD, sondern die der DKP/SDAJ und anderer Linken gemeint ist, dürfte wohl klar sein.

Während nun die IG Bergbau in Willingen in einem Antrag forderte, das „Positionspapier“, „als Grundlage für die gewerkschaftliche Jugendar-beit“ zu verabschieden, wollte die IGM es nur als eine Grundlage vor-standen wissen.

Außerdem war von der DGB-Lan-desbezirksjugendkonferenz Nieder-sachsen ein Antrag vorgelegt worden, der die alten IGM Positionen noch ein-mal aktualisiert auf den Punkt brach-te: „Dort heißt es u.a.: „Wer die gesell-schaftlichen Bedingungen langfristig verändern will, muß über die betriebli-che Realität hinaus die Machtstruktur der kapitalistischen Gesellschaft in allen Lebensbereichen zum Gegen-stand der Auseinandersetzungen ma-chen.“

Alle diese Positionen waren für die Sprecher von der Chemie (Andres, Reibsch) der Bergbau und der BSE (Hoeger) einfach zuviel. Sie erklärten mehrmals, in der Pose der unterdrück-ten Minderheit, sie würden sich nicht wie in Sevilla von der IGM-Abstimmungs-maschinerie unterbügeln lassen (dort hatten dieselben Leute es nicht geschafft, die Erwähnung der SS 30 in Zusammenhang mit dem „Nachrü-stungsbeschluß“ in die Friedensresolu-tion mit aufnehmen zu lassen).

Als dann der DPG-Bundesjugend-sekretär Tremi plötzlich von einer Mel-dung des Südwestfunks berichtete, nach der u.a. die IG-Chemie-Jugend einen Auszug plane, wenn sie sich nicht durchsetzen könne, schlugen die Wogen in der Konferenzhalle hoch. Dieser Eklat war seit einem dreiviertel Jahr in verschiedenen Delegationen (IGBP, BSE, Chemie, DruPa) disku-tiert worden. So zeigte sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schon am Eröffnungstag der Konfe-renz recht gut informiert, indem sie schrieb, daß es das „erklärte Ziel der Gewerkschaftsjugend der IG Chemie“ sei, „die eigentlichen Konflikte anzusprechen“ („FAZ“, 19.11.81).

Die Reaktion der IGM Delegation und anderer auf dieses offensichtliche Erpressungsmanöver der Rechten fiel wie folgt aus: „Die [Delega-tion] ...“ („FAZ“, 19.11.81).

Schließlich kam es auf Weisung von Fortsetzung nächste Seite



mit dem Betriebsrat des Betriebes, in dem der Vorgang sich abspielte, ge-sprochen und auch seine Sicht berück-sichtigt?“ Als ob es nicht auch unter den Betriebsräten genug sozialpartner-schaftlich eingestellte Leute gäbe, die gegen die Veröffentlichung von „hei-ßen Eisen“ sind!

Weiter meinte Schwab, daß die Ju-gendlichen auch lernen müßten, Gren-zen zu respektieren. Damit ging er, so die „Frankfurter Rundschau“ vom

einen Sinn hat, in den Gewerkschaften zu arbeiten. „Das erfordert von uns allen, die Verhaltungen jahrelanger Tätigkeit abzulegen und den Kern der Ideale sehen, der in dem steckt, was wir wollen. Das erfordert aber auch, daß wir Raum geben für Phantasie, für Experimente, für eigenverantwortliche Tätigkeit. Je für Irrtümer.“ Er fährt dann in seiner eigentlichen Rede fort, indem es auf den Beschluß des DGB-Bundevorstandes zur Bonner Demo-tage: „Meine Bemerkungen auf dem Außerordentlichen Kongreß ste-hen in keinem Widerspruch zu diesem Beschluß.“ Und nachdem er vom Mißbrauch der Friedensbewegung durch „bestimmte Kräfte“ gewarnt hat, meint er: „Unsere Bedenken haben auch bei nachträglicher Beurteilung ihre Berechtigung behalten.“ So sieht das also mit den „neuen Freiräumen“ praktisch aus.

Völlig verständlich erscheint angesichts dieser klaren Aussagen, wie die „UJ“ (Zeitung der DKP) die Dis-kussion auf der BJK zum 10.10. kom-mentiert. Indem sie Karl Schwab zu-ruert, der sich etwas schwammiger als Vetter zum 10.10. äußerte, will sie of-fensichtlich den Eindruck erwecken, als ob so etwas wohl nicht wieder vor-kommen würde. Wörtlich: „Schwab, der eingestand, daß es bei der Diskus-sion um die Friedensdemonstration eine gewisse Verengung der Sicht gegeben habe, betonte, daß der DGB-Herrnvorstand aus der Diskussion ge-lernt habe“ (1). Worin das „Lernen“ besteht, wird leider nicht weiter ausge-führt.

Streit um das „Positionspapier“

Bei der Diskussion um die vorliegen-den 150 Anträge ging es als erstes um ein „Positionspapier“, welches im März dieses Jahres vom Bundesju-

Kapital“, findet sich in dieser Schärfe im neuen Positionspapier nicht wieder.

Ein weiterer zentraler Punkt im Positionspapier (vielfach von der bürgerlichen Presse) betrifft die so-genannte Unterwanderungsgefahr. Dort heißt es, daß, wenn die Zahl von ak-tiven jungen Mitgliedern zu gering blei-be, „politischen Gruppen innerhalb der Gewerkschaftsjugend die Beset-zung von Funktionen in einem Aus-maß ermöglicht (wird), das in keinem

Nur 4.000 aktiv in den DGB-Jugendgruppen?

Nach einer Umfrage, die die DGB - Organisationsabteilung 1981 in den DGB-Kreisen durch-führte, ist die Zahl der Jugend-gruppen der Einzelgewerkschaften gegenüber 1980 um 21% von 612 auf 483 zurückgegangen. Der Umfrage zufolge soll es in 102 von insgesamt 222 DGB-Kreisen keine DGB-Jugendgrup-pen und in 99 DGB-Kreisen auch keine Jugendgruppen von Einzel-gewerkschaften geben. Demnach gäbe es in fast der Hälfte der DGB-Kreise keine Jugendarbeit. Es gibt jedoch in 187 DGB-Krei-sen Kreisjugendausschüsse. Es gibt demnach stliche Kreise, in denen es zwar einen Kreisjugend-ausschuß, aber keine Jugend-gruppen gibt.

Weiter geht aus der Organi-sationsumfrage hervor, daß es in den DGB-Kreisen insgesamt nur 197 DGB-Jugendgruppen gibt. Vergleicht man diese Zahl mit der entsprechenden des Jahres 1980 (366 Jugendgruppen), so ist die Zahl der Jugendgruppen um 46,2% zurückgegangen. Um

die Zahl der aktiven DGB-Ju-gendlichen herauszubekommen, rechnet die Organisationsab-teilung wie folgt: „Laut man der Zahl der DGB-Jugendgruppen (197) eine Mitgliederzahl von 20 Jugendlichen pro Gruppe (was relativ viel ist) zugrunde, so sind 3940 Jugendliche in den DGB-Jugendgruppen aktiv. Bezogen auf die Mitgliederzahl (April 1981: 1.153.402) ergibt dies einen Prozentsatz von 0,34%.“

Eine weitere für den DGB-Apparat nicht gerade erfreuliche Meldung ist, daß sich die Zahl der organisierten Jugendlichen seit 1978 um fast 200.000 ver-ringert hat. Die Organisations-abteilung schreibt dazu im Ge-schäftsbericht der DGB-Jugend: „Der Grund ist darin zu finden, daß bei diesen (s.B. der IGM) Gewerkschaften in 1980 die Br-sierung der Mitglieder unter 25 Jahren ebenfalls durch die elek-tronische Datenverarbeitung er-folgte und die in den Vorjahren vorgenommene Hochrechnung dadurch relativiert wurde.“

»Neue Formen« und Gewerkschaftsausschuß — wie geht das zusammen?

Zu den Jugenddelegierten, die von notwendigen „neuen For-men“ in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit reden und sich an Oberursel orientieren, gehört auch Ingo Lehmann, Hauptvor-mandsmitglied der IG Druck, zu-mänglich für Jugendarbeit und Bil-dung. In der „Tageszeitung“ vom 6.3.81 ist aus ein recht auf-schlußreiches Interview abge-druckt, wo Martin Kempe von der „taz“ ihn befragt, wieso er im DruPa-Hauptvorstand für den Ausschluß von Harald Schöpfer gestimmt habe. Harald Schöpfer wurde „vom Ortsverein Stuttgart ge-schlossen, unterstützt durch im vollen Wissen, daß er KBW-Mit-glied war, als er im Ortsverein in verschiedene gewerkschaftli-che Funktionen gewählt wurde — ein Fall von selbstbestimmter gewerkschaftlicher Meinungsbil-dung, für die du dich im Jugend-bereich so stark machst“. Da-rauf antwortete Ingo: „Ich bin eigentlich dafür, daß mit den jungen Kolleginnen und Kolle-

gen über ihren Irrtum — so sehe ich das — diskutiert wird.“ Und an anderer Stelle des Interviews „Glaub“ doch nicht, daß das ein Spaß ist, da einen jungen Men-schen rauszuschmeißen, für wen auch immer. Arbeiten wir alle so, daß wir wohl die Möglichkeit unseres Handelns innerhalb der Gewerkschaften immer wie-der erweitern, immer wieder zu neuen Ufern kommen, zu mehr Demokratie. Aber machen wir es doch so, daß wir die Organi-sationsstrukturen erweitern, daß wir sie nicht so überlasten, so daß eines Tages mühen auf die Idee kommen. Jetzt müssen wir diesen oder jenen rauschmei-ßen.“ Wenn es nicht so traurig wäre, müßte man darüber lachen, wie sich der Ingo windet. Aber eine Frage sei doch erlaubt: Wo will Ingo Lehmann die zen-tralen Jugendlichen heutzutage „mit neuen Formen“ gewinnen, wenn er selbst für einen Gewerkschaftsausschuß stimmt?

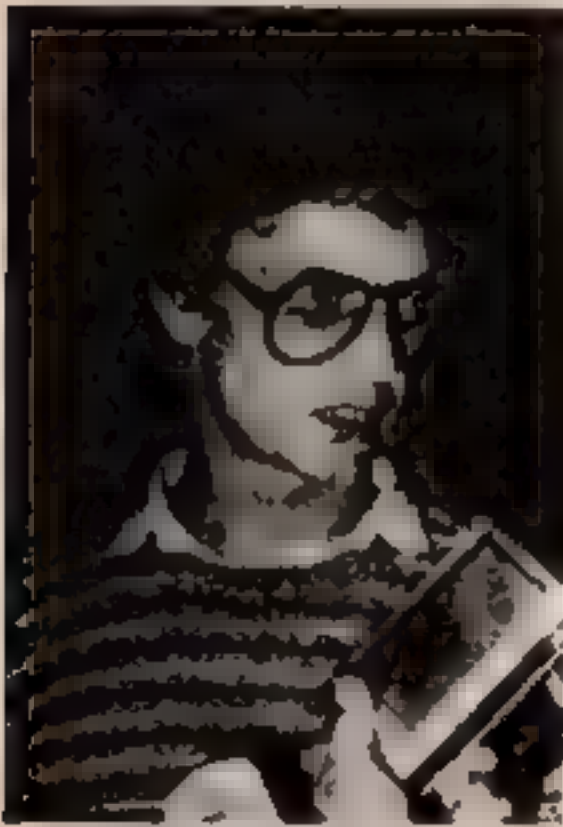
Fortsetzung von voriger Seite

Karl Schwab und seinem möglichen Nachfolger Frank von Auer (OGW-Vorstandsmittglied und Mentor des „Postionspapiers“ (2) zu dem „Komprobi“, das „Postionspapier“ als Grundlage der Arbeit anzunehmen und den unstrittigen Antrag der IGM-Jugendlichen zusammen mit anderen Anträgen dem Bundesjugendausschuß als Material zu übergeben. Der Antrag der IG Bergbau, der noch weitergehend gefordert hatte, das Positionspapier beim DGB-Bundeskongress im Mai '82 vorzulegen, um dem Papier noch mehr Gewicht zu geben, wurde abgelehnt.

Unterm Strich haben sich die Rechte doch voll durchgesetzt.

Gruselstory Nr. 2: Brauser kungelt mit dem SDAJ-Vorsitzenden

Die „Jugendkanalarbeiter“ („FR“) von der BSE, Chemie und Bergbau-Ge-



Norbert Römer, Redakteur der IG-Bergbau-Zeitung „Einheit“. Leute, die in der US-Regierung die Hauptkriegstreiber sehen, beschimpft er als „Friedensimperialisten“.



Gerd Andres, ehem. IG-Chemie Jugendsekretär, jetzt Leiter der Abt. Bildung beim IG-Chemie Hauptvorstand. „Mit platten marxistischen Positionen kann man heute keine Jugendlichen mehr gewinnen.“

Nicaragua-Solidarität nicht gefragt?

Unter dem Motto „Werkzeug für Nicaragua“ hat die DGB-Jugendabteilung jetzt eine Spendenkampagne für Ausbildungszwecke in Nicaragua begonnen. Auch während der Bundesjugendkonferenz gab es einen Stand von IG Metall Kolleg/innen zu diesem Thema. Ab am Ende der dreitägigen Konferenz, zwei Stunden vor Schluß, immer noch nicht mehr als 500 DM gespendet worden waren, platze einem Delegierten förmlich der Kragen. In einer angeregten Rede forderte er die Delegierten zu mehr praktischer Solidarität auf. Und wies da, innerhalb von zwei Stunden erhöhte sich das Spendenergebnis auf 6.500 DM. Hans Brauser ließ es sich nicht nehmen, das Ergebnis stolz bekanntzugeben. Lag es an der luxuriösen Umgebung (Drei-Sterne-Hotel, jede Mahlzeit mit mehreren Gängen), die das Wissen über Nicaragua verdrängte?

werkschaft hatten jedoch noch eine weitere Gruselstory auf Lager: So berichtete der Chemie-Jugendsekretär Reibach von einem Gespräch zwischen dem SDAJ-Vorsitzenden Sturmann und dem DGB-Jugendsekretär Brauser am Rande der letzten Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes. Reibach will gehört haben, wie Sturmann Brauser zugesichert habe, daß es „auf seiner Seite“ keine Konfliktstrategie für diese Konferenz gebe. Dies gelte allerdings nur, wenn Brauser seinerseits dafür Sorge, „die Scharfmacher“ in seinen Reihen (Chemie, Bergbau etc.) ruhigzustellen. In einem Gespräch mit der „FR“ (4) legte Reibach seine Absichten dar. „Er habe darstellen wollen, daß es für diese Konferenz politische Einflüsse von außen und Fernsteuerungen“ gegeben habe. „Daß es den Leuten von der IG Chemie um reine antikomunistische Stimmungsmache ging, beweist auch ein anderes Zitat aus der „FR“ vom 23.11.: Da ist von „bewußt in die Anträge eingebauten politischen Herausforderungen“ die Rede, „mit denen — so das ungenierte Eingeständnis von IG Chemie-Vorstandsmitglied Hermann Rappe und seines ehemaligen Jugendsekretärs Gerd Andres — die Kommunisten und ihnen nahestehende Gewerkschafter 'aus der Reserve gelockt' werden sollten.“

Doch nicht nur die IG Chemie trau mit solchen Strategien an. Auch der IG Metall-Vorsitzende Loderer hatte rechtzeitig vor der Jugendkonferenz in einer Erklärung vor dem Einfluß der DKP gewarnt. Diese Partei wolle ein Gesellschaftssystem, „das die IG Metall und der DGB prinzipiell ablehnen“. Loderer erwarte von der Gewerkschaftsjugend die konsequente Zurückweisung jener Einflußversuche, „die unter dem Deckmantel der Einheitsgewerkschaft und unter dem Motto der Aktionseinheit fortwährend gestartet werden“ (5).

In diesem Sinne äußerte sich denn auch Heinz-O. Vetter in seiner Rede auf der Bundesjugendkonferenz, als er sagte, man dürfe sich nicht wundern, „wenn außergewerkschaftliche Organisationen diese Schwäche (zu wenig Aktive, Azum, AK) dazu nutzen, um die große Zahl der Gewerkschaftsjugend als Massenbasis für ihre eigenen, außergewerkschaftlichen Ziele zu mißbrauchen.“ Und zum Thema Einheitsgewerkschaft meinte er: „Niemand soll sich dem Trugschluß hingeben, der Begriff der Toleranz könne beliebig als Tarnung für politisch unklare Absichten mißbraucht werden.“

Diese Angriffe der rechten Sozialdemokraten blieben unbeantwortet.

Tarnung für politisch unklare Absichten mißbraucht werden.“

Diese Angriffe der rechten Sozialdemokraten blieben unbeantwortet. Das war wohl auch auf so einer Konferenz nicht anders zu erwarten. Es ist jedoch immer wieder erstaunlich, mit welcher Blindheit die DKP solche klaren Drohungen behandelt. In der „UZ“ vom 23.11. werden fast ausschließlich die Teile der Reden wiedergegeben, die in das DKP-Webbild passen, z.B. daß sich der Bundesjugendsekretär in seinem Geschäftsbericht mit dem vom Berufsverbot betroffenen Postbeamten Hans Peter solidarisierte. Angesichts der Tatsache, daß die Konferenz mehrmals zu platzen drohte, ist es kaum verständlich und eine glatte Desinformation, wenn die „UZ“ schreibt: „Die Diskussion war sachlich.“

Auch vom Kapitalistenblatt „Handelsblatt“ gab es lobende Worte (6): „Die sich abzeichnende Wende in der gewerkschaftlichen Jugendpolitik wäre ohne die Offensive Veters, Schwabs, Loderers und Rappes gegen kommunistische Unterwanderungsversuche kaum möglich gewesen. Sie haben die vor allem von der IG Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz und dem HBV-Vorstandsmitglied Christian Götz betriebene Tarnungsstrategie des DKP-Einflusses durchkreuzt.“

Weiter empfiehlt das „Handelsblatt“ „den jungen Gewerkschaftern“, „Unterwanderungsversuche (zu) benennen und öffentlich (zu) machen. Sie müssen über Ziele und Taktiken der Marxisten-Leninisten aufklären. Vor allem aber ist Personalentscheidungen im Jugendbereich größtes Augenmerk beizumessen. Es sind die hauptamtlichen Jugendsekretäre, die nicht nur in der praktischen Arbeit, sondern auch bei der Formulierung politischer Aussagen der Gewerkschaftsjugend das Heft in der Hand halten.“ Daß diese „Ratschläge“ der Kapitalisten ihre Wirkung bei den Gewerkschaftsführern nicht zu verfehlen scheinen, zeigen die zahlreichen Personal- und Zensurmaßnahmen in den letzten Jahren (Kündigung der „ram-Redaktion“, Verbot der Broschüre zum Antikriegstag 1980, Absetzung des Bundesjugendsekretärs Nawrocki, Umbesetzung in der Abteilung Jugend usw.).

IG Chemie macht die Schluppe von Sevilla wieder wett

In der Debatte um das Bonner Demo-Verbot führen die IG Chemie und an-

dere einen besonders beachtlichen Kurs. Den Kritikern des Demo-Verbots setzte Gerd Andres frech entgegen, daß sie, anstatt die DGB-Führung zu kritisieren, lieber ihre eigenen Führer kritisieren sollten, die im DGB-Bundesvorstand das Demo-Verbot unterstützt hätten. Was nützte denn die Appelle an den DGB, wenn man es nicht schaffe, so eine Demo in der eigenen Organisation durchzusetzen. Die IG Chemie habe immerhin 16 Busse mit 1.000 Leuten nach Bonn geschickt. Zur Bonner Demo wollten auch die Sprecher der Chemie und der Bergbaujugend mit einem „undogmatischen Mantelchen“ verkleiden. Was an Andres Aussagen wahr bzw. unwahr ist, führte Eugen Loderer auf der 11. IGM-Vertrauensleutekonferenz in Frankfurt aus: (aus „Frankfurter Rundschau“, 19.11.) „Er, Loderer, wehre sich gegen die Unterstellung, nur sein Votum habe den Ausschlag gegeben. Einstimmig sei der Beschluß erfolgt. Dies zielt gegen die Vorsitzenden der IGBE, Adolf Schmidt, und der ChPK Karl Hauenschild, die immer wieder berich-

soviel Stolz auf den „freien Westen“ mußten natürlich auch Polen und Afrikaner erwähnt werden. Und zu guter Letzt, sozusagen um die „Pünktlichkeit“ von Sevilla wieder auszubügeln (s.o.), wird Breschnew aufgefordert, „auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten (und) die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.“ Einen wesentlichen Grund für die Friedensgefährdung sehen die Sprecher der Chemie-Jugend in den „anhaltenden Rüstungsanstrengungen sowohl der NATO als auch des Warschauer Paktes.“

In der IGM-Delegation wurde nun wieder mal die Parole ausgegeben, diese Resolution zähneknirschend durchgehen zu lassen, denn die DGB-Unterschriftenammlung, die man ja auch unterstützen müsse, sei inhaltlich auch nicht viel besser.

Ansonsten wäre wieder die Gefahr da, daß die Chemie u.a. ausziehen würden und das wolle man ja nicht. Als trotzdem von allen wieder ehrenamtliche Kolleg/innen reden wollten,

wirklich geeigneter, als ausgerechnet der Krefelder Appell?!

Was tun?

Es scheint fast unmöglich auf der Bundesjugendkonferenz eine eigene Position zu entwickeln. In den Delegationen der Einzelgewerkschaften wird die jeweilige Linie durchgepusht. Fast undenkbar wäre es, daß ein Delegierter der IG Chemie z.B. gewisse Denkanlässe der IG Metall unterstützen würde.

Der „Frankfurter Rundschau“ vom 23.11. kann mensch entnehmen, daß die für Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmittglieder auf einer „Krisensitzung“ in Düsseldorf Ende Oktober die Marschrichtung für die Jugendkonferenz abgesteckt haben. „Dem Zufall oder unkalkulierbaren Kongressstimmungen sollte nichts überlassen werden“. Der einzige, der auf dieser Krisensitzung fehlte, soll Hermann Rappe gewesen sein. Hier drängt sich förmlich das Bild auf von den Jugendfunktionären, die von den jeweiligen sozialdemokratischen Strategien für deren Positionen herhalten müssen.

Da auf der Bundesjugendkonferenz von 350 Anträgen nur etwa 50 behandelt wurden, soll Karl Schwab sich beim Bundesvorstand dafür einsetzen, daß die Konferenz fortgesetzt wird. Falls der Bundesvorstand keine Fortsetzung der Konferenz vor Mitte Februar — dem Antragschluß zum DGB-Bundeskongress — bewilligt, sollen die restlichen Anträge auf der Grundlage der allgemeinen Aussprache im Bundesjugendausschuß behandelt werden. Das soll dann so laufen, daß die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften im Bundesjugendausschuß bei der Beschlussfassung die Stimmen aller Delegierten ihrer Organisation abgeben sollen. Wahrscheinlich, das ist direkte Demo-

Kommunikation Betrieb und Gewerkschaft

- (1) „UZ“, 23.11.81
- (2) „Handelsblatt“, 24.11.81
- (3) „Tagesspiegel“, 24.11.81
- (4) „Frankfurter Rundschau“, 21.11.81
- (5) „Tagesspiegel“, 10.11.81
- (6) „Handelsblatt“, 23.11.81



DGB-Jugendsekretär Brauser zusammen mit Jugendopos Karl Schwab (61 J.)

DGB-Jugendsekretär Brauser zusammen mit Jugendopos Karl Schwab (61 J.)

ten (lassen), daß sie für eine Teilnahme der DGB-Jugend geworben seien. Das ursprüngliche Wohlwollen der beiden bestritt Loderer nicht. „Doch als wir festgestellt haben, mit wem wir es zu tun haben, da haben wir entschieden. Unter diesen Hui hat der DGB es nicht nötig, zu gehen.“ (7).

Sowas Eugen Loderer. Doch noch aus einem anderen Grund macht uns das Geheuchel von Andres und Co. sauer. Derselbe Andres war es, der in Sevilla die Meinung einiger Delegierter unterstützte, eine Kritik an dem Verbot der DGB-Führung zur Bonner Demo habe in einer internationalen Erklärung (gemeint war die Friedensresolution) nichts zu suchen.

Die Bundesjugendkonferenz kam aufgrund der zahlreichen Interventionen von IG Chemie u.a. nicht dazu, das Antragspaket Frieden und Abrüstung auch nur anzudiskutieren.

Satt dessen brachte dann die IG Chemie eine Grußadresse an Breschnew an, in der solch denkwürdige Sätze stehen wie: Wir sind stolz darauf, „Se in einem Land begrüßen zu können, in dem die Arbeitnehmer das grundgesetzlich verbriefte Recht haben, sich in freien und unabhängigen Gewerkschaften zusammenzuschließen.“ Bei

wurde die Debatte per Geschäftsordnungsantrag abgeblockt. Bei der dann folgenden Abstimmung wurde die „Grußadresse“ bei ca. 30% Gegenstimmen angenommen.

Dem DGB-Jugendfunktionären wird schon einiges abverlangt. Erst das Bonner Demo-Verbot, dann diese Grußadresse und schließlich die Aufforderung von Karl Schwab auf der Jugendkonferenz: „Zieht Euch jetzt nicht in den Schmollwinkel zurück oder meint, hat der Bundesvorstand nicht gewollt — jetzt wollen wir auch nicht ... Setzen wir ab heute alle unsere Kraft und Phantasie dafür ein, möglichst viele ... für die Unterstützung unserer DGB-Aktion Frieden durch Abrüstung zu gewinnen“. Diese Aufforderung war auch nötig, denn bis zur Jugendkonferenz waren erst 470.000 Unterschriften gesammelt worden.

Worum es Schwab inhaltlich ging, machte er in seiner Rede auch recht deutlich: „Uns geht es darum — und da müßt ihr eigentlich Überzeugung haben — realistische Forderungen an die Politik zu stellen, Forderungen, die auch aufgenommen werden und für die sich die Bundesregierung auch einsetzen kann“. Na, und da ist doch so ein Grußtelegramm



Dr. med. Mabuse

ZEITUNG IM GESUNDHEITSWESEN

Dr. med. Mabuse

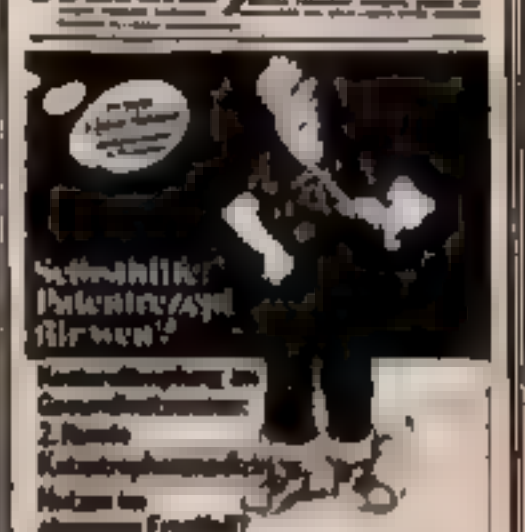
ZEITUNG IM GESUNDHEITSWESEN

„Solch ein sturmer haardemokratisches Zeitschriftenprojekt, das auf wider Medien für nur selten einseitigen findet.“ Frankl (Rundschau)

Dr. med. Mabuse versteht sich als Diskussionsforum für alle im und mit dem Gesundheitswesen Beschäftigten und Patienten, die sich mit den dortigen Verhältnissen kritisch auseinandersetzen.

Zur Zeit bestehen in 16 Städten vollständige Mabuse-Redaktionen. Wir kommen vierteljährlich heraus, um die neue Nummer zu diskutieren und zusammenzufassen.

Dr. med. Mabuse



Dr. med. Mabuse Nr. 22 erscheint zum Gesundheitsbeitrag und bringt u.a. Was hilft die Selbsthilfe? Der Bild des Hippokrates/Menschenbild Kreislauf/Physiatriekonferenz St. Georg/ Appelltag/Modus im 3. Weltkrieg/ Konradenplanung/Demo-Sanktion/El Salvador/Buchbesprechungen/Konferenz/Ne Menge Kleinanzeigen u.v.a.m.

Dr. med. Mabuse erscheint vierteljährlich und ist über die regionalen Redaktionen, in allen besseren Buchläden und im Abonnement erhältlich.

Probeheft gegen Versandung von 2 DM + Porto (inkl. 10 DM) Abo für ein Jahr 10 DM Förderabo 30 DM und mehr

Postcheckkonto Frankfurt Nr. 110 13-600 (BLZ 300 100 60)

Dr. med. Mabuse Postfach 70 07 47 6000 Frankfurt 70

— Geschenkkempfehlung zum »Fest« —

Herbert Spaich: »Fremde in Deutschland«

(Beltz-Verlag, Weinheim, DM 48)

Der Autor (31) ist Redakteur beim Süddeutschen Rundfunk und betreut dort das Ausländerprogramm. Ebenfalls in diesem Jahr brachte er auch das Buch „Asyl bei den Deutschen, Texte zum Schutz der Fremden“ heraus.

Dem vorliegenden Buch liegt eine Sendereihe des Südfunks Stuttgart über „Fremde in Deutschland“ zugrunde. Anstoß für die Sendung und später das Buch gab für H. Spaich die Tatsache, daß im Sommer 1980 die Bundesregierung in der BRD, Fremde zu akzeptieren, einen neuen Tiefpunkt erreicht hatte. „Spitze des Eisbergs“ war eine Serie von Anschlüssen auf „Asylbewerber“-Unterkünfte. In Leinfelden-Echterdingen wurde ein Molotowcocktail in das Hotelzimmer von Eritreern geworfen. In Lörach explodierte eine Bombe vor einem „Asylanten“-Wohnheim. Jedemal wurden „Asylbewerber“ verletzt. Zwei Vietnamesen starben bei einem Brandanschlag auf ihre Unterkunft in Hamburg. Der Autor fragte sich, ob die Behandlung der Ausländer in der BRD (und früher in Deutschland) schon einmal anders war, und er untermauerte daraufhin die deutsche Geschichte. H. Spaich konzentrierte sich bei dieser Untersuchung auf folgende Gruppen: die Sinti und Roma, die Hugenotten, die Polen, die Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern/Hitlers Sklaven, ausländische Arbeiter heute, Asylanten heute. Ausgeklammert blieben die Juden. Spaich begründet das damit, daß sie keine „Fremden“ gewesen seien, sondern erst dazu gemacht wurden, als sie selbst aber immer als gewisse deutsche Staatsbürger verstanden hätten.

Das Buch ist mit ausgezeichneten Fotos, Zeichnungen, Lithographien ausgestattet, der Text ist einfach und verständlich geschrieben, auf gutem Papier gedruckt und fest gebunden. (Insofern ist das Buch nicht nur inhaltlich sondern auch als Geschenk geeignet).

Die Sinti/Roma

Sehr ausführlich geht H. Spaich auf die Geschichte der Sinti ein. Sie lebten am Anfang im deutschsprachigen Raum und durchlebten ähnliche Stadien der Durchlebensmöglichkeit. Sie sind ein lebendiges Beispiel dafür, was Fremden geschieht, die nicht als Arbeitskräfte gerufen wurden, sondern die das Gastrecht in Anspruch nehmen und nach eigener Kultur und Gesetzmäßigkeit leben wollen. Ihr Schicksal ist ständige Vertreibung.

Zwischen 40.000 und 70.000 Sinti sollen in der BRD leben. Die Mehrheit von ihnen ist bereits sesshaft geworden und hat damit, mehr äußeren Zwängen folgend, den wichtigsten Bestandteil ihrer Kultur und ihres traditionellen Selbstverständnisses aufgegeben. Dafür erhielten sie keinen Ausgleich, vielmehr war die zunehmende Verdrängung die Folge. Der Durchbruch der deutschen Sinti lebt unter dem Existenzminimum in Primitivsituationen zwischen Schutzhäusern und Gefängnissen. Der Durchbruch der deutschen Sinti lebt unter dem Existenzminimum in Primitivsituationen zwischen Schutzhäusern und Gefängnissen.

Die Verfolgung der Sinti begann mit dem Edikt des Kurfürsten von Brandenburg vom 15.1.1482, mit dem den Sinti der Aufenthalt grundsätzlich verboten wurde. Um 1500 wurden die Sinti für vogelfrei erklärt. Zwischen 1500 und 1700 wurden 150 solcher zigeunerfeindlichen Edikte, Befehle und Verordnungen erlassen. Vor allem im Preußen des 18. Jahrhunderts erlebte der Terror gegen die Sinti seine Höhepunkte. 1686 befahl der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm die Ausweisung der Zigeuner aus Brandenburg. 1723 bestimmte der preussische König Friedrich Wilhelm I. in einem Erlass, daß jeder erwachsene Zigeuner, der innerhalb der preussischen Staatsgrenze angetroffen wird, ohne Unterschied des Geschlechts unverzüglich am Galgen zu exekutieren sei.

Trotz der massiven Verfolgungen haben sich die Sinti nicht vertreiben lassen. Die Fürsten vernichteten deshalb in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, sie unter staatliche Kontrolle zu nehmen und mit mehr oder weniger sanfter Gewalt sesshaft zu machen.

In den einzelnen Ländern des Reiches, die jeweils über die entsprechende Gesetzgebungskompetenz verfügten, wurden bis zum 1. Weltkrieg laufend Verordnungen zur Beschränkung der Sinti erlassen. „Die industrielle Revolution machte den Sinti eine Existenzsicherung durch das traditionelle Wandergewerbe immer schwerer. Zum erstenmal gerieten die in Jahrhunderten gewachsenen sozialen Strukturen und kulturellen Spielregeln dieses Volkes in eine ernsthafte Krise. Viele Sinti zogen in die Großstädte, um hier in der industriellen Arbeit zu finden und um gleichzeitig den politischen Funktionen zu entgehen. Sie erhoff-

ten sich Schutz in der Anonymität in den einzelnen Ländern wurde ihnen das Hausieren verboten. Gewerbetreibende mit dem Hinweis auf die allgemeine Sicherheit und Ordnung verweigerten ... 1899 richtete das Innenministerium bei der königlichen Polizeidirektion München einen Nachrichtendienst in Bezug auf die Zigeuner ein ... 1926 legitierte Bayern mit dem „Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitslosen“ die Unterdrückung der Sinti und gab jeglichem Polizeiterror freie Hand“ (S. 27, 30). In dem Kapitel sind auch Kohlemalereien des im 3. Reich verstorbenen Malers Otto Pankok (1893-1966) abgebildet, der sich schon früh mit dem Schicksal der Sinti beschäftigte. 1932/33 lebte er in einem Zigeunerlager am Rande Düsseldorf. In dieser Zeit entstand ein umfangreicher Zyklus aus Kohlemalereien und Holzschnitten über Zigeuner-Leben im Schatten einer Großstadt.

Die Nazis schließlich führten die vor „33 in den Anti-Zigeuner-Gesetzen formulierten Gedanken ...

Die Nazis schließlich führten die vor „33 in den Anti-Zigeuner-Gesetzen formulierten Gedanken ...

Die Nazis schließlich führten die vor „33 in den Anti-Zigeuner-Gesetzen formulierten Gedanken ...

Die Nazis schließlich führten die vor „33 in den Anti-Zigeuner-Gesetzen formulierten Gedanken ...

Otto Pankok: „Zurück von Auschwitz“ Kohlemalerei 1948



Kinder in Hildesheim

ihre pseudo-juristische Fundament erhielt, wurden neben den Juden die Zigeuner als „Angehörige artfremden Blutes“ ausgegrenzt und damit ihre Ausrottung eingeleitet.

„Asylanten“

Eine weitere Gruppe, die Spaich untersucht, sind die Asylanten.

Im Faschismus, wo sich viele Deutsche auf der Flucht vor der Gestapo befanden, waren sie darauf angewiesen, von anderen Ländern aufgenommen zu werden. Nur deutsche Emigranten mit Geld und einem Namen wie etwa Thomas Mann konnten auf Aufnahme im Ausland hoffen. Alle anderen hatten den langwierigen Weg durch die Instanzen der Visa-Erteilung zu gehen, waren der Gnade der Bürokraten möglicher Aufnahmefähigkeit ausgeliefert, die ihre Lebensbedrohung im Deutschen Reich Adolf Hitler zynisch bagatelisierte.

„Die bittere Erfahrung deutscher Emigranten und die Erinnerung an den unvorstellbaren Massenmord des NS-Regimes war bei der Formulierung von Artikel 16, Abs. 2, Satz 2 des Grundgesetzes noch gegenwärtig. In der knappen Festschrift „Politisch Verfolgte genießen Asyl“ wurde Asyl nicht als Gnadenakt des Staates gegenüber einem Fremden definiert, sondern als einklagbares Verfassungsrecht“ (S. 260). Wie dieses Recht für Emigranten heute wieder zum Problem wird, beschreibt Spaich eindringlich. Zunahme der Ablehnungen von Asylansuchen, immer längere Dauer der Anerkennungsverfahren, katastrophale Unterbringung in Massenquartieren, längerer Arbeitsverbot, gesellschaftliche Isolation, Anhang der „Boat people“ beschreibt Spaich auch, wie zwischen den Asylanten Unterschiede gemacht werden.

Die „Hugenotten“

Protest erging an den Hugenotten, protestantisch-reformierte Glaubensflüchtlinge aus dem Frankreich Ludwig XIV. 1685 hatte Ludwig XIV. in seinem Land den protestantischen Glauben verboten. Denjenigen, die nicht willens waren, zum Katholizismus zu konvertieren, drohten drakonische Kerker- und Galgenstrafen. 200.000 Hugenotten kehrten daraufhin ihrer Heimat den Rücken und suchten im Ausland Asyl, das sie in Holland, England und Deutschland fanden. Allein Preußen nahm 20.000 von ihnen auf. Da die Hugenotten der wirtschaftlichen und kulturellen Elite Frankreichs angehörten, wurden sie vom brandenburgischen Kurfürst Friedrich Wilhelm mit landesväterlicher Fürsorge in seine Mark gelockt. Sie sollten der Mark Brandenburg zu wirtschaftlichem und militärischem Aufschwung verhelfen. Altgediente Handwerker und Zünfte dagegen sahen in den Franzosen unbezweifelbare Konkurrenten und bekämpften sie.

Fremdarbeiter: Polen, Zwangsarbeiter, „Gastarbeiter“

Seit über 100 Jahren sind Ausländer ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Aus den weniger industriell entwickelten Teilen

Europas wurden sie für die schwersten Arbeiten angeworben. Von den ausländischen Arbeitnehmern der BRD führt über die Zwangsarbeiter des Dritten Reichs ein direkter Weg zurück zu den ausländischen Wanderarbeitern in der „Gründerzeit“ um die Jahrhundertwende. Der industrielle Boom nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich 1870/71 hatte zu einem Beschäftigungsmangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt geführt. Besonders betroffen war die Kohlen- und Stahlindustrie des Rheinlandes. Ausländer in großer Zahl wurden gebraucht. Es kamen Italiener für den Straßenbau und die Landwirtschaft, Polen für den Bergbau, Industrie und Administration. Ließen keinen Zweifel aufkommen, daß sie nur an der Arbeitskraft der Ausländer Interesse hatten, und sprachen offiziell von ihnen als „Konjunkturpuffer“. Die Öffentlichkeit betrachtete die Ausländer als „notwendiges Übel“, ebenso wie 100 Jahre später die „Gastarbeiter“.

Die große Ausbeutung der Polen im deutschen Bergbau sei hier ebenfalls kurz skizziert, da dies heute weithin unbekannt ist, sie aber wichtige Aspekte für die Beurteilung der heutigen Ausländerpolitik in der BRD liefern kann: Zwischen 1850 und 1870 konnte die westdeutsche Kohleförderung und Rohwarenproduktion die größten Zuwachsraten aller Zeiten verzeichnen. Daran hatten die polnischen Arbeiter großen Anteil. Wurden 1861 bei einer Volkszählung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nur 16 Polen gezählt, so lebten 1890 allein in den Regierungsbezirken Aachen, Münster und Düsseldorf bereits 30.290 Einwohner mit polnischer Muttersprache. Im „Revier“ stellten die Polen bereits nach wenigen Jahren einen Großteil der Zechen-Belagschaft.

Als im Laufe der Zeit klar war, daß die Beschäftigung der Polen keine vorübergehende Episode sein würde, reagierte der preussische Staat auf die Neubürger zunehmend gereizter. In der deutschen Öffentlichkeit wurde bereits von einer „Gefahr für das Deutschtum“ gesprochen. Wer dem Gastland nicht kurzfristig den Rücken kehrte, hatte sich nach den Maximen der Staatsräson abzuliefern. „Germanisierung“ zu unterwerfen. Als ein besonders wirksames Mittel setzte dazu der Staat die Schulpolitik ein. Alles, was mit polnischer Sprache oder Polen auch nur in entferntester Beziehung stand, galt als ausgedient. Das Schimpfwort „Polack“ wurde so schon vor dem 20. Jahrhundert gebräuchlich.

„Die Unterdrückung der Polen hatte neben innenpolitischen Gründen auch rassistisch-ideologische Ursprünge, die auf der Ebene des militanten Nationalismus zusammenfanden. Die wesentlichen Anstöße zu den zahlreichen Anti-Polen-Kampagnen gingen dabei von der ursprünglich kleinen, aber einflussreichen Gruppe der sogenannten „Hakartisten“ aus. So nannten sich die Mitglieder des 1894 gegründeten „Deutschen Ostmarken-Vereins“ nach den Anfangsbuchstaben der Gründer Hansemann, Kennemann und Thiedemann. Dieser Nationalistenverein setzte sich für eine massive Verstärkung der deutschen Interessen in Polen bzw. dem als „Ostmark“ bezeichneten Teil

Polens ein. Er profilierte sich durch gezielte Heißkampagnen gegen die Polen und die polnische Kultur und sie damit bereits um die Jahrhundertwende den Geist, der 1939 den Überfall auf Polen für die deutsche Führung begründbar machte. Die „Hakartisten“ verfügten über enge Bindungen zur Regierung in Berlin und hatten direkten Einfluß auf entsprechende Entscheidungen. Zusammen mit den ihnen im Geiste verwandten „Alldutschen“ bzw. den ihnen nahestehenden Politikern vermittelten sie keine Gelassenheit, um die Polen Einwanderung als nationale Bedrohung zu bezeichnen. In der deutschen Öffentlichkeit fanden sie damit großen Anklang. Über die deutsche Presse wurden die in der Bevölkerung bestehenden Ressentiments gegenüber Fremden im Zeichen des anti-polnischen Chauvinismus aktiviert. Den Höhepunkt der Anti-Polen-Agitation bildete 1909 die Einrichtung einer „Zentralstelle für die Überwachung der Polenbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ in Bochum. Sie hatte die Aufgabe, die von jeder stattfindende Überwachung der polnischen Bevölkerung durch die Polizei zu koordinieren und in halbjährlichen Berichten das Berliner Innenministerium, die örtlichen Dienststellen sowie die Regierungspräsidenten über die Ergebnisse zu informieren. Die zentrale Überwachungsstelle arbeitete bis 1914.

„Die zentrale Überwachungsstelle arbeitete bis 1914.“

Die Polen bildeten gegen diese feindliche Umwelt eigene Organisationen, den „Bund der Polen“, eine polnische Berufsvereinigung, eine eigene Zeitung „Polnisches Genosse“, Turnvereine.

Das NS-Regime schließlich betrieb die Ausbeutung von Fremdarbeitern in den Industriebetrieben bis zum Massenmord. Bis zum Ende des 3. Reiches mußten über 6 Millionen Ausländer in den Rüstungsbetrieben und der Landwirtschaft in allen Teilen des Reiches Zwangsarbeit leisten.

Neben den KZ-Häftlingen und den „Fremdarbeitern“ waren die Kriegsgefangenen die dritte Gruppe der Zwangsarbeiter in Deutschland, vor allem in der Phase des Krieges, als der deutsche Vormarsch ins Stocken geraten war und der Nachschub an Rüstungsgütern immer dringender notwendig wurde. Von den 7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starben rund 3,7 Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft.

1953 kamen wieder Ausländer in die BRD, um hier zu arbeiten. 1955/56 betrug ihre Zahl 98.800, 1959 waren es 166.000, und 1961 schließlich 500.000. Die deutsche Industrie brauchte wieder einatzbereite Kolonnen für schwere körperliche Arbeit. Die ersten „Gastarbeiter“, die Italiener, waren teilweise bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, als 1970 die Zahl der in der BRD arbeitenden Türken sprunghaft zunahm. Es folgten Jugoslawen, Griechen und Spanier.

1973, mit der weltweiten Rezession, verfügte die Bundesregierung einen „Anwerbestop“. Es folgte 1975 die „Regionalsteuerung“ — der Zuzug in Siedlungsgebiete mit über

Fortsetzung nächste Seite



Hingerlebte Zivilisten in einem polnischen Dorf 1941. Sie hatten sich gewagt, nach Deutschland zu gehen.

Fortsetzung von voriger Seite
12 % Ausländeranteil wurde verweigert.

Im weiteren beschreibt H. Späth das Unvermögen der Verantwortlichen, die Lage der ausländischen Arbeiter/innen und ihrer Kinder merklich zu verbessern.

Das Buch von Späth bietet insgesamt einen guten Ansatzpunkt, den Hintergrund der Entwicklung deutscher Ausländerfeindlichkeit zu beleuchten. Mit der Kenntnis der älteren Geschichte und besonders der Erfahrung des deutschen Faschismus stellt sich heute die Frage, ob erneut die Gefahr besteht, daß sich rassistische Ideologien ausbreiten, die sich die Spaltung der Arbeiterklasse in deutsche und ausländische Arbeiter zunutze machen. - Vermutlich wird der deutsche Imperialismus bei der

beiter/innen und ihrer Kinder merklich zu verbessern

Das Buch von Späth bietet insgesamt einen guten Ansatzpunkt, den Hintergrund der Entwicklung deutscher Ausländerfeindlichkeit zu beleuchten. Mit der Kenntnis der älteren Geschichte und besonders der Erfahrung des deutschen Faschismus stellt sich heute die Frage, ob erneut die Gefahr besteht, daß sich rassistische Ideologien ausbreiten, die sich die Spaltung der Arbeiterklasse in deutsche und ausländische Arbeiter zunutze machen. - Vermutlich wird der deutsche Imperialismus bei der

Vorbereitung kriegertischer Auseinandersetzungen auch in Zukunft auf das alterprobierte Instrument des Rassenismus, der Ausländerfeindlichkeit, der nationalen Überheblichkeit nicht verzichten wollen. Die Kontinuität eines großen Teils rassistischer Ideologie, Erkenntnisse und Praxis nach 1945 (so z.B. die Weiterführung der Sinti-Akten) macht dieses Instrument besonders gefährlich.

Wenn die Friedensbewegung gegen die zunehmende Aufrüstung und Militarisierung unseres Landes Front macht, so ist dies für die Verhinderung eines erneuten Krieges sehr wichtig. Ebenso wichtig ist es aber, die Ausbreitung von Rassenismus und Chauvinismus in unserem Land zu verhindern.

Ma, Antifa-Kommision Hamburg

eines großen Teils rassistischer Ideologie, Erkenntnisse und Praxis nach 1945 (so z.B. die Weiterführung der Sinti-Akten) macht dieses Instrument besonders gefährlich

Wenn die Friedensbewegung gegen die zunehmende Aufrüstung und Militarisierung unseres Landes Front macht, so ist dies für die Verhinderung eines erneuten Krieges sehr wichtig. Ebenso wichtig ist es aber, die Ausbreitung von Rassenismus und Chauvinismus in unserem Land zu verhindern.

Ma, Antifa-Kommision Hamburg

Nazi-Bombenanschlag auf Bremer Buchladen

Die „Volkebuchhandlung“ in Bremen wurde am 21. November durch die Explosion einer profanisierten Bombe z.T. zerstört. Nur durch Zufall kamen keine Menschen zu Schaden. Die Täter können nur im rechtsradikalen Lager, wahrscheinlich bei der NRAF - dem Bremer NSDAP-Ableger - zu finden sein.

Einige Wochen vorher waren Mitglieder dieser Bande gefaßt worden - Fabal in München, unterwegs mit einem mit Waffen beladenen Auto zu einem Bankraub, Töpfer in Belgien mit einem Gewehr im Gepäck. Zusammenhänge mit dem einige Tage vorher erfolgten Bombenanschlag auf das jüdische Viertel in Antwerpen, bei dem es 2 Tote und mehr als 100 Verletzte gab, sind zumindest nicht ausgeschlossen. Die Zusammenarbeit dieser Bande mit den NSDAP-Gruppen im In- und Ausland ist der Polizei bekannt.

Dennoch wird einmal mehr die zynisch-verharmlosende Platte aufgelegt: Die Bremer Neonazis habe man fest im Griff, wahrscheinlich seien es Nazis von außerhalb Bremens gewesen, bei den Bremer Neonazis habe man bisher keinerlei Hinweise auf Gewalt oder Waffen entdeckt. Inzwischen scheint man sich auf einen Ein-

zeläter zu verlassen: einen Jugendlichen, der am Tatort aufgefallen sein soll. Spuren zur NPD, die am selben Tag ihren Landesparteitag durchführte, sowie zu einer Gruppe Nazi-Leder grölender Jugendlichen, die am selben Tag durch die Straßen gezogen war, wurden von vornherein als abwegig betrachtet. Ein Mann, der Verbindungen zu Lemke hatte, dem Fortmeister mit dem Riesenwaffenlager bei Celle, und bei dem die Polizei Waffen in der Wohnung gefunden hatte, gilt als unverdächtig, da politisch von ihm lt. Aussage des Staatsanwalts bisher nichts bekannt ist.

Der Anschlag rief in der Bremer Linken einige Erschütterung hervor. Zu einer Kundgebung am folgenden Montag erschienen nicht nur die direkten Betroffenen - DKP, VVN - sondern auch Jusos und die radikale Linke. Die anderen linken Buchläden drückten ihre Solidarität in einem Flugblatt aus. In Sponti-Kreisen wurde erstmals seit langer Zeit über neo-faschistische Banden diskutiert und als ein erster praktischer Schritt ein Flugblatt herausgegeben, das die Verharmlosungstaktik von Staatsapparat und Medien angreift. KB/Gruppe Bremen

Ermittlungsarbeit mit den Bullen? Ein Briefwechsel

„Liebe Genossinnen!“

Seit der Veröffentlichung des Fotos („Stern“ vom 29.10.) von einer „Wehrsportübung“ der NJO (Nationale Jugend Ostfrieslands) gibt's relativ großen Wirbel. Wir haben im Rahmen unserer Antifa-Ini eine Presseerklärung zur NJO und ihren Aktivitäten in die hiesige Regionalzeitung gegeben und einige Sachen in den Zeitungen der Umgebung lancieren können. Desweiteren haben wir inzwischen eine Runde zusammenbekommen, die besucht wird von Grünen, ALern, Falken, div. Schülergruppen, den Autonomen Frauen u.a., um eine breitere Öffentlichkeit herzustellen.

Obwohl wir schon seit ca. 1 1/2 Jahren im Antifa-Bereich arbeiten, sind unsere Erfahrungen bzgl. der Veröffentlichung von Ermittlungsergebnissen sehr gering. Wir stoßen da auf Schwierigkeiten, die sich u.a. aus der rechtlichen Unklarheit der Situation (z.B.: wie kann man mit einem Personalarchiv in der Öffentlichkeit umgehen) ergeben.

Eine sehr wesentliche Frage ist heute aufgetaucht. Und zwar werden wir inzwischen von den pol. Bullen kontaktiert, mit der Bitte [?] ihnen die Arbeit zu erleichtern, sprich: abzunehmen.

Es geht dabei in erster Linie um Recherchen über angebliche Waffendepots, um die Hintermänner [un] der NJO und HIAO] und die Hintergrund-

informationen.

Uns ist nicht klar, wie damit umgegangen werden soll. Auf der einen Seite haben wir natürlich ein massives Interesse daran, die auf dem Foto abgelichteten Nazis in den Knast zu bringen.

Nur ist die Frage, ob eine solche Sache (und weitergehend käme es natürlich darauf an, die gesamte NJO aufzudecken und auch die Hintermänner in der HIAO bzw. die BuWe-Kontakte) sinnvoll und möglich ist durch eine verdeckte Zusammenarbeit mit den Bullen.

Wir stehen zweifellos vor der Situation, daß die Ermittlungen bzgl. unerlaubten Waffenbesitzes sich nicht fortsetzen, aber eben nicht öffentlich laufen würden bei einer verdeckten Zusammenarbeit, das würde aber per se noch lange nicht auf die Öffentlichkeit wirken. Was tun? ...

Lieber Genosse,

Du fragst, ob es mit Blick auf das gewünschte Ausheben des rassistischen Sumpfes, konkret mit Blick auf die Aufdeckung der bei euch aktiven NJO-Nazis, richtig sei, mit der Polizei „verdeckt“ zusammenzuarbeiten. Du meinst, daß die Ermittlungen bzgl. Waffenbesitz dann „zweifelloser“ schneller, aber eben nicht öffentlich laufen würden...

All unsere Enthüllungsarbeit der letzten Jahre hat zum Kern die strategische und z.T. ganz handfeste

taktische und aktuelle Zusammenarbeit, das Zusammenwirken zwischen Staat und Nazi-Banden, Nazi Umtrieben, mindestens eine wohlwollende Duldung des Neo-Nazismus seitens der Polizei, der Gerichte u.a.m. Gerade die letzten Ereignisse - Oktoberfest München, die „Schießerei“ in München vor zwei Monaten, der Fall Lemke - offenbaren erneut, daß der Staat nicht nur kein Interesse an der tatsächlichen Aufdeckung des Nazi-Hintergrundes hat, sondern daß seine „Ermittlungen“ eher der Abschirmung dieses Hintergrundes dienen. So war das Massaker von München die Tat eines „Einzelbüblers“ - alle weiterführenden Spuren u.a. zur „VSHD“, u.a. zu Lemke etc. wurden verwischt. So wurden nach der kürzlichen Erschießungs-Aktion in München zwar vier Mitglieder der „VSHD“ in Oden festgenommen - die Mitgliederkartei, die sie nach Meldungen der niederländischen Presse bei sich hatten - wurde aber unter dem Siegel der Verschwiegenheit eingemottet. Im Fall Lemke ist es wieder dasselbe: alle Spuren werden verwischt, insbesondere die zur Bundeswehr, Abgesehen von der allgemeinen Verharmlosung, Duldung bis Aufpöpelung des Neonazismus, liegt der Grund für diese Vertuschungs-Tätigkeit der staatlichen Ermittlungsorgane eben auch darin, daß der Staat bei gründlichem Vorgehen gegen sich selbst ermitteln müßte! Das meine ich nicht nur allgemein in dem Sinne, daß die allgemeine Rechtsentwicklung zu den konkreten Erscheinungen rechten Terrors führt, sondern so konkret, daß der Staat über seine Geheimdienste, die Bundeswehr u.a. auch direkt in der rechten Szene drinsteckt, z.T. sogar - wie der Fall Lepzien zeigte - über agents provocateurs die Entwicklung vorantreibt.

Antifaschistische „Ermittlungsarbeit“ unterscheidet sich prinzipiell dadurch von staatlicher „Ermittlungstätigkeit“, daß es darum geht, durch antifaschistische Enthüllungen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß und wie Nazis mit dem Staatsapparat kungeln bzw. der Staatsapparat mit den Nazis - damals und heute! Insofern widerspräche eine „verdeckte“ Zusammenarbeit in den „Ermittlungen“ zwischen euch und so konkret, daß der Staat über seine Geheimdienste, die Bundeswehr u.a. auch direkt in der rechten Szene drinsteckt, z.T. sogar - wie der Fall Lepzien zeigte - über agents provocateurs die Entwicklung vorantreibt.

Antifaschistische „Ermittlungsarbeit“ unterscheidet sich prinzipiell dadurch von staatlicher „Ermittlungstätigkeit“, daß es darum geht, durch antifaschistische Enthüllungen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß und wie Nazis mit dem Staatsapparat kungeln bzw. der Staatsapparat mit den Nazis - damals und heute! Insofern widerspräche eine „verdeckte“ Zusammenarbeit in den „Ermittlungen“ zwischen euch und den Bullen eurer politischen Zielsetzung, nämlich einer Mobilisierung antifaschistischen Massenbewußtseins. Ganz abgesehen davon, daß es eine lächerliche Farce ist, wenn die „Herren des Morgenrautes“, denen ein Millionen-Etat und ein nach Tausenden zählendes Spitzelheer u.a.m. zur Verfügung stehen, nun gerade bei euch ankommen, um Informationen zu sammeln - die sie bereits längst haben oder haben könnten...! - und um sie dann eben nicht zu benutzen! Umgekehrt wird ein Schuh draus: der Staat tut - wenn überhaupt - nur dann etwas gegen die Nazis und auch nur solange, wie es durch die Aktivität antifaschistischer Arbeit gelingt, einen entsprechenden öffentlichen Druck zu mobilisieren. Öffentlichkeit, Schärfung der Massen aufmerksamkeitsmäßig durch öffentlich betriebene Untersuchungsarbeit unsererseits (mit Flugblättern, Plakatareblen, Artikeln u.a.m.) ist daher das „A und O“ antifaschistischer Arbeit. Auf der Grundlage eurer Recherchen kann dann die Bullen Öffentlichkeit zu Aktivitäten aufgefordert werden, so wie z.B. auch diesbezügliche parlamentarische Anfragen auf der Grundlage von Bewegung an der antifaschistischen Basis und eigenen Kenntnissen ihren Sinn haben, während sie sonst archivierte Worthüllen bleiben. Nur wo wir in diesem Sinne eine Enthüllungsarbeit organisiert haben, die auch (relative) Massen ergreifen und deren Kenntnisse, antifaschistischen Initiativen etc. verwerten konnte, haben wir kleinere Erfolge erzielen können. Das gilt bei uns z.B. für die Kampagne gegen die Hanse-Bande, das gilt örtlich gegen die Harung Bande u.a.m. Ich hoffe, daß ich das einigermaßen deutlich machen konnte.

Darüber hinaus - was die „rein rechtliche“ Seite anbetrifft - solltet ihr euch evtl. „Steckbriefe“, Flugblätter usw. (Bild und Namen betreffend) anwaltlich beraten lassen, was erlaubt ist und was nicht, wobei man die Grenzen immer zu eigenen Gunsten auslegen sollte... Darüber hinaus ist bekanntlich nicht alles auch richtig, was herzuende Recht ist.

Seid gegrüßt
F
Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg

Sanfter Umgang mit Topnazi - oder Küßt sie!

Während gegen den Frankfurter VSBD-Führer Kexel und einige andere ein Revisionsverfahren in Frankfurt wegen der „legendären“ Hauptwachsenschlagerei vom 12.1.80 läuft, endete dieser Tage in Offenbach, - der Öffentlichkeit vorher nicht bekannt gemacht, - ein Prozeß gegen Arndt Marx (Hannu), einem der weiteren Beteiligten an jenem 12.1.

Die meisten seiner Kumpane wa-

Sanfter Umgang mit Topnazi - oder Küßt sie!

Während gegen den Frankfurter VSBD-Führer Kexel und einige andere ein Revisionsverfahren in Frankfurt wegen der „legendären“ Hauptwachsenschlagerei vom 12.1.80 läuft, endete dieser Tage in Offenbach, - der Öffentlichkeit vorher nicht bekannt gemacht, - ein Prozeß gegen Arndt Marx (Hannu), einem der weiteren Beteiligten an jenem 12.1.

Die meisten seiner Kumpane waren im Frühjahr '81 rechtskräftig, aber mild, verurteilt worden, - um sie nicht zu „stigmatisieren“

Acht Monate auf Bewährung und 2000 DM Geldbuße lautete aus der Spruch des Gerichts gegen Arndt Marx wegen schwerem Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgebot am genannten Ort, wo er u.a. mehrmals mit der Gumpstolz in das Gündel schloß. Das Geld soll an den Bund der Kriegshandeln gehen, nachdem der Richter den Antrag des Staatsanwaltes abgelehnt hatte, die Summe für das Sozialwerk der Juden in Deutschland zu bestimmen, da durch diesen Adressaten der überzeugte Rechtsextremist zusätzlich provoziert würde. ...!

Ein Blick auf A.M.'s Laufbahn zeigt, wem solche Milde dient: Arndt Marx kam über die NPD zum Kreis Schönborn, den er - während er schon in die WSG-Truppe Hoffmanns eingebunden war - in seinem, z.T. gewalttätigen, Europawahlkampf (ANE) unterstützte, wie es auch die Döckergruppe (Rodgau), Roland Taddert (Hannu, Ex-Terrorbande „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung“) und andere taten; innerhalb der Hoffmannbande brachte er es zum Unterführer, der u.a. den angeblichen Oktoberfest-Einzelstiller mit ausbildete, die Filiale Hoffmanns in Frankfurt/Rodgau, den „Sturm 7“, führte er auch noch nach dem Verbot der WSG an, mit dem Naziterroristen Frank Schubert (zwei Morde und et-

gener Tod am 24.12.80 an der Schweizer Grenze) und dem oben genannten Walther Kexel steckte er daraufhin eng zusammen; mit einem Kreis verschiedener Nazis, darunter Henry Beier und Wolfgang Koch (beide „NSDAP-Gau Hessen/Nassau“, Koch auch VSBD) gründete er die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG); 1980 ging er mit einer Reihe Hoffmann-Anhänger zu Faschisten in den Libanon. Nach seiner Rückkehr Mitte dieses Jahres konnte er gar als „Wachmann“ (!) unterkommen, für die Bankraube und weiteren Vorhaben der NSDAP-AO/VSBD der Buse, Uhl u.g. soll A.M. zum mitmachen aufgefordert worden sein. Trotz Ablehnung von seiner Seite bedeutet dies, daß er zum Kern der potentiellen Naziterroristen zählt!

Untergetaucht

Untergetaucht sind darüber zwei andere Frankfurter Breune. Einmal Herr Grau, seltsam Zeichens Geschäftsführer der CSU-nahen „Studiengeellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ (s. „Braunzone“, bei Buntbuch) und der Neonazi Nikolaus Dittel, der erst vor einigen Monaten mit Bruder und Vater wegen nazistischer Propaganda u.a. verurteilt wurde. Gegen beide läuft gegenwärtig ein Prozeß, weil sie den bewußtsten Aufklober „Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn - Jungsozialisten der SPD“ herstellten und verbreiteten. Da beide am 2.12 nicht zum Prozeß erschienen, stellte das Amtsgericht Haftbefehle aus; ein „Hexenschuß“-Attest eines Gfner Arztes zur Entschuldigung für Graus Abwesenheit, reichte den Juristen in diesem Fall nicht mehr aus.

Antifakommision
KB/Gruppe Frankfurt

Berufsverbote ausgesprochen - Kollegen stellen Barbara Larisch ein

Im Dezember soll endgültig das mit 6 Jahren andauernde Berufsverbots-Verfahren gegen die beiden Lehrerinnen Barbara Larisch und Heidi Schellhove abgeschlossen werden - mit der Entlassung.

Nachdem das Verwaltungsgericht im Sommer den Entlassungsbescheid für rechtmäßig erklärt hatte, legten Barbara und Heidi Beschwerde ein. In der 2. Instanz wurde dann vom Obergerichtsverwaltungsgericht auf eine mündliche Verhandlung völlig verzichtet!

Beiden Lehrerinnen werden - lange zurückliegende - KBW-Aktivitäten vorgeworfen. In den Verhandlungen war allerdings ein „Beweis“ nach dem anderen wie Seifenblasen zerplatzt. Übrig blieben die berühm-

ten „Zweifel“ an der Verfassungstreue, die allein für die Entlassung ausreichten - im Zweifel also gegen die Angeklagten.

Dies bedeutet im „demokratischen Musterlande“ Bremen eine übliche Verschärfung der Berufsverbotspraxis.

Barbara und Heidi hatten sich nicht ausdrücklich vom KBW distanzieren - was in zwei vergangenen Fällen zur Wiedereinstellung der „Abschwörer“ geführt hatte.

Bürgermeister Koehnke („es gibt keine Berufsverbote“) hatte noch kürzlich im Gespräch mit Barbara Kollegen gesagt, er wünsche keine Lehrer ohne Rückgrat - seine Praxis straft nun seine Reden Lügen!

In Barbara's Schule ist jetzt

Kampferstimmung. Am 27.11 wurde im Schulgebäude eine Pressekonferenz einberufen, die die Schulbehörde umgeben verbot. Sie fand trotzdem statt - der Schulleitung hatte schnell die Einladung ausgesprochen - und viele kamen: Rundfunk, Regionalfernsehen, alle Bremer Tageszeitungen und die „FR“. Noch am gleichen Tag wurden in Radio und Fernsehen sehr positiv für die Frauen berichtet! Inzwischen werden die zuständigen Reporter als „Gedächtnisjournalisten“ diffamiert.

In zusammenfassenden Zeitungen war die Berichterstattung ausgesprochen positiv und wohlwollend - allerdings mit dem Touch. Unsere Lehrerin hat niemals die Schüler politisch indoktriniert!

Geldstrafen gegen fünf Frauen im Koblenzer »Parolen-Prozeß«

Am 26.11. wurde im Koblenzer 129a-Prozeß das Urteil gesprochen: 120 Tagessätze von 10 DM für drei der Frauen, 120 Tagessätze von 20 DM für die vierte, und eine „Wiedergutmachung“ von 404 DM für die fünfte Angeklagte, weil sie erst 19 Jahre alt ist. Außerdem müssen die Frauen die Kosten des Verfahrens tragen. Der seit einem halben Jahr bestehende Haftbefehl wurde aufgehoben.

Obwohl das Urteil noch relativ „glimpflich“ ausgefallen ist – der Staatsanwalt hatte 8 Monate Knast auf drei Jahre Bewährung gefordert – ist es doch immerhin so, daß das Gericht **verurteilt** hat, obwohl im Prozeß überhaupt nicht nachgewiesen werden konnte, daß die fünf Frauen Parolen gesprungen haben, und daß das Gericht in seiner Urteilsbegründung (und auch schon zuvor bei der Ablehnung von Anträgen) ausdrücklich festgeschrieben hat, daß der 129a auf Parolen zum Hungerstreik und zu den Haftbedingungen von RAF-Gefangenen anzuwenden ist.

Gleich zu Beginn des Verfahrens waren die Anträge der Verteidigung auf Verlegung des Prozesses vor ein gewöhnliches Amtsgericht und auf Aussetzung des Verfahrens bis zur Klärung der Frage, ob der 129a auf Parolen zu Hungerstreik und Knast angewendet werden dürfe, abgelehnt worden. Das Gericht berief sich dabei auf die Rechtsprechung des BGH. Im Urteil heißt das dann folgendermaßen (sinngemäß):

Der Senat habe hier einen Fall zu entscheiden, der in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregt habe. Dieses Aufsehen beruhe auf groben Entstellungen und der Behauptung, wir leben hier in einem Polizeistaat, in dem 3 Frauen nicht mal mehr nachts auf der Straße laufen dürfen. Dieser „Unsinn“ habe vor allem bei jungen Leuten Gehör gefunden, die eben nicht wüßten, daß dies der freieste Staat auf deutschem Boden ...

Der Senat stütze sich nicht auf das Urteil eines Bundesinnen- oder Bundesjustizministers, sondern auf die Gesetze. Die Auslegung, die der Senat dem Wort „werben“ gibt, entspreche der Rechtsprechung des BGH; es sei z.B. bereits Werbung, die drei Buchstaben RAF zu sprühen oder den „fünfzackigen RAF-Stern“.

Ebenfalls abgelehnt hatte das Gericht Beweisangebote der Verteidigung zur Frage, daß der fünfzackige Stern nicht das spezielle Kennzeichen einer

bestimmten Organisation ist, und zur Frage, daß die Haftbedingungen menschenverachtend sind. Bezüglich des ersten Antrags schloß sich das Gericht der Auffassung der Staatsanwaltschaft an, daß es für das Verfahren unbedeutend sei, ob außer der RAF noch jemand fünfzackige Sterne verwendet oder nicht.

Zum zweiten Antrag erklärte das Gericht, die „inhaftierten terroristischen Gewalttäter“ seien an ihren Haftbedingungen selber Schuld (mangelnde Kooperationsbereitschaft), und im übrigen sei der Antrag ja wohl dazu da, die Parolen als humanitär hinzustellen. Ob sie humanitär sind oder nicht sei aber für das Verfahren uninteressant, weil (und jetzt kommt die Vorverurteilung!) weder das „Werben für eine terroristische Vereinigung“ noch die „Verunglimpfung des Staates“ noch die „Sachbeschädigung“ geeignete Mittel seien, humanitäre Forderungen vorzubringen.

Im Urteil steht das dann folgendermaßen aus: Wer die Freilassung von Ödner Sonnenberg und Verena Becker fordere, wolle damit zum Ausdruck bringen, ihre „Taten“, nämlich „Polizistenmord“, seien nicht strafbar. Davon, daß diese Forderung humanitär gemeint sein könnte, sei in der Parole nämlich nichts zu lesen gewesen. Überhaupt sei die einzige humanitäre auslegbare Parole die (bereits vom Stuttgarter OLG kriminalisierte) Forderung nach Zusammenlegung der

RAF-Gefangenen, da diese zwar von den RAF-Gefangenen zwecks Konsoziation gestellt würde, es aber durchaus möglich sei, daß die Angeklagten das nicht gewußt und humanitär gemeint haben.

Zur Parole „Schluß mit den Morden an den RAF-Gefangenen“ urteilte das Gericht, selbst wenn damit die Vorgänge im Stammheim gemeint sein sollten, sei vorsätzlich der Staat beleidigt worden, denn „vorsätzlich handelt, wer sich besserer Einsicht verschließt“, und die staatliche Selbstmord-Version sei schließlich ausführlich genug in der Presse erklärt worden.

Daß trotz alledem nur eine geringe Strafe verhängt wurde, begründet das Gericht damit, es gebe davon aus, daß die Angeklagten verführt worden seien, und wolle ihnen deswegen eine Chance geben. Außerdem sei nicht auszuschließen, daß die Angeklagten „emotionalisiert“ gehandelt hätten aufgrund des Todesjages von Sigurd Debus, denn „wer Sympathien für die RAF hegt, könnte davon betroffen sein“.

Der wirkliche Grund dafür liegt natürlich woanders, nämlich darin, daß die große Öffentlichkeit, die das Verfahren hatte, sehr wohl Eindruck gemacht hat, vor allem im Zusammenhang damit, daß im Laufe der Verhandlungen nicht nur keinerlei Beweise erbracht wurden, sondern auch einige Mäuschleien von Polizei und Justiz aufgeklappt sind.

So ist aufgeklappt, daß die Staatsanwaltschaft (entlastendes) Aktenmaterial zurückgehalten hat: 2 Tage vor der Festnahme der fünf Frauen hatte der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren nach 129a gegen unbekannt eingeleitet, weil schon über zwei Monate hinweg in Koblenz ähnliche Parolen aufgetaucht waren wie in dieser Nacht in der Fußgängerunterführung. Allein das Aufsuchen dieser Akte hätte eigentlich zur Einstellung des Verfahrens bzw. Freispruch führen müssen.

Stattdessen wurde ein Fernschreiben des BKA, welches darüber genauer hätte Aufschluß geben können, vom

Ständessen wurde ein Fernschreiben des BKA, welches darüber genauer hätte Aufschluß geben können, vom

Ständessen wurde ein Fernschreiben des BKA, welches darüber genauer hätte Aufschluß geben können, vom

Westberlin:

Urteile gegen »Demonstrationstätter« werden noch härter!

Mittlerweile hat die Westberliner Justiz ca. 100 Prozesse gegen die Besetzer und Umfeld hinter sich gebracht. Acht Verfahren haben bereits die zweite Instanz durchlaufen, und – bis auf eine Ausnahme – wurden die Urteile noch härter, als in der ersten Instanz.

Anzeige



In der Dokumentation wurden die Häuserkämpfe vom 22.9. mit vielen guten Fotos ausgestattet, und deren politischer Hintergrund geschildert. Zum Tode von Klaus-Jürgen Rettay sind mehrere Zeugenaussagen abgedruckt. Auch, daß die Polizei unmittelbar nach dem ersten Toten im Westberliner Häuserkampf mit größter Brutalität gegen die trauernden Demonstranten vorging, wird in der Broschüre belegt. Stellungnahmen verschiedener Kreise und Einzelkämpfer, Protestaktionen und ein „offener Brief“ des Ermittlungsbeamten – mit genauer Zeit und gegen ihn selbst – der Staatsanwaltschaft selbst ermittelt – ergänzen die gut gemachte Dokumentation, die für 8 DM im linken Buchhandel oder über den „Ermittlungsbeamten“ im Mehringhof, Untermyerstr. 2, 1000 Berlin 81 erhältlich ist.

38mal wurde insgesamt freigesprochen, 20mal wurde nach Eröffnung des Hauptverfahrens eingestellt oder Geldstrafe verhängt, in stichlichen Verfahren wurde Jugendstrafe verhängt.

In den 29 Verfahren, in denen Urteile zur Bewährung ergingen, wurden insgesamt 24 Jahre und drei Monate Knast ausgesprochen. Die Verurteilten haben damit die „Eintrittskarte“ in den Knast erhalten. Den politischen Zweck der „Bewährungsstrafe“ formuliert ein Richter in einer Urteilsbegründung so: „Eine Strafaussetzung zur Bewährung ist ein ausgezeichnetes Mittel (und) Instrument, zur Selbstbeherrschung zu erziehen“ (TSP, 1.10.81).

Zum Teil haben die Verurteilten noch die zweite Instanz vor sich, und hier scheinen Richter und Staatsanwälte eine Haftstrafe o. h. u. Bewährung für ein noch besseres Instrument zur politischen Disziplinierung zu halten, so geschehen jedenfalls im Prozeß gegen Peter, der am 20.10. im Berufungsverfahren zu 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde. „Das erstinstanzliche Gericht hatte den Angeklagten lediglich des schweren Widerstands für schuldig gehalten und ihn im Februar zu einer Bewährungsstrafe von 9 Monaten verurteilt“ (Volksblatt Berlin, 21.10.81). Peter war bei seiner Festnahme am 13.10. brutal zusammengeschlagen worden. „Das Gericht stellt fest, daß der Angeklagte bei seiner Festnahme in einem Hausflur mißhandelt worden sei. Dabei könne nicht ausgeschlossen werden, daß die beiden Polizeibeamten daran beteiligt gewesen seien“ (ebenda). Ferner der beiden Beamten wurden seine belastenden Aussagen trotz dem geglaubt, der andere sagte gar aus, „noch niemals von seinem Schlagstock Gebrauch gemacht zu haben“ (ebenda), was dann selbst dem Gericht zuviel der Lüge war. Aber die beiden als Zeuge reicht ja auch für 14 Monate Knast in zweiter In-

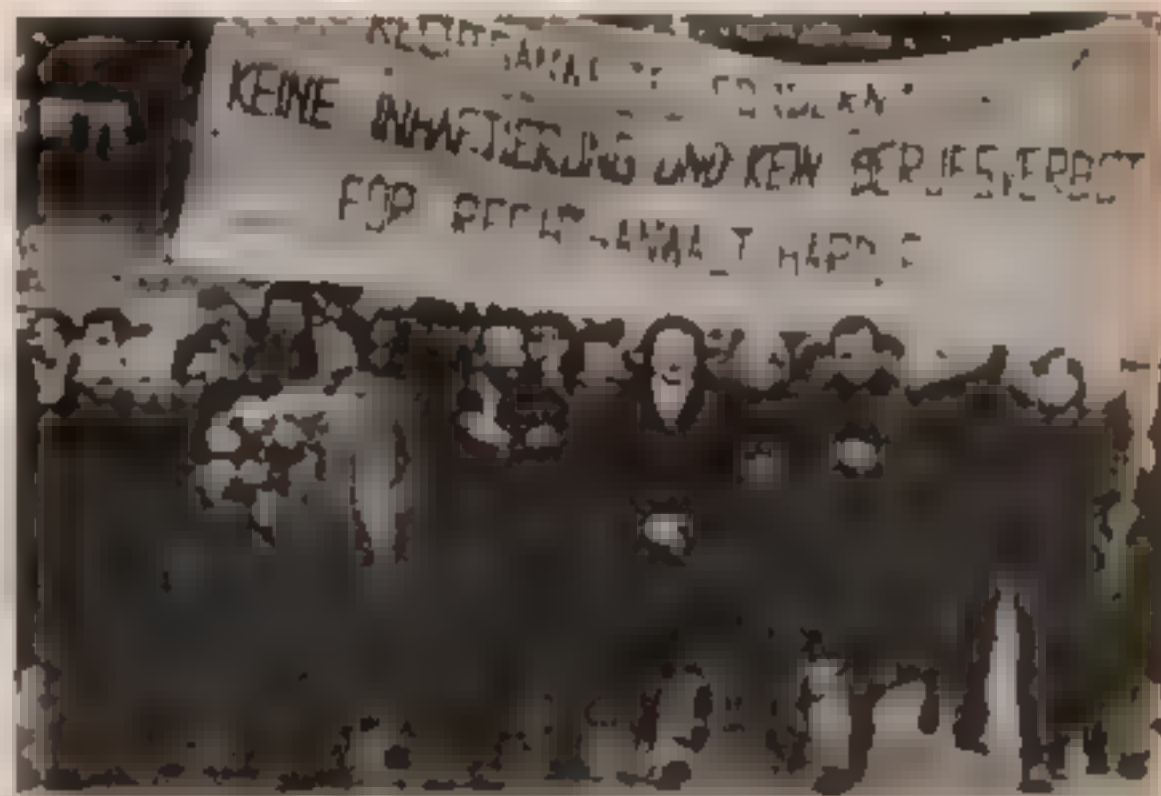
stanz diesmal noch zusätzlich wegen „schwerem Landfriedensbruch“. Von einem Urteil gegen die prügelnden Beamten ist selbstredend nichts be-

Am 10.11. wurde dann in Mosbit ein Freispruch in der Berufung zu neben Monate Knast ohne Bewährung umgewandelt, auch hier genügt dem Gericht ein polizeilicher Belastungszeug.

Gleich 13 Monate in den Knast soll ein 23-jähriger Student, dem das Einwerfen von fünf Scheiben vorgeworfen wurde. In erster Instanz hatte er ein Jahr ab bekommen. Es nützte auch nichts, daß Entlastungszeugen der Verteidigung bekunden konnten, „sich am Abend des 15. Oktober mit R in einem Lokal getroffen zu haben, da er auch noch nach dem „date“ die Scheiben eingeworfen haben konnte“ (TAZ, 24.11.81). Auch, daß die polizeilichen Belastungszeugen eine falsche Personenbeschreibung abgaben, änderte nichts mehr an der Verurteilung durch das Gericht.

Insgesamt wurde in den bislang gelaufenen acht Berufungsverfahren viermal das Strafmaß zum Teil drastisch erhöht, dreimal wurden die Urteile – alle sowieso schon ohne Bewährung – bestätigt, und lediglich das Urteil gegen Alfred wurde von 30 auf 20 Monate ohne Bewährung gemindert. Zur Zeit sitzen vierzehn Menschen aus dem Umfeld der Besetzerbewegung im Knast. Es werden eiliche mehr werden, wenn die Urteile rechtskräftig sind. Und dazu kommen demnächst die ersten Verfahren mit dem § 129 – Hausbesetzer als kriminelle Vereinigung in der Angeklagtenliste... (Alle Angaben vom Ermittlungsamt).

KB/Westberlin
Anti-Repressionskommission



Innenminister Rheinland/Pfalz und von Rehmann einbehalten, weil es anscheinend geheime Arbeitsweisen der Polizei ans Tageslicht bringen würde.

Ebenfalls aufgeklappt ist, daß die Polizeizeugen einer gemeinsamen „Beherrschung“ unterzogen wurden, in der ihnen u.a. Anweisung gegeben wurde, eben über diese anderen in Koblenz aufgetauchten Parolen nichts im Prozeß zu erzählen, und auch nichts darüber, daß sie in dieser Nacht Sonderstreife gefahren sind, um nach den Leuten, die die Parolen geschrieben haben, zu suchen. Im Urteil heißt es dazu: „Es handelt sich sicher um eine Ungeschicklichkeit der Polizeibehörden“.

Auch die örtliche Presse, die Koblenzer „Rhein-Zeitung“, mochte sich der Rechtsfindung des Gerichts nicht anschließen: „Wurden Polizisten auf Prozeß vorbereitet?“, „Neue Akten aufgetaucht“, „An Spraydosens waren nur die Fingerabdrücke eines Beamten“, „An Kleidern waren keine verwerflichen Lockspuren“, „OLG-Prozeß fortgesetzt“, und Beispiele für deren Überbristungen.

Einer der Verteidiger hat das Urteil sehr treffend so bewertet: „Die Tatsache, daß den Angeklagten die Tat nicht nachgewiesen werden konnte, hat sich strafmildernd ausgewirkt“.

Auch sonst hat das Gericht an seiner Opaung keinen Zweifel aufkommen lassen: Am 11.11. mußte Dr

Gerhard Hardie, einer der Verteidiger, seine Strafe in Stammheim antreten, nachdem sich das Koblenzer OLG geweigert hatte, ihn als Pflichtverteidiger anzuerkennen (das hätte Strafaufschub bedeutet). Als deswegen an diesem Verhandlungstag die übrigen Anwälte erklärten, sie wollten jetzt die Verhandlung unterbrechen und (wie viele andere Anwälte auch) ihren Kollegen zum Stammheimer Gefängnis begleiten, drohte das Gericht nicht nur mit allen möglichen Disziplinarmaßnahmen, sondern sperrte noch gleich vorsorglich (zur „Sicherung des Verfahrens“) die fünf Frauen im Gerichtsgebäude ein. Daraufhin sahen sich auch die Anwälte gezwungen, auf die Solidaritätsaktion zu verzichten; das Gericht hätte sonst am Nachmittag mit Zwangsverteidigern die Verhandlung weitergeführt.

Am Tag der Urteilsverkündung verhängte das Gericht Ordnungsstrafen von je 200 DM gegen neuen Zuschauer, die Transparente hochgehalten haben mit der Aufschrift: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, und

„In schwarzen Roben angetreten zur letzten Machtausübung. Ihr unantastbare Talarenbrust! Im Namen des Volkes abtreten!“.

Zum ersten Transparent meinte der Vorsitzende Richter Schult, es käme 40 Jahre zu spät.

Freispruch für Hausbesetzer

Das Hamburger Amtsgericht mußte mangels Beweisen neun Häuserkämpfer freisprechen. Ihnen war vorgeworfen worden, anläßlich einer Hausbesetzung in der Kollinghuserstr. 10 am 20.3.81 den Hausfrieden gebrochen zu haben. Aus dem Plädoyer des Staatsanwaltes und auch aus der Argumentation des Richters geht jedoch hervor, daß an eine Beendigung der Kriminalisierung von Hausbesetzern überhaupt nicht zu denken ist. Den Wert des Urteils schätzen die Freigesprochenen in einer Erklärung folgendermaßen ein:

„Schon während der letzten Verhandlungstage war die Anklage der Staatsanwaltschaft in sich zusammengebrochen. Die zur Rettung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen herbeizitierten Polizeizeugen konnten sich an nichts Konkretes erinnern, geschweige denn Personen, die sich im Haus befunden haben. Identifizierung war unmöglich.“

Das hielt den Staatsanwalt Heers nicht davon ab, von der politischen Ordnung der Angeklagten, die sich voll mit der Hausbesetzung solidarisierten, auf den Tatbestand des Hausfriedensbruchs zu schließen. Sein Plädoyer für ein Gesamturteil war „eine Spitzenleistung Hamburger Justisgebahren“, wie ein Anwalt die Ausführungen von Heers sarkastisch charakterisierte. Richter Brückner sprach frei mit dem Hinweis auf das Prinzip, im Zweifelsfall für die Angeklagten zu entscheiden.

Mit keinem Wort nahm Richter Brückner zum grundsätzlichen Problem Stellung, ob überhaupt ein Hausfrieden bei bestehendem Wohnraum gebrochen werden kann. Damit zählt er nicht zu den „nachdenklichen Juristen“, die sich nach den Ausführungen des Strafrechters Erich Küchenhoff fragen sollten, ob „es zu spekulativen Zwecken bestehender ja demokratischer Mietwohnraum – noch Träger eines Hausfriedens sein (könne)“ (für nach Taz Nr. 45 v. 6.11.81). Zum Richter Brückner als wahr an-

nimmt, daß Ruppert jahrelang Wohnungen vorsätzlich und rechtswidrig leerstehen und verlassen gelassen hat. Brückner hätte auch noch einen Schritt weiter gehen können und Instandbesetzern zuerkennen können, daß sie „insofern ein gesellschaftliches Verdienst haben, daß sie auf Fehlleistungen und Mißstände hingewiesen haben“, wie die „Frankfurter Rundschau“ am 24.8.81 den Verfassungsrichter Simon zitierte. Nach Simons Auffassung haben die Instandbesetzer „erst, als sie gewisse Regelverletzungen, die strafbar sind“ durchgeführt haben, mit diesem Hinweis Aufmerksamkeit“ gefunden (zit. nach „FR“ v. 24.8.81).

Wir jetzt freigesprochenen Angeklagten halten es weiterhin für völlig gerechtfertigt, wenn Menschen, denen Wohnungen zu erschwinglichen Mieten verweigert werden, in leere Wohnungen einzuziehen und diese durch eine jahrelange verfehlte Wohnungspolitik entstandenen Mißstände durch Hausbesetzungen anprangern und zu beseitigen suchen. Nicht wir hätten auf die Anklagebank gehört, sondern Spekulanten, Kaputtbesetzer und Miethais wie Heins Ruppert oder die staatliche SAGA!

Wir fordern nach wie vor:

- Sofortige Belegung aller bewohnbaren leerstehenden oder anders zweckentfremdeten Wohnungen mit Mietern zu sozial angemessenen Mieten
- Schaffung von ausreichendem billigen Wohnraum. Ausbau des sozialen Wohnungsbau
- Freisprechung aller Angeklagten in Hausbesetzer-Prozessen, insbesondere Solidarität mit den Nürnberger Angeklagten
- Sofortige Amnestie für alle schon verurteilten Hausbesetzer
- Keine neuen Strafprozesse gegen Hausbesetzer.

Hamburg, 27. November 1981

Kontakt: Michael Wildt
Flotowstr. 14, 2000 Hamburg 76
Tel. 229 66 39

Über den Bieg in der Affäre um das sowjetische U-Boot in den Schären gibt es längst keine Zweifel mehr. Das ist Schwedens Militär in den dramatischen zehn Tagen, während derer das U-137 auf Grund saß, hat sich die Einstellung der Schweden zu ihrer Verteidigung radikal geändert. 86 % der Schweden meinen nun, eine starke Verteidigung sei sehr oder ziemlich wichtig. („Frankfurter Rundschau“, 13.11.).

Glaubt man den hiesigen Kommentaren und Berichten über die U-Boot-Affäre, so hat die anklagliche dieses Vorfalles geführte Propagandakampagne über die „sowjetische Bedrohung“ Skandinaviens den NATO-freundlichen Kräften im gesamten Nordeuropa erheblichen Auftrieb gegeben. Das drückt sich besonders in der Diskussion um den sowjetischen Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa aus. Die NATO-Strategen glauben, dieser Diskussion jetzt den endgültigen Todeskloß verpassen zu können. Die NATO-Planungen sehen (neben anderem) vor, in den bisher atomwaffenfreien Ländern Dänemark und Norwegen Rüstungsdépôts für amerikanische Eingreiftruppen aufzubauen, zu deren Ausrüstung auch taktische Atomwaffen gehören könnten.

Präsenz-„Spiel“?

Ende Oktober lief ein sowjetisches U-Boot der versetzten „Whisky“-Klasse mitten im Mürbischgebiet vor dem Marinehafen Karlskrona auf Grund. Von den schwedischen Abwehrsystemen unbemerkt hielt sich das U-137 längere Zeit in diesem Gebiet auf, bevor es — manövriert — aus dem Wasser ragend — entdeckt wurde. Die Regierung des neutralen, oder besser: nichtpartei-bundenen Schweden wies das Boot fest und forderte von der SU die „vollständige Aufklärung“ über die Gründe für das Eindringen des Bootes in schwedische Gewässer. Die SU erklärte Navigationsfehler und technische Defekte zur Ursache. Das Boot sei auf einer normalen Übungsfahrt gewesen: „In der Geschichte der Seefahrt gibt es seit jeher viele solcher Fälle, darunter solche, an denen schwedische Schiffe beteiligt waren“ (TASS 12.11.). Dies mag wohl stimmen, wogegen „solche Fälle“ wohl in den seltensten Fällen „technische Defekte“ oder ähnliches zur Ursache haben. So wußte die FR (29.10.) zu melden: „Die schwedischen Hohenalagswässer werden häufig von fremden U-Booten verletzt. Das gilt gleichermaßen für Boote des Warschauer Pakts als auch der NATO. 1980 sind der Marine 13 Fälle bekannt geworden. Im September und Oktober veranlaßte auch der NATO. 1980 sind der Marine 13 Fälle bekannt geworden. Im September und Oktober vergangenen Jahres machte die Marine fast drei Wochen vergeblich Jagd auf ein U-Boot, das in die Stockholmer Schären eingedrungen war“. Zwischen 1976 und 1980 verübte Schweden insgesamt weitere 49 Verletzungen der Hoheitsrechte (fr. Hamburger Abendblatt, 18.11.81). Die Gründe für derartige „Verletzungen der Hoheitsrechte“ liegen — folgt man der Presse — im militärischen Bereich. Die Abwehr- und Aufklärungsstärke Schwedens werde laufend „getestet“. Die entsprechenden Küstengebiet wurden auf Abwehrsysteme geprüft. Zweck der „Sondierungen“ sei u.a. die Erkundung von U-Boot-Verstecken für den „Kriegsfall“. Nunzu kommt sicherlich noch das sogenannte „Spiel der Kräfte“, ein weltweit zu Lande, in der Luft und im Wasser betriebenes „Spiel“ zur Unterbrechung politischer Ansprüche, das bei Zuspitzung politischer Konflikte sehr schnell ernst werden kann. Erinnert sei hier nur an den Abschuss zweier libyscher Flugzeuge durch die US-Luftwaffe im Golf von Syntel. Die Schweden selbst sind auch nicht gerade zimperlich bei der Vertreibung von U-Booten aus ihren Gewässern: Diese werden „mit Hilfe von Wasserbomben nach Verlassen der schwedischen Territorialgewässer aufgefressen“ (Frankfurter Allgemeine, 1.10.80). Nach Angaben des schwedischen Marinestabes (fr. FAZ v. 1.10.80) operieren „ständig 49 sowjetische (sowie) vier polnische U-Boote“ in der Ostsee. „Die NATO wiederum operiert in der Ostsee mit 30 (Interessebooten, von denen 24 die deutsche Bundesmarine und sechs die Dänen stellen“

Atom-Geheimnis?

Die schwedische Reaktion auf das Eindringen des U-137 vor dem Beginn an stark darauf orientiert, das Ereignis propagandistisch auszu-

Die U-Boot-Affäre und die



Bild: Sowjet-U-Boot, schwedischer Bewacher.

»Sicherung der NATO-Nordflanke«

schlachten. Der schwedische Außenminister Ullsten erklärte stolz: „Unsere Aktion war die deutlichste, die seit langer, langer Zeit gegen die Russen unternommen wurde“ (STERN, 12.11.). Ein Minengürtel wurde um das U-Boot gelegt und Spezialeinheiten der schwedischen Armee sicherten das Gelände, gerade so, als ob die Russen einen Ausbruch zu Lande geplant hätten. Der sowjetische Kapitän wurde schließlich verhaftet, und reges diplomatisches Treiben zur Klärung der Herausgabebedingungen herrschte. Das alles gab jedoch nicht viel her, wenigstens zumindestens hierzulande die Presse die Vorgänge begierig aufgriff und in fetten Schlagzeilen umsetzte: „Russes U-Boot in Falle, Hungern an die Schweden aus“ (BILD, 31.10.) Oder: „Muß der Kapitän sterben“ (...) Er hat Angst vor der Rückkehr in die Sowjetunion“ (BILD, 30.10.)

Nach etwa einer Woche Verhandlungen kam endlich Handfesteres

Nach etwa einer Woche Verhandlungen kam endlich Handfesteres über das U-Boot habe Atomwaffen an Bord! Unter dem Aufmacher „U-Boot freigegeben! Atom-Torpede“ berichtete BILD (6.11.): „Weltweites Aufsehen erregte gestern die Enthüllung des schwedischen Ministerpräsidenten Fälldin, daß das sowjetische U-Boot gefährliche Atomwaffen an Bord hat. Es sollen sechs Torpedos mit Atomsprenköpfen sein. Jedes einzelne ist viermal so stark wie das größte konventionelle Torpedo der Welt. Auf dem Boot wurde mit ein Sicherheit gebender Wahrscheinlichkeit Uran-238 gefunden“ (...) Mit diesem Uran werden Atombomben gebaut. Trotzdem wird „U-137“ an die Russen ausgeliefert — ganz offenbar hat Moskau „U-137“ freigegeben“. An dieser und an allen ähnlichen Meldungen stimmt fast nichts! Sie stützen sich einzig und allein auf die Behauptung schwedischer Militärs, bei Strahlungs-messungen an dem Boot das — nicht explosive — Uran 238 festgestellt zu haben. Uran 238 ist ein relativ harmloses radioaktives Element, das wegen seines hohen spezifischen Gewichts bei Flugzeugen und Schiffen als Ballast verwendet wird (STERN, 12.11.). Die schwedische Regierung präsentiert jedoch eine weltweit als Tatsache verkaufte Theorie, wonach Uran 238 von den Sowjets als Umwandlung der explosiven Elemente Uran 235 oder Plutonium benutzt werde. Dieser Mantel habe die Aufgabe, eine Messung der darunterliegenden Stoffe zu verhindern. Die Strahlung gehe nicht hindurch, weshalb man eben Uran 235 oder Plutonium nicht nachweisen könnte (FR, 13.11.).

Wie dem auch sei. Ihren Zweck erfüllen die schwedischen Behauptungen voll und ganz. Bisher galten nach NATO-Lesart die U-Boote der „Whisky“-Klasse als konventionelle Finnhöfen. Die gegenteiligen (von der SU übrigens dementierten, s. FR 17.11.) Behauptungen lockten sofort zu ersten Hochrechnungen. „Sollten alle 50 Boote (der „Whisky“-Klasse), von denen jedes 18 Torpe-

dos mit sich führt, atomar bewaffnet sein, so käme man auf eine Zahl von 900 Nukleartorpedos in der Ostsee“ (HA, 8.11.). Weiter spekuliert Springer „Abendblatt“, daß „auch die U-Boote der „Whisky“-Klasse, die an der Halbinsel Kola am Eismeer stationiert sind, über gleiche Torpedos verfügen“. Fazit: „Nach einhelliger Meinung der vom „Abendblatt“ befragten Experten, muß die Erkenntnis von der nuklearen Bewaffnung der insgesamt 115 „Whisky“-U-Boote zu einer tiefgehenden Revision der NATO-Strategie führen“.

Eine wahrhaft fabelhafter Exkurs, wie aus einer Theorie eines neutralen Staates über die Bewaffnung versetzter sowjetischer U-Boote die Notwendigkeit einer Revision der NATO-Strategie erwächst. Die Frage nach der Existenz von Atomwaffen war — wie gesehen — schnell geklärt. blieb natürlich noch die Frage nach dem Sinn und Zweck dieser Waffen. Auch hier wilde Spekulationen: Zum einen wurde angeführt, Atomtorpedos seien für die U-Boot-Jagd notwendig, da die aus atommagnetischem Stahl gebaute NATO-U-Boote von den Sowjets nicht zu orten seien. „Aber ein Quatz blinder Schuß auf die mit einem Nuklearkopf würde die vernichten“ (HA, 8.11.). Allerdings, wendet der Verfasser gleich selbst ein, „würde eine nukleare Explosion auch den Angreifer selbst vernichten“, da die U-Boote der „Whisky“-Klasse eine „zu geringe Geschwindigkeit“ hätten, um den Gefahrenbereich schnell genug zu verlassen. „Wahrscheinlicher aber ist, daß die Nukleartorpedos für den Angriff auf Flugzeugträgergruppen im Nordatlantik bestimmt sind“. Zwar müßte auch dafür das Argument der „zu geringen“ Fluchtgeschwindigkeit zutreffen, sollte man annehmen, aber den Verfasser des „Abendblatt“-Artikels stört es nicht, denn er ist am Ziel. „Damit wären die Verbindungslinien zwischen den USA und Westeuropa weit gefährdeter, als bisher angenommen“.

Eine ganz neue Version lieferte eine Woche später, am 15.11., die „BILD am Sonntag“. Rote Atom-Minen vor umher Kletter“ (fr. 3.11.). „19 Tage nach der Entdeckung des atomwaffenbestückten sowjetischen U-137 auf schwedischem Hoheitsgebiet ist eine Bombe von höchster Brisanz geplatzt. Es besteht der schwere Verdacht, daß die Sowjets an der deutschen, aber auch an der dänischen und schwedischen Ostseeküste heimlich Atomminen gelegt haben, oder eine solche Verteilungsaktion unmittelbar vorbereiten! Das erfährt BILD am SONNTAG aus bestinformierten neutralen und NATO-Quellen. Schwedische Verteidigungsexperten schätzen jetzt, daß die Sowjetunion unter größter Geheimhaltung die Ostsee, die der Krim bis zum Meer des Friedens“ erklärt hatte, mit 300 bis 400 Atom-Raketen, -Bomben und -Minen gespickt hat. Auch darüber wird bei Brechnews Besuch in Bonn (...) zu sprechen sein“.

„BamS“ weiß erstaunlicherweise sogar schon genau zu berichten, wie die Atom-Minen beschaffen sind

„Nach Auskunft von Fachleuten sind die Atom-Minen etwa sechs Meter lang. Bei einem Durchmesser von 110 cm haben sie die Form eines Zylinders. Ein Anker hält sie 30 cm über dem Meeresgrund fest. Sie können per Funk über eine Entfernung von bis zu 800 Kilometer ferngesteuert werden. Da die Ostsee an den meisten gefährdeten Stellen 30 bis 40 Meter tief ist, die Strahlung der Waffen aber nur zehn Meter weit reicht, ist es ungeheuer schwierig, diese „Teufelskerle“ zu orten (...) Die Lebensdauer der Atom-Minen soll etwa acht Jahre betragen“. (Man weiß zwar nicht, ob es sie überhaupt gibt, aber dank der genauen Beschreibung wird man sie schon noch finden. Wäre ja gelacht ...) „Sehr gefährdet ist auch die Kleiner Bucht. Sie wurde bereits abgesehen — ohne Ergebnis“, was nur beweist, wie gut versteckt ...

„BamS“ weiß auch, wo es ist: diese Atom-Minen verlegt wurden — oder werden sollten. „NATO-Pläne sehen vor, bei einem Angriff aus dem Osten durch schnell geworfene Minensperren ein Auslaufen der gewaltigen deutschen Flotte der Sowjets in die Nordsee zu verhindern. Ferngesteuerte Atomminen aber können diese Verteidigungsperren in die Luft jagen“. Klar, dann können sie durch — sofern dann noch „die Durch-fahrt da ist. „Fachleute“ — so BamS — „weisen darauf hin, daß die deutschen Küsten über weite Strecken für den Einsatz von Kernwaffen zu flach sind und daß hochgehende Atom-Minen gewaltige Wellen auslösen würden, die bis an die „DDR“-Küsten schlagen würden“. „BamS“ endet mit den Behauptungen, daß die U-Boot- und Minen-Abwehr der NATO „sehr schwach“ sei, die Ostsee „voll von der Sowjetunion beherrscht“ werde und die „Reden der Sowjetunion von der Ostsee als einem Meer des Friedens“ nicht mehr länger glaubwürdig“ seien.

Für die NATO-Propagandisten stand das Ergebnis der „Untersuchung“ schon vorher fest: Die NATO muß „ihre Nordflanke stärker schützen“, also noch mehr aufrüsten. Weniger interessanter als all die wilden Spekulationen über sowjetische A-Waffen war folgende klitzekleine Meldung: „Kein westlicher Politiker oder Militär hat sich zu Fragen äußern wollen, ob auch die NATO in der Ostsee Kern-maffen stationiert hat. Der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums sagte, er würde die Frage nicht beantworten können. Sie falle mit Sicherheit unter den Geheimhülle“ (HA, 8.11.).

Die Diskussion um die atomwaffenfreie Zone

Die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien geht zurück auf den 1963 vom finnischen Staatspräsidenten Kekkonen gemachten Vorschlag, die de facto in Skandinavien bestehende Atomwaffenfreiheit vertraglich festzuschreiben. Dänemark, Schweden und Norwegen lehnten damals und auch bei allen

späteren ähnlichen Vorschlägen ein solches Ansinnen ab. Dänemark und Norwegen hatten sich bei ihrem Eintritt in die NATO 1949 selbst auferlegt, keine fremden Truppen auf ihrem Boden zu stationieren, und sie erweiterten diese Selbstbeschränkung später auch noch auf Atom-Waffen. Diese Selbstbeschränkungen waren der Preis, den sie u.a. für einen innereuropäischen militärischen Eintritt in die NATO zu zahlen hatten. Diese Selbstbeschränkungen sind bereits heute erheblich aufgeweicht, und die Regierung Dänemarks und Norwegens sind s.Zt. dabei, sie vollends zur Formel werden zu lassen, indem sie den USA gestatten, Rüstungsdépôts für militärische Nuklearkraften auszurüsten. Einheiten der US-Marine einzurichten. Mit dem Regierungswechsel in den USA erwartete auch in Skandinavien die Friedensbewegung und griff natürlich das Thema Atomwaffenfreie Zone auf. Fast zeitgleich mit dem norwegischen Wahlkampf, wo die noch in Regierungsverantwortung stehende sozialdemokratische Partei, ganz im Zeichen der sich abzeichnenden Wahlniederlage, sich auf die Oppositionsrolle besann und eine solche Zone zum Programmpunkt erhob, gab es von der Sowjetunion vorsichtige Andeutungen, daß sie beim Zustandekommen eines solchen Vertrags bereit wäre, ihre Seite über „flankierende Maßnahmen“ zu reden (FAZ, 9.7. und 7.8.). Diese Faktoren zusammengekommen führten zu wochenlangen Diskussionen und Schlagzeilen. Zum Zeitpunkt der U-Boot-Affäre allerdings hatte diese Diskussion nicht zuletzt auf Druck der NATO ihren Zenit schon überschritten, und politisch nur noch vor sich hin. Die Sozialdemokraten Dänemarks und Norwegens hatten zum Schluß erklärt, sie würden ein solches Vertragswerk über eine Atomwaffenfreie Zone nur „in enger Abstimmung“ mit den übrigen NATO-Partnern zustandekommen lassen (siehe „Spiegel“ 34/81, „Europ. Wehrkunde“ 8/81 und FAZ 25.7.81).

Die wesentlichen NATO-„Partner“ waren von Beginn an gegen diese Idee. „Schmidt brück gegen Pläne einer atomwaffenfreien Zone“ (FAZ 27.7.). „Jeden eines atomwaffenfreien Nordens bringt Washington in Rage“ (FR, 16.7.). „Die Verankerung einer solchen Zone würde der NATO-Nordflanke eine Sonderstellung geben, nichten amerikanischen Sprecher (...) Für den Kriegsfall aber würden der NATO auf diese Weise Beschränkungen auferlegt, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten“ (ebenda).

Die Tatsache berücksichtigt, daß die SU Andeutungen gemacht hat, ihrerseits „flankierende Maßnahmen“ zu ergreifen, äußerte sich Genscher ausgesprochen deutlich für die Haltung der BRD-Regierung: „Sollten die Sowjets einen Teil ihres nördlichen Territoriums, beispielsweise die Halbinsel Kola, in eine atomwaffenfreie Zone einbringen, so würde dies nicht als eine Bedrohung Skandinaviens durch die in weiter entfernten Teilen Rußlands stationierten SS-20-Raketen ändern“ (Welt, 6.7., Hervorhebung d. AK).

Das eigentlich Wichtige an der heftigen Ablehnung der Schmidt, Haags und Genschers beschreibt die „Süd-deutsche Zeitung“ wie folgt: „Wer

heute mit dem Stichwort „Atomwaffenfreie Zone“ konfrontiert wird, muß erkennen, daß es nie länger gibt. Sie umfaßt die NATO-Länder Dänemark und Norwegen, das bündnisfreie Schweden und (...) Finnland. Für die NATO liegt darin insofern ein Problem, als Dänemark und Norwegen damit (...) eine praktische Ausnahme machen“ (SZ, 17.7.).

Mit anderen Worten: Eigentlich bräuchten sich die NATO-Politiker überhaupt nicht darüber aufzuregen, wenn ein bestehender Zustand — die Atomwaffenfreiheit — festgeschrieben werden soll; es sei denn, sie wollten diesen Zustand verändern. Das ist der springende Punkt und die Ursache für die schroffe Ablehnung jeglicher Verhandlungen.

Die „Bedrohung Skandinaviens“ durch die SU

Um die NATO-Strategen Norwegen und Dänemark stärker in den aggressiven USA/BRD-Kurs einzubeziehen, sowie Schweden enger an die NATO zu binden, läuft von Zeit zu Zeit eine entsprechende Kampagne ab, die die „sowjetische Bedrohung“ in den größten Farben bedrückt. Gull umschrieben ist der ständige Inhalt dieser Kampagnen mit folgenden Zitaten: „Washington sorgt sich um die Nordflanke der NATO“. Unter dieser Schlagzeile illustrierte die „FAZ“ (8.4.) den US-Oberbefehlshaber Atlantik, Admiral Lian, „Heute ist die nord“

Fortsetzung nächste Seite

Die Folgen eines thermonuklearen Krieges auf Menschen und Ökologie

Während der letzten Monate haben Angst und Verwirrung in der Öffentlichkeit über Möglichkeit und Folgen eines thermonuklearen Krieges erheblich zugenommen, ausgelöst durch umfangreiche (und oft widersprechende) Publikationen in Zeitungen und populären Magazinen, durch Ankündigungen von Regierungsteilen auf Bundes- und lokaler Ebene sowie durch kommerzielle Reklame bezüglich des Luftschutzesprogramms. Viele Menschen haben sich an ihre Ärzte gewendet, von denen sie fachmännischen Rat über etwaige Maßnahmen erwarten. Derartige Anfragen beschäftigen sich mit der unmittelbaren Wirkung des radioaktiven Niederschlages, der optimalen Konstruktion eines Schutzraumes gegen radioaktive Niederschläge, den Aussichten auf eine Blutkrankheit auf lange Sicht sowie dem Vorschlag, den Lehrplan der medizinischen Fakultäten abzuändern, um den Notwendigkeiten einer Praxisausübung nach der Katastrophe zu genügen.

Umgekehrt hatten viele Ärzte keine Gelegenheit, sich über die Daten zu informieren, die für jede wissenschaftliche und realistische Beurteilung der medizinischen Konsequenzen eines thermonuklearen Angriffes erforderlich sind. Obwohl sich zahlreiche medizinische Veröffentlichungen mit der einen oder anderen Seite des Problems unterschiedlich genau befassen, waren die daraus gezogenen Schlussfolgerungen widersprüchlich.

Dies zeigt die unterschiedliche Interpretation dieser Daten, oder, was häufiger der Fall ist, die differierenden Voraussetzungen bezüglich Ausmaß, Natur und Merkmalen eines hypothetischen Angriffes.

Es erscheint daher zweckmäßig, für den medizinisch vorgebildeten Leser die Natur eines klar definierten und spezifizierten thermonuklearen Angriffes auf die Vereinigten Staaten mit seinen kurzfristig auftretenden menschlichen und ökologischen Folgen innerhalb eines fiktiven Gebietes zu besprechen, im vorliegenden Fall für das Stadtgebiet von Boston und einiger anderer Ziele in Massachusetts. Kritische Übertragung der Beobachtungen auf andere Teile des Landes ist nicht ohne weiteres gerechtfertigt, jedoch dürfen bei gleichartigen Untersuchungsmethoden ähnliche Erkenntnisse für andere Staaten und Regionen zustande kommen. Obwohl viele einschlägige Fakten unbekannt oder nicht veröffentlicht worden sind, stehen genügend Informationen zur Verfügung, um eine solche Besprechung zu gestatten.

Das Problem

Die Beratungen vor dem Radiation Subcommittee of the Joint Congressional Committee on Atomic Energy (Hoffield Committee) im Jahre 1959 beschäftigten sich zu einem großen Teil mit der Analyse eines „begrenzten Angriffes“ mit 1446 Megatonnen auf ausgewählte Ziele in den Vereinigten Staaten. Wir haben diesen Angriff zur Grundlage unserer Besprechung gemacht. Es sollte hierzu jedoch bemerkt werden, daß ein sol-

Wir beginnen hier mit dem Abdruck einer Artikel-Serie, die 1965 (I) im „Deutschen Ärzteblatt“ erschienen ist (Die Serie trug den Titel: „Die medizinischen Folgen eines thermonuklearen Krieges“).

Die Artikel beruhen im wesentlichen auf der Übersetzung einer US-Studie und beschäftigen sich weit über die streng medizinischen Aspekte hinaus auch mit psychologischen, sozialen und ökologischen Folgen eines Atomkrieges.

Diese Serie ist aus mehreren Gründen bemerkenswert:

- Sie enthält eine Fülle von detaillierten und zuverlässigen Informationen, die selbst dem interessierten Experten heute nur schwer zugänglich sind.
- Genau die Veröffentlichung dieser Fakten war zum großen Teil das Anliegen des „Medizinischen Kongress zur Verhinderung des Atomkrieges“ am 19./20. September '81 in Hamburg (s. auch AK 209: „Die Überlebenden werden die Toten beneiden“). Es spricht für sich, wenn heute nur auf Grund des politischen Drucks und der gemeinsamen Anstrengung von 2000 Ärzten aus der ganzen BRD Tatsachen in die Öffentlichkeit gebracht werden können, die vor 16 Jahren sogar als Serie im „Deutschen Ärzteblatt“ erschienen sind.

Fiktionärweise ist erst durch die Bundesärztekammer selbst bekannt geworden, daß diese Serie existiert. Dem Vorwurf der Ärzte auf dem „Medizinischen Kongress“, die Ärztekammer würde zur Verharmlosung der Atomkriegsfolgen und zur Vorbereitung eines Atomkrieges auf dem Sektor des Zivilschutzes mit beitragen, wußte man sich nicht anders zu erwehren, als durch das armselige Argument, man hätte ja vor 16 Jahren ausführlich zu diesem Problem Stellung bezogen. Es erscheint allerdings höchst fraglich, ob heute diese Artikel noch mal im „Deutschen Ärzteblatt“ veröffentlicht würden.

Warum bringen wir diese Serie? „Einen Atomkrieg kann sowieso keiner überleben“ - hört man/traut oft, wenn über die wachsende Kriegsgefahr, Zivilschutz, Bunkerbesuche geredet wird.

Stimmt das? Es gibt innerhalb der Linken und der Friedensbewegung durchaus unterschiedliche Auffassungen, wie wir aus dem Aussehen des Zivilschutzes stellen sollen: Die einen meinen, solche Maßnahmen sind ideologische und materielle Kriegsvorbereitungen, die die Bevölkerung in Sicherheit wiegen sollen und im Kalkül der Kriegstrategen einen Atomkrieg „kalkulierbar“ und führbar machen sollen. Es wird deshalb gefordert, jegliche Vorbereitungen auf diesem Gebiet zu verhindern. - Die anderen legen mehr Wert auf die Tatsache, daß es nur für einen verschwindend geringen Teil der Bevölkerung Bunkerplätze gibt (typischerweise darunter viele Privatsbunker für Kapitalisten und Gutbetuchte).

Es gibt gleichzeitig von Seiten der Herrschenden durchaus Anstrengungen, die Bunkerplätze zu vermehren, beim Bau von U-Bahnen u.ä. werden sogenannte Mehrzweckanlagen errichtet, die es ermöglichen, diese Bahnhöfe, Schalterhallen, Tiefgaragen usw. als „Atombunker“ zu nutzen; alle Bunker aus dem letzten Weltkrieg werden wieder instandgesetzt. Ideologisch rollt immer stärker eine Kampagne an, um die Bürger „zivilschutz“ (oder auch „selbstschutz“) bewußt zu machen - über Deutsches Rotes Kreuz, Bundesverband für den Selbstschutz (mit dem „Vorsorge-Paket“ im Auftrag des Innenministeriums); es gibt Hausverfassungen mit Angeboten für „Selbstschutzkurse“. Ärzte werden zu „Triage-Kursen“ geladen, um dort die Selektionen von Verletzten (und auch von Strahlenkranken) unter Katastrophenbedingungen zu üben.

Diese Dinge sind zweifellos Bestandteil der Kriegsvorbereitungen durch die Herrschenden. Um dieser Kampagne entgegenzutreten zu können, ist es auch erstmal notwendig, die Fakten zu kennen.

Wie unerwünscht die massenhafte Verbreitung dieser Tatsachen ist, zeigt sich u.a. auch an dem Umstand, daß der englische Film „WAR GAME“ („Kriegsspiel“), der nach denselben Fakten wie die Artikelserie entstand (1965), von der BBC produziert wurde, aber bisher im englischen Fernsehen - genauso wie im NDR - nicht gezeigt werden durfte.

Wir beginnen in dieser Ausgabe mit den ersten beiden Folgen: „Menschliche und ökologische Auswirkungen im Massachusetts durch einen fiktiven thermonuklearen Angriff auf die Vereinigten Staaten“.

Die Abschnitte „Die Aufgaben des Arztes nach dem Angriff“ und „Psychiatrische und soziale Gesichtspunkte des Luftschutzesprogramms“ folgen später.

cher Angriff, der 1959 noch als realistisch angesehen werden konnte, im Lichte der jüngsten Waffenentwicklungen weit überschritten werden könnte.

Es wird angenommen, daß der Angriff im Spätherbst, nach der Ernte,

cher Angriff, der 1959 noch als realistisch angesehen werden konnte, im Lichte der jüngsten Waffenentwicklungen weit überschritten werden könnte.

Es wird angenommen, daß der Angriff im Spätherbst, nach der Ernte, bei gutem Wetter, an einem Werktag erfolgt, und daß eine Vorauswarnung von 20 bis 30 Minuten entsprechend der Flugzeit einer Interkontinentalrakete zwischen der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten gegeben wird. Weitere Voraussetzung ist, daß nur ein Angriffsschlag erfolgt, so daß radioaktiver Niederschlag, Feuer und andere Wirkungen proportional der Zeit abklingen. Schließlich wird angenommen, daß individuelle und gemeinschaftliche Schutzräume gegen radioaktiven Niederschlag gemäß den Empfehlungen der Office of Civil Defense Mobilisation vorhanden sind. Der Angriffsschlag sieht 10 Bomben mit insgesamt 56 Megatonnen für Massachusetts vor.

Zur Vereinfachung der sich überschneidenden Wirkungen in zahlreichen Zielgebieten beschränken wir die detaillierte Untersuchung auf die Auswirkungen einer Bodenexplosion von 20 Megatonnen im Zentrum von Boston sowie von 8 Megatonnen auf dem nahegelegenen Luftstützpunkt von Bedford. Zusätzlich übertragen wir das gesamte Schema dieser Angriffe auf das südliche New-England, um das Ausmaß der Problematik für eine Gesamtplanung in Massachusetts aufzuzeigen. Die physikalischen Folgen eines solchen Angriffes umfassen die Zerstörungen durch Explosionsdruck, Hitzeentwicklung und radioaktiven Niederschlag. Sie werden im folgenden einzeln besprochen.

Die unmittelbaren Wirkungen des Explosionsdrucks

Die hier angenommene Bodenexplosion von 20 Megatonnen würde einen Krater von 250 bis 300 Fuß (etwa 30 m) Tiefe und einer halben Meile (et-

wa 800 m) Durchmesser reißen und das umliegende Gebiet mit Erdmassen überschütten. (Eine Explosion in der Atmosphäre würde keinen Krater bilden, aber nahezu das doppelte Areal zerstören.)

Die Hitzeentwicklung einer 20-

wa 800 m) Durchmesser reißen und das umliegende Gebiet mit Erdmassen überschütten. (Eine Explosion in der Atmosphäre würde keinen Krater bilden, aber nahezu das doppelte Areal zerstören.)

Die Hitzeentwicklung einer 20-Megatonnen-Bombe würde folgende Wirkung haben:

Bei einer Explosion in der Luft bis zu (km) am Boden bis zu (km)

Verbrennung 1 Grades Entzündung von Glanzstoffgeweben 80 47
Verbrennung 2 Grades Entzündung leichter Stoffe u. trockenen Laubes 56 33,5
Entzündung dicker Pappkartons u. Autopolster 33,6 20
Schmelzen gewalzten Metalls (Autokarosserie) 15,6 9
Verdampfen gewalzten Metalls, Schmelzen von Glascheiben 9 5,4

Die Druckwelle nach der Explosion einer Bombe von 20 Megatonnen würde folgende Wirkung haben:

Bei Detonation in der Luft bis zu (km) am Boden bis zu (km)

Verletzung von Personen durch Trümmer oder Umhergeschleudern 37 31
Einsturz von Holzhäusern, Umstürzen von Blumen 22,5 17
Trommelfellverletzungen, Unterbrechung von Telefon- und Hochspannungslinien 17 12
Beschädigung von betonverklebten Gebäuden 11 9
Lungenverletzungen, Straßen unpassierbar 6 6

Das Gebiet völliger Vernichtung, in dem sogar die massivsten Betonbauten und tiefegelegenen Schutzräume zerstört würden, hätte einen Radius von 4 Meilen (etwa 6,4 km). In einem Radius von 6 Meilen (etwa 9 bis 10 km) würden alle Holz- und Ziegelbauten sowie sämtliche in Keller geschommen gelegenen Schutzräume völlig zerstört. Lungenschädigungen durch die Explosionswelle allein würden den Tod der gesamten betroffenen Bevölkerung verursachen.

Bei einem Radius von 10 Meilen (etwa 16 km) würden betonverstärkte Gebäude schwer beschädigt, aber T. wiederherstellbar sein, während alle sonstigen Bauten vernichtet würden. Tiefegelegene Schutzräume gegen den Explosionsdruck wären in dieser Zone ein wirksamer Schutz, Schutzräume gegen radioaktive Niederschläge dagegen nutzlos.

Bis zu einem Radius von 15 Meilen (etwa 24 km) würden alle Holzhäuser auf das schwerste beschädigt und die Schutzräume unter ihnen gefährdet. Ernsthafter Schaden entstände in diesem Gebiet durch Infolge der Erschütterungswellen umherschauenden Objekte.

Menschliche Körper wären besonders gefährliche „Geschosse“, ebenso Steine und Glas. Bei einer exponierten Bevölkerung wird der Prozentsatz der Todesfälle durch diesen Faktor auf bis zu 15 % geschätzt. Eine gewisse Schädigung von Bauten würde sich auf weit größere Entfernungen erstrecken und mit den Wirkungen anderer Explosionen überschneiden.

Für Verluste durch den Explosionsdruck sind drei Gefahrenmo-

mente verantwortlich. Das erste, die primären Auswirkungen des explosionsbedingten Überdrucks, bedingen Trommelfell- und Lungenrupturen, obwohl Personen, die diesem Druck ausgesetzt sind, mit höherer Wahrscheinlichkeit durch sekundäre und tertiäre Wirkungen getötet werden. Das zweite besteht in sekundären Wirkungen durch Schädigung beim Einsturz von Gebäuden und Auftreten penetrierender und nichtpenetrierender Objekte, die durch Explosionsdruck, Winde und Gravität umhergeschleudert werden. Viele dieser Gegenstände, wie Glas und Mauerwerk, die bis zu einer Entfernung von 18 Meilen (etwa 40 km) eine Gefahr darstellen, bewegen sich mit Schallgeschwindigkeit.

Diese Gefährdung besteht für Personen außerhalb von Gebäuden, selbst wenn sie flach in geschützten Bodenlöchern liegen. Eine im voraus gewarnte Bevölkerung könnte in Häusern und Kellern Deckung suchen. Für diese Personen bestünde wiederum erhöhte Gefahr durch Einsturz von Gebäuden und herabfallende Trümmer. Das letzte Gefahrenmoment umfaßt tertiäre Wirkungen und schließt Verletzungen ein, die bei der Displacement von Menschen durch die Druckwelle, durch Erschütterung und Winde entstehen können. Eine derartige physikalische Fortbewegung könnte einen Mann mit 160 Pfund Gewicht noch in einer Entfernung von 20 Meilen vom Ziel verletzen, wenngleich für Personen, die in dieser Entfernung im Freien erfaßt werden, die thermische Schädigung eine größere Gefahr als die Explosionswelle darstellen würde.

Entfernungsangaben auf deutsche Verhältnisse übertragen.			
ca. 80 km	ca. 56 km	ca. 33 km	ca. 15 km
von München nach			
Inngstadt Altötting Kufstein Garmisch Munichheim Donauwörth	Landshut Rosenheim Murnau Landsberg Augsburg Schrobenhausen	Freising Ebersberg Holzkirchen Fürstenfeldbruck	Dachau Gauting
von Frankfurt nach			
Fulda Heidelberg Koblenz Ludwigshafen Marburg	Gießen Limburg	Friedberg Mainz Darmstadt Aschaffenburg	Bad Homburg
von Köln nach			
Dortmund Siegen Koblenz Malmody	Bochum Oberhausen Krefeld Aachen	Düren Düsseldorf Remscheid Bad Godesberg	Bergisch-Gladbach
von Köln nach			
Dortmund Siegen Koblenz Malmody	Bochum Oberhausen Krefeld Aachen	Düren Düsseldorf Remscheid Bad Godesberg	Bergisch-Gladbach

Thermische Wirkungen

Thermische Energie wird von der Bombe in zwei Stößen freigesetzt. Der erste, ein kurzer ultravioletter Blitz, bedeutet keine Gefahr. Aber die folgende Infrarot-Freisetzung, in der sich nahezu 35 % der Bombenenergie entladen, würde Verbrennungen an exponierten Personen verursachen und auf viele Meilen brennbares Material entzünden. Bis zu 21 Meilen von der Bodenexplosion der 20-Megatonnen-Bombe entfernt würde eine Person zweitgradige Verbrennungen der gesamten exponierten Haut erleiden, und die Kleidung sowie andere leicht brennbare Stoffe in der Umgebung würden entzündet.

Noch in einer Entfernung von 40 Meilen würde ein reflektierender Blick auf den Feuerball eine Erblindung durch Verbrennung der Retina verursachen. (Nach den Tests bei den Marshall-Inseln fand man 345 Meilen entfernt kleinere Tiere mit herdförmigen Netzhautverbrennungen.) Die Entfernungen, bis zu welchen diese thermischen Wirkungen auftreten, würden durch Explosion in der Atmosphäre im Vergleich zu einer Bodenexplosion vergrößert, bei Anwesenheit von Nebel oder Rauch verringert.

Nach Schätzungen enthalten typische amerikanische Städte 5 bis 25 potentielle Zündpunkte pro Morgen Fläche; trockene Landgegenstände könnten noch viel mehr aufweisen. Sobald die Bombe explodiert, breitet sich eine ungeheure Druckwelle mit einer Initialgeschwindigkeit, die höher ist als die Schallgeschwindigkeit, vom Zentrum der Explosion aus, ihr folgt ein Wind mit einer zeitweiligen Geschwindigkeit von mehr als 1000 Meilen/h. Dieser Wind schafft bei

einer Aufwärtsbewegung ein Tiefdruckgebiet, in das die umgebenden Luftmassen einströmen, wobei sie die zahlreichen Feuer anfachen, die durch die thermische Strahlung und den initialen Explosionschaden entstanden sind. In einem Umkreis mit dem Radius von 16 bis 21 Meilen um das Zielgebiet Boston würde so die unmittelbare Entzündung von Häusern, Laub, Öllanka, Benzin usw. einen riesigen Feuerorkan verursachen, der anfänglich mit 150 bis 200 Meilen/h dahinfegen würde und später durch Winde mit geringer Geschwindigkeit, die ihrerseits durch die Feuerbrunst entstehen, unterhalten würde.

Ein derartiger Feuerorkan entwickelte sich nach einer Reihe konventioneller Luftangriffe auf Hamburg im Jahre 1943, wobei Temperaturen von schätzungsweise 800 Grad entstranden. Als Tage nach dem Angriff einige Luftschutzräume geöffnet wurden, war darin die Hitze noch so groß, daß der einströmende Sauerstoff den gesamten Schutzraum in Flammen aufgehen ließ. Der Tod innerhalb der Schutzräume wurde in Hamburg als Folge von Hitzschlag, Dehydrierung durch intensive Hitze und Kohlenmonoxid-Vergiftungen beschrieben.

Die Erfahrungen von Hamburg (und Leipzig) stehen in besonderer enger Beziehung zu dem Problem der Schutzräume, denn es hatten nur diejenigen Personen, die aus ihren Schutzräumen in den frühen Stunden der Feuerbrunst flohen, überhaupt eine Hoffnung, mit dem Leben davonzukommen. Daher könnte ein Zusammenperlen in einem Heimschutzraum, besonders einem ohne ein in sich geschlossenes Luftreservoir, leicht tödlich sein, wenn sich

das normalerweise bestehende Gleichgewicht in der Pflanzen- und Tierwelt stören würde. Säugetiere und Vögel sind sehr strahlenempfindlich, Insekten sind demgegenüber höchst widerstandsfähig (so werden beispielsweise Küchenschaben durch Gammastrahlung von 40 000 r nicht merkbar geschädigt, bei einer Dosis also, die der hundertfachen LD50 für den Menschen entspricht). Bakterien sind in ähnlicher Weise resistent gegenüber Strahlen, wenn auch dabei die Mutationshäufigkeit zunimmt. So werden beispielsweise nur 10 % einer *Escherichia coli*-Population durch eine Gammastrahlung von 20 000 r abgetötet. Viren und Pilze sind sogar noch resistenter. Die Überleben menschlicher Bevölkerungsgruppen nach dieser ökologischen Umwälzung wäre demnach auf lange Sicht unsicher. Selbst wenn die soziale Struktur intakt wäre und ausbleibende Arbeitskräfte erhalten blieben, würde die Landwirtschaft, insbesondere die Haustiere, weitgehend vernichtet. Bevor jedoch Ernährungsprobleme zu einem größeren medizinischen Problem würden, käme es zu einer erhöhten Bedrohung durch Epidemien aufgrund der erwähnten Tatsache, daß Bakterien, Pilze, Viren und Insekten die Strahlungseffekte überleben würden. Das endgültige Ausmaß ihrer Vermehrung in Abwesenheit ihrer natürlichen Feinde kann kaum abgesehen werden.

Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel prüft die kurzfristigen menschlichen und ökologischen Folgen eines „begrenzten“ thermonuklearen Angriffs auf die Vereinigten Staaten gemäß den Vorstellungen des Holfeld-Komitee-Berichts aus dem Jahre 1959 in Massachusetts, insbesondere im Stadtgebiet von Boston. Dieser Bericht rechnet mit 10 Bomben von insgesamt 56 Megatonnen für Massachusetts. Der Schaden käme zustande durch die Explosionswelle, die sich entwickelnde Hitze sowie den radioaktiven Niederschlag.

Eine Bodenexplosion von 20 Megatonnen im Zentrum von Boston würde alle Gebäude aus Beton im Umkreis von 10 Meilen, einem Gebiet, das in großen Zügen von der ringförmig verlaufenden Straße 128 begrenzt würde, beschädigen und alle anderen Bauten vernichten.

Innerhalb eines Umkreises mit dem Radius von 16 bis 21 Meilen käme es zu Verbrennungen zweiten Grades und einer Entzündung von Textilien, Häutern, Laub, Benzin usw. und damit zur Auslösung eines Feuerorkans. Menschliches Leben in diesem Areal wäre praktisch ausgeschlossen und allein durch die Explosionswelle und die Hitzeentwicklung käme es im Stadtgebiet von Boston zu schätzungsweise 2 250 000 Toten.

Jenseits des durch Feuer vernichteten Gebietes wären viele Personen einer tödlichen Strahlendosis durch die radioaktive Strahlung ausgesetzt. Für einige dieser Menschen würden die Schutzräume die kumulative Dosis der Radioaktivität auf einen Grad reduzieren, der ein Überleben ermöglichte, sofern die Schutzräume sofort aufgemacht und ein Verbleiben in ihnen über mehrere Wochen erfolgte.

Viele Menschen würden durch sofortige Netzhautverbrennungen erblinden und wären dadurch nur schwer in der Lage, einen Schutzraum aufzusuchen. Viele der in den Schutzräumen Überlebenden würden schließlich Opfer der akuten Strahlenkrankheit sowie langfristiger somatischer und genetischer Strahlungswirkungen.

Die akute Ganzkörperbestrahlung verursacht eine Vielzahl klinischer Erscheinungen, die weitgehend von der absorbierten Strahlendosis abhängen. Die Ähnlichkeit der Symptomatik bei Personen mit einer tödlichen Strahlendosis und solchen mit sehr viel geringeren Strahlendosen würde erhebliche diagnostische Probleme in der Periode nach dem Angriff bereiten. Die Mortalität und schon vorher bestehenden Krankheiten, mit Explosionsverletzungen, Verbrennungen und Infektionen würde sich durch Bestrahlung mit nichttödlichen Dosen erhöhen.

Strahlungswirkungen auf lange Sicht durch den radioaktiven Niederschlag bestünden u.a. in vermehrteten Auftreten von Neoplasmen, Todegeburten, kongenitalen Mißbildungen und Kataklysmen.

Erste ökologische Probleme ergäben sich aus der thermischen Vernichtung von Forsten und der ausgedehnten letalen Bestrahlung von Säugetieren und Vögeln, bei relativer Schonung von Bakterien, Pilzen, Viren und Insekten, die mäßig hochgradig strahlenresistent sind.

(wird fortgesetzt)

Zur Entwicklung des imperialistischen Krieges

Nachdem der Kapitalismus im 19. Jahrhundert seine Herrschaft durch die Eroberung von Kolonien über die ganze Erde ausgedehnt hatte, änderte sich auch der Charakter des Krieges. Das Ziel der Imperialisten im Krieg ist schier unbegrenzt.

Der deutsche Imperialismus war es dann, der den 1. Weltkrieg zur Erringung der Weltherrschaft auslöste. Doch die Absicht, seine Konkurrenten niederzuschlagen, endete sehr schnell in einem sinnlosen und grausamen Stellungskrieg. Die Kriegsmittel waren – aus heutiger Sicht – noch allzu beschränkt.

Nach der Niederlage rüstete der deutsche Imperialismus zur 2. Runde. Die immer noch „beschränkten“ militärischen Vernichtungsmittel sollten durch die vollkommene Mobilisierung zum „totalen Blitzkrieg“ ersetzt bzw. ergänzt werden.

Doch der barbarische Vernichtungsfeldzug des deutschen Faschismus führte zu einer geschlossenen Front der Gegner und zur totalen Niederwerfung des deutschen Imperialismus. Die Entwicklung von „Superwaffen“, von totalen Vernichtungswaffen gelang dem deutschen Faschismus nicht mehr; aber am Ende des 2. Weltkrieges setzte dann der US-Imperialismus doch noch die Atom-bombe ein. Nach diesem Krieg waren spätestens mit der Entwicklung der Wasserstoffbombe der Vernichtungskraft der Waffen keine Grenzen mehr gesetzt. Der totale Krieg zur Vernichtung der Menschheit war möglich geworden. Führte der Stellungskrieg im 1. Weltkrieg zu Massenaufständen in den am Krieg beteiligten Ländern und zur russischen Oktoberrevolution, und führte der totale Krieg des Faschismus zur einheitlichen antifaschistischen Koalition, so muß die Entwicklung der totalen Vernichtungskraft im Atomkrieg zur vollkommenen Ächtung des Atomkrieges führen, um eine Katastrophe, die ein solcher Krieg herbeiführen kann, rechtzeitig zu verhindern. Dies drückt sich in den heutigen Anti-kriegsstimmungen aus.

Der Imperialismus ging angesichts dessen dazu über, dieses Hindernis für sein totales Kriegsziel, die Weltherrschaft, mit der Strategie des angeblich „begrenzten“ Atomkrieges zu überwinden, um unter diesem Deckmantel die Vorbereitung auf den 3. Weltkrieg zu betreiben.

Der vorliegende Artikel soll die Entwicklung des imperialistischen Krieges darlegen und Veränderung seines Charakters nachzeichnen.

„Kann Europa abrüsten“, diese heute so lange sie nur gerüstet bleiben, d.h. nicht Frieden schließen, muß dieses Prinzip vorhanden sein, und es kann bei jedem der beiden Gegner nur unter einer einzigen Bedingung ruhen, nämlich einem günstigeren Zeitpunkt des Handels abwarten zu wollen.“ (S. 18). Engels schrieb seine Thesen im Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Imperialismus, also zu einer Zeit, als sich der wahnsinnige Drang nach Expansion, Aggression und Krieg erst andeutete. Der Hang zum Wahnsinn ist tendenziell schon im Kapitalismus vorhanden. Kalte Marx zitiert in seinem „Kapital“ „Kapital“, sagt der Quarterly Reviewer, „flieht Tumult und Swift und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß. 300 Prozent, das es nicht riskiert, prüft auf die Gefahr des Scheiterns.“ (Karl Marx, „Das Kapital“, MEW 23, S. 788).

Der Drang der Monopole nach Expansion und Sicherung von Einflusssphären ließ einen Run auf die Kolonien zwischen den Großmächten entstehen. Dieser Wettlauf um die Aufteilung der Welt war um 1900 beendet. Seit diesem Zeitpunkt ist eine Neuverteilung zwischen den Großmächten war noch durch Krieg gegen- einander erreichbar.

In imperialistischer Logik heißt das aber: Neuverteilung ist möglich – und wenn die Welt an den Rand des Abgrundes getrieben werden muß. Krieg ist unter imperialistischen Bedingungen unvermeidlich, wird zur Haupttendenz. Friede ist somit die Zeitdauer, währenddessen die Imperialisten den Krieg vorbereiten.

Im imperialistischen Logik heißt das aber: Neuverteilung ist möglich – und wenn die Welt an den Rand des Abgrundes getrieben werden muß. Krieg ist unter imperialistischen Bedingungen unvermeidlich, wird zur Haupttendenz. Friede ist somit die Zeitdauer, währenddessen die Imperialisten den Krieg vorbereiten.

Im imperialistischen Logik heißt das aber: Neuverteilung ist möglich – und wenn die Welt an den Rand des Abgrundes getrieben werden muß. Krieg ist unter imperialistischen Bedingungen unvermeidlich, wird zur Haupttendenz. Friede ist somit die Zeitdauer, währenddessen die Imperialisten den Krieg vorbereiten.

Lenin beschrieb Friedens- und Entspannungsverhandlungen als „Atem-pausen zwischen Kriegen“ (Lenin, „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Dietzverlag, S. 127). Und noch genereller schrieb er: „Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und weichen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik“ (ebenda, S. 128).

Der deutsche Imperialismus, der preußischen Militarismus geboren, war beim Run auf die Kolonien zu spät gekommen. Der Widerspruch „zwischen seinem sich stürmisch entfaltenden ökonomischen Potential und seinen beschränkten Expansionsmöglichkeiten prägen ein besonders aggressives Wesen“ („Konzept für die Neuordnung der Welt“, Dietzverlag 1977, S. 7).

1905 wurde der deutsche Kriegsplan entwickelt, der Schiffsplan danach sollte der Überfall auf Frankreich mit konzentrierten Kräften begonnen werden, während gegenüber Rußland der Krieg hinaufhaltend begonnen werden könnte. Aufgrund der starken französischen Grenzbefestigungen sollte durch einen schnellen Vormarsch durch das neutrale Belgien das französische Heer umfaßt und vernichtet werden. Die vorgesehene Zeit waren 4-6 Wochen, um dann alle Kräfte gegen Rußland zu werfen.

Da eine volle Mobilisierung Rußlands wegen seiner großen Rückständigkeit mehrere Wochen dauern würde, sollte es bis zur Vernichtung Frankreichs durch geringe Kräfte hingehalten werden. Als dieser Plan dann viel später in die Tat umgesetzt wurde, mußte der Berufsunfall des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, Franz Ferdinand, in Sarajewo als Vorwand dienen. Lenin schrieb dazu: „Die deutsche Bourgeoisie, die das Märchen auflicht, sie führe einen Verteidigungskrieg, hat in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt aus günstigsten Zeitpunkt für den Krieg gewählt, um ihre letzten Errungenschaften in der Kriegstechnik auszunutzen und den von Rußland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen neuen Rüstungen vorzuzukommen“ (Bd. 21, Leninwerke, S. 14).

Aber der Plan des deutschen Imperialismus und die Wirklichkeit waren zwei Paar Schuh.

Täufelgott, der sich als „Gott der Welt“ bloß der deutsche Vormarsch vor Paris stecken. Die Möglichkeit einer schnellen Entscheidung im Bewegungskrieg war vertan, der Krieg wurde zum langwierigen Stellungskrieg.

Damit aber kamen für den (deutschen) Imperialismus zwei ungünstige Faktoren zum Tragen.

In einem langwierigen Krieg entscheidet das stärkere industrielle Potential, also die Fähigkeit, größere Mengen an Waffen herzustellen, und ebenso die Fähigkeit, bessere oder neue Waffen zum Einsatz zu bringen. Die Einführung des Panzers durch England 1918 brachte die Fronten wieder in Bewegung, aber zu Ungunsten des deutschen Imperialismus, der kapituliert, um nicht das eigene Land zum Kriegsschauplatz zu machen.

Wenn die äußeren Fronten zum Stillstand kommen, geraten die inneren in Bewegung. Je mehr sich der Krieg in die Länge zieht, desto mehr zeigt sich, daß die Interessen der Mehrheit der Menschen den verbrecherischen Zielen der Herrschenden völlig entgegengesetzt sind. Wegen der Schwäche des russischen Imperialismus und der guten Vorbereitung der Bolschewiki auf diesen Schwachpunkt des imperialistischen Krieges, des Imperialismus, schlug diese Entwicklung um.

Die sozialistische Oktoberrevolution 1917, die Entstehung und Konso-

lidierung der Sowjetunion ist das bedeutendste Ergebnis des ersten Weltkrieges.

Der deutsche Imperialismus konnte 1918/19 mit Hilfe der Sozialdemokratie den Kopf noch einmal aus der Schlange ziehen.

Aber gerade weil sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert hatte und das Einflusgebiet des deutschen Imperialismus noch mehr eingeschränkt worden war, seine Aggressivität sich also noch steigern mußte, war mit dem Auffangen der Revolutionsgefahr der Zweite Weltkrieg auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der deutsche Imperialismus wertete seine Erfahrung aus und bereitete sich gründlich auf den zweiten Versuch vor.

Der 1. Weltkrieg: Versuch eines totalen Krieges mit beschränkten Mitteln

Spätestens mit Beginn des Stellungskrieges im 1. Weltkrieg war das Kriegsziel der Imperialisten scheinbar nicht mehr zu erkennen und die These von Clausewitz, daß der Krieg ein Mittel der Politik sei, scheinbar über den Haufen geworfen. Kriegstrategie Kissinger beschrieb das folgendermaßen (in Henry Kissinger, „Kernwaffen und Auswärtige Politik“, R. Oldenbourg, 1974, 2. Auflage – mit Schmidt-Vorwort – herausgegeben von „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“, S. 14).

„Zwischen dem Wiener Kongreß von 1815 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren die Kriege durch die politischen Ziele der Gegner begrenzt (...) Aber mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges schied der Krieg plötzlich vom Selbstzweck zu werden. Nach den ersten Monaten des Krieges wäre keiner von den Hauptbeteiligten in der Lage gewesen, ein anderes Kriegsziel als das der totalen Niederwerfung des Feindes zu nennen (...) Dies ist umso bemerkenswerter, als die politischen Führer bloß einen Krieg im Stil des 19. Jahrhunderts waren, von den Hauptbeteiligten in der Lage gewesen, ein anderes Kriegsziel als das der totalen Niederwerfung des Feindes zu nennen (...) Dies ist umso bemerkenswerter, als die politischen Führer bloß einen Krieg im Stil des neunzehnten Jahrhunderts mit seinen schnellen Bewegungen und raschen Entscheidungen vorbereitet hatten, so daß der Stillstand im ersten Kriegswinter vor allem eine Folge der Erschöpfung der beiderseitigen Munitionsvorräte war.“

Im Laufe des Ersten Weltkrieges ist sich eine Kluft zwischen der militärischen und politischen Planung auf, die bisher niemals überbrückt worden ist. Die Generalstäbe hatten Pläne mit dem Ziel eines totalen Sieges vorbereitet, weil bei dieser Art der Planung der vollen Entfaltung der Gewalt keine politischen Grenzen gesetzt und alle entscheidenden Faktoren der Kontrolle der Militärs unterworfen sind (...).

Es war in Vergangenheit geritten, daß die schnellen Entscheidungen bei der Kriegsführung des neunzehnten Jahrhunderts vor allem darauf zurückzuführen waren, daß die eine oder andere Seite bereit war, ihre Niederlage einzugehen, und dies war verhältnismäßig leicht, weil die Folgen nie den nationalen Bestand bedrohten. Mit dem Kriegsziel des totalen Sieges nach der Konflikt jedoch immer furchtbarere Formen an (...).

Der Krieg wurde zum Selbstzweck. Die Unterordnung der Politik unter den Krieg fand ihren Ausdruck in der Diktatur Ludendorfs, der Diktatur der Obersten Heeresleitung. Ludendorff erklärte dazu (in General Ludendorff, „Der totale Krieg“, München 1937, S. 10).

„Das Wesen des Krieges hat sich geändert, das Wesen der Politik hat sich geändert, so muß sich auch das Verhältnis der Politik zur Kriegsführung ändern. Alle Theorien von Clausewitz sind über den Haufen zu werfen (...) Darum hat die Politik der Kriegsführung zu dienen.“

Mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Imperialismus mußte das Kriegsziel förmlich explodieren. Der Drang nach Sicherung von Einflus-

Fortsetzung von voriger Seite

deren Angaben, fast alle), beide Flottenadmirale des höchsten Ranges, beide Flottenadmirale des zweit-höchsten Ranges, alle 6 höchst-rangigen Admirale, 9 von 15 Admiralen des zweithöchsten Ranges, beide Armee-kommissare des höchsten Ran-ges; alle 15 Armeekommissare des zweithöchsten Ranges; 25 von 28 Korpskommissaren; 79 von 97 Divi-sionskommissaren; 34 von 36 Brigadenkommissaren (nach anderen Ange-ben: fast alle Kommissare bei den Korps, Divisionen und Brigaden und bei einem Drittel der Regimenter) (Texte zur Stalinfrage, Verlag Bunt-buch 1979, S. 60/1).

In Ploetz "Geschichte des 2. Weltkrieges" wird eine Zahl von ca. 35.000 von der "Säuberung" betrof-fenen Offizieren genannt.

"Prozentual gesehen erfüllt die Säuberung 90 % aller Generale und 80 % aller Obersten. (...) Die Rote Armee ist zu diesem Zeitpunkt fast ohne Führung. (...) Trotz aller Be-mühungen sind die Folgen dieses Aderlasses der Armee kurz vor dem Ausbruch kriegerischer Auseinander-setzungen schwerwiegend. (...)" (Ploetz, S. 449).

Eine weitere Kritik der DDR-For-schung bezieht sich auf Stalins fal-sche Einschätzung "Auch die militärpolitische Fehleinschätzung Sta-lins, der glaubte, den Beginn der fa-schistischen Aggression mit politi-schen und diplomatischen Mitteln hinausögern zu können, kompli-zierte die Lage der Sowjetunion" ("Der 2. Weltkrieg", S. 125). Aber der Krieg war weder zu verhindern, noch hinauszuzögern.

"Überhaupt hatte sich die so-wjetische Regierung nach den Span-nungen im Herbst und Frühjahr ge-radezu an Freundlichkeit überboten, um Hitler bei Laune zu halten. Fein-lieh genau wurden die Handelsver-einbarungen eingehalten. (...) Es gibt keinen Zweifel: Hitler brauchte sei-nen Krieg gegen Rußland jetzt. Durch nichts hätte Stalin ihn davon abbringen können, es sei denn durch die Selbstauflösung der Sowjetunion und einen Rückzug hinter den Ural" (K. H. Janßen in "Zeit Magazin" Nr. 26, Juni 81, S. 15: "Die blutig-ste Schlacht").

Im Morgengrauen des 22. Juni 1941 begann der faschistische Über-fall. Die sowjetische Armee und die Verteidigungslinien wurden völlig überrannt.

Nach 3 Wochen war die faschisti-sche Wehrmacht bis 600 km tief in die Sowjetunion vorgestoßen.

Allein die Verluste durch Ein-keimelung der sowjetischen Verbände waren ungeheuer, bis zum Oktober 41 wurden von der faschistischen Ar-mee 2 069 000 Gefangene gemacht.

Den faschistischen Truppen auf den Fuß folgten die Sonderkomman-dos und das Wirtschaftsrüstungsent, die Ausplünderung der Sowjetunion und der barbarische Terror gegen die sowjetischen Völker begann.

Trotz der bedeutenden Erfolge der faschistischen Wehrmacht war für sie der Sieg eine Zeitfrage, denn sie hatte nur ein begrenztes militärisches Potential. Aber die faschistische Wehrmacht war von Anfang an mit einem erbitterten verlustreichen Wi-derstand konfrontiert. "Dieser Feld-zug war von Anfang an viel schwerer als die vorangegangenen Blitzkriege. Bereits am zweiten Tag (...) berich-teten die Armeen vom "schönen", "tapferen", "verblissenen" Wi-derstand der Sowjetsoldaten" (ebenda, S. 23). Im Rücken der Wehrmacht bildeten sich Partisanengruppen.

Nach 3 Monaten, am 22.9.41, be-trugen die Verluste der faschistischen Wehrmacht 534.000 Soldaten und nur noch 1.600 Panzer (47 %) waren einsatzbereit. Die militärische Kraft des deutschen Imperialismus begann sich zu verschleppen.

Im Verlauf des September 1941 konzentrierte der deutsche Imperia-lismus noch einmal (durch Umgrup-pierungen der Heeresverbände und Einsatz der Reserven) stark überle-gene Kräfte vor Moskau (Weisung Nr. 35).

Als die Heeresgruppe Mitte zwis-chen dem 30.9. und dem 2.10. zum Angriff überging, begann für die So-wjetunion die schwierigste Phase.

Aber als in den ersten Dezembertagen 1941 die Offensive nur wenige Kilometer vor Moskau steckenblieb, war der Blitzkrieg des deutschen Im-perialismus bereits zum Scheitern verurteilt.

Die Front ist von Moskau weniger als sechzig Kilometer entfernt zu Fuß 12 Stunden mit dem Flugzeug 10 Minuten und auf der Karte anderthalb Zentimeter Auf der Karte gibt es keinen Schnee

keinen Wind
keinen Tag, keine Nacht, keine Lebenden, keine Toten
gibt es keine Menschen

Die Karte ist Papier
die Karte ist eine Zeichnung
Die Front ist auf der Karte anderthalb Zentimeter von Moskau entfernt Und auf der Erde, auf der es schnell, sind es weniger als sechzig Kilometer.

Aber auf der Erde, auf der es schnell, kämpft ein strahlendes Leben gegen den Tod Und der Feind ist unglaublich weit entfernt von Moskau so weit entfernt, wie die Größe eines ganz neuen Menschen.

Nosim Rikmet, Menschenlandschaften

Noch sollte es 3 Jahre dauern, bis sowjetische Soldaten die Rote Fahne auf das Reichstagsgebäude pflanzten, aber der Ausgang des Krieges war entschieden.

Der barbarische Charakter des Imperialismus schafft barbarische Waffen

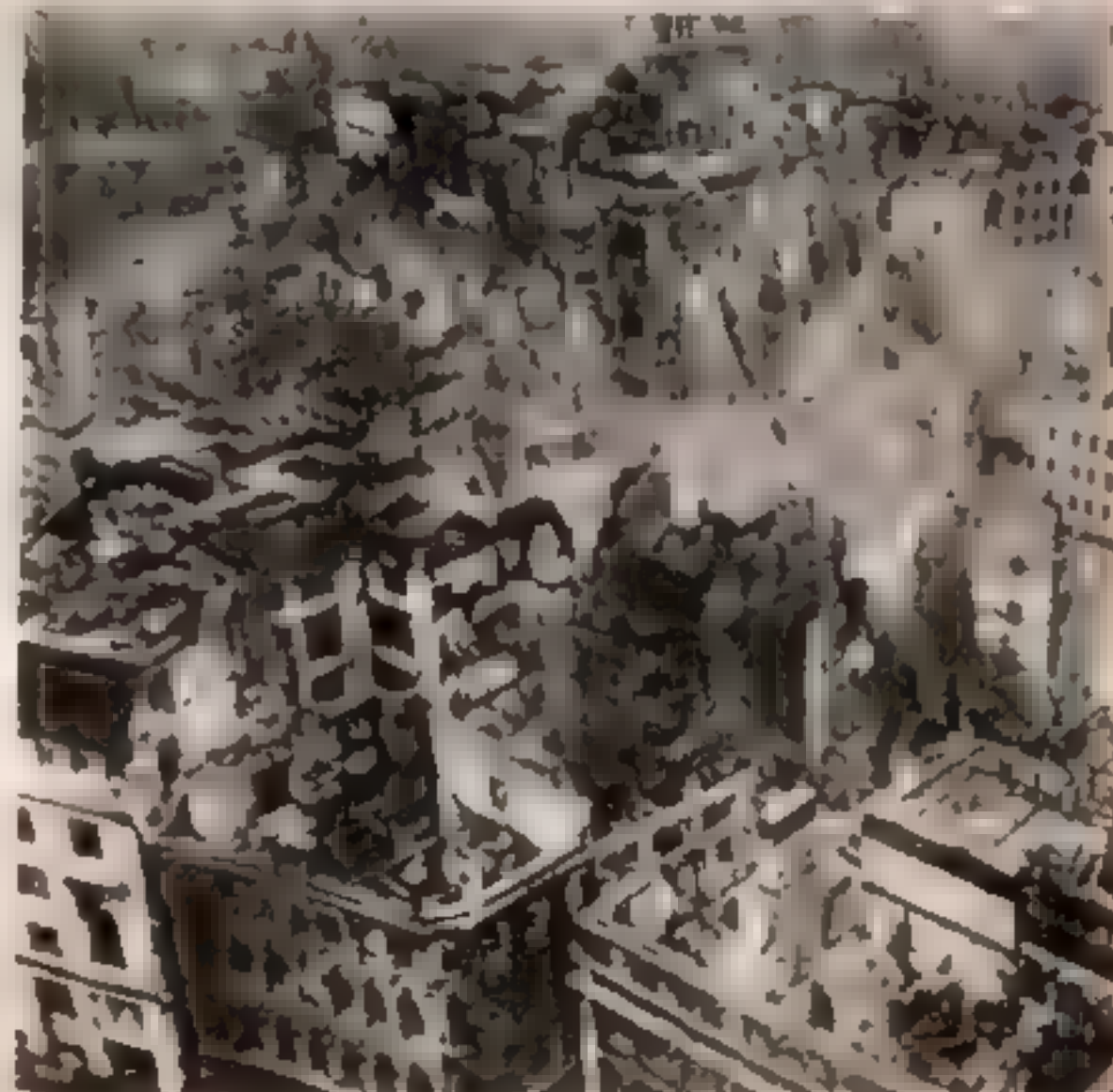
Für die gewaltigen Ziele des deut-schen Imperialismus war die gegebene militärische Stärke zu klein. Noch während des 2. Weltkrieges arbeitete er fieberhaft an der technischen Lö-sung dieses Problems, an den "Wun-derwaffen".

Drei Projekte sollten das Kriegs-glück wenden.

- Atombomben
- V 1 und V 2 oder neudeutsch: Cruise Missiles und ballistische Ra-keten.

Damit sollten die Vernichtungswir-kung und die Reichweite der Waffen entscheidend erhöht werden.

Die Fertigstellung einer Atom-bombe ist dem deutschen Imperialis-mus nicht mehr geglikt, aber so-wohl die Cruise Missiles (V 1/F1 103) als auch Raketen (V 2/A 4) konnten ab Ende 43 zum Einsatz gebracht werden (Tab. 4).



Bombardiertes London

Bombardiertes London

Von diesen Waffen sind über 20 000 zum Einsatz gekommen.

Wegen ihrer Langsamkeit sind sie, einmal erkannt, relativ leicht abzu-fangen. "Dank der wirksamen briti-schen Luftverteidigung, die sich mit großem Erfolg rasch auf die Abwehr dieser Waffen einstellte, sowie durch ein ausgedehntes Warnsystem blieben die Auswirkungen dieser Angriffe be-gränzt" (Olaf Groehler, "Geschichte des Luftkriegs", Militärverlag der DDR).

Die V2 war eine ballistische Rake-te. Die ballistische Flugbahn einer Rakete ist durch Größe und Richtung ihrer Geschwindigkeit beim Ausbre-nnen der Triebwerke bestimmt. Da zum Brennschluss keine Steuerung werden, ab da fliegt sie in einer El-lipse zum Ziel.

Der militärische Nutzen von V1 und V2 war wegen der Zielungenau-igkeit gering, es waren blind wirken-de Terrorwaffen gegen die Zivilbevöl-kerung. Das Ergebnis dieser Angriffe: 8 918 Tote, 24 234 Verwundete, 28 000 völlig und ca. 1 Mio. teilweise zerstörte Wohnungen.

Sie waren höchstens geeignet, Massenpanik hervorzurufen.

Die Entwicklung einer Atombombe blieb dem US-Imperialismus vorbe-halten.

Am 16. Juli 1945 war der erste er-folgreiche Atombombenversuch bei Alamogordo in Neu-Mexiko unter-nommen worden.

Im Jahr 1953 wurde die Atom-bombe zur Wasserstoffbombe weiter-entwickelt. Von da an gab es keine obere Grenze der Vernichtungswir-kung der Waffen mehr.

Ganze 21 Tage nach dem ersten Atombombenversuch wurden ohne militärische Notwendigkeit, obwohl die ersten Friedensbemühungen Ja-pans bekannt waren, Hiroshima und Nagasaki vom Erdboden gelüht.

Der Einsatz der Atombombe war zu diesem Zeitpunkt eine politische Drohung an die Sowjetunion und an die Völker der Welt. Der US-Imperia-lismus hatte die Bombe und er würde sie anwenden: "Amerika kann be-kommen, was es verlangt, wenn es darauf besteht. Schließlich haben wir sie - die Bombe -, und die anderen haben sie nicht und werden sie auch auf lange Zeit nicht haben" (s. David Horowitz, "Kalter Krieg", Band 1+2, Wagenbach-Verlag; besonders S. 43-45 und S. 29-44, die "Atombombe", Zitat nach Baruch).

Bis zu 20 Jahren - so wurde ge-schätzt - würde die Sowjetunion noch zu einer Produktion einer eige-

nen Atombombe und entsprechender Fernbomber brauchen ("Militarismus heute", Militärverlag der DDR, 1. Auflage 1979, S. 37, Küniger, S. 28 f.). Die Konkurrenten des US-Imperialismus hatten sich gegenseitig zu Boden geworfen, die Sowjetunion war nach dem 2. Weltkrieg zur poli-tisch zweiten Macht geworden und stand zentral einer Weltherrschaft der USA im Wege.

Dies, der Zusammenbruch des Ko-lonialsystems und die Entwicklung von Befreiungskämpfen sind sich gleichzeitig die Ausgangskonstellati-on für den 3. Weltkrieg.

Ein Oldenburger Genosse (überarbeitet von der AK Redaktion) wird fortgesetzt

Literatur-Liste

Clauswitz, "Vom Kriege", rororo 138
Engels, "Kann Europa strömen?", in MEW Bd. 22, S. 371 - 390
Marx, "Der Kapital", in MEW Bd. 23
Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Dietzverlag
Lenin, "Der Krieg und die russische Sozialdemokratie", Lenin-Werke Bd. 21, S. 14 ff.
General Ludendorff, "Der totale Krieg", München 1935
Ernst Brehmer, "Arbeitskraft und Wehrpolitik", 1928 nachgedruckt in "Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften", Buntbuch Verlag S. 220 - 243
Henry Kissinger, "Kernwaffen und Auswärtige Politik", R. Oldenbourg, 1974 2. Auflage
Herausgeber Deutsche Gesell-schaft für Auswärtige Politik
"Militarismus heute", Militärverlag DDR, 1. Auflage 1979
"Konzept für die Neuordnung der Welt", Dietz-Verlag 1977
Albert Schreiner, "Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage H. H. H.", Pahl-Rugenstein Roderberg Verlag
Dietrich Eichholtz, "Geschichte der Deutschen Kriegswirtschaft", Band 1 Akademie Verlag, Berlin 1971
"Dokumente zur deutschen Geschichte 1938 - 39", Herausgegeben von W. Ruge und W. Schumann, Roderbergverlag 1977
K.H. Janßen in "ZEIT-Magazin" Nr. 38
"Und morgen die ganze Welt" (S. 16)
K.H. Janßen in "ZEIT-Magazin" Nr. 26
Die blutigste Schlacht Juni 81 S. 15 ff.
Der 2. Weltkrieg, Militärhistorischer Abtlg., Förster, Helmert, Schwirp, in Militärverlag der DDR, 4. Auflage, 1981
Olaf Groehler, "Geschichte des Luftkrie-ges", Militärverlag der DDR
Ploetz, "Geschichte des 2. Weltkrieges"
Texte zur Stalinfrage Verlag Buntbuch, 1979

Tabelle 1

Tabelle 1

Industriepotential der faschistischen Aggressoren und der von ihnen unterjochten Länder vor dem Überfall auf die Sowjetunion

		Zusammen mit besetzten Ge-bieten und Satellitenstaaten
Bevölkerung in Mill.	70,2	283
Industriearbeiter in Mill.	10,0	28,0
Kohleförderung in Mill. t	257,4	403
Erdölförderung in Mill. t	0,9	4,7 (ohne synthetische Produktion)
Stahlproduktion in Mill. t	20,8	31,8

(aus: "Der 2. Weltkrieg", Militärhistorischer Abtlg., Förster, Helmert, Schwirp, Militärverlag der DDR, 4. Auflage 1981, S. 116)

Tabelle 2

Die Entwicklung des faschistischen Heeres September 1939 bis Juni 1941

	1.9.39	10.5.40	21.6.41
Gesamtzahl der Feldverbände	103	156	214
Panzerdivision	7	10	21
Infanteriedivision, mot., leichte Divi-sion (...)	8	7	14
SS-Division	2/3	31/2	51/2
Panzer und Sturmgeschütze	ca. 3200	ca. 3400	

Tabelle 3

Die prozentuale Verteilung der faschistischen Landstreitkräfte 1941 bis 45

Zeit	Deutsch-sowje-tische Front	Öbrige Fronten	Okkupierte Gebiete
22. Juni 1941	69,9	0,9	29,2
1. Jan. 1942	70,0	1,3	28,7
1. Jan. 1943	70,8	2,0	27,2
1. Jan. 1944	62,7	6,2	31,1
1. Juli 1944	51,8	28,8	19,4
1. Jan. 1945	60,6	34,9	4,5

(aus: "Der 2. Weltkrieg", S. 418)

Tabelle 4

Unterschiede V1 / V2

	Arbeits-stunden	km/h	Reich-weite in km	Sprenghladung in t TNT
V1	3500	280	656	240
V2	38000	12950	320 - 380	850

Die V1 ist ein relativ langsamer, aber sehr billiger, unbemannter Flugkör-per

»Winteroffensive« der USA gegen Mittelamerika

Die ersten Kostproben Reagan'scher Politik hatte es zu Beginn des Jahres gegeben, als die westlichen Bündnispartner in einer diplomatischen Offensive darauf eingestellt werden sollten, daß es besonders günstig sei, den subversiven Vormarsch Moskaus in Mittelamerika zu stoppen. Die aufgebraute Legende von „kommunistischen Waffenlieferungen“ über Nicaragua und Cuba an die Guerrillas in El Salvador mußte herhalten, um eine ganze Palette von wirtschaftlichen und militärischen Drohungen gegen die beiden Länder zu begründen. Schon damals wollte man militärische Eingriffe wie eine Seeblockade gegen Nicaragua, die Verminung der kubanischen Häfen und direkten militärischen Eingriffen nicht ausschließen (vergl. AK 1 96). Nach einer relativ ruhigen Zeit während des Sommer hat nun die „Winteroffensive“, die die „FAZ“ bereits im September vorausgesagt, begonnen. Im Augenblick findet diese Offensive hauptsächlich noch publizistisch und auf der Ebene militärischer Vorbereitungen statt, aber es wird immer dringender „Alarm zu schlagen“, wie Magda Enriquez (Vertreterin der nicaraguanischen Frauenorganisation AMNLAE bei einem Besuch in der BRD) sagte, weil „ein Krieg in diesem Teil der Welt (Mittelamerika) eine Weltkrise auslösen könnte, die die Gefahr eines Weltkrieges nach sich zieht“ („UZ“, 4.11.81).

Militärische Drohungen

Militärische Drohungen

Bisheriger Höhepunkt der offiziellen Drohungen waren drei gleichzeitige Interviews im US-amerikanischen Fernsehen, in denen Außenminister Haig, Kriegsminister Weinberger und Chiefberater Meese unter anderem zur Mittelamerikafrage Stellung nahmen. In unterschiedlicher Gewichtung und Härte liefen alle Interviews darauf hinaus, daß die Lage „sehr, sehr besorgniserregend sei“ (Haig), weil amerikanische Lebensinteressen unmittelbar berührt würden („FAZ“, 25.11.81). Der Hang der nicaraguanischen Revolution zum Totalitarismus nehme erheblich zu, die Abhängigkeit vom sozialistischen Lager wachse, der massive Aufbau von Truppen sei mit inneren, nationalen Bedürfnissen nicht zu erklären, die Opposition werde zunehmend unterdrückt und der Waffenfluß an die Aufständischen in El Salvador halte weiterhin an. Es lägen Erkenntnisse vor, daß Nicaragua sowjetische Mig-Kampfflugzeuge erhalten solle, Piloten würden bereits in Bulgarien auf sowjetische Flugzeuge umgeschult, Flughäfen in Nicaragua aus- und umgebaut und rund 1.500 kubanische Militärberater befänden sich in Nicaragua im Einsatz. Alle Hauptpunkte wurden von Nicaragua und Cuba dementiert und als Vorwände für eine US-Aggression charakterisiert. Selbst von nordamerikanischer Seite wurden die Vorwürfe z.T. bezweifelt, was aber Haigs Kriegshetze keinen Abbruch tut. Es gehe nicht um die Bewältigung tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Probleme, sondern um „die Bekämpfung kommunistisch-totalitären Vordringens“ („FAZ“, 25.11.81), betonte er. Die Zeit laufe sehr schnell ab und es sei dringend erforderlich, daß die USA ihre Optionen festlegten. Dabei sei eine Seeblockade durchaus nicht ausgeschlossen, und die Beteiligung der USA an Umsturz- und Subversionsversuchen gegen die FSLN-Regierung denkbar („Nicaragua-Nachrichten“, 11/81).

Haig hat auch indirekt bestätigt, daß er das Pentagon ersucht hat, „die Möglichkeit militärischer Aktionen in El Salvador sowie gegen Cuba und Nicaragua zu prüfen“ („SZ“, 9.11.81).

Praktische Vorbereitungen

• Anfang Oktober fand ein Seemanöver vor der nicaraguanischen Atlantikküste statt, an dem US- und hondurensische Truppen beteiligt waren. Es wurden Landmanöver eingeübt.

• Am 3. November gab der Verteidigungsminister El Salvadors die Zusammenarbeit der Streitkräfte von El Salvador, Honduras und Guatemala bekannt. Dies ist zwar keine Neuauflage des mittelamerikanischen Militärpaktes Condesa, der mit dem Sturz Somozas aufflog, aber eine neue Qualität der Koordination. Ziel dieser Allianz (nördlicher Druck) ist zunächst ein effektiverer Kampf gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador, in einem nächsten Schritt könnte die Allianz aber auch in anderen Gebieten Operationen durchführen („Nicaragua-Nachrichten“, 11/81).

• Die karibische Task Force, schon 1979 von Carter gegründet, mit Sitz in Key West in Florida wurde im November zu einem größeren Oberkommando für die ganze Karibik erweitert. Zwar werden diesem Kommando, ebenso wie der „Schnellen Eingreiftruppe“, keine Streitkräfte auf Dauer unterstellt, die können aber im „Krisenfall“ schnell zusammengestellt werden.

• Die Söldner, die ehemaligen Mitglieder von Somozas Nationalgarde, und die Exil-Kubaner in Florida und Honduras stehen abruflbereit. „Wir gehören zu euch Gringos, ihr habt uns zu der besten Armas Mittelamerikas gemacht“ – so zierte der „Spiegel“ (23.11.81) einen Hauptmann der Söldnertruppe.

• Beim Treffen der amerikanischen Heere (Conferencia de los Ejércitos Americanos, das alle zwei Jahre stattfindet) Anfang November in der Nähe von Washington war das Hauptthema die verstärkte Zusammenarbeit (Conferencia de los Ejércitos Americanos, das alle zwei Jahre stattfindet) Anfang November in der Nähe von Washington war das Hauptthema die verstärkte Zusammenarbeit

(Conferencia de los Ejércitos Americanos, das alle zwei Jahre stattfindet) Anfang November in der Nähe von Washington war das Hauptthema die verstärkte Zusammenarbeit bei der Terrorismus- und Guerilla-Bekämpfung. Außer Cuba und Nicaragua, das trotz einer Protestnote regelrecht ausgelassen war, nahmen alle lateinamerikanischen Länder teil, außerdem USA und Kanada (Mexiko als Beobachter). Auch während dieser Konferenz erklärte Haig, daß die USA eine „Blockade Nicaraguas und Cubas unter Einbruch von Marine und Luftwaffenoperationen erwägen und auch direkte militärische Intervention nicht ausschließen“ („Nicaragua-Nachrichten“, 11/81).

• Parallel dazu wird immer noch der Aufbau einer interamerikanischen Friedensstreitmacht versucht. Im November führte eine Delegation aus 19 Ländern unter Leitung des nordamerikanischen Heeresgenerals McNery entsprechende Verhandlungen in Santiago de Chile („FAZ“, 17.11.81).

• Seit August bereits wird eine kleine Insel im Golf von Fonseca zu einem See- und Raketenstützpunkt ausgebaut, von dort aus kann der zentrale mittelamerikanische Raum kontrolliert werden. „Der Stützpunkt soll noch im Oktober und so recht zügig für eine erheblich geplante Winteroffensive gegen Nicaragua und die Guerrillas in El Salvador staatsfähig sein“ („FAZ“, 14.9.81).

Die Haltung einiger lateinamerikanischer Länder: Kaum Widerstand gegen Interventionismus

Die gemeinsame Erklärung von Mexiko und Frankreich, mit der die Oppositionsfront FDR in El Salvador



In den Everglades - Sumpfen in Florida: Exil-Kubaner

als kriegsführende Partei und eine repräsentative politische Kraft des Landes anerkannt wurde, hat die Polarisierung der lateinamerikanischen Länder beschleunigt. Begrüßt wurde die Erklärung außer von der FDR nur von Cuba, Nicaragua und Grenada. Auf Initiative von Venezuela und Kolumbien gaben 9 lateinamerikanische Staaten eine gemeinsame Gegenerklärung heraus, in der Mexiko und Frankreich die Einmischung in innere Angelegenheiten El Salvadors bestritten werden (Argentinien, Bolivien, Chile, Guatemala, Paraguay, Honduras, Dominikanische Republik, Kolumbien und Venezuela). Brasilien, Peru, Costa Rica und Uruguay hatten diese Erklärung nicht unterzeichnet, haben sich aber später in einzelnen Stellungnahmen tendenziell angeschlossen. Nur Panama und Ecuador bildeten eine Ausnahme.

Das heißt, zum aktiven Eingreifen bereit scheinen die südlichen Diktaturen, vor allem Argentinien und Chile. Nach eindeutigen Indizes hat Argentinien bereits Militärberater in Guatemala stationiert („NN“, 11/81). Brasilien hält sich offensichtlich noch etwas zurück und hat sich mehrfach gegen eine militärische Intervention ausgesprochen. Venezuela hat in der letzten Zeit die Rolle eines Vermittlers übernommen. Die christdemokratische Regierung von Herrera Campins unterstützt die US-Politik in El Salvador und stellt sich hinter die Christdemokraten mit Duarte. Bestenfalls Nicaragua und Cuba wird der harte Reagan-Kurs aber noch (?) nicht aktiv mitgetragen. Bei seinem Besuch in den USA im November warnte Herrera Campins davor, daß eine nordamerikanische Aktion gegen Cuba und Nicaragua einen „nationalistischen Solidarisierungseffekt“ haben könnte.

„Die Anwendung amerikanischer Gewalt in Zentralamerika“ sei „im höchsten Maß kontraproduktiv“, notwendig sei vielmehr durch vorrangige Unterstützung pluralistischer und demokratischer Gruppen in Nicaragua den Weg zum Radikalismus aufzuhalten („NZZ“, 22/23.11.81). Ein Ergebnis des venezolanischen Besuchs in Washington war jedenfalls die feste Zusage, daß Venezuela 24 Mi-16-Kampfflugzeuge geliefert bekommt. Dies dürfte den Schluß zulassen, daß die politischen Kontroversen zwischen beiden Regierungen sich in Grenzen hielten. Und auch die „NZZ“ bezweifelt, „ob Herreros

Stimme wirklich noch fest genug gewesen ist, um Reagen von drastischen Ordnungsmaßnahmen gegen Nicaragua abzuhalten“ („NZZ“, 22/23.11.81).

Was bleibt, ist Mexiko, dessen Regierung mit ihrem Eintreten für die FDR und durch die Beziehungen

zu Nicaragua und Cuba zumindest auf diplomatischer Ebene immer noch eine Unterstützungsrolle für die fortschrittlichen Kräfte spielt.

Mexiko wird voraussichtlich nicht auf den Reagan'schen Interventionismus einschwenken, sein Spielraum ist aber auf Grund zahlloser wirtschaftlicher Schwierigkeiten

Fortsetzung nächste Seite

US-Aggression gegenüber Nicaragua

US-Aggression gegenüber Nicaragua

Agencia Nueva Nicaragua, Managua 1. Oktober 1981

Während der Wahlkampagne für Ronald Reagan bereiteteten die Heritage-Foundation und die sogenannte Gruppe von Santa Fe, beiden ultrarechte Organisationen, die zukünftige Lateinamerika-Politik der USA vor und gaben insbesondere bezüglich Nicaragua eine Reihe von Empfehlungen. Nach Meinung der Beratergruppen der nordamerikanischen Regierung sollte die US-Politik gegenüber Nicaragua einen Beitrag zur Verheerung der nicaraguanischen Wirtschaftslage leisten, die ehemaligen Söldner Somozas unterstützen und Finanzmittel zurückhalten, damit im Innern des Landes Unruhe in der Bevölkerung entsteht, mit der Schlussfolgerung, daß „den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig bleibt, als die sandinistische Regierung zu stürzen“.

Die folgende Zusammenfassung der politischen, militärischen und ökonomischen Aggression der USA gegenüber Nicaragua seit Reagans Regierungsantritt zeigt, mit welcher Genauigkeit die neue nordamerikanische Regierung diesen Ratschlägen gefolgt ist.

- 22. Januar (zwei Tage nach Reagans Amtsantritt) veranlaßt das State Department, die Verwendung von 60 Millionen Dollar in Nicaragua zu „überprüfen“, die die Regierung Carter der nicaraguanischen Regierung als Teil eines 75-Millionen-Dollar-Kredits ausgewahlt hatte.
- 23. Februar: Sperrung eines 9,6-Millionen-Dollar-Kredits, den Nicaragua zum Kauf von Weizen in den Vereinigten Staaten gebraucht hätte und der genehmigt und zur Auszahlung bereit war.
- 14. März: Die Tageszeitung „El Nuevo Diario“ deckt eine internationale Verschwörung auf, die unter dem Namen „Operation Orion“ von Washington aus angeleitet die Zielerreichung hatte, die sandinistische Regierung zu destabilisieren und die revolutionären Kräfte Mittelamerikas zu vernichten.
- 17. März: Die nordamerikanische Tageszeitung „New York Times“ hatte, die sandinistische Regierung zu destabilisieren und die revolutionären Kräfte Mittelamerikas zu vernichten.
- 17. März: Die nordamerikanische Tageszeitung „New York Times“ veröffentlicht mit großer Betonung, daß etwa 800 somozistische Ex-Gardisten in verschiedenen Lagern in Florida, USA, trainiert werden.
- 18. März: Die „Washington Post“ veröffentlicht Beweise dafür, daß somozistische Gardisten und kubanische Söldner in Miami trainiert werden, um in Nicaragua einzufallen.
- 20. März: Nicaragua sendet eine Note an den nordamerikanischen Außenminister Alexander Haig, in dem die Existenz der konterrevolutionären Trainingslager von Kubanern und Nicaraguern denunziert wird.
- 1. April: Die Vereinigten Staaten stoppen ihre Wirtschaftshilfe für Nicaragua und behaupten, daß nicaraguanisches Territorium als Brücke für einen Waffentransport „aus Cuba und der Sowjetunion“ für die Guerrillakräfte in El Salvador diene.
- 9. April: Alexander Haig verspricht Nicaragua, die Sache mit den Trainingslagern in Miami und anderen Staaten der USA nachprüfen zu lassen. Als Resultat der Untersuchung erklärt er, daß die Hunderte von konterrevolutionären bloß „Übungen abhalten“ und daß man in diesem Land „somozistischer Gardist oder was immer man will sein kann“.
- 13. Juni: Jaime Wheelock denunziert konkrete Pläne des CIA, in denen versucht werden soll, durch die gezielte Verbreitung von Gerüchten die Maßnahmen der sandinistischen Regierung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu verkleinern. Als Mittel soll geheime Arbeit in den Gewerkschaften „Central de Trabajadores de Nicaragua“ und „Central de Unificación Sindical“ dienen, beide an den großen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten orientiert.
- 27. Juli: Die Heritage-Foundation kündigt an, daß ein Plan in Kraft gesetzt worden ist, der die diktatorischen Regime Mittelamerikas und der Karibik stärken und Cuba und Nicaragua isolieren soll.
- 30. Juli: Alexander Haig spricht Drohungen gegenüber Nicaragua aus und behauptet ohne Beweis, daß Nicaragua „hochentwickelte“ sowjetische Waffen über Cuba empfängt, die für El Salvador bestimmt sind.
- 31. Juli: Der nordamerikanische Senat ratifiziert den Saco-Vanquaz-Carrizosa-Vertrag, der Nicaragua die Souveränität über die Inseln Roca, Quitavuenos und Serrana abstricht, die auf dem nicaraguanischen Kontinentalschelf in der Karibik gelegen sind.
- 8. August: Die Reagan-Regierung ordnet den Bau der Neutronenbombe an, die als eine flagrante Aggression gegen die Menschheit angesehen wird.
- 4. August: Die nordamerikanische UNO-Botschafterin Jane Kirkpatrick erklärt auf einer Reise durch Uruguay, daß Nicaragua ein Heer von über 50.000 Soldaten habe und dies eine Streikkraft darstelle, die „mit der sowjetischen Bewaffnung sich in die schlagkräftigste der mittelamerikanischen Region verwandelt“.
- August: Alexander Haig beklagt sich, daß Nicaragua weiter unter Kontrolle der Bandenisten sei, und fordert die europäischen politischen Parteien, die sich mit der sandinistischen Revolution solidarisierten, dazu auf, „gemäßigte Kräfte“ zu unterstützen, statt „eine Situation zu verstärken, die zu für Washington unerwünschten Extremen führen kann“.
- 23. September: Gemeinsame Manöver der nordamerikanischen und der hondurensischen Streitkräfte werden für den 7. Oktober bekanntgegeben. Sie sollen an der an Nicaragua angrenzenden Atlantikküste stattfinden.



Fortsetzung von voriger Seite

schaftlicher und politischer Abhängigkeiten von den USA auch nicht sehr groß. Mit dem Wirtschaftplan für die Karibik wird auch Mexiko (gemeinsam mit Venezuela) in die US-Maßnahmen eingebunden. Dieser Plan (Mittelamerika-Plan) wurde trotz zahlreicher Differenzen im Sommer ausgearbeitet und sieht jährliche Wirtschaftshilfen für karibische Länder von 350 Mio. Dollar von den USA, 350 Mio. Dollar von Mexiko und Venezuela gemeinsam, 50 Mio. Dollar von Kanada. Die USA verfolgen mit diesem Plan das Ziel, westlich orientierte Regierungen zu stabilisieren, die Privatwirtschaft zu stärken und relativ einflussreiche Länder wie Mexiko und Venezuela (um weitere Teilnehmer zu gewinnen) in ihre Mittelamerika-Politik einzubinden.

Gelingen ist es den USA jedenfalls, die Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Regierungen im militärischen Bereich zu festigen. Die zeitweise drastische Ablehnung jeglicher Interventionspläne – auch von selten konservativer Regierungen – wurde abgeschwächt. „Militärische Ordnungsmaßnahmen“ werden als solche im Interamerikanischen Rahmen diskutiert.

Wir hatten während einer Reise nach Chile die Gelegenheit, mit einem Aktivisten des „Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes“ (CODEPU) zu sprechen. CODEPU ist der u.ä. interessanteste Versuch, alle Widerstandskräfte gegen die Diktatur auf Massenbasis zu organisieren. Bei unserem Aufenthalt konnten wir uns über die im CODEPU zusammengekommenen Organisationen und deren konkrete politische Aktivitäten ein Bild machen.

Genommen aus Nürnberg

Frage: Könntest du uns kurz darstellen, seit wann es das „Comité de derechos del pueblo“ (CODEPU) gibt und welcher politische Ansatz im halblegalen Kampf damit verfolgt wird?

Antwort: Das CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) ist ein Organismus, der im November 1980 in Santiago gegründet wurde. CODEPU ist das Produkt einer gemeinsamen Überlegung von Führern der politischen Volksorganisationen (Bewohnern der Elendenviertel, Frauen, Menschenrechtskommissionen, etc.), für die Zeit nach dem Plebiszit (vergl. AK 184/185) eine neue Phase des Kampfes des chilenischen Volkes einzuleiten. Die Diktatur schloß mit dem Plebiszit alle friedlichen Wege, um sich an der Macht zu halten, und legte die Bedingungen des politischen und sozialen Lebens unseres Landes bis 1990 fest. Die Verfassung, die das politische Programm der Diktatur darstellt, verpflichtet zu einer Festsetzung eines sozialen und wirtschaftlichen Systems, das unter Preisgabe des nationalen Erbes dem ausländischen Kapital den ganzen nationalen Reichtum zuschreibt. Dieses verfassungsmäßig festgelegte System zwingt zu einer Veränderung der nationalen Kultur in Richtung des absoluten Individualismus als Lebensform und zerstört das kulturelle Erbe des Volkes. Für uns hat dieser Ausverkauf katastrophale Folgen. Ein Großteil der Chilenen wird in Armut und Elend gehalten, es kommt eine nie dagewesene Entwertung der menschlichen Arbeitskraft statt, 40% der Bewohner des Landes sind arbeitslos, Entführungen, Folterungen, Inhaftierung, Verbannungen, Erschießungen auf offener Straße sind noch wie vor alltäglich. Die Diktatur will ein System der absoluten Kontrolle des politischen und sozialen Lebens durch das Militär aufrechterhalten. Das chilenische Volk soll defektiv in grundlegenden gesellschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen werden, damit die Diktatur ungestört das Land verändern kann, um die Wiederaufnahme eines demokratischen Systems unmöglich zu machen. Davor, von Pinochet aufgesetzene Perspektive verpflichtet die Volksorganisationen, andere Kampfformen als bisher zu ergreifen. Unser Volk, das die Gewalt verabscheut, sieht sich verpflichtet, alle Kampfformen zu wählen, mit dem Ziel, die Freiheit und die Demokratie des Landes wieder zurückzugewinnen. Diese Situation hat die Volksorganisationen veranlaßt, sich zu einer Organisation zu vereinen, die die bestehenden Volksorganisationen zusammenführt und die erlaubt, Fortschritte zu machen im Sammeln der Kräfte, in der Stärkung der Volksorganisationen, in der Koordinierung der Auseinandersetzung mit der Diktatur, in der Etablierung eines Weges zur Herausbildung einer großen sozialen Einheit, die fähig ist, die Diktatur zu stürzen. Das ist der Grundgedanke und Ausgangspunkt in der Arbeit des CODEPU. Deswegen ist es auch ein Komitee nationalen Charakters, das zwar in Santiago gegründet wurde, nun aber schon nach wenigen Monaten auch in Temuco, Concepción, Valdivia, Chillán und Valparaíso präsent ist. Es ist klar, daß in Zukunft weitere Massenorganisationen und Einzelpersonen aufgenommen werden, um die Einheit und die gemeinsame Grundlage der Arbeit voranzutreiben. Deswegen ist CODEPU Ausdruck einer Massenorganisation, die vorhat den ersten Schritt zu tun, um gemeinsam auf Massenebene gegen die Diktatur zu kämpfen.

Frage: Wie schätzt du die Bedeutung der chilenischen Arbeiterbewegung im Widerstand ein? Was kann der Widerstand gegen die Diktatur in Valparaíso möglicherweise an positiven Ergebnisse bringen?

Chile:



Die nationale Leitung der Gewerkschaftszentrale CIT, 2. v.l. Manuel Bustos, 2. v.r. Alberto Guzmán (Foto: El Mercurio, 20.10.81)

Aufschwung der Massenbewegung

Antwort: Im Prinzip sind wir uns einig, daß es derzeit keine Möglichkeit für einen radikalen nationalen Wechsel der chilenischen Situation gibt. Der Streik ist nur Ausdruck dafür, daß die Arbeiterklasse die Volksbewegung faktisch anführt.

Man muß bedenken, daß die Errungenschaften der chilenischen Arbeiter vernichtet worden sind, daß außerdem die Gewerkschaftsorganisationen und der Dachverband (CUT) zerstört wurden, Gewerkschaftsregiment konfiskiert und Gewerkschaftsführer eingesperrt und erschossen wurden. Erst 1977 war es wieder möglich – mit Einschränkungen – freie Gewerkschaftswahlen abzuhalten, in vielen

wieder möglich – mit Einschränkungen – freie Gewerkschaftswahlen abzuhalten. In vielen Fällen erst ab 1980. Die meisten derzeitigen Gewerkschaftsführer sind junge Arbeiter, denen es an einer Reihe von Kampf- und Organisationserfahrung mangelt. Trotzdem ist es beachtlich, wieviel sie gelernt haben in der Auseinandersetzung um die Forderung kollektiver Tarifverhandlungen – die durch das Arbeitsgesetz (Plan laboral) verunmöglicht sind – hat es z.B. schon mehr als 370 Streiks gegeben. Viele haben das gesetzlich zugesicherte Streikrecht von knapp 30 Tagen ausgeschöpft. So im Fall von Panal, Good Year, Promatex, Proim, El Teniente, Cuero Calzado (Anm.: kleinere nationale Firmen, die alle von der Schließung bedroht sind bzw. geschlossen wurden). Am Beispiel der Kohlearbeiter will ich das mal verdeutlichen. Das momentan wichtigste auf dem Arbeitsmarkt war der Antrag der nationalen Gewerkschaftsvertretung der CNS an die Pinochet-Diktatur dieses ausgearbeitete Dokument wurde Punkt für Punkt von etwa 300.000 Arbeitern diskutiert und verändert und drückt deren Forderungen und Interessen im Hinblick auf die Regierungsangebote aus. Durch das Heranziehen des Dokuments an das Regime haben sie dessen Legitimität in Frage gestellt und eine Stellungnahme zu den anstehenden dringenden Interessen von ihm gefordert. Natürlich war die Antwort der Diktatur: Die Gewerkschaften funktionäre der CNS wurden inhaftiert, zwei der obersten Repräsentanten der CNS – Gustavo und Guzmán – sind nun schon monatelang eingesperrt. Die Unterdrückung der Gewerkschaft auf allen Ebenen deutet auf die Angst der Diktatur hin, die diese vor öffentlicher Interessensartikulation hat. Die Tatsache, daß die chilenische Arbeiterklasse trotz der Repression ein Dokument wie dieses erarbeitet und es an der Basis diskutiert, demonstriert den Grad der Festigung, den sie erreicht hat.

In der jüngsten Phase hat die Entwicklung des Streiks im Kohlegebiet und der Hafenarbeiter eine zentrale Bedeutung für den Fortschritt der Arbeiterbewegung und deren Kampf- und Mobilisierungsfähigkeit. Wir können nicht vergessen, daß die Hafenarbeiter ein Teil derjenigen waren, die sich gegen die Regierung

Allende gestellt hatten und traditionell eine noch – gelinde gesagt – auf „Mittelposition“ ausgerichtete Führung haben. Trotzdem hat sich dieser Bereich der Arbeiter für einen illegalen Streik entschlossen, dessen Ziel nicht eine ökonomische Forderung war, sondern die Abschaffung des Plan Laboral, der die Rechte der Hafenarbeiter betrifft. Es ist der erste illegale Streik, der das gesetzlich festgelegte Limit von 25 Tagen überschreitet. Jetzt zu den Kohlearbeiterstreiks. Die Minenarbeiter sind ein traditionell kämpferischer Bereich, der gegen die despotischen Regierungen von Videla und Allende drei bis vier Monate streikte. Die Minenarbeiter wurden durch die Diktatur besonders hart getroffen. Arbeiterledungen wurden zerstört, wenn die Arbeiter entlassen worden waren, in den letzten acht Jahren wurden mehr als 50% auf die Straße geworfen. Die noch Verbliebenen werden mit Hungerlöhnen von 92 Pesos täglich (etwa 6 DM) – bei einer durchschnittlichen Zahl von 6 Kindern – abgespeist. Trotz dieser unmenschlichen Lebensbedingungen entschlossen sich die Minenarbeiter gegen die staatliche Firma (der Chef ist Militär) zu streiken. Der Streik dauerte für erste 20 Tage und wird weitere Streiks anderer Minen dieser Zone nach sich ziehen. Die Mobilisierungen, die jetzt in der Region von Concepción laufen, bedeuten die Wiederbelebung der massiven und kämpferischen Bereiche in dieser Zone, haben jedoch auch nationalen Charakter. So läuft z.B. auch der Streik der Hafenarbeiter nicht nur in Valparaíso, sondern auch in Talcahuano und San Antonio (die wichtigsten Handelshäfen Chiles). Das Stöbern der Arbeit in den Häfen bereitet der Aufrechterhaltung des unheimlichen Wirtschaftsmodells der Diktatur erhebliche Schwierigkeiten. Sollte die Arbeiterklasse auf dieser Linie der Stärkung der Einheit und der organisierten Vorgehens fortfahren, könnte sie ohne Zweifel die Wirtschaft des Landes innerhalb einiger Monate lahmlegen. Bis jetzt ist die Diktatur allerdings nicht einmal auf die Forderungen eingegangen. Es wurde nicht ein Vorteil erreicht – im Gegenteil: Jedes neue Gesetz und Dekret wirkt sich auf die Rechte der Arbeiter aus, nimmt ihnen bereits durchgesetzte Errungenschaften ab. Das Wirtschaftsmodell (Anm.: Stichwort Milton Friedman) hat bei den chilenischen Arbeitern verborende finanzielle und soziale Folgen. Das Monatslohn kommt bei durchschnittlich bei 150 US-Dollar. Mehr als 100.000 Menschen arbeiten im staatlichen Mindestbeschäftigungsprogramm für etwa 40 US-Dollar, ohne Sozialleistungen. Die feudalistischen Bedingungen, in denen Land- und Forstarbeiter gehalten werden, zeigen, daß die Rechte der Arbeiter auf den Stand von vor 100 Jahren zurückgeworfen wurden. Die Produktionsstruktur, die gemäß dem Wirtschaftsmodell zerstört wird, hat aber tausende chilenischer Arbeiter arbeitslos gemacht, die nicht wissen,

wie sie überleben können. All diese objektiven Lebensbedingungen haben die chilenischen Arbeiter verpflichtet, ihre Organisationen zu ver stärken und offensivere Aktionen gegen das System in Gang zu setzen.

Frage: Könntest du uns zum Abschluss sagen, welche Bedeutung die Solidaritätsbewegung – insbesondere in Europa – für den chilenischen Widerstand hat?

Antwort: Die Internationale Solidarität war vom ersten Tag des Putsches an aktiv. Wir sind uns einig und klar. Antwort: Die Internationale Solidarität war vom ersten Tag des Putsches an aktiv. Wir sind uns einig und klar darüber, daß wir – wie vielleicht kein anderes Land – aus allen Ländern und insbesondere aus Europa solidarisch unterstützt wurden. Die demokratische Tradition (Anm.: im Vergleich zu Lateinamerika natürlich) hat für uns vor allem in der ersten Zeit eine wichtige Bedeutung gehabt. In Form von wirtschaftlichen und diplomatischen Maßnahmen gegen das Pinochet-Regime. Dadurch sind hier mehr Opfer verhindert worden. Zur Zeit wird aber die internationale Solidarität für die Volksorganisationen dringender. Alle, die gegen die Herrschaft der Diktatur ihre Stimme erheben, werden brutal unterdrückt. Denn in unserem System ist am allerwenigsten die Brutalität beendet. Im Gegenteil, sie hat sich verschärft, spezialisiert. Die Diktatur versucht der Weltöffentlichkeit ein befreundetes Land zu demonstrieren, mit dem Ziel ihr brutales Image abzubauen. Dies ist ihr jedoch bis jetzt nicht gelungen. Die Diktatur hat es weder geschafft, das Land zu „befrieden“, noch die Unterdrückung zu „humanisieren“, um das mal so zu sagen. Tag für Tag werden mehr Chilenen arbeitslos und sind ohne Wohnung. Täglich werden es mehr politische Gefangene, Ausgewiesene, Entführte, Gefolterte und Verbannete. All diese alltäglichen Realitäten erfordern eine Antwort aller human Denkenden in der Welt. Es zeichnet sich ab, daß in der nächsten Uno-Konferenz europäische Regierungen ihre bisherige Position zur chilenischen Diktatur ändern wollen. Dies hieße, die Augen vor den Verbrechen der Diktatur verschließen und sich zu deren Komplizen zu machen. Für das chilenische Volk würde dies einen harten Rückschlag bedeuten.

Die Regierung Reagan, mit all den lateinamerikanischen Stützpunkten, ist verantwortlich für die Mauer in El Salvador und Guatemala, für die reaktionäre Intervention gegen die revolutionäre nicaraguanische Regierung, für maßlose Unterdrückung in Kolumbien und für die Repression in Chile. Sie versucht die europäischen Regierungen zu zwingen ihre Position abzuändern, die sie bisher zur Verteidigung der Diktatur durch die Uno während der ganzen acht Jahre eingenommen haben. Für uns, das chilenische Volk, wäre das ein harter Schlag. Vielen Dank für das Gespräch.



Ex-Kubaner und ehemalige Somoza-Söldner proben den Überfall

Solidarität mit Cuba, Nicaragua, Granada, FDR

Für die betroffenen Länder wird die Lage immer dramatischer. Die FSLN-Regierung in Nicaragua hat die Konfrontation mit den USA nicht freiwillig gesucht. Die Einstellung der Wirtschaftshilfe trifft ein Land, das mitten im Wiederaufbau ist, wirtschaftlich hart. Kapitalflucht und Sabotage der privaten Unternehmer (65 % der Wirtschaft sind noch in privater Hand) treiben eine Polarisierung voran, die von der FSLN vorerst nicht gesucht wurde. Die imperialistischen Drohungen erfordern den Ausbau der Milizen und der Streikkräfte unter großen Opfern. Das benutzen dann Leute wie Haig, um das zunehmende Versäumnis zu konstatieren und militärische Aggressionen zu begründen.

Cuba kann sowieso erklären, nicht-tätigen und dementieren was es will, es bleibt der Vorposten Moskaus, Waffenlieferant aller Aufständischen – und Hauptvorwand für militärische Abenteuer. (Vgl. AK 180)

In El Salvador ist mit den augenblicklichen Maßnahmen keine Entscheidung herbeizuführen. Die Pattsituation zwischen Militärs und Guerrillas konnte auch durch nordamerikanische Militärhilfe und Berater nicht aufgehoben werden. Daß die von Duarte für 1982 geplanten Wahlen keine Wende bringen, solange die FDR nicht beseitigt wird, ist allgemein klar. Verhandlungen mit der FDR werden weiterhin abgelehnt. Man steuert also auf eine „militärische Lösung“ zu.

Die Entwicklung des letzten Jahres zeigt, daß es der Reagan-Administration in Mittelamerika nicht um ein propagandistisches Kräftemessen geht, sondern daß die militärischen Angriffspläne gezielt und systematisch vorangetrieben wurden. Hier wird die Konfrontation gezielt gesucht und vorbereitet.

Und es geht dabei nicht allein um die Wiederherstellung „geordneter und stabiler“ Verhältnisse im Hinterhof – Gegen jede militärische Aggression der USA, Hände weg von Mittelamerika, muß zu einer zentralen Parole der Friedensbewegung kommen.

Alternative Liste Hamburg gegründet

Fortsetzung v. Seite 1

Einshüttel, Nord und Wendebek, AL-Anhänger aus Bergedorf und Harburg, sowie der AL-Frauengruppe zu dem gemeinsam geplanten Kongreß kam. Neben vielen Unorganisierten waren Mitglieder aus dem KB, den SOST, dem SB, der Gruppe Arbeiterpolitik und dem KBW an den Diskussionen beteiligt. Dem Kongreß lag eine Arbeitsmappe mit Papieren zum politischen Selbstverständnis - vorgelegt von der AL-Initiative, mit teils umfangreichen Änderungsanträgen von der Bunten Liste, der BI Walddörfer sowie den SOST -, zu den basisdemokratischen Strukturen der Liste (Vorlagen von AL-Init und BuLi) sowie Politische Leitsätze (Vorlagen von AL-Init und BuLi) zur Diskussion vor. Sowohl die politischen Leitsätze, als auch Papiere zum Verhalten gegenüber den Grünen und zur Politik im Parlament (speziell gegenüber einem möglichen SPD-Minderheitskandidat) konnten am Gründungskongreß nicht mehr behandelt werden. Aus diesem Grunde soll ein Folgekongreß am 18. und 19. Dezember diese Fragen behandeln.

Geprägt war der Gründungskongreß weniger von der politischen Diskussion um die Aufgaben einer Alternative angesichts der Krise, Sozialabbau und der Kriegsgefahr. Geprägt war er vielmehr von der „neuen“ Stimmung, die unter dem Stichwort Konsens dem Kongreß beherrschte, von dem erkennbaren Bemühen, miteinander zu diskutieren, unterschiedliche Ansichten zu respektieren und zu berücksichtigen. Entsprechend war das Verfahren bei Abstimmungen, wo die häufigste gebrauchte Formel der Diskussionsleitung gegenüber Minderheiten die Frage war: „Könnt ihr mit dem Abstimmungsergebnis leben?“, wenn nein, so wurde weiter nach einem Kompromiß gesucht.

Diese Stimmung, die bei vielen nach dem Kongreß so etwas wie AL-Euphorie aufkommen ließ, ist vor allem vor dem Hintergrund der scharfen Auseinandersetzungen in Hamburg 1979/1980 in der Bunten Liste und um die Gründung der Grünen Partei zu verstehen. Die damaligen, zum Teil unversöhnlich ausgetragenen, politischen Differenzen, insbesondere zwischen dem KB und der vom KB abgespaltenen Gruppe Z, den politischen Differenzen, insbesondere zwischen dem KB und der vom KB abgespaltenen Gruppe Z, haben lange Zeit nachgewirkt und Versuche einer Neukonstellation verschiedener politischer Strömungen in einer Liste für Hamburg behindert.

Mit der AL-Gründung verbinden viele die Hoffnung, daß ein Neuanfang gemacht ist, der sogar geeignet sein könnte, die immer noch starre Front gegenüber den Hamburger Grünen und deren 50 : 50-Modell, mit dem sie sich ausdrücklich von diesem Listenbildungsprozeß ausgenommen haben, aufzubrechen.

Andererseits darf Stimmung nicht mit Politik verwechselt werden und den Blick dafür verstellen, daß die AL noch erhebliche Diskussions- und Arbeitsdefizite hat, die in den nächsten Wochen aufgearbeitet werden müssen.

DKP steigt aus

Seit dem Kommunalpolitischen Kongreß Mitte Oktober war klar, daß es ein Zusammengehen von Grünen und Alternativen mit der DKP als Partei in einer Liste nicht geben wird. Neben einer Reihe politischer Streitfragen (Selbstbestimmungsrecht der Völker, Polen, Haltung zur Kernenergie) war es vor allem das massierte Auftreten der DKP, mit dem die AL ihren Anspruch auf Platz in der Alternative anmeldeten, der die AL-Gründungsstelle veranlaßt hat, nach der formellen Ausgrenzung der DKP durch die Grünen ihrerseits öffentlich zu erklären, daß ein Ausklammern der inhaltlichen Streitfragen (wie von der DKP gefordert) nicht infrage komme und ein Bündnis mit der DKP als Partei abgelehnt wird (siehe dazu ausführlich AK 211). Auf dem AL-Gründungskongreß erklärte nun ein Vertreter der DKP-Bezirksvorstände, daß seine Partei aus dem Listenbildungsprozeß aussteige und die Gründung der AL ablehne. Kurios gerade aus DKP-Mund ist die Begründung: „Sure Entwicklung zu einer immer strenger geführten Partei wird u.E. auch dadurch sichtbar, wie ihr zentralistisch und bevormundend von oben in die Diskussion auf Wahlkreisebene eintritt“. Womit Bezug genommen wird auf die Diskussion in fast allen AL-Bezirken nach dem Kommunalpolitischen Kongreß um eine Beteiligung der DKP. War die DKP bis zu diesem Zeitpunkt eher schmeichelnd gegenüber der AL und der Bunten Liste aufgetreten, so war jetzt nichts mehr davon zu spüren. Jetzt heißt es: „Auf dem Wege einer Organisation der Unorganisierten“ (U-Block) über

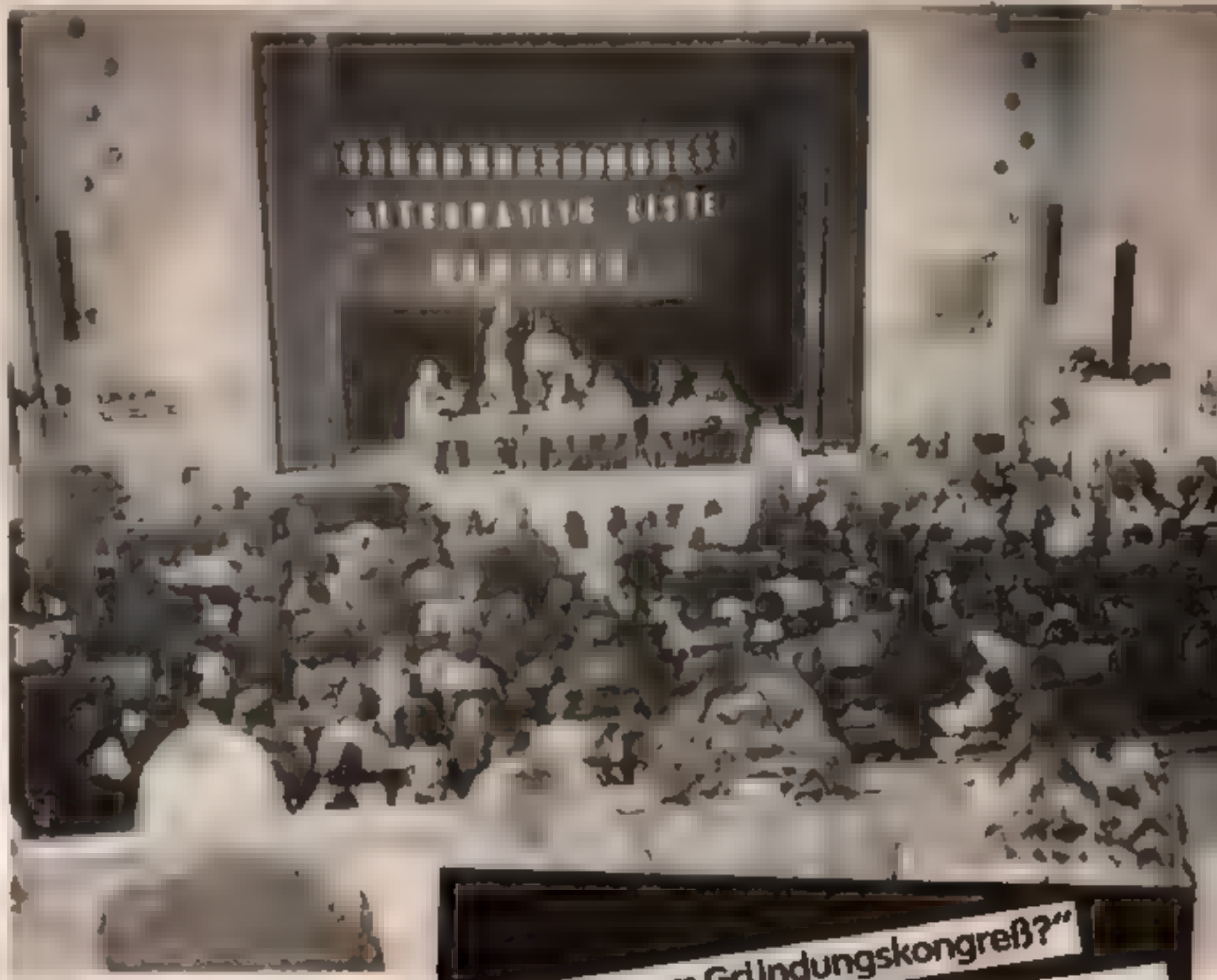


Photo : AK/H.W.

Listen- und Programmentwicklung, dem Zusammengehen mit der Bunten Liste, entwickelt ihr auch zu einer eigenen politischen Organisation, die - ob ihr es will oder nicht - immer mehr auch durch ihre parlamentarische Ausgerichtetheit Parteienscharakter annimmt. Einzig „Beleg“ hierfür ist, daß in einer von drei Einzelpersonen unterzeichneten Stellungnahme gefordert wird, die AL solle nichts weiter als „Wahlverein“ sein. Eine Position, die nicht mehrheitsfähig ist und auch an keiner Stelle der vom Gründungskongreß beschlossenen Dokumente zu finden ist, ja sogar ausdrücklich abgelehnt wurde. So bleibt die Hamburger DKP bei ihrer alten, aber wenig bewährten Position: „Wir sind aber nicht bereit, das Recht und die Notwendigkeit einer eigenen Kandidatur unserer Partei in Zweifel zu ziehen“.

Demgegenüber erklärte ein bekanntes DKP-Mitglied aus einer Initiative in Eppendorf, daß er weiter am Gründungsprozeß der AL teilnehmen und eine Mitarbeit letztlich von den verschiedenen politischen Positionen abhängig machen wolle.

"Gehst Du zum Gründungskongreß?"

"Nee...!"

**Alternativen Liste
Hamburg
Hamburg**

28. November, 13 Uhr
29. November, 10 Uhr

Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium
Bundesstraße 76

Das Selbstverständnis-Papier der AL

Der erste Tag des Gründungskongresses befaßte sich mit den vorliegenden Entwürfen zum politischen Selbstverständnis der AL. Betont wird, daß die AL „in der außerparlamentarischen Gegenmacht ihre Basis und Stärke“ sieht. Trotz grundsätzlicher Kritik der parlamentarischen Demokratie strebt die AL eine Beteiligung an der Arbeit im Parlament an: „Wir haben keine parlamentarischen Situationen und geben dem unmittelbaren Engagement in außerparlamentarischen Aktionen den Vorrang gegenüber der parlamentarischen Arbeit. Wir wissen, daß es mit der Formulierung von Alternativen nicht getan ist, und daß die unmittelbaren Einflußmöglichkeiten der Alternativen Liste in der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen zwangsläufig begrenzt sein werden“.

Wirkliche Demokratie finde im Parlament nicht statt. „Lebendige, glaubwürdige Demokratie, das sind heute in Hamburg und anderswo hundert von Basis- und Bürgerinitiativen, die unmittelbar vor Ort Mitbestimmung bekämpfen“. Die hier praktizierte Demokratie findet „nicht in der Form von Beratern, Beratern, Aufsichtsratsposten und Lobbyisten, sondern durch unmittelbare Entscheidung und Verständigung der jeweils Betroffenen und ohne persönliche Bereicherung“ statt.

Zur parlamentarischen Arbeit heißt es: „Unsere parlamentarische Arbeit kann verschiedene Formen annehmen, sei es durch Formulierung grundsätzlicher Alternativen oder auch sachkundige

AL - Plakat

Einzelanträge. Wie unsere jeweilige Mitarbeit aussehen wird, kann nur in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen von Fall zu Fall entschieden werden. Ohne deren Zustimmung soll nichts entschieden werden. Wenn es im Interesse der Bewegung liegt, stimmen wir auch in einzelnen Fragen mit den bürgerlichen Parteien. Zur „konstruktiven“ Arbeit im Parlament (als von der Gruppe Z aufgestellten „Essential“) wird vormerkt: „Wenn wir in unsere m Sinne konstruktiv mitarbeiten, bedeutet das, Sand im Getriebe zu sein, Mochenachsten bloßzustellen, Pläne der Verwaltung den Betroffenen zugänglich machen, alles nützliche und konstruktive Dinge“.

Programmatische Schwächen

In den Aussagen zu politischen Grundpositionen der AL ist das „Selbstverständnis“ bisher unausgegrenzt und unvollkommen, was bei der Debatte der politischen Leitsätze nachgeholt werden muß. Mehrfach wird zwar gegen das Kapital und die Rüstungsindustrie Stellung genommen. Es stehen auch folgende Sätze im Papier: „Das kapitalistische Krisenmanagement der etablierten Parteien holt sich die für Rüstung und Subventionen benötigten Milliarden

Gelder von den sozial Schwächsten, von den Arbeitslosen, Lohnabhängigen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Jugendlichen, deren Situation sie obendrein als selbstverschuldet und Ergebnis von Faulheit (soziale Hängematte) verurteilen“. Die Formulierung der Alternative bleibt aber dünn, da sie von „Widerstand auf allen Ebenen“ die Rede, sowie „Wir setzen der unsocialen Sparpolitik unsere Politik entgegen. Rüstung und Militärschubventionen und Abschreibungsmöglichkeiten für Großkonzerne und Spekulanten müssen eingespart und Steuerreformen zu Lasten der Reichen vorgenommen werden. Eine Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen und Schaffung umweltfreundlicher Arbeitsplätze streben wir an“.

Die noch mangelhaft entwickelte inhaltlich-programmatische Grundlage der AL ist der Hauptkritikpunkt der SOST (Sozialistische Studiengruppen, Eurosozialisten), die sich bislang noch nicht zu einem Eintritt ihrer Mitglieder in die AL entschließen konnten. Innerhalb halten sie sich eine weitere Mitarbeit bis zur Diskussion der politischen Leitsätze offen. Die SOST waren in der Selbstverständnisse-Debatte mit mehreren Anträgen gezeichnet, die ihren Politikansatz im Selbstverständnis Text verankern sollten die Krise des kapitalistischen Systems zu konstatieren.

Fortsetzung nächste Seite



Photo : AK / H.W.

Fortsetzung nächste Seite

Den „den marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierten“ bürgerlichen Parteien die Fähigkeit „zur Lösung (der Krise, Anm. d. Verf.) im Interesse der Bevölkerung“ abzusprechen, um sich, bzw. in diesem Fall die AL, als die Lösung aus der Krise anzulernen. Dieser eigen-ökonomischen Ansatz zur Hauptursache einer Alternativen Liste zu suchen, war die große Mehrheit der Versammelten nicht bereit. Was die SOST, bei aller Berechtigung der Kritik an programmatischen Schwächen, nicht begriff, ist, daß in AL-Selbstverständnis mehr ein politischem Veränderungswillen, ein emanzipatorischen Anstreben vorhanden ist und nicht artikuliert (gesehen werden ja auch der enge Bezug zu solchen Emanzipationsbewegungen), als dies beim vereinigten Politik-Ansatz der SOST der Fall ist. Zu hoffen bleibt, daß die SOST ihre politisch-theoretischen Fähigkeiten in die weitere Programmentwicklung einbringen.

Rahmen schaffen, für gemeinsames Handeln und gemeinsame politische Diskussion. Dabei geht es uns besonders um die Verbindung der vielfältigen Formen des Widerstands

Autonomie der Frauen

Für die Frauen in der AL wurde eine weitgehende Autonomie festgeschrieben. Im auch von den AL-Männern mit verschiedenen Selbstverständnissen heißt es: „Die Frauen sind die Hälfte der Menschheit. Die gesellschaftlichen Bedingungen wie Erziehung, doppelte Unterdrückung und Belastung behindern die Frauen noch immer, gleichberechtigt an gesellschaftsverändernden Kämpfen teilzunehmen. Die Benachteiligung von Frauen macht auch innerhalb der Hunger- und Basisinitiativen und sonstiger linker Organisationen, wie auch der Alternativen Liste, keinen Halt. Deshalb erklärt die AL die Frauenerbeit und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen als unverzichtbaren Bestandteil der AL-Politik“. Als Grundsätze für die Frauenpolitik in der AL wurde festgehalten: „Der Frauenbereich der AL arbeitet autonom“. Über die Inhalte der Frauenpolitik entscheiden die Frauen, „d.h. auch, daß die Frauen als eventuelle Minderheit innerhalb der Liste ihre Politik nicht von einer Mehrheit Männer überstimmen lassen“. — Es gibt autonome Frauenstrukturen (Frauenrat, -VVs, -AGs), die ausschließlich Frauen vorbehalten sind. — Bei der Besetzung von Funktionen in der Liste wird mindestens die Parität zwischen Frauen und Männern angestrebt; im Zweifelsfall sind Frauen gegenüber Männern zu bevorzugen.

Auch wenn dem Autonomie-Beschlüsse wenig Widerstand bei den anwesenden Männern fanden, war doch deutlich, daß viele Männer ihr Unbehagen mehr hinter vorgehaltener Hand formulierten.

Basisdemokratische Strukturen

Wichtigste Elemente der Struktur der AL sind die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft und die Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen „außer gegen Mitglieder faschistischer und rassistischer Organisationen“. Organe der AL sind die mindestens dreimal im Jahr tagende Mitgliederversammlung, der Delegiertenrat, in den je 2 Delegierte aus Bezirks- und Fach- bzw. Arbeitsgruppen entsandt werden sowie der geschäftsführende Ausschuss. Letzterer ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen bzw. zwischen diesen an den Delegiertenrat gebunden. Für alle Abgeordneten gilt das imperierende Mandat, Abgeordnete und Funktionäre sind jederzeit abwählbar, es gilt das Rotationsprinzip (schrittweises Auswechseln der Abgeordneten), Doppelfunktionen sind nicht erlaubt.

Auch in der Strukturdebatte deuteten sich Differenzen an zwischen einer „radikal basisdemokratischen“ Minderheitsströmung, die beispielsweise forderte, daß Mitgliederversammlungen nur bei Anwesenheit von 25% der Mitglieder beschlußfähig sind (verabschiedeter Kompromiß: 15%) und die darauf drängte, Bremsen gegen Alleingänge einzubauen, die mehr einer bürokratischen Reglementierung gleichen als einer auf praktischen Erfahrungen aufbauenden basisdemokratischen Arbeitsstruktur. Am krasssten wurde der Widerspruch bei der satzungsmäßig festgehaltenen Diskussion des an diesem Wochenende praktizierten Konsensprinzips, Befürchtungen von Machtpolitik und Kampfabstimmungen machten sich fest an einer Formulierung der Buntten Liste, in der es heißt, daß als Ausnahme vom Konsensprinzip (einem Höchstmaß an Bemühen, Einigkeit zu erzielen) „die Mehrheit entscheiden muß, falls in solchen Fällen (des nicht erzielten Konsens) von außen und innen her Entscheidungen abgefordert werden. Die Handlungsfähigkeit der Liste muß erhalten bleiben“. Dahinter steht der Konflikt, eine politik- und handlungsfähige Liste auch in schwierigen Situationen zu bewahren und sich nicht zugunsten von Minderheitsmeinungen selbst lahmzulegen. Dieser Konflikt konnte formulierungsmäßig nicht geklärt werden; er muß in der Praxis der Liste erprobt werden und gegebenenfalls neu formuliert werden.

Probleme mit der grün-alternativen Einheit

Von den Grünen ist bereits am 5. September auf ihrer Landesmitgliederversammlung als „Angebot“ an eine zu bildende Alternative Liste eine paritätische Besetzung der Gremien in einem grün-alternativen Wahlbündnis gefordert worden. Wie weit dies nach Gründung der AL aufrechterhalten wird, ist unklar. In der AL scheint eine deutliche Ablehnung dieser Forderung zu überwiegen, während gleichzeitig von fast allen Strömungen das Anstreben eines Zusammengehens mit den Grünen betont wird. Umstritten ist in der AL noch, welcher Weg dazu eingeschlagen wird. Der Mitgliederversammlung am 18./19.12. liegt u.a. ein Antrag vor, der zwar sehr bereit vorgibt, die 50/50-Regelung abzulehnen und sogar formuliert: „Die AL wird langfristig versuchen, soviel Vertrauen und Attraktivität zu gewinnen, daß auch die Grünen der AL beitreten“, der aber in seiner Konsequenz auf eine Übernahme der fifty-fifty-Regelung hinausläuft, wenn er als „Zwischenlösung“ formuliert. „Die 50/50-Besetzung der Gremien wird durch folgende Regelungen ergänzt. — bei der Diskussion der wichtigen Fragen des Wahlbündnisses gibt es gemeinsame VVs.“

— Auf den VVs, in den Bündnis-Gremien und in der Fraktion gilt



Photo: AK / H. W.

„Wahlverein“ oder Alternative?

Eine interessante Kontroverse zwischen der Buntten Liste und einzelnen Mitgliedern der AL-Initiative gab es um die Frage, wie sich die AL im politischen Spektrum versteht. Während es im AL-Init-Vorschlag heißt: „Die Alternativen Liste kann nicht die neue Organisation, die Klammer aller oppositionellen Kräfte sein. Wir wissen aber auch, daß die Alternative Liste ohne dauernde Verbindung zu Gruppen und Initiativen hohl ist“ — hatte die BuLi formuliert: „Die Alternative Liste soll mehr sein als reines Zweckbündnis zur Überwindung der 5 %-Hürde. Sie ist ein Zusammenschluß fortschrittlicher Kräfte, die den gemeinsamen Willen verfolgen, die praktische inhaltliche Qualität linker Politik zu verbessern“.

Diese Formulierung wurde vehement als Anspruch einer „Über-Partei“ angegriffen, wobei im Vorfeld der Diskussion der Vorwurf erhoben wurde, der KB wolle sich mit der AL seine „Massenpartei“ schaffen. Demgegenüber stand eine Vorstellung von der AL als reiner „Wahlverein“, der nur die Wahlbeteiligung und Kontrolle der Abgeordneten zur Aufgabe hat. Die Verbindung zur außerparlamentarischen Bewegung soll danach durch einerseits Wahlberechtigung, andererseits Arbeit der „Wahlpersonen“ in den Basisinitiativen hergestellt werden. Diese Position war auf dem Kongreß nicht mehrheitsfähig. Als Ergebnis der Diskussion ist jetzt formuliert:

„Die Alternative Liste kann nicht die neue Organisation, die Klammer aller oppositionellen Kräfte sein. Sie soll aber mehr sein als reiner Wahlverein zur Überwindung der 5 %-Hürde. Als Zusammenschluß fortschrittlicher Kräfte versucht sie auch, die inhaltliche Qualität linker Politik zu verbessern. Wir wollen auf der Grundlage der praktischen Initiativenarbeit in unserer Stadt einen

des Konsens-Prinzip. — Mit Konsens der VV des Wahlbündnisses muß es möglich sein, von der starren Parteiliste-Regelung in den Gremien der Bündnisliste abzugehen“ (Antrag von Kai, Jürgen, Hans-Koosad).

Demgegenüber steht ein Antrag, der die 50/50-Regelung nicht nur verbal ablehnt, sondern gleichzeitig Wege zum Zusammengehen von Grünen und Alternativen formuliert, die auf eine Überwindung formeller Abgrenzungen abzielen und auf eine praktische und programmatische Zusammenarbeit orientieren. Ziel dieses Antrags ist es, nach einer Übergangsphase die Situation der organisatorischen Trennung der Wahlbewegung in Hamburg zu überwinden (siehe nebenstehenden Abdruck). Von grüner Seite ist bislang kein Echo bekannt. Allerdings dürfte nach Gründung der AL das Vorhaben der Grünen, sich 50% der Posten für die Realisierung exklusiver Parlamentarierarbeit zu sichern, erheblich erschwert und argumentativ kaum noch aufrechtzuerhalten sein.

Vollversammlung der ALTERNATIVEN LISTE am Freitag, 18.12. um 18 Uhr und am Sonnabend, 19.12.81 um 13 Uhr in der Schule Kaiser-Friedrich-Ufer (Bundesstraße), Hamburg-Elmsbüttel. Themen: Verabschiedung Politischer Leitsätze und Haltung zu den Grünen.



Vorlage für das AL-Kongreß von: Christian, Dieter, Heiner, Peter

Alternative Liste und Grüne

Die AL strebt im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl '82 eine gemeinsame Kandidatur mit den Grünen an. Die Grünen ihrerseits haben bisher eine gemeinsame Kandidatur von inhaltlich nicht näher bezeichneten Voraussetzungen abhängig gemacht und sind formal zu einer gemeinsamen Kandidatur nur auf der Basis eines fifty-fifty-Modells bereit. — Die AL akzeptiert eine solche Proporzregelung nicht. Sie ist bereit, ab sofort ohne Vorbedingungen in Verhandlungen mit den Grünen einzutreten, um über konkrete Schritte zur gemeinsamen Programmentwicklung und Überwindung trennender organisatorischer Vorstellungen zu beraten.

Der GA wird beauftragt, in diese Verhandlungen folgende Vorschläge einzubringen:

1. Um der im „Selbstverständnis“ der AL verankerten Basisorientierung bei der Programmentwicklung Rechnung zu tragen, sollten im Januar „Programm-Foren“ veranstaltet werden, die offen sind für alle interessierten Initiativen. Zu denken ist dabei vor allem an die Bereiche:
 - Ökologie und Hafenentwicklung
 - Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Verkehr
 - Gesundheit und soziale Dienste
 - Frauenpolitik
 - Ausbildungspolitik und gegebenenfalls weitere
2. AL und Grüne werden diese Foren gemeinsam mit den Inis vorbereiten und durchführen. Als inhaltlicher Ausgangspunkt sind die Ausarbeitungen des kommunalpolitischen Readers heranzuziehen.
3. Die AL wird eigene kommunalpolitische Arbeitsgruppen einrichten. Um ein unkoordiniertes Nebeneinander zu vermeiden, schlagen wir vor, periodisch gemeinsame Sitzungen von AL- und Grünen Arbeitsgruppen vorzunehmen.
4. AL und Grüne bemühen sich um eine gemeinsame Basis- und Öffentlichkeitsarbeit. Wo immer möglich, sollten gemeinsame politische Aktionen durchgeführt sowie Stellungnahmen abgegeben werden. Das Projekt einer gemeinsam getragenen kommunalpolitischen Zeitung ist zu erörtern.
5. AL und Grüne werden Ende Februar einen gemeinsamen Programmkongreß durchführen, auf dem nach Möglichkeit auch über die Kandidatenliste zur Bürgerschaft entschieden wird. Auf diesem Kongreß sind Entscheidungen nach dem von beiden Seiten geforderten Konsensprinzip (bei Sach- und Personalentscheidungen) zu treffen. Abstimmungen nach dem 50/50-Prinzip finden nicht statt.
6. Ein entsprechendes Verfahren ist — vorbehaltlich der eigenständigen Meinungsbildung in den Bezirken — im Hinblick auf die Wahlen zur Bezirksversammlung anzustreben.
7. AL und Grüne sollen in den nächsten Wochen versuchen einen Konsens zu den wichtigsten allgemeinen Fragen einer Wahlbeteiligung zu entwickeln, u. a. in den Fragen:
 - Art der Parlamentarierarbeit
 - Verhältnis zu den etablierten Parteien
 - Zielgruppen im Wahlkampf
 - Parlamentarierarbeit und Basisbindung
8. AL und Grüne erklären ihre Bereitschaft, das Bündnis nach einer Übergangsphase in eine gemeinsame Organisation für Hamburg überzu führen.

Diese Vorlage zum Verhältnis AL/Grüne wird auf der AL-Mitgliederversammlung am 18./19.12.81 behandelt.



Photo: AK / H. W.

Diskussion zum Verhalten gegenüber der SPD

Vorlage für den AL Kongress

Wie verhalten wir uns im Parlament gegenüber der SPD nach der Bürgerschaftswahl?

Unsere Teilnahme an den Parlamentswahlen orientiert sich daran, die Durchsetzung der bisherigen herrschenden Politik (zuletzt zum außerparlamentarischen Widerstand auch parlamentarisch hervorzuheben) aufzuheben. Daraus folgt, daß wir im Parlament die Rolle einer Opposition einnehmen werden und nicht anstreben, Koalitionspartner von irgendeiner der etablierten Parteien zu werden.

Opposition im Parlament wird sich nicht darin bescheiden, nur herrschenden Politik „nein“ zu sagen. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, durch unser Verhalten im Parlament „Alternativen“ durchzusetzen. Wir werden zugleich konkrete Alternativvorschläge vorlegen, die in der Grundrichtung unserer programmatischen Vorstellungen liegen. Dabei wird alternative Parlamentarierarbeit sich auch mit Fragen befassen und selbständige Lösungen dafür erarbeiten, die von den Oppositionsbewegungen außerhalb des Parlaments - aus welchen Gründen auch immer - noch nicht aufgegriffen sind. Unsere Parlamentarierarbeit wird in diesem Sinne ernsthaft, aber nicht systematisch sein.

Ansprüche der Tatsache, daß in einigen Kommunalparlamenten bereits ein zahlenmäßiger Kräfteverhältnis eingetreten ist, wo die Ablehnungsvorhaben von grünen bzw. grünalternativen Fraktionen bei der Regierungsbildung nicht mehr gleichgültig ist, ist es denn, SPD und CDU bilden eine Große Koalition, und daß eine solche Situation auch in Hamburg möglich werden kann, erklären wir:

- 1. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, unsere Mandate für einen CDU-Bürgermeister zu erhalten oder dessen Wahl durch Selbstenthaltung zu tolerieren.
 - 2. Wir sind nicht bereit, die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für eine sozialdemokratische Politik zu übernehmen, die nicht eine Wende im Sinne sozialer und demokratischer Forderungen einleitet.
 - 3. Falls sich in Hamburg eine Situation ergibt, wo die SPD nur noch mit einem Minderheitsvermerk regieren können, sind wir unter bestimmten Bedingungen bereit, diesem Senat durch Selbstenthaltung (gegenüber der auch Zustimmung zur Mehrheit zu verhalten. Die von uns für eine solche Situation aufgestellten Bedingungen orientieren sich an den Fragen und Problemen, die der Verwirklichung einer sozialen, ökologischen und auf den Frieden ausgerichteten Politik dringend sind und die mit entsprechend gravierenden Auswirkungen in der nächsten Zeit zur Entscheidung stehen. Unabdingbar für ein solches Verhalten unsererseits sind bindende Zusagen in Form von Vereinbarungen zu folgenden Punkten:
 - Rücknahme der Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und verbindliche Garantie, daß diese nicht zu Lasten der Arbeitsnehmer oder anderer sozial benachteiligter Schichten umgeschoben werden. Bereinigung von Mitteln (insbesondere auch über Neuanstellung) zur Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden mit Beschäftigungsgarantien.
 - Definitive Ausweisung des Bremer Projekt, kein Anschluß Hamburgs an die AKW Krummhörn. Sofortiger Stopp von Stromerzeugungsanlagen und Einleitung der Vermeidung der HEW (unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten, Gewerkschaften und Umweltverbänden) insbesondere der Stütz von Ex-Bürgermeister Klaus über die HEW-Lobby hat gelangt, daß eine vertrauensvolle Energiepolitik unter den gegebenen Bedingungen nicht realisierbar ist.
 - Stopp der Meeresweiterung und Begrenzung auf die jetzt schon genutzten Gebiete. Vollständiger Erhalt von Moorburg und Fehmarn.
 - In der Wohnungspolitik fordern wir den sofortigen Stopp der Abrisspolitik. Geht es zum vollständigen Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum sowie zum Verbot der Umwandlung von Altbauwohnungen in Wohnungseigentum sind umgehend einzuführen.
 - An dieser Stelle schlagen wir entsprechende Forderungen der Frauen vor, die von ihnen zu diskutieren wären.
 - Zur Demokratisierung Hamburgs fordern wir, daß dem Innerenminister jeglicher Einseitigkeit von Polizeihandeln auf Demonstrationen unterzogen wird. Der mit 60 Mio. DM geplante Ausbau der Polizeieinsatzzentrale soll zu stoppen. Maßnahmen zum Verbot der Tätigkeit der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen zum Schutz unserer ausländischen Mitarbeiter sind erforderlich.
 - Als sicheres Zeichen für die Einleitung einer Friedenspolitik für Hamburg fordern wir die Umwandlung der Kriegsdienstverweigerer in ein Museum für den Frieden sowie die Schließung der Bundeswehrhochschule in Wandsbek.
- Wir erwarten von einem mit unserer Unterstützung an die Regierung gelangten SPD-Senat, daß er in der Erfüllung dieser Forderungen Abkehr hält von einer unerbittlichen Politik, wie sie in den letzten Jahren und Monaten eingeschlagen wurde. Unsere Forderungen sind realisierbar und kein unerheblicher Maximalkatalog. Wir wissen, daß auch mit Erfüllung der Forderungen keine grundlegende Wende in der Hamburger Politik eingeleitet ist, sondern daß wir vorzeitig damit in einigen Bereichen nur die Tendenz des Sozialabbaus und weiterer Vernichtung der Umwelt und des Lebensraums der Hamburger aufhalten. Wir haben nicht die Illusion, von einer wie auch immer gearteten SPD-Regierung nach der Wahl die von uns angestrebte grundlegende Wende zu erwarten. Für uns und die Wähler der Alternativen sind diese Forderungen Prioritäten, wieviel in der SPD noch Elemente sozialer Politik vorhanden sind oder ob der eingeleitete antisoziale, ökologische und antidemokratische Kurs weiter verfolgt wird, z.B. indem die SPD eine große Koalition mit der CDU vorzieht (oder eine CDU-Minderheits-Regierung toleriert), als mit unserer Unterstützung Schlimmeres für die Hamburger Bevölkerung zu verhindern.

eingeleitete antisoziale, ökologische und antidemokratische Kurs weiter verfolgt wird, z.B. indem die SPD eine große Koalition mit der CDU vorzieht (oder eine CDU-Minderheits-Regierung toleriert), als mit unserer Unterstützung Schlimmeres für die Hamburger Bevölkerung zu verhindern.

Auf keinen Fall bedeutet die Realisierung dieser Prioritäten für uns eine überfordernde Aufgabe. Eine solche Aufgabe ist ein mögliches SPD-Senat. Wir sind nicht bereit, Regierungspolitik in ihrer Gesamtheit zu tragen, die in ihren Grundlagen mit der Grundrichtung unserer Programme nicht vereinbar ist. Unsere Haltung zu den in der Bürgerschaft und in den Bezirksparlamenten unabhängig von unseren eigenen Initiativen stehenden Fragen wird jeweils entsprechend dem Thema entschieden und nicht nach der anstehenden Partei. Wo Anträge anderer Fraktionen von der Sache her unseren Anliegen zur Durchsetzung verhalten können, werden wir ihnen zustimmen.

Falls auch der Wahl Gegenüber die von uns vorgelagerten Prioritäten Realität werden, gilt für uns die Grundthese, daß nicht die grün/alternative Parlamentarierarbeit allein, sondern die Bürgerbewegung der Liste zu entwickeln hat, ob die Voraussetzungen für eine toleranzfähige/sozialistische Bürgerbewegung und Bürgerwahl gegeben sind.

- Begründung:
- Grüne und alternative Listen können erreichen ihrer Wahlerfolge und zunehmender Regierungsfähigkeit beizubehalten der SPD selbstbewußt einen Weg auch in der parlamentarischen Arbeit gehen. Solidarität für eine - wenn auch begrenzte - Handlungsfähigkeit gegenüber der SPD auszuüben. Es gibt eine Reihe von Beispielen aus der alternativen Bürgerbewegung (Bielefeld, Marburg, Kassel), in denen (m.E.) bereits nennenswerte Erfahrungen mit einem solchen politischen Handeln gesammelt wurden und die wir für Hamburg ausweiten können. Der hier vorgestellte Vorschlag beinhaltet:
 - Vorwiegend, wir würden nicht alle Möglichkeiten nutzen, Politik im Interesse der Bevölkerung zu unterstützen, wäre ein guter Boden ertragen.
 - Wir sind nicht gebunden oder abhängig eine Politik zu wählen, die wir ansonsten gar nicht weiter beeinflussen können.
 - Wir erhalten uns uneingeschränkt die Möglichkeit, Politik in grundlegender Alternative zu den etablierten Kräften.

Für eine Strategie gegenüber dem „kleinen Osten“ - Wählerpotential der SPD und gegenüber der SPD - „Linken“ besteht der Vorschlag die Möglichkeit, das was zu erwarten ist - nämlich Ablehnung unserer Vorschläge - im „rechten“ Licht dastehen zu lassen, daß es in der Grundorientierung der SPD-Politik liegt, aber nicht der CDU zu kooperieren, als die Möglichkeit von Alternativen zu nutzen. Der Vorschlag geht nicht davon aus, daß etwa eine Hamburger Dohnanyi-SPD oder eine Wortdarsteller Vogel SPD zu Absprachen mit einer grün/alternativen Liste bereit ist - eine gescheiterte Absprache. Der Vorschlag und seine öffentliche Verankerung soll helfen, Druck auf die SPD ausüben und die erschwerte Identität der in der eigenen Partei in die Ecke gedrängten SPD-„Linken“ weiter zu unterminieren, um ihnen den Abstieg zu einer Zusammenarbeit mit den Alternativen zu erleichtern (und ist es, indem sich auch eine parlamentarische Zusammenarbeit mit SPD-„Linken“ ergibt).

Gleichzeitig soll der Vorschlag der Listenbasis und dem Wähler der Alternativen vor den Wahlen klar ersichtlich machen, was er von unseren Parlamentariern nach den Wahlen zu erwarten hat, daß wir „konstruktiv“ sind, aber keinen Kuhhandel betreiben werden.

Um sowohl Gründe machen zu können, als auch Aufrichtigkeit gegenüber der Basis/dem Wähler zu beweisen, ist die Festlegung eines Handlungsrahmens vor der Wahl unbedingt notwendig. - In diesem wichtigen Punkt unterscheidet sich der Antrag von ähnlichen Diskussionen bei den Grünen. Die hier aufgestellten Prioritäten sollten in der AL weiter diskutiert werden. Allerdings sollte man sich dabei hüten, einen Wählerkatalog der Beliebigkeit aufzustellen, da dadurch Zweck und Glaubwürdigkeit eines solchen Vorgehens nicht verteidigt, sondern nur verunsichert werden. Zwei Kriterien bei der Überprüfung der Forderungen sind notwendig:

- 1. Sie müssen ausgerichtet sein auf wesentliche anstehende und die Bevölkerung betreffende Entscheidungen (bzw. Rückblickend bereits getroffene Entscheidungen) und selbstverständlich im Einklang mit unseren Programmen stehen.
- 2. Sie müssen gerade dort ansetzen, wo die SPD in den eigenen Reihen bzw. ihrem Wählerpotential erhebliche Schwächen hat, die von ihr verdrängt Politik glaubwürdig zu vermitteln.

Letzte Anmerkung

Der Vorschlag ist in vielen Passagen wortwörtlich abgelehnt in ein Thema-Papier von Jürgen Reents, das auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen am 18.11.81 verabschiedet wurde. Weil es die Aufmerksamkeit in vielen Punkten den Aussagen zustimmt, ist gerade in der SPD-Frage zwischen uns und den Grünen eine Einigung erzielt werden muß.

Die Unterschiede zum Grünen-Vorschlag liegen vor allem in der Präzisierung eines möglichen Vorgehens gegenüber der SPD und darin, daß wir eine eindeutige Festlegung der Liste vor den Wahlen über die Frage des unbedingt notwendig halten, um „die Wähler“ nicht über unsere Absichten zu täuschen und um nicht unter dem Entscheidungsdruck nach den Wahlen eine Situation zu haben, in der wegen unüberbrückbarer Differenzen die Liste in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt ist und möglicherweise Entscheidungen dann publizistisch oder - schlimmer noch - Absprachen einzelner Abgeordneter begründet werden, was wir ja nie nicht wollen.

In diesem Punkt, der Konkretisierung und Festlegung von der Wahl, liegt der entscheidende Unterschied zum von den Grünen favorisierten Modell. Seines politischen Wert bekommt ein solches Vorgehen, wenn es offensiv als politisches Druckmittel vor der Wahl eingesetzt wird. Das von den Grünen vorgeschlagene Vorgehen verliert bereits in der Wahlnacht jeden Wert, wenn - was am ehesten zu erwarten ist - ein SPD-Bürgermeister-Kandidat umgehend erklärt: mit den Grünen/Alternativen aus. Es ist völlig wertlos, wenn die „theoretische Möglichkeit“ durch CDU-Mehrheit gar nicht erst zum Zuge kommt. Es bekommt Bedeutung, wenn die Theorie zur Praxis würde, ein solcher Fall zur Verhandlung stünde. In diesem Fall stünden allerdings die Grünen/Alternativen unter Verhandlungsdruck der SPD, die ihrerseits einen Kuhhandel um kleinste Zugeständnisse beginnen und die Alternativen mit immer neuen, ausgeklügelten „Angeboten“ unter Entscheidungsdruck setzen könnte. Der Vorschlag der Grünen geht von der Annahme aus, mit der SPD als Ganzes taktieren zu können, ihr in Gesprächen Zugeständnisse abzurufen und eine Entscheidung darüber auf der Basis des Agens der „Macher und Taktiker“ (so eine Grünen-interne Kritik am Reents-Papier) herzustellen. Die Alternative würde so allerdings zum Behandelbar werden, statt zum Handelnden - zum Kalkül für die Herstellung einer SPD-Regierung, statt die geringeren Möglichkeiten des Druckausübens auf die linken Teile der SPD offensiv zu nutzen.

(Die hier nachstehend abgedruckte Vorlage ist in der AL noch nicht behandelt.) Ein Streitpunkt bei der Bildung einer grün/alternativen Liste für Hamburg dürfte das Verhalten gegenüber der Möglichkeit sein, daß die SPD in der Minderheit nur mit den Stimmen der Alternativen an der Regierung bleiben könnte.

Der Streit wird vermutlich zwischen „linkem“ Dogmatismus und „rech-

ter“ Anpassung verlaufen. Auf der einen Seite steht das Dogma, keinerlei Koalitionen mit den Atom- und Aufrüstungsparteien einzugehen und stattdessen „Fundamentallopposition“ darzustellen. So richtig der Ansatz einer fundamentalen Opposition bei der Ausformulierung eigener politischer Ziele in Alternative zu den etablierten Parteien ist, so unbrüchbar erweist sich eine starre Handhabung dieses Ansatzes in der praktischen Politik. Gerade in Hamburg könnte eine flexible Anwendung alternativer Teilziele gegenüber der SPD, aber auch gegenüber der FDP, die Verschärfung existierender Widersprüche von linken Teilen in diesen Parteien begünstigen, die zunehmend in Widerspruch zur Regierungslinie geraten. In der SPD ist die Linke seit dem Sturz Klonow und der Amtübernahme von Dohnanyi völlig an die Wand gedrückt und hat keinerlei Handlungsspielräume mehr. In der FDP werden alle Weichen für eine mögliche Koalition mit der CDU gestellt, der Lambdordoff-Genscher Kurs in der ehemals linksliberalen Hamburger FDP stabilisiert und die fortschrittlichen Kräfte kassiert. Eine Alternative tut gut daran, diese Entwicklung ernstzunehmen, die Bruchstellen in diesen Parteien zum Gegenstand ihres eigenen Handelns zu machen und Brücken der Zusammenarbeit zu den derzeit in die Defensive gedrängten Linken in SPD und FDP zu bauen.

Vorstellungen, denen auf der anderen Seite auch die „Z“-Strategen bei den Grünen anhängen, die ihrerseits allerdings in der Vergangenheit das Aufspüren dieser Bruchstellen mit der Entwicklung einer Zusammenarbeit mit der SPD als Ganzes verwechselt. Statt einer Strategie des praktischen Nachweises, daß fortschrittliche Politik in dieser SPD nicht möglich ist, orientieren die Z-Strategen auf eine Politik, „die SPD zu Zugeständnissen zu zwingen.“ Dazu sollten „eventuell realisierbare Initiativen“ gemeinsam mit der Sozialdemokra-

te“ gefunden werden (vergleiche hierzu auch den ausführlichen Artikel „Koalition mit der SPD?“ in AK 209). Einen Versuch der Konkretisierung haben die Grünen mit den von Jürgen Reents (Gruppe Z) vorgelegten Thesen zur Bürgerschaftswahl vorgenommen, die auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 18.11. behandelt wurden. In Jürgen Reents ist eine Strategie formuliert worden, der in vielen Punkten zuzustimmen ist, die allerdings in einigen entscheidenden Punkten zumindest unklar bleibt.

Der nebenstehend abgedruckte Antrag eines KB-Mitglieds für die Diskussion der Alternativen Liste konkretisiert ein mögliches Vorgehen zur Bürgerschaftswahl gegenüber der SPD und ihren linken Teilen. Er erklärt die Bereitschaft zur Wahl eines SPD-Bürgermeisters, wenn die SPD eine Reihe von Forderungen im Sinne der betroffenen Bevölkerungsteile und der Basisinitiativen akzeptiert, ohne daß damit eine Bildung der Alternative an die SPD-Regierungspolitik gekoppelt werden würde. Ein entsprechender von der Wahl ausformulierter und abgestimmter Forderungskatalog soll Grundpfeiler dieses Vorgehens sein.

Dagegenüber formuliert der Vorschlag der Grünen zur Bildung eines SPD-Minderheitsregiments, lediglich sehr unverbindlich, daß man „zu Gesprächen bereit (wäre), welche Anliegen grün/alternativer Politik die SPD in ihr Satzungsprogramm aufnehmen würde“. Auch wenn festgeschrieben wird - immerhin ein Fortschritt - daß über Annahme oder Ablehnung der Mitgliederversammlung (und nicht die Parlamentsfraktion allein) zu entscheiden habe, heißt es weiter: „Weitere Festlegungen in dieser Frage halten wir so lange nicht für nötig, wie eine solche Situation in Hamburg überhaupt noch nicht akut, sondern nur theoretische Möglichkeit ist“ und möglicherweise die SPD sich so, wie für eine Große Koalition

Grünes Friedensmanifest
Grünes Friedensmanifest
»redaktionell überarbeitet«

Seit Mitte November liegt das dem Offenbacher Parteitag vom 2.-4. Oktober beschlossene Friedensmanifest der Grünen gedruckt vor. Der Parteitag hatte eine Kommission zur „redaktionellen Überarbeitung“ der in Offenbach beschlossenen Formulierungen eingesetzt. Diese Kommission, bestehend aus Hans Verbeke (NRW), Klaus Wolchow, Mario-Luis Beck-Oberdorf (Baden-Württemberg), Roland Vogt und Erhard Mäler (NRW), hat sich einige dichterische Freiheiten zugelassen. Neben echten stilistischen Verbesserungen - z.B. Ersetzung der NATO/KPD-Formel „die Krennfahrer“ durch den neutralen Begriff „die sowjetische Regierung“ - hat sie auch weitreichende Umstellungen, sachliche Änderungen und völlige Neuformulierungen vorgenommen.

Neue Vorwürfe gegen die Sowjetunion

Um die angebliche Übereinstimmung im Denken der „Militärstrategen des Westens und des Ostens“ stärker zu betonen, hat sich die Redaktionskommission folgenden Satz ausgedacht: „Die östlichen Militärs erklären, die bedrohliche Vision vom Untergang der Menschheit in einem Atomkrieg läßt sie nur die Siegeszuversicht und den Kampfwillen“. Zweifellos gibt es Aussagen sowjetischer Militärs in diese Richtung. Aber auch dem oberflächlichsten Zeitungsleser dürfte nicht entgangen sein, daß die sowjetische Regierung in den vergangenen Wochen immer wieder öffentlich erklärt hat, daß sie einen atomaren Krieg für nicht begrenzbare halte - in Abgrenzung zu Reagan's Aussagen über einen denkbaren begrenzten Atomkrieg in Europa.

An anderer Stelle hat die Kommission ihre höchst eigenwillige Begründung für die sowjetische Rüstung eingeschoben: „Die sowjetische Militär-

macht ist mit dem politischen Apparat zu einem militärisch-bürokratischen Komplex verwachsen, in dem das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereichs dominiert“. Das ist die Sichtweise der „Externalismus-Theorie“ von Thompson und Bahro, nach der sich der Expansionsdrang militärischer Vernichtungspotentiale - als der höchsten Stufe eines selbstzerstörerischen Industriesystems - zwangsläufig, gesteuert durchsetzen muß, im Westen wie im Osten. Sicherlich hat diese Theorie bei den Grünen ihre Anhänger - auf dem Parteitag zur Ablehnung gestellt wurde sie allerdings nicht.

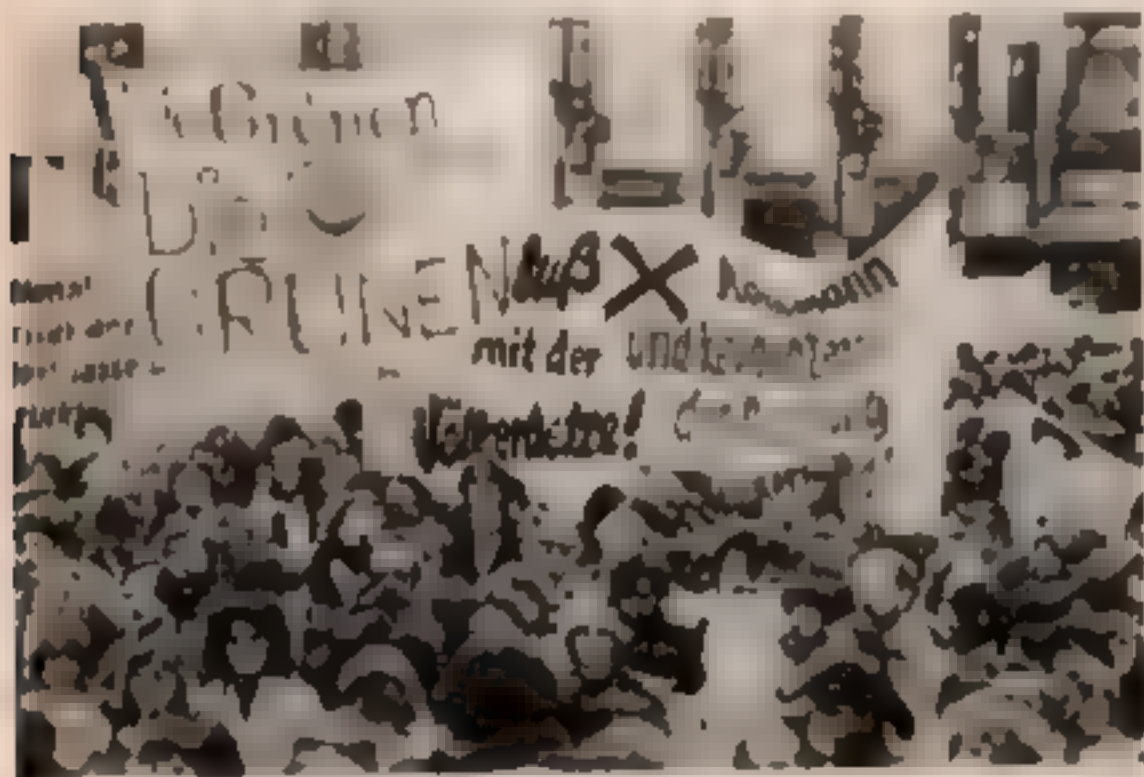
Weiterhin Konfusion um das militärische Kräfteverhältnis

Der Offenbacher Parteitag hatte zum Streitgespräch zwischen USA und Sowjetunion völlig unvereinbare Aussagen aus verschiedenen Entwürfen seine Zustimmung gegeben (vgl. Offener Brief des KB an die Grünen). So wurde einerseits folgender Satz aus dem Antrag des Hamburger Landesverbandes beschlossen: „Seri dem Amtsantritt von Reagan ist aus dem dauernden Vorwärtstreiben (der US-Rüstung, Anm. AK) ein unabweisbares Davongaloppieren geworden ...“. Andererseits wurde aus dem Antrag des Landesverbandes NRW die Behauptung übernommen, die Sowjetunion habe in den letzten Jahren „in einem gigantischen Nachrüstungsbeschluß“ mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen“. - Dieser offenkundigen Widerspruch hat die Kommission auf elegante Art zu lösen versucht: das „Davongaloppieren“ wurde gestrichen, die „quantitative sowjetische Nachrüstung“ jetzt auf das „Feld der strategischen Atomwaffen“, bezogen. Ähnlich wurde auch an anderen Stellen verfahren: der in Offenbach beschlossene

ne Satz „Die Grünen betrachten das Schreckgespenst einer östlichen Überlegenheit ... als das Resultat der gestiegenen Verbreitung von Unwahrheiten ...“ wurde durch Streichung des „Schreckgespenst“ entschärft und lautet jetzt: „Die Grünen betrachten die Sorge vor einer östlichen Überlegenheit ... als das Resultat der gestiegenen Verbreitung von Unwahrheiten ...“.

Abgemildert wurde allerdings auch eine Aussage über die sowjetische Bedrohung. Gestrichen wurde der Satz „Auch die Militärmacht der Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist“. Und der in Offenbach beschlossene Satz „Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist die (die Militärmacht der Sowjetunion; Anm. AK) ein Mittel der Eroberung“ heißt nach der Überarbeitung durch die Kommission: „Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist diese Militärmacht geeignet zur Eroberung“. Diese Einschränkung wird allerdings im folgenden Satz schon wieder aufgehoben, in dem - wie in Offenbach beschlossen - von der „sowjetischen Eroberungspolitik rund um den Globus“ die Rede ist.

Das Bemühen um weniger drastische Formulierungen kommt auch in folgendem Passus zu den SS-20-Raketen zum Ausdruck: „Auch wenn die Sowjetunion den neuen amerikanischen Waffen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen kann (dieser Satzteil ist eine Neuformulierung der Kommission, Anm. AK) stellt die SS-20-Atomrakete nach den Aussagen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI durch ihre Reichweite (bis zu 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung - und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den pro-



Grüne bei der Anti-Breschnew-Demo in Bonn

Fortsetzung von voriger Seite

propagandistischen (neueingefügt, Anm. AK) Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf. Der letzte Satz treibt die Verwirrung auf die Spitze: denn daß die Sowjetunion für die Aufrüstung der NATO den „propagandistischen Vorwand“ liefert, kann ihr doch wohl kaum vorgeworfen werden – es sei denn, die NATO-Propaganda antwortete einem wahren Kern und es gäbe so etwas wie eine sowjetische Vorrüstung!

Der Streichung zum Opfer fiel außerdem ein in Offenbach verabschiedeter Satz, der das Ziel der „veränderten US-Globalstrategie“ konkretisiert. Die „weiteren waffentechnischen Entwicklungen“ würden „die Fähigkeit zum ersten und entwerfenden Schlag immer näher rücken lassen“.

Die weitreichenden Umstellungen, die die Kommission vorgenommen hat – Verpflanzung der Passagen zur sowjetischen Rüstung aus dem Teil „Wettläufer“ in den Abschnitt über die „Nachrüstung“ – haben auch noch ein weiteres, sicher nicht unbeachtliches Ergebnis. Während die in Offenbach beschlossene Version des „Nachrüstungs“-Teils mit der Unterstützung des Krefelder Appells endete (der letzte, zusammenfassende Satz lautet „Eine solche Atompolitik zu verhindern, ist der Sinn des Krefelder Appells“), hat die „überarbeitete“ Fassung eine weniger eindeutige Stoßrichtung. Sie endet mit einem neu formulierten und gar nicht auf die „Nachrüstung“ bezogenen Absatz, der sich allgemein gegen „Abschreckungsmaßnahmen und Militarisierungen (s.B. Waffenexport und Stützpunktbildung) in der gesamten Welt“ und „gegen die ganze atomare Verteidigungsstrategie von NATO und Warschauer Pakt“ wendet.

„Wiedervereinigung“ eingeschmuggelt

Die mit Abstand unverfrorensten Eingenommenheiten hat die Kommission bei der „Überarbeitung“ des Abschnitts „Nicht dem Osten, nicht dem Westen, sondern untereinander loyal“ begangen. Drei Absätze, die dem Parteilager nicht einmal vorgelesen haben – geschweige denn, daß sie beschlossen worden wären – sind völlig neu in das Manifest aufgenommen worden. Ein Absatz, in dem die „Gewerkschafts- und Bürgerrechtsbewegungen Osteuropas“ begrüßt werden, ein zweiter, in dem mal so eben die „Berlin-Frage“ in das Friedensmanifest eingeführt wird. „Durch die Auflösung der europäischen Blockkonfrontation kann auch Berlin eine Zukunftsperspektive gewinnen. Friedenspolitik muß sich auch mit dem andauernden Besetzungszustand Berlins auseinandersetzen.“ Die größte Dreistigkeit ist aber zweifellos die Übernahme eines Abschnitts aus dem Programm der AL Westberlin zur „nationalen Frage“ und zur „Wiedervereinigung“: „Wir Grünen halten es für die angemessene Strategie, Paktfreiheit anzubieten. Schon der Angebot, schon das heute Nachdenken über eine militärische Paktfreiheit würde die Realität zwischen den beiden deutschen Staaten und das Verhältnis von Ost- und Westeuropa verändern. Ein Angebot der Paktfreiheit durch die Bundesrepublik oder durch die DDR kann der jeweils andere deutsche Staat nicht ignorieren. Er muß sich damit auseinandersetzen, weil das statisch geförderte Feindbild vom anderen Deutschland zusammenbricht. Die Bundesrepublik muß nicht warten, bis die DDR gleichzeitig ein solches Angebot macht. Zwei paktfreie deutsche Staaten werden für viele Probleme, die heute unlösbar scheinen, eine Lösung ermöglichen. So würde die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden.“

J., Hamburg

Interview mit Marie-Luise Beck-Oberdorf

Marie-Luise Beck-Oberdorf ist Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg. Sie war Mitglied der Antragskommission auf dem Offenbacher Parteilager der Grünen, die auch für die „Überarbeitung“ des in Offenbach verabschiedeten Friedensmanifests verantwortlich ist (vgl. Artikel in diesem AK).

Die Fragen wurden von uns schon vor einigen Wochen Frau Beck-Oberdorf schriftlich vorgelegt. Sie beziehen sich auf die in Offenbach verabschiedete Originalfassung des Friedensmanifests.

Frage: Der KB hat den Grünen in seinem Offenen Brief vorgeworfen, das Friedensmanifest, insbesondere die als weitreichenden Aussagen über die Politik der Sowjetunion, ohne ausreichende Diskussion verabschiedet zu haben. Halten Sie diesen Vorwurf für berechtigt?

MLBO: Wir hatten in Offenbach eine heisse Debatte um die Frage der Einbeziehung militärischer oder quasi-militärischer Verteidigungskonzepte neben dem Konzept der „Sozialen Verteidigung“. Dies bezog sich aber nicht auf die von Ihnen angeschnittenen Punkte (Sowjetunion). Im Gegenteil hat eine sehr große Mehrheit auf der Bundesversammlung eindeutig Stellung genommen gegen Vorstellungen, die in Ihrer Richtung dort ja auch geklärt worden sind.

Darüberhinaus: Was ist eine „ausreichende“ Debatte? Die Beschlussfassung über ein Manifest wie das vorliegende ist ja selbst Teil der Debatte innerhalb der Friedensbewegung. Ihre Behauptung, ein Großteil der Delegierten habe sich „zweifeln“ noch nie mit den Details des Wettlaufens auseinanderzusetzen, ist vielleicht doch ein bisschen überheblich.

Frage: Im Friedensmanifest wird behauptet, die Sowjetunion habe „in einem gigantischen Nachrüstungswettbewerb“ mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen. Zur SS-20 wird gesagt: „Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf.“ Wie verhält sich das mit Ihren Ausführungen auf dem Landesparteilager der Grünen in Baden-Württemberg, wo Sie zur SS-20 gesagt hatten: „Die Dislokierung der SS-20, deren Vorgänger SS-4 und SS-5 bereits seit 20 Jahren westeuropäischen Boden erreichen können, schaffen keine neue strategische Situation, wie man aus jetzt wemachen will – sondern jedoch ist es mit den Waffen des Westens, die sehr wohl eine neue Strategie ermöglichen. Angesichts dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung vielleicht gar nicht so unverstehlich – jedenfalls nicht bei einer Politik, die ebenso wie die Politik des Westens den Gedanken „je mehr ich mich dem Feind gegenüber zeige, desto mehr wird er sich dem Feind gegenüber zeigen“ als sehr wohl eine neue Strategie ermöglichen. Angesichts dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung vielleicht gar nicht so unverstehlich – jedenfalls nicht bei einer Politik, die ebenso wie die Politik des Westens den Gedanken des Gleichgewichts des Schreckens und damit des Auftritts abhängt.“

MLBO: Ihre Zeitung ist sehr an einer Nicht-„Ausgewogenheit“ der Friedensbewegung interessiert. Vor allem scheint Ihnen jede Kritik an der Politik der UdSSR sehr gegen den Strich zu gehen. Allerdings befinden Sie sich da, und das sollten Sie akzeptieren, im Widerspruch zu einem großen Teil der Friedensbewegung, und insbesondere zu den Grünen, bei denen es (bei allem Zank und Zwist, der mitunter in unseren Reihen aufkommen mag) in dieser Frage eine sehr große Einmütigkeit gibt.

Den Standpunkt der Grünen hier zu verstehen fällt Ihnen vielleicht gerade aus den in Punkt 1 genannten Gründen schwer, denn der von Ihnen bemängelte Widerspruch kommt nicht aus der Denkhaltung der Grünen, sondern aus der Wirklichkeit.

Wir behaupten zwei Dinge: Erstens, daß die USA die Hauptverantwortung für den „Rüstungswettlauf“ in der Nachkriegszeit tragen. Zweitens, daß die USA und Sowjetunion beide verantwortlich sind für die Kriegsfahr. Beides trifft zu. Möglicherweise ist die Sowjetunion im Gegensatz zu den USA nicht in der Lage, von sich aus aus dem Rüstungs- und Abschreckungskarussell auszustiegen. Tatsache ist aber, daß sie das nie versucht hat und daß auch der Bürokraten Logik ihrer Führung völlig widersprechend wurde (siehe etwa „Atomkraftwerke im Sozialismus und sicher“) Tatsache ist, daß die Antwort der Sowjetunion auf amerikanische Rüstung Rüstung ist, auf die dann wieder die Amerikaner mit Rüstung antworten.

Frage: Einmal abgesehen von unseren unterschiedlichen Bewertungen des grünen Friedensmanifests – wie sehen Sie generell die Gefahr, daß die

Friedensbewegung sich zusehends die Forderung „Gegen Nachrüstung“ und SS-20“ aufdrängen läßt, was nach Lage der Dinge eine Unterbrechung der NATO-Forderung nach einseitiger, sowjetischer Abrüstung bedeuten würde?

MLBO: Wir halten es für die Aufgabe der Friedensbewegung in Westeuropa (und der Grünen in diesem Rahmen), eine Lösung von den USA zu erreichen, ohne dabei ins Lager der Sowjetunion zu fallen. Jemand, der die Blockbildung nach dem 2. Weltkrieg für die entscheidende Ursache der jetzt wachsenden Bedrohung sieht, muß irgendwann einmal klarmachen, daß er nicht dem einen Block gegen den anderen helfen will, auch dann nicht, wenn in irgendeiner Detailfrage dieser Block vielleicht sogar mit Grund auf den „bösen anderen“ verwiesen kann.

Aus unserer Sicht der Dinge sind wir nicht in der Lage, einem der beiden Blöcke ein qualitativ besseres oder menschenfreundlicheres „System“ zu attestieren, und deshalb können wir auch nicht, wie die DKP aus einem solchen System „objektiv“ auf die Friedensliebe der Sowjetunion schließen. Wir können nur zwei Dinge feststellen: Die USA liegen vorne, die UdSSR kurz dahinter, und beide operieren mit einem menschenverachtenden großindustriellen Machtapparat, im Interesse undemokratischer und unökologischer Wachstumsideologien.

Eine neue Qualität können wir in diese Situation nur bringen, indem wir uns grundsätzlich außerhalb dieser Blockinteressen bestimmen. Wenn wir dies in praktische Politik umsetzen wollen, müssen wir darauf sehen, daß wir uns nicht subjektiv oder objektiv zu einer „Fünften Kolonne“ des gegnerischen Blocks machen. Deshalb ist es sehr wichtig, daß wir zwar unsere Kritik in erster Linie gegen unsere eigene Führungsmacht und auch unsere eigene Regierung richten (und niemand kann uns vorwerfen, wir würden uns NATO-Konzepte zu eigen machen, das ist doch dummes Zeug), aber nicht unter den Tisch fallen lassen, daß unsere Hoffnung in Osteuropa sich auch dort auf die Friedensbewegung an der Basis richtet (die es ja bekanntlich mit ihren Regierungen nicht leicht hat). Das Wachstum irgendeines Landes in Europa von einem Militärblock in den anderen würde die Spannungen mit Sicherheit unerbarebar verschärfen. Es ist auch im wohlverstandenen Interesse der Sowjetunion, daß das nicht passiert.

Wieviel unser Friedensmanifest letztlich wert ist, darüber wird die Friedensbewegung entscheiden. Der Vorfall in Schweden hat jedenfalls viele von uns darin bestärkt, daß es richtig war, nicht unsere eigene Unabhängigkeit auch gegenüber Anbiederungsversuchen aus DKP-nahen Kreisen infrage stellen zu lassen.

Wieviel unser Friedensmanifest letztlich wert ist, darüber wird die Friedensbewegung entscheiden. Der Vorfall in Schweden hat jedenfalls viele von uns darin bestärkt, daß es richtig war, nicht unsere eigene Unabhängigkeit auch gegenüber Anbiederungsversuchen aus DKP-nahen Kreisen infrage stellen zu lassen.

Einige Anmerkungen

Mit dem Brief von Hartmut Regenstein (Mitglied des Landesvorstandes NRW der Grünen) hat das Schreiben von Frau Beck-Oberdorf eine wam-

nliche Gemeinsamkeit. Beide gehen mit keinem Wort auf die in unserem Offenen Brief aufgezählten Kritikpunkte am Grünen Friedensmanifest ein. Das entspricht auch dem Verhalten des Bundesvorstandes, der sich mit dem Offenen Brief überhaupt nicht befaßt hat, sondern ihn zur Behandlung an den Bundeshauptauschuß (BHA) verwiesen hat – und dieser tagte leider erst nach Vorliegen der ersten Auflage des Friedensmanifests. Ein solcher Umgang mit Kritik ist wirklich aussergewöhnlich solidarisch und produktiv! Es hat ganz den Anschein, als sollten um jeden Preis ein paar Angriffe gegen die Sowjetunion „verabschiedet“ werden – wobei es die letztlich für die Formulierung Verantwortlichen wenig gekümmert hat, ob diese Angriffe überhaupt Sinn machen und machlich zutreffend sind (Der Sowjetunion beispielsweise vorzuwerfen, wie es im Friedensmanifest getan wird, sie habe „neue Generationen“ von Panzern in Dienst gestellt, macht unserer Meinung nach wenig Sinn. Erwartet man ernsthaft, daß die Sowjetunion ihre Armee bloß mit Weltkrieg-II-Stücken ausstatten darf?) Daß Frau Beck-Oberdorf über Daten zur Militär-Diskussion gut informiert ist, soll keineswegs bezweifelt werden. (Tatsächlich belegt ihre Rede auf dem letzten Landesparteilager in Baden-Württemberg, daß sie ausgezeichnet informiert ist in diesem Sinn wurde es auch in unserem Offenen Brief zitiert). Nur fragt sich doch sehr, ob das so auch für die Gesamtheit der Grünen Partei oder zumindest für die Delegierten des Parteilagers gilt... (D e s w i r i n u n s e r e m O f f e n e n B r i e f a n g e w i e d e r t w o r d e n). Daß die Diskussion dazu in der Grünen Partei noch sehr unterentwickelt ist, läßt sich kaum ernsthaft bestreiten.

Es spricht für sich, daß der Parteilager der Grünen – anscheinend ohne Widerspruch – einen Satz ins Friedensmanifest aufnehmen, demzufolge die Sowjetunion mit den USA im Bereich der „strategischen Raketen“ (Langstrecken-Raketen) „gleichgezogen“ habe. Erst später (ob aufgrund unseres Offenen Briefes oder ob aufgrund anderer Denkanstöße, ist uns unbekannt) fiel einigen auf, daß das wohl nicht stimmt. Statt nun aber den Satz zu streichen, änderte man: die Sowjetunion habe bei den „u s r o strategischen“ Raketen (Mittelstrecken-Raketen) „gleichgezogen“. Geblieben ist aber der Satz, daß die SS 20 „den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen“ liefert und „somit den Rüstungswettlauf fördert“. Das bedeutet: Die Grünen fordern von der Sowjetunion, daß sie darauf verzichtet, mit dem Westen „gleichzuziehen“. Die Sowjetunion soll gefälligst die militärische Überlegenheit des Westens akzeptieren. Andernfalls liefert sie „propagandistischen Vorwand“ für „westliche Gegenmaßnahmen“, d.h. für weitere westliche Vor-Rüstung.

Wer so argumentiert, steht nicht „quer“ oder „autonom“ zu den Blöcken, sondern macht sich in einer wichtigen Frage die Interessen der NATO an militärischer Unterlegenheit der Sowjetunion zu eigen.

AK-Redaktion

Aussagen des grünen Friedensmanifests zur Sowjetunion („redaktionell überarbeitete“ Fassung)

Wir GRÜNEN sind in unserem Engagement gegen die NATO-Aufrüstung weit davon entfernt, in der Sowjetunion einen Hort des Friedens zu sehen! Die sowjetische Militärmacht ist mit dem politischen Apparat zu einem militärisch-bürokratischen Komplex verwachsen, in dem das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereiches dominiert. Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist diese Militärmacht geeignet zur Eroberung. Das Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die „Absicherung“ des eigenen Machtbereichs durch seine Ausdehnung rund um den Globus, das ökonomische Motiv ist die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen.

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren eine weltweit operierende Kriegsmaschine ausgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bomben (Backfire), Kampfflugzeuge usw. in „Dienst gestellt und in einer gigantischen Nachrüstung mit den USA auf dem Feld eurostrategischer Atomwaffen gleichgezogen. Auch wenn die Sowjetunion den neuen amerikanischen Waffen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen kann, weißt die SS-20-Atomrakete nach den Aussagen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI durch ihre Reichweite (bis zu 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung – und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas der Sie liefert den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf.

Jede neue Bedrohung wird zu Gegenmaßnahmen führen und neue Waffen- und Waffengenerationen hervorbringen, die dem neuen Bedrohungspotential entgegenzusetzen werden. Abschreckungsmaßnahmen und Militarisierung (z.B. Waffenexport und Stützpunktbildung) in der gesamten Welt werden verstärkt, dadurch die Zahl und die Gefährlichkeit der Konfliktherde potenziiert, und jeder lokale Krieg in irgend einer Region der Erde kann die Eskalation der „Abschreckung“ bis zum Einsatz von Atomraketen in Gang setzen. Deshalb sind wir gegen jede neue Atomwaffe in Europa, gegen die Fortführung II, die Cruise-Missile, und gegen die SS 20, die schließlich auch keine Friedensraketen sind. Deshalb sind wir gegen die ganze „atomare Verteidigungsstrategie“ von NATO und Warschauer Pakt und für ein atomwaffenfreies Europa einschließlich seiner Randmeere.

Landesdelegiertenkonferenz der Grünen Niedersachsen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen Niedersachsen am 21./22.11. in Braunschweig war bestimmt von den Vorbereitungen für die Landtagswahlen im März 82.

In zahlreichen Arbeitsgruppen wurden Grundzüge eines Programm-entwurfs und einer Wahlkampfliste formell erarbeitet. Diese sollen demnächst auf einem öffentlichen Ökomeeting (am 12./13.12.) weiter diskutiert werden. Hierzu wollen die Grünen auch Interessenten aus Bli einladen.

Ganz unter dem Zeichen der Basisdemokratie stand die Neuwahl von vier der acht Vorstandsmitglieder. Obwohl in der Sitzung gar nicht vorgeschrieben, sprach sich die überwiegende Mehrheit der Delegierten dagegen aus, das kommunale Mandatsträger ein Parteimitglied beizubehalten.

Als Leitfaden für die aus Delegierten der einzelnen Arbeitsgruppen bestehende Programmkommission wurde ein Antrag von Manuel Kiper (Hannover) angenommen. Hierin werden hauptsächlich die Folgen der CDU-Politik für Niedersachsen angeprangert und die Möglichkeiten einer grünen Alternative aufgezeigt.

Leider gab es keine ausführliche Plenardiskussion über die Schwer-

punkte des Landtagswahlprogramms und das Vorgehen bei der Vorbereitung der Landtagswahl.

Erfreulich war, daß gegen Ende der Konferenz noch einstimmig beschlossen wurde, die vom Bundesvorstand herausgegebene atomare Lagekarte der Nation, wobei als Nation das Gebiet von BRD und DDR dargestellt wird, nicht zu verbreiten. Der Bundesvorstand wurde aufgefordert, das Plakat zurückzuziehen. Ferner soll geklärt werden, wer im Bundesvorstand dieses gesamtdeutsche Machwerk (es fehlte nur noch der Stachel draht an der Grenze) zu verantworten hat.

Prominentester Besucher am Rande der Tagung war Carl Boddermann, ehemaliger Landesvorsitzender der GLU Niedersachsen, 1978 nach den Landtagswahlen mit Eklat zurückgetreten und dann auch aus der GLU ausgestoßen. Boddermann trat in der GLU für einen scharfen Kurs gegen den linken Flügel ein und entfaltete seine Haupttätigkeit als Heisekader in Hessen und Hamburg, wo er intensiv an der Spaltung der Wahlbewegung arbeitete. Über ihn liefen wichtige Kontakte zu Herbert Gruhl, der damals gerade zur Entlassung der GLU seine CA/ gegründet hatte.

Zwischenbilanz nach der Anti-Breschnew-Demonstration

Die Anti-Breschnew-Demonstration am 22.11. sollte der erste Versuch sein, eine Front in der Friedensbewegung zu formieren und der Öffentlichkeit vorzustellen. Zu diesem Zweck hatten sich die Grünen mit dem Bundesvorstand des BBU, mit der AL Westberlin und mit den verbliebenen ML-Gruppen zusammengetan, am Rande dieses Bundeskongresses agierten Jusos und Jungdemokraten eher zurückhaltend. Kein zahlenmäßig bei dem Bundeskongress am 22.11. ein schwaches Bild, zumal es ganz im Schatten der viel besser besuchten CDU-Demonstration stand. Es wäre aber falsch, die Stärke und die Zukunftsaussichten dieser Fraktion der Friedensbewegung nur an der Zahl ihrer Demonstrationen am 22.11. zu messen. Andere Indizes (z.B. die breite Zustimmung zum Offenen Brief Havemann an Breschnew und die ideologischen Breiten in „Pflasterstrand“ und „faz“) lassen vermuten, daß diese Kräfte am 22.11. noch keineswegs das Ende ihrer Entfaltungsmöglichkeiten demonstriert haben.

Der 22.11. und die ersten Reaktionen

Die Initiative, am 22.11. anlässlich des Breschnew-Besuchs in Bonn zu demonstrieren, war vom Parteitag der Grünen (Anfang Oktober) ausgegangen. (Eine ausführliche Darstellung der diversen Initiativen und Bündnisverhandlungen war in den letzten Ausgaben des AK zu finden und soll hier nicht noch einmal wiederholt werden.)

Die wichtigsten Unterzeichner des endgültigen Aufrufs zum 22.11. waren die Grünen, BBU, Jusos Schleswig-Holstein, Juso-Hochschulgruppen, ESG, AL Westberlin, Unterstützer der Russell-Initiative, Steinko-Initiative Westberlin (SPD-orientiert), Grüne Liste Schleswig-Holstein (das sind die von der grünen Bundesspartei abgespaltenen Rechten um Baldu Springmann), Grüne Alternative Liste Münster, ASIA Uni Bochum, ASIA Uni Düsseldorf, ASIA PH Hannover, DFG-VK Klee, DFG-VK Aachen, DFG-VK Saarbrücken, KBW, KPD/ML und „Volksfront“; LHV Aachen.

Außerdem hatte als dritte verbliebene ML-Organisation auch der KABD zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen.

Wieviele Menschen sich an der Demonstration dieser „Friedenspolitischen Initiative“ (so lautete der offizielle Name des Aktionsbündnisses) beteiligten, ist umstritten. Die bürgerlichen Medien sprachen mal von 5.000, mal von 10.000. Die Veranstalter obliegen sich auf 12.000. Die „faz“ gab 8.000 bis 10.000 an (23.11.), klagte allerdings kurz darauf, daß sich, abgesehen von den „ML-Sekten“, an der Demonstration nur 3.000 Menschen beteiligt hätten (23.11.). Richtig ist daran jedenfalls, daß die MLer mit ihren mehr oder weniger vaterländischen Sprüchen als stärkstes Element des Zuges hervorstritten.

Daß 300.000 nach Bonn kommen würden, wie am 10.10., hatte zum traten.

Daß 300.000 nach Bonn kommen würden, wie am 10.10., hatte zum 22.11. selbstverständlich niemand erwartet. Aber maximal 12.000 sind doch allzu jämmerlich, zumal, wenn man weiß, daß der KBW allein in seinen besten Zeiten schon 15.000 Menschen nach Bonn mobilisieren konnte. Und ohne die Vollmobilisierung der MLer wäre der Zug am 22.11. sogar noch viel dünner ausgefallen.

Daß der 22.11. zahlenmäßig gesehen ein Reinfall für die Veranstalter war, läßt sich selbst mit zwei zugedruckten Augen nur mühsam übersehen. Mehrere Faktoren haben dabei eine Rolle gespielt. Die Mobilisierungszeit war recht kurz, und die Mobilisierung scheint zudem nur von den MLern wirklich mit vollem Einsatz und ohne Belastung durch politische Skrupel organisiert worden zu sein. Aber nicht zuletzt ist die geringe Zahl von Teilnehmern auch als Abzug von großen Teilen der Friedensbewegung an die politischen Aussagen und Absichten der Veranstalter zu interpretieren. Für die relevanten Kräfte, die um Frontbildung innerhalb der Friedensbewegung bemüht sind, wird dieser magerste erste Auftritt sicher ein Anlaß sein, ihre propagandistischen Anstrengungen zu verstärken.

Voll befriedigt über den Verlauf der Sache geben sich allerdings die MLer.

Die KPD/ML spricht von einem „Erfolg für die Friedensbewegung“, und einer „Demonstration für die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung“. Die Demonstration habe zum Ausdruck gebracht, daß Breschnew ein genauso gefährlicher Kriegstreiber wie Reagan ist. Für diesen Erfolg weist sich die KPD/ML als wichtigste Kraft: „Nicht zuletzt der Einsatz der KPD-Genossen bei den Vorbereitungsarbeiten und auch bei der Mobilisierung haben zum Erfolg dieses Tages wohl oder dieser und anderer Schwierigkeiten (Was damit gemeint ist, wird gleich noch erklärt — Anm. AK) beigetragen. Und auch die Demonstration

wurde zum großen Teil geprägt durch das Auftreten unserer Genossen. Von allen teilnehmenden Organisationen stellte die KPD, zusammen mit der VOLKSFRONT, den stärksten Block“. Die Demonstration hätte aber größer sein können, meint die KPD/ML, wenn die wichtigsten Unterzeichner des Aufrufs „auch wirklich mobilisiert hätten“. Dies sei aber nicht der Fall gewesen, was die KPD/ML vor allem den Grünen ankreidet. „Wir meinen, der Bundesvorstand der Grünen hat der Friedensbewegung damit einen schlechten Dienst erwiesen. Und er hat den Interessen der Mitglieder seiner Organisation einen schlechten Dienst erwiesen.“ („Roter Morgen“ vom 27.11.).

Der KBW meint, daß das große Angebot an Demonstrationen in der letzten Zeit, wie auch die gleichzeitig stattfindende Demonstration in Amsterdam, dazu geführt hätten, daß „viele“, die eigentlich am 22.11. in Bonn demonstrieren wollten, „es sich

AB auch mehrere trotzkistische Gruppen (GIM, KL), die Marxistischen Gruppen, der BWK (Abspaltung des KBW) und — unseres Wissens als einziger Teil der Grünen — deren Hamburger Landesverband ausgesprochen außerdem selbstverständlich die DKK.

Die KL (Kommunistische Liga) schrieb u. a.: „Die Initiative und ihr Aufruf zielen sehr eindeutig darauf ab, den Breschnew-Besuch zu nutzen, um ihre ‚Ausgewogenheit‘ zu demonstrieren... Es ist übrigens genau jene ‚Ausgewogenheit‘, die von regierungsoffiziellen Stellen und allen Ideologen des bürgerlichen Staates schon lange gefordert wird“. Diese „Ausgewogenheit“ verdeckte „die Rolle der Bundesregierung im Rahmen der neuen aggressiven NATO-Politik“. Und sie mache „sich die Argumentation und Propaganda der NATO zu eigen, mit der diese ihre ‚Nachrüstung‘ und ihren aggressiven Kurs legitimiert“. — „Die ‚Ausgewogenheit‘ wird doppelt falsch, wenn

springlichen Interessen der Bewegung zum Ausdruck zu bringen. In diesem Zusammenhang beurteilen wir alle Bestrebungen, GRÜNE Friedenspolitik den Stempel bürgerlicher ‚Ausgewogenheit‘ aufzudrucken“ (Sartische Hamburger Delegierten hatten bei Is auf dem Parteitag der Grünen Anfang Okt. bei gegen den Demonstrationsschluß gestimmt).

Die DKK verhielt sich gegenüber der Demonstration vom 22.11. vorwiegend mit Stillschweigen. Das entspricht der üblichen Parteilinie, erstens solche Vorgänge „nicht hochzuspielen“ und zweitens nicht durch eine scharfe Polemik den Schaden noch zu vergrößern. Der einzige Kommentar zur Demonstration war in der „UZ“ vom 14.11. abgedruckt und noch nicht einmal — was sonst bei jedem geringeren Anlaß üblich — von einem Mitglied der DKK-Führung unterzeichnet. In dem Kommentar hieß es u. a.: „Dieser Aufruf zeichnet sich durch eine Reihe von Widersprüchen und Fragwürdigkeiten aus. Auf der einen Seite begrüßen die Unterzeichner den Besuch Leonid Breschnew in der Bundesrepublik und sprechen sich für eine ernsthafte Prüfung sowjetischer Verhandlungsvorschläge aus. Auch stellen sie in Übereinstimmung mit allen Kräften der Friedensbewegung fest: ‚Es gibt keine sowjetische ‚Vorrüstung‘, die durch eine NATO-‚Nachrüstung‘ zu korrigieren wäre‘. Dann jedoch verbinden sie die Forderung nach Aufkündigung des NATO-Raketenbeschlusses mit der

Demonstrationen beschreiben, „eine Bewegung in Form von Kundgebung, Demonstrationen und weiteren öffentlichen Versammlungen zu initiieren, um die aggressive Außenpolitik Moskaus deutlich zu machen. In der Bundesrepublik sollen im Zusammenhang mit dem Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew im November die ersten Veranstaltungen dieser Art organisiert werden (zitiert nach „Welt“, 9.10.). Die „Welt“ behauptete darüber hinaus: „Zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien sind bereits Kontakte geknüpft worden, welche Aktionen gemeinsam zu unterstützen“. (Eine Behauptung, die scheinbar im Widerspruch zu den späteren Vorgängen steht, aber die niemals demonstriert worden ist).

2. Eine kleine „Allparteienkonkultion“ kam anlässlich der Bonner Friedensdemonstration am 10.10. zustande. Die Bundestagsabgeordneten Möllemann (FDP), Horn (SPD) und Merles (CDU) ließen am Bonner Himmel ein Flugzeug mit dem Spruchband „Wer demonstriert in Moskau?“ kreisen. Unter demselben Motto warben die drei auch in einer halbseitigen Zeitungsanzeige für eine „realistische Friedenspolitik“ und für den NATO-„Nachrüstungsbeschluss“. Dem „Spiegel“ ist die wichtigste Information zu verdanken, daß hinter diesem Unternehmen ein „Bonner Kreis — Vereinigung für Friedens- und Sicherheitspolitik“ stand, in dem u. a. ein Militärs-Verlag (Mösch-Verlag Bonn/Koblenz) und die Firma Rheinmetall („einer der größten Waffenproduzenten in der Bundesrepublik“) direkt engagiert sind („Spiegel“, 9.11.).

FDP-Möllemann, der nebenbei auch noch unter dem Pseudonym „Initiative ‚Freiheit für Afghanistan‘“ agiert, hatte offenbar die besten Absichten, am 22.11. die am 10.10. begonnene Große Koalition fortzusetzen: Einen Aufruf mit der Bitte um Unterschrift verschickte er an alle Bundestagsabgeordneten. Im wesentlichen unterzeichneten aber nur CDU-Leute, außerdem angeblich auch 14 FDP-Abgeordnete. Die Jungdemokraten und die SPD distanzieren sich von Möllemanns Vorstoß. Der Fraktionsvorsitz der SPD erklärte, die Initiative Möllemanns sei „im Geist der ‚Kalten Krieger‘“ („laut „Welt“, 12.11.).

Wie zu erwarten war, bot die Demonstration, als deren Hauptorganisator die Junge Union der CDU/CSU auftrat, auch allerlei rechtsradikalem Völkchen ein gern angenommenes Forum. Ein paar Hundert Nazischwänker, auch, gleich als solchem Völkchen ein gern angenommenes Forum. Ein paar Hundert Nazis beteiligten sich gleich als geschlossener Block. Auch die „Hilfsgemeinschaft ‚Freiheit für Rudolf Heß‘“ trat mit Flugblättern und einer ganzseitigen Anzeige in der „FAZ“ („Frankfurter Allgemeinen Zeitung“) in Erscheinung.

Trotz derartiger Randerscheinungen sollte nicht übersehen werden, daß sich mit dieser Demonstration die eher gemäßigten Teile der CDU/CSU profiliert haben. Wenn sich die CDU-Politiker Geißler, Blum, Bredenkopf und Wiemann an der Spitze des Zuges zeigten, so handelt es sich durchweg um Exponenten einer innerparteilichen Strömung, die nach dem 10.10. mehr oder weniger geschockt ihr „Verständnis“ für die Friedensbewegung bekundet hat und die dem „Volksfront“-Urteil von Helmut Kohl deutlich widersprochen hat. Vertreter der Scharfmacher-Mafia der CDU/CSU traten im Zusammenhang mit der Demonstration so absolut nicht in Erscheinung, daß auf Absichten und Absprachen zu schließen ist. Hier wurde tatsächlich ein „Herankommen“ der CDU/CSU an Teile der Friedensbewegung geprobt. Dem Ziel entsprechend war der Demonstrationsauftritt so moderat gehalten, daß er ohne weiteres auch für die Veranstalter der gleichzeitigen Demonstration von Grünen, MLern usw. akzeptabel gewesen wäre. Er hatte folgenden Wortlaut: „Er kommt, der sowjetische Staats- und Parteichef. Wir begrüßen den Besuch und die beiderseitige Bereitschaft, miteinander Gespräche zu führen. Da in der UdSSR die Bürger ihren Wunsch nach Frieden und Menschenrechten nicht offen zum Ausdruck bringen können, rufen wir anlässlich des Besuchs von Leonid Breschnew in Bonn zur Demonstration auf.“

Wir fordern von Leonid Breschnew den sofortigen Abzug der Kernen Armeen aus Afghanistan. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch für das ganze Land. Fortsetzung nächste Seite

Menschenrecht



Ganz schön ausgewogen Möllemann, Wiemann, Blum, Geißler und Bredenkopf am 22.11. in Bonn.

dann doch noch anders überlegt haben. In manchen Orten waren Busse kurzfristig abgesetzt worden. In Anbetracht dessen war die Zahl der Teilnehmer an Demonstration und Kundgebung denn doch beachtlich. Es waren eher mehr, als man erwartet hatte. „Der Hauptzweck, etwas beizutragen zur weiteren Klärung der Perspektive der Friedensbewegung, ist wohl erreicht worden“.

Die Berichterstattung der „faz“, deren Zentralredaktion dem Anliegen der Demonstration vom 22.11. offensichtlich sehr wohlwollend gegenübersteht (dazu später noch einige Erklärungen) kann Enttäuschung über den konkreten Verlauf nicht verbergen. Bedauert wird, daß „neben der Jungen Union und den ML-Sekten nur 3.000 Demonstranten“ teilgenommen hätten. Zwei Kommentare (am 24.11. und 25.11.) sehen den 22.11. als „verpasste Chance“, „eigene Interessen massenhaft deutlich zu formulieren, und sich auszusetzen aus dem derzeitigen amerikanisch-sowjetischen Medienkrieg auf dem Schauplatz ‚öfentliche Meinung‘“. „Warum waren die Hunderttausende nicht wieder da und ließen die Junge Union in der Friedensbewegung aufgehen...?“. Allerdings wurde auch ein Kommentar abgedruckt, in dem ein Redakteur seine Nichtteilnahme am 22.11. begründete (26.11.).

Klar, so gehen die Anti-Breschnew-Demonstration haben sich außer dem

man die Konfrontation zwischen West und Ost betrachtet, ist eine Konfrontation zwischen imperialistischen und nichtkapitalistischen Staaten. Gerade aber weiß das so ist, steht die UdSSR z. B. faktisch seit ihrer Gründung im Abwehrkampf gegen die permanenten und massierten Versuche des Imperialismus, sich die entsprechenden Verwertungsdrume zurückzuholen.“ („Revolution“, Nov. 1981).

Die Marxistischen Gruppen (MG) hatten außer einer ätzenden Verteilung der Anti-Breschnew-Aktion auch zu einer eigenen Demonstration am 22.11. in Bonn aufgerufen, als Gegengewicht gegen die Demonstrationen von CDU und „Ausgewogenheit“. Für diese Demonstration hatten die MG — unseres Wissens ohne Erfolg — andere Organisationen als Bündnispartner zu gewinnen versucht. Die „faz“ (23.11.) gibt die Teilnehmerzahl mit 5.000 an, die MG selbst sprechen von 7.000.

Der Hamburger Landesverband der Grünen kritisierte, daß im Aufruf zum 22.11. „ungewollt der Gedanke vermittelt“ werde, „SS 20 und Pershing II bzw. Marschflugkörper würden auf der gleichen Stufe der Wertschätzung stehen. Dementsprechend an die herrschende Desinformation der Öffentlichkeit wird den Eindruck vermittelt, daß die Friedensbewegung anfänge, ihre ‚Einzigkeit‘ abzugeben. Derwegen halten wir die Demonstration für ungeeignet, die ur

Forderung an die UdSSR, ihre Mittelstreckenraketen abzubauen. Das Ergebnis wäre ein einseitiger Vorteil der NATO, die ‚Null-Lösung‘, so wie sie Schmidt und Genscher nach eigenem Bekunden ebenfalls anstreben.

Hier wird offensichtlich, daß die Verfasser unter dem politischen und publizistischen Druck der Raketenbefürworter zurückweichen und Positionen der Friedensbewegung preisgeben. Um dem unzulässigen Vorwurf der ‚Einseitigkeit‘ zu entgehen, zeigen sie sich plötzlich blind für Tatsachen, die sie wenige Zeilen zuvor noch korrekt beschreiben... Weitere Kritikpunkte an dem Aufruf betreffen selbstverständlich die Erwähnung Afghanistans und Polens.

Die Demonstration der CDU

Zwischen 20.000 („faz“, 23.11.) 30.000 („KVV“, 27.11.) und 40.000 bis 50.000 (Springerpremi) liegen die Angaben über die Teilnehmerzahl der Demonstration der „Aktion für Frieden und Menschlichkeit“.

Ein Blick auf die Vorgeschichte zeigt, daß diese Demonstration direkt auf einen Beschluß der NATO und auf eine Initiative der Rüstungslobby zurückgeht.

Von der „Nordatlantischen Versammlung“ der NATO wurde in der ersten Oktoberhälfte angesichts der beginnenden Welle von Friedens-

Fundsache

„Zunächst ... solle über die landgestützten Mittelstreckenraketen gesprochen werden. Eine Ausweitung des Verhandlungsgegenstandes etwa um die — wie es Moskau fordert — sogenannten vorgeschobenen Systeme (forward based systems) ... würde die Gespräche komplizieren und in die Länge ziehen“.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 19. November 1981 über Helmut Schmidts Äußerungen im Kabinett

„Es hat unter den Fachleuten der westlichen Welt niemand daran gezweifelt, daß, wenn diese Gespräche über eurostrategische Waffen beginnen, die Sowjetunion aus ihrer Sicherheitsinteressenlage heraus auch die Einbeziehung der Forward Based Systems verlangen muß ... Jemand, der sagt, das wird mir zu kompliziert und dauert zuviel Zeit — tut mir leid —, den kann ich nicht ernst nehmen.“

Helmut Schmidt am 7. Juli 1980 im „Spiegel“.

ernst nehmen.

Helmut Schmidt am 7. Juli 1980 im „Spiegel“.

Fortsetzung von voriger Seite

sche Volk. Eine gleichgewichtige und ausgewogene Abwägung in Ost und West. Und die Verwirklichung der KSZE-Schlussakte. Wir rufen auf zur Demonstration. Für Frieden und Menschenrechte in Ost und West! Und wenn gefordert wurde: „Verschrottet die SS 20, damit uns die Nachrüstung erspart bleibt!“ (aus einem Flugblatt der CDU-Studienorganisation RCD8) oder: „Wenn (einmal) Frieden will - SS 20 auf den Müll!“ (Parole auf der Demonstration), dann zeigt sich auch hier eine Annäherung an Tendenzen in der Friedensbewegung, die der Sowjetunion indirekt die Verantwortung für die NATO-„Nachrüstung“ zuschieben und die von der „Nachrüstung“ schon gar nicht mehr sprechen können, ohne zugleich auch die SS 20 zu erwähnen.

Geplant ist eine Fortführung des Versuchs, NATO-Propaganda als friedenspolitische Initiative zu verpacken. Zu Ostern 1982 soll ein „Friedensbus“ von Oslo über Kopenhagen, Hamburg, Hannover nach Warschau und schließlich nach Moskau fahren. Veranstalter der Fahrt, die angeblich „keine Provokation ... sondern ein Symbol für den Friedens- und Abrüstungswillen aller Völker in Europa“ sein soll, ist eine „Internationale Konferenz Demokratischer Friedensinitiativen Europa“. Ihr Motto: „Frieden in Freiheit - Abrüstung in Sicherheit“ klingt so übel nicht. Hinter dem Unternehmen verbergen sich allerdings Politiker aller bürgerlichen Parteien aus den NATO-Ländern. Westdeutsche Vertreterin in diesem Vorhaben ist die „Dattener Friedensinitiative“. Das ist ein Zusammenschluß von SPD-Rechtsanwälten wie Annemarie Renger, rechten FDPlern wie dem anverwandten Möllemann und CDU-Politikern auch Figuren vom rechten Flügel des DDA wie Niggemeyer von der IG Bergbau und Energie, und mit von der Dattener Partei. Der Kreis setzt sich ein für die NATO und für die „Nachrüstung“.

(„Welt“, 23.11.) In Westberlin stellte sich die „Internationale Friedensinitiative“ kürzlich der Öffentlichkeit vor: Man habe es sich zur Aufgabe gestellt, „deutlich zu machen, daß der Friede in Europa auf dem Sockel der NATO und Gesprächen mit den Sowjets ruht“. Man habe Berlin zum Ort des ersten öffentlichen Auftretens gewählt, „weil diese Stadt nach wie vor das Symbol der Freiheit der Demokratie gegenüber der Unfreiheit eines totalitären Regimes ist“ („Welt“, 25.11.).

Nebenbei demonstrieren solche Unternehmungen auch das Verspielt mit ständig wechselnden Tarnnamen und aus dem Hut gezauberten Phantasie-„Initiativen“. Der bekannte Wolf aus dem Mäulchen würde sich heute nicht mehr damit begnügen, Kreide zu freisen. Er würde außerdem auch eine „Initiative Frieden und Sicherheit für Jungfrauen“ gründen.

Reagans „Null-Lösung“ und die Friedensbewegung

Das zeitliche Zusammenreffen der Demonstration von Grünen, BBU, MLern usw. mit Reagans Propagandavorschlag einer „Null-Lösung“ setzte die politische Grundlage dieser Demonstration ins rechte Licht. In der Argumentation ist Reagans „Null-Lösung“ absolut ideologisch mit der Forderung im Demonstrationenauftrag, einerseits den NATO-„Nachrüstungsbeschluss“ rückgängig zu machen und andererseits sämtliche sowjetischen Mittelstreckenraketen „abzubauen“.

Es mag einem taktischen Kalkül zuzuschreiben sein, wenn es in der Kritik des Hamburger Landesverbandes der Grünen sehr vorsichtig heißt, im Demonstrationenauftrag werde „... gesagt ... der Gedanke vermittelt, SS 20 und Pershing II bzw. Marschflugkörper stünden auf der gleichen Stufe des Wettbewerbs“ (Her-

vorhebung vom Verf.). Realistischerweise sollte man ruhig voraussetzen, daß die Leute, die diesen Aufruf formuliert haben, intelligent genug sind, um die Konsequenzen zu berechnen und daß sie genau diese Konsequenz bewusst erreichen wollen. Auch dem arglosen Beobachter springt doch die Tatsache ins Auge, daß in diesem Punkt die vom Parteitag der Grünen beschlossene Formulierung nachträglich sogar noch verschärft worden ist. Dort hieß es: „Für den sofortigen Abbau der SS 20-Raketen, die Europa bedrohen“. Im Demonstrationenauftrag zum 22.11. hingegen heißt es: „... die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen“. Zwar war aus „sofort“ ein „schrittweise“ geworden, aber dafür war der Bereich der Forderung — ganz im Sinne der NATO-„Null-Lösung“ — auf sämtliche sowjetischen Mittelstreckenraketen, unabhängig von ihrem Standort, ausgedehnt worden. (Unter dieser Bedingung heißt „Abbau“ selbstverständlich nichts anderes als „Verschrotten“).

Die Aufzeichnung „Nachrüstungsverzicht der NATO gegen Verschrottung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen“ macht selbstverständlich nur Sinn, wenn man sich die NATO-Propagandaversion zu eigen macht. Die Sowjetunion habe mit ihren SS 20 „vorgepresst“ und müsse zum einseitigen Abbau dieser „Vorrüstung“ gezwungen werden, ohne daß von der NATO eine reale Gegenleistung zu erbringen ist. Diese propagandistische Rechnung geht aber nur auf, wenn man die auf U-Booten stationierten Raketen der NATO im Mittelstrecken-Bereich „ausklammert“. Das ist den Leuten, die den Demonstrationenauftrag zum 22.11. formuliert haben, bestens bekannt. Es fragt sich, wobei sie trotzdem die hartnäckige Frechheit nehmen, die NATO-Propaganda „Nachrüstung“ SS 20“ weiterzutragen, statt — wenn schon, denn schon — für eine Konsequenz und vollständige „Null-Lösung“ im Mittelstrecken-Bereich einzutreten.

Manche Exponenten dieser Strömung in der Friedensbewegung begnügen sich nicht mit ihrer Rolle als Wegbereiter der einschlägigen NATO-Argumentation. Sie möchten auch das Klima gegenüber Reagans „Null-Lösung“ im Mittelstrecken-Bereich verbessern.

Manche Exponenten dieser Strömung in der Friedensbewegung begnügen sich nicht mit ihrer Rolle als Wegbereiter der einschlägigen NATO-Argumentation. Sie möchten auch das Klima gegenüber Reagans „Null-Lösung“ in der Friedensbewegung verbessern.

Thompson (Repräsentant der Russel-Peace-Foundation und Leiter der von Bahro weiterentwickelten „Externismus-Theorie“) erklärte auf einer Veranstaltung in Westberlin, „die Friedensbewegung dürfe nicht mit einem schlichten „Nein“ auf die Rede Reagans antworten“. Zwei sei Reagans Rede „einerseits und schlecht“ gewesen, aber dennoch sei die „Null-Lösung“ ein „neuer Vorschlag und eine Reaktion auf die europäische Friedensbewegung“ (zitiert nach „Jaz“, 25.11.). Tatsächlich ist die „Null-Lösung“ kein neuer Vorschlag, sondern deckt sich inhaltlich mit dem NATO-„Nachrüstungsbeschluss“ von 1979.

Über die Rede von Z. Mlynar (ehemals CSSR) auf der Abschlußkundgebung am 22.11. meint sogar die KPD/ML: „... kam ... das demagogische „Null-Lösungs“-Angebot Reagans entschieden zu gut weg“ („Roter Morgen“, 27.11.).

Über die Beiträge von Agnes Heller („Philosophin, Budapest-Student“) bei der sich an die Demonstration anschließenden Diskussionsveranstaltung referiert die „KVZ“ des KBW: „Der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa widerspricht Agnes Heller. Wenn man eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal verwirklicht, dann bedeutet das in Wirklichkeit die einseitige Abrüstung Europas ... Bei den Atomwaffen stellt sich in erster Linie die Frage, wer sie kontrolliert. Und wenn man Frankreich betrachtet und die Politik der Regierung Mitterand, dann müßte man zumindest sagen, daß sie nicht ohne Logik sei: die Logik nämlich, daß eine Nation sich selbst verteidigen müsse“ („KVZ“, 27.11.).

Es ist zu wünschen, daß sowohl die Reden der Abschlußkundgebung wie auch die Podiumsbeträge der anschließenden Diskussionsveranstaltung vom 22.11. bald veröffentlicht werden, um diese Geistesrichtung authentisch und im Zusammenhang würdigen zu können. (Wenn das, was in letzter Zeit von sogenannten „Repräsentanten der osteuropäischen Friedensbewegung“ zu hören und zu lesen war, wirklich Friedenspolitik ist, dann hat am Ende wohl doch noch unser Bundeskanzler recht, daß die NATO die größte aller Friedensbewegungen ist!)

Um den Schaden zu ermessen, der hier angerichtet werden soll, muß man einen Blick auf die absehbare Entwicklung der kommenden Monate werfen.

„Wir machen uns Sorgen ...“

Anlaß des Besuchs Leonid Bruchnew am 23. November in

kontrollierter Abrüstung konkretisiert.

„Wir machen uns Sorgen ...“

Anlaß des Besuchs Leonid Bruchnew am 23. November in Bonn haben 54 SPD-Bundestagsabgeordnete an den sowjetischen Partei- und Regierungschef einen Brief geschrieben, in dem sie sich nachdrücklich für Frieden und Abrüstung in Ost und West einsetzen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir verstehen Ihren Besuch in der Bundesrepublik Deutschland als ein Zeichen des Willens, die Politik der Verständigung fortzusetzen, für die Sie sich mit Willy Brandt und Bundeskanzler Helmut Schmidt engagiert haben.

Vor wenigen Wochen, am 10. Oktober 1981, haben über 300.000 unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Friedenssehnsucht und ihren Friedenswillen in Bonn demonstriert. Sie haben dabei nicht nur ein „Nein“ zu den amerikanischen, sondern auch zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen geäußert und sind für eine umfassende Abrüstung in West und Ost eingetreten. Einige der unterzeichnenden Bundestagsabgeordneten der SPD haben diese Demonstration in einer öffentlichen Erklärung begrüßt und unterstützt. Wir möchten deshalb Ihren Besuch in der Bundesrepublik zum Anlaß nehmen, Ihnen zu verdeutlichen, daß es unter unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch Forderungen und Sorgen gibt, die die Politik der Sowjetunion betreffen.

Wir machen uns Sorgen

- über die starke Rüstung der Sowjetunion im konventionellen Bereich,
- über die beschleunigte Produktion neuer SS-20-Raketen,
- über den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan,
- bei der Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch ein sowjetisches U-Boot und
- über das mangelnde Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in den Staaten des Warschauer Paktes.

So wie wir Forderungen gegenüber den USA und gegenüber der NATO vertreten, wollen wir auch Ihnen gegenüber fordern,

- daß die Sowjetunion den Rüstungswettlauf nicht weiter verschärfte und ihre Bereitschaft zur

kontrollierten Abrüstung konkretisiert, - daß sie das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker respektiert, daß sie der Freiheit der Gewissensentscheidung gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen in ihrem Machtbereich zum Durchbruch verhilft und

- daß sie durch einen stärkeren Anteil an den internationalen Bemühungen um Entwicklungshilfe zur Sicherung des Friedens in der Welt beiträgt.

Ihr Vorschlag für ein Moratorium beim Aufstellen der Mittelstreckenraketen ist in der Bundesrepublik mit Interesse aufgenommen und von vielen positiv begrüßt worden. Wir hoffen sehr, daß diese sowjetische Bereitschaft zum Entgegenkommen auch die im November beginnenden Verhandlungen zwischen Ihrem Land und den USA bestimmen wird.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages erhoffen wir uns von Ihrem Besuch aber auch eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.

Vor allem aber hoffen wir darauf, daß Sie unsere Sorgen über den Rüstungswettlauf und über den Unfrieden in der Welt verstehen als unsere Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt.

Mit diesen Hoffnungen bitten wir Sie und heißen Sie in der Bundesrepublik Deutschland willkommen.

Unterzeichner: Hans-Joachim Hoffmann, Peter Paterna, Volkmar Krawinkel, Robert Anzinger, Premat Deva, Georg Baumberg, Arne Börnkes, Heinz Schreiber, Uwe Möls, Kurt Leuschner, Peter Conrad, Harald W. Schäfer, Manfred Marschall, Horst Belsitz, Thomas Schöer, Lothar Brügger, Rudolf Biedig, Ernst Waltheroth, Karl Weinhold, Oert Weinhold, Günter Schläuter, Peter Struch, Rudolf Dreier, Rudolf Schöfberger, Peter Becker, Jan Ostergetelo, Heide Simonis, Dieter Auch, Hans Wallow, Hans Gottfried Bernath, Lionel Hertenstein, Ruth Zent, Renate Schmidt, Liesbeth Blumich, Heinz Schreiber, Egon Lutz, Gerhard Schröder, Wolfgang Rayer, Uwe Lambow, Antje Marney, Lothar Curdt, Joachim Pöhl, Wolf Michael Catehmann, Horst Peter, Peter Feile, Bernd Reuter, Ottmar Schreiner, Rudi Schmitt, Jürgen Egert, Klaus Dieter Kühnacker, Hugo Brandt, Klaus Dieter Oswald, Klaus Lauer, Günther Jansen.

1. Der NATO-Nachrüstungsbeschluss, d. h. die Stationierung von 108 Pershing II und 464 Cruise Missile in Europa ab Ende 1983, dient einer qualitativen Veränderung der Situation zwischen den Machtblöcken. Mit Hilfe dieser extrem zielgenauen Raketen und der durch die Stationierung in Europa erreichten extrem kurzen Flugzeit soll nach dem Willen der NATO-Strategen ein „begrenzter“ Atomkrieg führbar und für die USA gewinnbar gemacht werden. Daraus ergibt sich, daß überhaupt nicht daran gedacht ist, auf die Stationierung zu verzichten. Das würde selbst dann gelten, wenn die Sowjetunion zu relativ weitgehenden einseitigen Abrüstungsleistungen bereit wäre, da diese den angestrebten militärischen Vorteil der „Nachrüstung“ nicht wettmachen könnten.

2. Aus dieser Ausgangsposition läßt sich Problematik und Taktik der NATO-Politik in den kommenden Monaten leicht berechnen. Bis zum geplanten Beginn der Stationierung sind es noch zwei Jahre. Diese zwei Jahre müssen propagandistisch optimal genutzt werden, um einerseits die aktive Friedensbewegung aufzuspalten und um andererseits die breiten Volksmassen massiv zu beeinflussen.

3. Eine Schlüsselstellung bei dieser massenpsychologischen Aufgabe haben die jetzt beginnenden Verhandlungen. In ihrem Verlauf muß eine Massenstimmung aufgebaut werden, die in den Russen den Schuldigen für das heute schon furchtbare Schicksal der Verhandlungen ausmacht und die deshalb dazu tendiert, die neuen Mittelstreckenraketen ab Ende 1983 als notwendiges Übel hinzunehmen. (Daß dies gelingt, ist so unmöglich nicht. Wer bisher schon mehrere Tausend Atomwaffen auf deutschem Boden — genug für die gründliche Ausrottung der BRD-Bevölkerung samt zugehörigen Haustieren — ertragen hat, um die Russen abzuschrecken, wird sich vielleicht auch mit den neuen Raketen abfinden.) — Im aktuellen Anfangsstadium der Verhandlung arbeiten die Massenmedien mit dem „Trick“, riesige Erwartungen in die Ausgangsmöglichkeiten zu produzieren. Das beinhaltet auch, daß aktuell bei den Seiten, also sogar den Russen, guter Wille zu einer vernünftigen Lösung bescheinigt wird. Die unvermeidliche Enttäuschung über das Scheitern der produzierten Erwartungen wird später zu antisowjetischen Aggressionen verarbeitet werden.

4. Die NATO-Politiker kalkulieren selbst den äußerst unwahrscheinlichen Fall ein, daß die sowjetische Seite sich auf die Forderung nach einseitiger Verschrottung ihrer Mittelstreckenraketen einlassen könnte. Für dieses „Restrisiko“ wird heute schon die nächste Argumentationslinie aufgebaut: „Die USA wollen ... neben der „Null-Option“ für atomare Mittelstreckenraketen in Europa auch das gleichzeitige Einfrieren des Kurzstreckenwaffen-Niveaus vorschlagen ... Dadurch soll verhindert werden, daß die Sowjetunion die abzuschaffenden Mittelstreckenraketen einfach durch Kurzstreckensysteme wie die SS 21, SS 22 und SS 23 ersetzt ... Die USA befürchten, daß Moskau nach einer Vereinbarung über die „Null-Option“ bei diesen Systemen sein Kurzstreckenpotential weiter nach Westen gegen die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland vorschoben und damit die gleiche Bedrohung für die NATO auslösen könnte, wie sie jetzt durch die SS 20 besteht“ („Welt“, 26.11.). Gerade bei den „taktischen“ Atomwaffen ist nämlich der erreichte Vorsprung der NATO in Mitteleuropa besonders hoch. Es zeichnet sich also die Möglichkeit ab, durch zusätzliche Forderungen zuungunsten der Sowjetunion (Festschreibung der aktuellen Situation im Bereich der Kurzstreckenwaffen) den politischen Preis für eine Verhandlungslösung in noch unrealistischeren Höhen zu treiben. (Daß sich einige Leute in der Friedensbewegung zum richtigen Zeitpunkt auch von sowjetischen Kurzstreckenwaffen gehörig bedroht fühlen werden, darf als sichere Größe vorausgesetzt werden.)

5. In Reagans „Null-Lösungs“-Rede deutet sich als spezielle Variante die Möglichkeit an, das Verhandlungsthema absolut auszuweiten und die Fiktion zu produzieren, daß die NATO am liebsten über eine totale atomare Abrüstung verhandeln möchte, wozu aber die Russen wieder einmal nicht bereit seien. Politischer Zweck: Je mehr das Verhandlungsthema ausgeweitet wird, umso größer und die propagandistischen Möglichkeiten der imperialistischen Massenmedien, wilde Zahlenapoplexie zu verbreiten, und umso größer sind die Chancen, daß erhebliche Teile der Bevölkerung nicht in der Lage sind, sich mit der Flut von Zahlen-Propaganda noch kritisch auseinanderzusetzen.

6. Während der Streit um Pershing II, Cruise Missile und SS 20 sowie die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

begonnenen Verhandlungen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wird ohne viel Lärm - (außer dem Schnarren der Friedensbewegung ist bisher kaum ein Geräusch zu vernennen) - bereits eine Aufrüstung im Mittelstrecken-Bereich geplant, die mehr als ein Dreifaches der umstrittenen „Nachrüstung“ bedeutet. Die USA wollen bis 1987 ihre U-Boote mit 1700 „Mini Bombern“ (Typenbezeichnung: „Tomahawk“) ausrüsten. Es handelt sich dabei um Cruise Missiles, also um sehr präzise Waffen mit einer Reichweite von mehr als 2700 km gehört die „Tomahawk“ eindeutig in den Mittelstrecken-Bereich. Die ersten 120 Stück sollen schon 1983 gebaut werden („Welt“, 26.11.).

Manch(r) Friedensbewegte mag es sich damit genug sein lassen, „sich nicht einzulassen auf die Ebene der Diskussion von „Gleichgewichten““ (Thompson), „sich r a u s z u s e h e n aus dem derzeitigen amerikanisch-sowjetischen Medienkrieg auf dem Schauplatz „öffentliche Meinung““ (Max Th. Mohr, „taz“ vom 25.11.). „Jede Abschreckungslogik abzulehnen“ - und was an Sprüchen sonst noch so im Munde ist. Nur wird das keinesfalls ausreichen, um die zweifellos brutalen Meinungsschlachten der nächsten Monate durchzustehen. Die Friedensbewegung insgesamt ist immer noch weit davon entfernt, sich über die kriegerischen Reden von Reagan, Haug und Weinberger nicht bloß aufzuregen, sondern sie auch so absolut ernst zu nehmen, wie sie gemeint sind. Was vorbereitet wird, ist der Krieg - und zwar ein Krieg, dem mit der biblischen Parole „Stell' dir vor, er wäre Krieg - und keiner ginge hin“ gar nicht beizukommen ist. Der Atomkrieg in Mitteleuropa hängt nicht davon ab, ob wir Lust haben, „hinzugehen“. Er kommt ganz einfach zu uns. Zur Vorbereitung dieses Krieges gehört eine massenpsychologische Kampagne, deren Hauptgegner nach Lage der Dinge die Sowjetunion ist. Wer meint, er könne sich dem Streik „entziehen“, weil ihm die Sowjetunion auch nicht sehr sympathisch ist, hat schon kapituliert. - Es wird in den nächsten Monaten entscheidend darauf ankommen, der massiven Desinformation (sowjetische Bedrohung, militärische Überlegenheit der Sowjetunion) gegenzuarbeiten. Das setzt nicht voraus, negative und gefährliche Elemente der sowjetischen Politik freundlich zu übersehen und auszukammern. Es setzt aber voraus, daß wir uns Klarheit zu verschaffen versuchen, was Realität und was bloß Kriegspropaganda der NATO ist. Die Friedensbewegung kann nur dabei verlieren, wenn Teile dieser Bewegung bewußt, aus alternativer Nachlässigkeit oder aus Unkenntnis dem Mythos von der Bedrohung durch die Sowjetunion Hilfestellung leisten. Leider läßt sich nicht übersehen, daß parallel zum gesamtgesellschaftlichen Trend auch bei Teilen der Linken und der Friedensbewegung Antisowjetismus zur Mode zu werden droht.

„Zwischen den Stühlen“?

Zeitlich bestenfalls auf die Demonstration vom 22.11. abgestimmt haben die Frankfurter „Pflasterstrand“ und die „taz“ massive ideologische Flankenschutz für die Spaltung der Friedensbewegung. Speziell einen Beitrag von Cohn-Bendit im „Pflasterstrand“ fand die „Welt“ so „unge-wohnt“ und sympathisch, daß sie lang und breit den Inhalt zitierte und referierte („Cohn-Bendit rechnet mit Moskau ab“, „Welt“ vom 19.11.). - Im folgenden sollen die einzelnen Beiträge der Friedensoffensive von „Pflasterstrand“ und „taz“ kurz skizziert werden.

● Im „Pflasterstrand“ Nr. 118 (7.-20.11.) nahm Cohn-Bendit persönlich Stellung zur Frage „Wir, die S. Kolonne Breschnew?“ Der Artikel begann mit einer zwar geschickten, aber ganz unangebrachten Kollegialität „Wir“, so schrieb Cohn-Bendit, habe es schwer, „einen autonomen Standpunkt gegenüber dem Sowjet-Imperialismus einzunehmen“, „junger politisches Selbstverständnis gegen Unterdrückung und Ausbeutung in der Welt zu demonstrieren“, löse sich angesichts des Breschnew-Besuchs „in Wohlfühlen auf“. (Unangebracht ist diese pseudo-ethnisch-kampfhafte Kumpelhaftigkeit, weil Cohn-Bendit die hier bezeichneten Probleme mit der Sowjetunion bestimmt schon seit langem nicht mehr hat.)

Was er uns mitteilen will, ist dies: „Objektiv müssen wir den russischen Interessen, daran gibt es nichts zu zweifeln. Diese Tatsache könnte als Argument gegen die Bewegung mißbraucht werden, wenn es uns nicht gelingt, einen über jeden Zweifel erhabenen Standpunkt zu entwickeln. Als nützliche Idioten der sowjetischen Außenpolitik wurden schon unzählige friedliebende Menschen benutzt. Deswegen sollte die Friedensbewegung ihren „Doppelbeschuß“ auch durchsetzen: sowohl die westliche Nachrüstung verhindern, als auch den sowjetischen „Bündnispartner“ in die Knie zwingen...“ Drei Forderungen formuliert Cohn-Bendit hierzu: 1. „Die Abkehr vom Nachrüstungsbeschuß muß begleitet werden vom gleichzeitigen Abmontieren und Verschrotten der sowjetischen SS-20-Raketen. Sozusagen eine erzitierte Streichung beider Mittelstrecken-Raketen-Programme“. (Von den bereits existierenden und von den außerhalb der „Nachrüstung“ geplanten Mittelstrecken-Raketen der NATO ist Cohn-Bendit offensichtlich nichts bekannt). 2. Sofortige Einstellung des Rückzugs aus Afghanistan. 3. Verhinderung einer sowjetischen Intervention in Polen.

Wie diese Forderungen praktiziert und durchgesetzt werden sollen, führt Cohn-Bendit leider nicht aus. Wollen wir den Russen damit drohen, bei Nichterfüllung unserer Forderungen unsere Aktivitäten gegen die NATO „Nachrüstung“ einzustellen, also den NATO-Militärs sozusagen grünes Licht zu geben? Der Artikel endete mit der Ankündigung: „Die nächste Nummer des PFLASTERSTRAND wird sich schwerpunktmäßig mit der Sowjetunion auseinandersetzen“. Das geschah denn auch, wobei allerdings von einer kontroversen Auseinandersetzung gar keine Rede sein konnte, sondern die Beiträge streng einseitig ausgewählt worden waren.

● Der „Pflasterstrand“ Nr. 119 enthielt eine redaktionelle Einleitung, ein Interview mit Castoriadis (einschlägig bekannt als phantasieroller Warner vor der russischen Gefahr), einen Text des aus der Sowjetunion abgeschobenen „Dissidenten“ Bukowski (er wurde 1976 gegen den chilenischen KP-Chef Corvalan ausgetauscht) und einen Text von Heinz Brandt, dessen Standort und Mentalität ausreichend durch die Tatsache zu bezeichnen sind, daß er die Grüne Partei wegen „kommunistischer Unterwanderung“ verlassen hat. In der redaktionellen Einleitung geht es noch einmal um das schon bekannte schlimme Problemchen „Wie könnte man eine autonome Position entwickeln? Wenn Castoriadis davon spricht, daß die Sowjetunion gefährlich sei, wenn er vor Illusionen warnet, gibt's gleich den empörten Aufschrei, er sei für die Aufrüstung der NATO. Wenn Linke über ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland nachdenken, fürchtet sich das Ausland vor deutschem Nationalismus (Gemein, wo wir doch bloß „nachdenken“ - der Verf.) Linker Antikommunismus

will sich zu recht nicht in einen Topf setzen mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen verabschiedenden Sozialdemokraten

Wo man auch hinkommt, ist das Terrain schon besetzt. Zwischen zwei Stühlen sitzt sich nicht gut. Man sollte vielleicht mal auf den Sitzplatz verzichten... Denn wenn wir kein Machtproblem haben, weil wir die (P) nicht haben wollen, dann können wir auch ruhig und besonnen die Rolle des Narren übernehmen. Wenn wir heute die J. Kolonne Breschnew sind, dann machen wir eben morgen den Lakaien Washingtons. Offenbar.

Das fordert allerdings ein gewisses Vermögen schizophrene Gedanken. Um im Bilde zu bleiben. Hier geht es eigentlich gar nicht um einen Sitzplatz „zwischen den Stühlen“, sondern wir sind so frei, uns heute auf diesen und morgen auf jenen Stuhl zu setzen, mal auf den Schoß von Reagan und mal auf den von Breschnew. Und weil Breschnew nach Bonn kommt, setzen wir uns ruhig und besonnen mit auf den Stuhl von Reagan.

● Castoriadis scheint im klassischen Sinn die chinesische „Theorie der drei Welten“ zu vertreten. Die „beiden Supermächte“ sind „zwei Gesteirbenden, die miteinander kämpfen“. Die „gefühlschere“ der beiden Supermächte ist offensichtlich die Sowjetunion. „Ich bin absolut sicher, daß die Sowjetunion in absehbarer Zeit kein Interesse an einem Krieg in Europa hat. Die Strategie, die gar nicht einmal groß geplant sein muß, lautet eher: Wir vergrößern einfach den militärischen Sektor, werden stärker und stärker - und versuchen bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der Dritten Welt unsere Chancen zu nutzen. Und Gelegenheiten gibt es viele.“

Und so verstärkt die Sowjetunion langsam ihren Einfluß, sammelt Stützpunkte, vermehrt ihre Präsenz auf allen potentiellen Konfliktschauplätzen. In der Logik der Realpolitik bedeutet das, daß irgendwann die Amerikaner einmal zagen können: „Jetzt müssen wir endlich reagieren...“. Das könnte dann auch zum Krieg in Europa führen.

Castoriadis reagiert zwar sehr verärgert auf die Frage, ob seine Thesen am Ende auf die Forderung nach einer starken westlichen Rüstung hinauslaufen: „Verdammt nochmal - habt ihr denn Sand in den Augen? Warum können diese Heben Leute von der Friedensbewegung, warum können auch ihr nicht einmal Fakten zur Kenntnis nehmen? Niemand kann wegdiskutieren, daß es eine ungeheuer starke, offensive russische Aufrüstung gibt. Und bei allen Dummheiten, die die Amerikaner machen - nicht z i e sind in einer offensiven Position! Ich fordere keine Aufrüstung des Westens! Das ist nicht mein Job, verdammt nochmal!“ Wenn er auch keine Aufrüstung fordert - weil's nicht s e i n Job ist! - so hält Castoriadis jedenfalls „die Forderung nach einseitiger Abrüstung des Westens für unverantwortbar“. Er ist auch gegen eine Neutralisierung Europas: „Sie wäre nicht mal soviel wert wie eine „Finlandisierung“. Die Russen können uns mit Öl, Rohstoffen etc. total erpressen. Das sind Punkte, in denen ich die Stagnation der Friedensbewegung nicht unterstützen kann.“ Und auf die Frage nach den Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens antwortet Castoriadis schlicht emüßigt: „Hahaha! Lächerlich. Das sind Spielzeuge“ (Diese Spielzeuge wären heute schon ausreichend, um rund 150 Großstädte der Sowjetunion und Osteuropas zu zerstören. Bei der geplanten Aufrüstung der Raketen mit Mehrfach-Sprengköpfen wächst die Zahl der Ziele entsprechend. Das ist wirklich zum Törlachen!)

● Bukowski, der zweite Autor im „Pflasterstrand“, verzichtet auf jeden Anschein, irgendwo z w i s c h e n

den Stühlen zu stehen. Was er zu erzählen hat, ist brutalster, aggressivster Antikommunismus im Stil des „Bayernkurier“ oder des „National-Zeitung“.

Über die Friedensbewegung bei spielsweise urteilt Bukowski, es handle sich um „Millionen von Kommunisten, Sympathisanten, wärköpfigen Intellektuellen, Schwindlern, die berührt werden wollten, Profi-Sozialisten, Dummköpfe, einer Jugend, die bereit war, gegen alles zu rebellieren, solange dabei ein Kampf mit der Polizei rauskam, und Sowjetagenten. Diese eigenartige Mischung bildet überraschenderweise einen großen Teil in jeder Gemischtheit, und in ganz kurzer Zeit hatte die Kampagne ein grandioses Ausmaß erreicht. Es war jetzt einfach s i c k, d a z u z u g e h ö r e n, und riskant, eine Aufforderung abzulehnen.“ „Die Leute aus der älteren Generation erinnern sich noch an die zahlreichen Märche, Sternfahrten und Petitionen der fünfziger Jahre. Es ist kaum mehr ein Geheimnis, daß die gesamte Kampagne von Moskau aus organisiert, geleitet und finanziert wurde.“

Und über Ziele und Taktik der Sowjetunion schreibt Bukowski: „Die Wirkung dieses Tumultes (d.h. der Friedensbewegung - Anm. d. Verf.) war vom Kram aus sehr genau berechnet. Als erstes gibt es diese Bedrohung durch Nuklearkrieg. Die Angst davor lassen die Sowjets in regelmäßigen Abständen wieder aufkommen, indem sie internationale Krisen produzieren. Der Ausblick auf die Friedensbewegung soll den bürgerlichen Angst machen und sie flüchten lassen. Zweitens soll die Unterwerfung mitteleuropäischer Staaten durch die SU unmerklich akzeptiert und schnell vergessen werden. So scheinen die Sowjets nicht defensiv zu sein, sondern sie gehen in die Offensive und zwingen ihre Initiatoren den Rest der Welt auf Drittens schürt sie antimilitaristische Gefühle in Europa und ein Mißtrauen gegenüber der eigenen Regierung und vergrößert so die Chancen für einen Sieg der oppositionellen Parteien (in der Regel der Linken). Viertens macht die Mißtrauensgaben und die Stationierung von Nuklearkriegsschiffen so unpopulär, so sehr zur politischen Feindschaft, daß das Tempo sich tatsächlich sehr verlangsamt hat, in dem der Westen seine Verteidigung verstärkt hat...“

● Nach den Beiträgen von Castoriadis und Bukowski wirkt der Artikel von Heinz Brandt im „Pflasterstrand“ geradezu beglückend maßvoll. Er beschränkt sich darauf, in einem sehr drolligen und sprunghaften Stil für die Anti-Breschnew-Demonstration zu werben und dazu einige treffende Parolen vorzuschlagen, wie etwa „NATO & Warschauer Pakt. Ein und derselbe Wahnsinn!“ „Wer's ABC kynisch schreibt, es auch nur wie die NATO treibt“ oder „Mit den Panthern liegt ihr vorn, und vom Ami kauft ihr Korn“.

● Im „Pflasterstrand“ Nr. 120 (Anfang Dezember) wurde der Abdruck des Bukowski-Textes fortgesetzt. Der Autor kotzte noch einmal weitener seinen Haß gegen die Friedensbewegung aus: Die Friedensbewegung bestehe „aus einer eigenartigen Mischung von Kommunisten, Mittelschicht, Intellektuellen, Wärmköpfen, Schwindlern, die berührt werden wollen, verängstigten Bürgern und Jugendlichen, die eifrig rebellieren, um sich gegenseitig zu beweisen, daß sie „anders“ sind... Aber ohne Zweifel wird diese bunte Mischung beherrscht von einer Handvoll Schurken, die ihre Anweisungen direkt aus Moskau beziehen...“ Nachdem ich ein paar Gespräche mit Befürwortern der gegenwärtigen Friedensbewegung geführt habe, ist mir nur zu deutlich geworden, daß sie durch keine Logik zu beeindrucken sind. Sie behaupten furchtlos, es gäbe keine militärische Überlegenheit der Sowjets (sie sagen, das sei alles CIA-Propaganda, die einzig vertrauenswürdige Informationsquelle ist für sie der KGB). „Es ist sinnlos, all diese Argumente zu wiederholen. Mit den „Friedensfreunden“ zu diskutieren ist so sinnlos, wie ein Gespräch mit einer alten hysterischen Frau oder mit der sowjetischen Propaganda selbst.“ Nebenbei teilt Bukowski dem Publikum seine Ansicht mit, daß Reagan & Co vom Volk gewählte Politiker seien, die „nicht einfach einen Krieg erklären“ können, „wenn es ihnen gerade in den Kram paßt“. Außerdem seien die NATO-Generäle vernünftige und besonnene Leute, die ihr Handwerk verstehen (Gefahr droht einzig und allein von der Sowjetunion und von der hysterischen Friedensbewegung).

● Dem Bukowski-Text vorangestellt ist eine redaktionelle Einleitung, in dem zu Reagans „Null-Lösung“ u.a.

ausgeführt wird „Die armen Russen! Sie werden propagandistisch fertig gemacht. Man fordert von ihnen eine „einseitige Abrüstung“, wegen Theoretiker der Friedensbewegung - und das könne man von ihnen nun wirklich nicht verlangen.“

Aber merkwürdig: Wir hatten doch immer einseitige Abrüstung gefordert. Hatten wir nicht erkannt, daß die Gleichgewichtslogik nichts anderes ist als die Legitimierung der Aufrüstung? Sind wir (Spillstons) hier müßig mal definiert worden, war eigentlich immer diese „w u n d e l“ - (Anm. d. Verf.) nicht über-eingekommen, daß wir niemals herausfinden werden, ob die Russen dem Westen 10 : 1 (Bayernkurier), 4 : 1 (Zeit), 2 : 1 (Rundschau), 1 : 1 (Friedensbewegung) überlegen sind? Oder im Verhältnis 1 : 1,5 (die Russen) gar UNTERLEGEN? Auf dieses Zahlenpiel wollten wir uns nicht einlassen. Vertrauensbildende Maßnahmen, einen Anfang machen, darauf kam es an. Daß einseitige Ab-

ZITAT DES TAGES



99 Die neutralistische Bewegung wird dann zur Sorge werden, wenn sie bis zu einem Punkt anwächst, an dem sie Regierungen zu einseitigen Abrüstungsentscheidungen zwingt. Das könnte die Sowjetunion ermutigen, Aggressionen zu begehen. 99

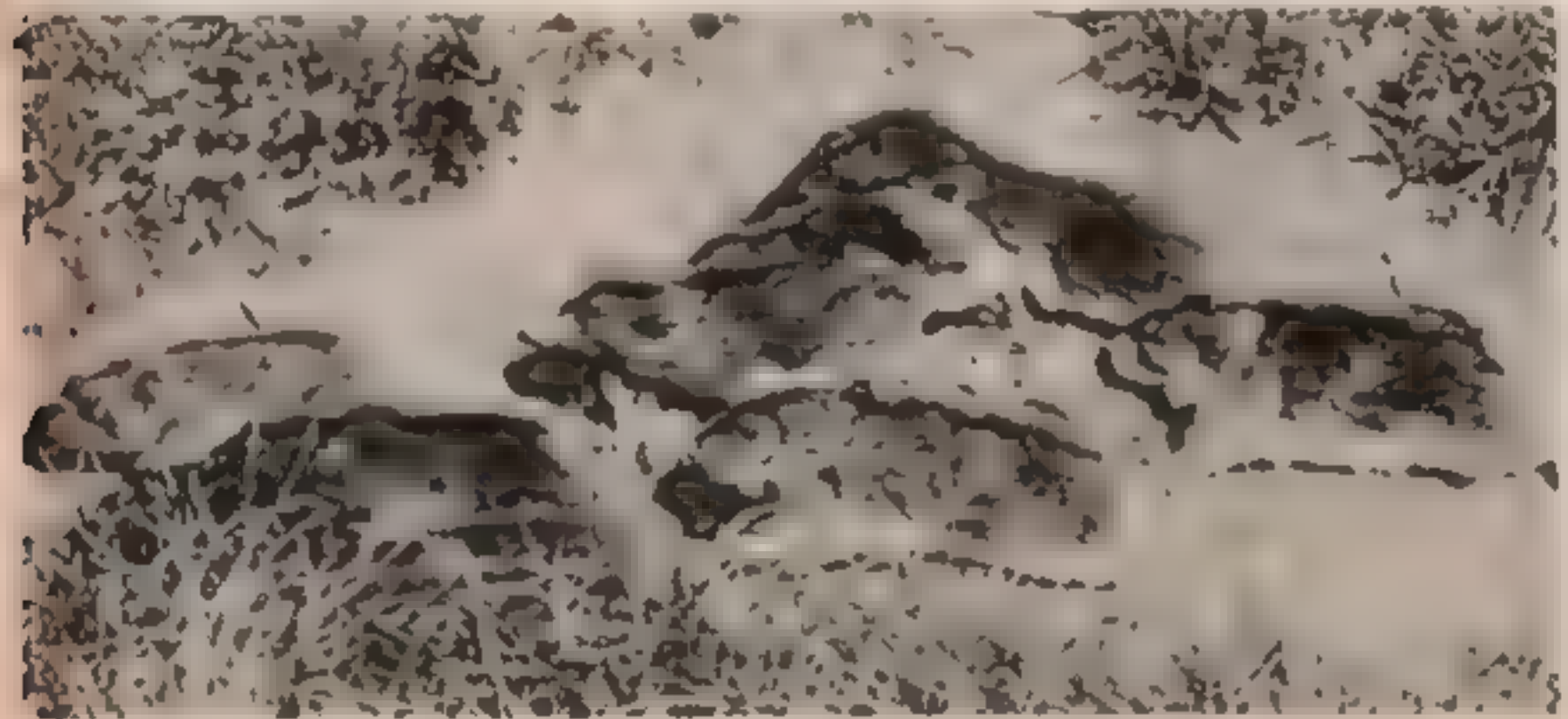
Cramer Weinberger, US-Verteidigungsminister, zitiert in der Pariser Zeitung „Le Figaro“, FOTO: POLY-PIRELLA

aus „Welt“, 1.12.'81

rüstung plötzlich unannehmbar wird, wenn Reagan sie fordert, hängt wohl damit zusammen, daß die Friedensbewegung selbst dies nie gefordert hat. Stillschweigend ging sie von der Aggressivität der NATO aus, vom armen, umzingelten Russen, der ja immerhin schon eine Revolution versucht hat. Wir haben das im PS („Pflasterstrand“ - Anm. d. Verf.) das „Sowjetunion-Syndrom“ genannt... Eine Art Vertiktheit also. Wer geistig gesund ist, hält zu den Lügen der imperialistischen Kriegspropaganda gefälligst das Maul - und je größer die Lügen sind, umso weniger werden wir uns „darauf einlassen“, diese Lügen einer Kritik zu unterziehen!

Die redaktionelle Einleitung enthält außerdem ein paar Worte warmsten Verständnisses für den geistigen Fehler, wenn man die Beleidigungen, die er ihr (der Friedensbewegung - Anm. AK) entgegen schleudert, zum Anlaß nimmt, um ihn mit dem „Bayernkurier“ in einen Sack zu stecken. Unsere Aufgabe wäre vielmehr, sich mit den Bedenken derjenigen, die die „Indianer“ des Ostens sind, solidarisch auseinanderzusetzen... Es sei kein Wunder, daß im Osten „ein ungeheures Mißtrauen“ gegen die Friedensbewegung herrsche. „Da gibt es nicht wenige, die sich nach Pershing und Cruise mühsam geradezu wehren (Offensichtlich passiert im Osten der Deutsche Todestrieb? - Anm. d. Verf.), weil sie darin eine Freiheitsgarantie vermuten, die den Kram zum vorrückigeren Umgang mit Elmsäuren zwingt. Es ist schwer, sich dieser Argumentation ganz zu verschließen.“ - Das soll doch wohl heißen: Ganz tief drinnen (man) will uns eigentlich auch ein bißchen über die Atomraketen der NATO.

Fortsetzung nächste Seite



Lemmings auf der Wanderung



Fortsetzung von voriger Seite

Die Begleitmusik der „TAZ“ zum 22.11. sah folgendermaßen aus:

● Am 20.11. wurden auf zwei vollen Seiten der Offense Brief Havemanns an Breschnew und die stattdichte Liste der Unterzeichner abgedruckt. (Der Text wurde im AK 211 ausführlich kritisiert. Das soll hier nicht noch einmal wiederholt werden).

● Am 24.11. schockierte die „TAZ“ ihre Leserinnen schon auf der Titelseite mit der bangen Frage: „Ist die Friedensbewegung die 5. Kolonne Moskaus?“ Publiziert wurden zwei Beiträge, in denen diese Frage mit einem „JA!“ beantwortet wurde – nämlich ein Interview mit dem sowjetischen „Disidenten“ Voslensky („Er war einer der Hauptredner auf der Breschnew-Demo der Grünen am Sonntag in Bonn“) und eines mit dem schon bekannten Castoriadis. Auf die klare Frage, ob die westliche Friedensbewegung ein „nützlicher Idiot Moskaus“ sei, antwortete Voslensky ebenso klar: „Ja, natürlich. Die sowjetische Außenpolitik will das Kräfteverhältnis in Europa verschieben. Europa gilt ihr als reich, aber politisch ahnungslos, harmlos und schwach. Durch Abgrenzung Amerikas von Europa und Anketzen der Nato sucht sie das Kräfteverhältnis zu ändern. Vor dem Nachrüstungsbeschluss hat Moskau nur lauwarm protestiert, hat sich nicht bemüht, ihn zu verhindern. Nach dem Beschluss setzt die Sowjetunion alles daran, ihn rückgängig zu machen. Sie hat eben ein Interesse an der Diskussion des Beschlusses, weniger aber Angst vor den amerikanischen Mittelstreckenraketen. Sie hofft, so die Nato diskreditieren zu können. Die wichtigste Aufgabe der Friedensbewegung besteht deshalb darin, Breschnew jede Hoffnung auf psychologisch-politischen Gewinn zu nehmen, ihm klarzumachen, daß sie für den Frieden, weder eine antiamerikanische noch gar eine prosozialistische Bewegung ist.“ – Es sei „doch geradezu eine Schweinerei“, daß die Sowjetunion „gerade in den Jahren der Entspannung, den 70ern, in aller Ruhe ihre für Europa bestimmten Raketen produziert“ habe. Die Friedensbewegung müsse von der Sowjetunion deshalb fordern: „Verhandlungen um eine Nulllösung! Verschrötung aller SS 20 vor den Augen einer internationalen Kommission.“

In dem zweiten Interview trägt Castoriadis die alten Freunden der „Peking Rundschau“ und der allzu früh von uns gegangenen „Roten Fahne“ (KPD) wohlbekannten Geschichten vor: Es sei „offensichtlich“, daß die ganze Linke, und nicht nur die Linke, dauernd den Umfang des russischen Militärpotentials und sein ständiges Ansteigen unterschätzt hat... Die Sowjetunion habe – anscheinend im Gegensatz zum Westen? – in den letzten 15 Jahren viel aufgerüstet, und der ganze Gleichgewichtsschmerz war, wenn wir das Jahr 1980 nehmen, ein ganz großes Ungleichgewicht“, zugunsten der Russen natürlich. „Ich habe in meinem Buch „Im Angesicht des Krieges“ sehr lange Quellen verwendet mit den besten verfügbaren Zahlen, die zu haben sind, nämlich vom Institut für strategische Forschung in London. (Ein Nato-eigenes Institut, das jeweils die Zahlen liefert, die die Nato-Propaganda gerade benötigt! – Anm. d. Verf.). Die Russen haben eine Überlegenheit der Landstreitkräfte im Verhältnis vier zu eins. Eine

annähernd gleiche Überlegenheit existiert auch im Bereich der atomaren Bewaffnung“. Zum Wohl des Londoner Instituts ist anzumerken, daß diese Behauptungen keinesfalls aus seinem Material hergeleitet sind, sondern daß Castoriadis sie wahrscheinlich im Saff ausgewürfelt hat. Unter ähnlichen Umständen kam wohl auch seine Behauptung in dem Interview zustande: „Die amerikanische Rüstungspolitik ist in Trümmern.“

Das Ganze wäre nur dröhlig – wenn damit nicht der Anspruch der „TAZ“-Redaktion verbunden würde, endlich mal kritisch und rückwärtsgewandt über die von der missbrauchten Linken bisher übersehene Gefährlichkeit der Sowjetunion zu informieren.

● Am 25.11. wurde auf der Titelseite gefragt: „Nur eine schwache Antwort auf Reagan?“. Die Frage bezog sich auf eine Rede von Thompson (Russell Peace Foundation), der (laut „TAZ“) auf einer Veranstaltung am 23.11. in Berlin erklärt hatte, „die Friedensbewegung dürfe nicht mit einem schlichten „Nein“ auf die Rede Reagans antworten“. Reagans Rede („Null-Lösung“) sei zwar „einstufig und schlecht, mit falschen Angaben“ gewesen, aber sie sei dennoch „ein neuer Vorschlag und ein Schritt in die richtige Richtung“ gewesen, aber sie sei „schlecht, mit falschen Angaben“ gewesen, aber sie sei dennoch „ein neuer Vorschlag und eine Reaktion auf die europäische Friedensbewegung“ gewesen. – Aus der geringen Beteiligung an der Bonner Demonstration und aus der Tatsache, daß Petra Kelly (Mitglied des Bundesvorstands der Grünen) auf der Titelseite der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ gewürdigt wurde, schloß der „TAZ“-Redakteur resignierend, daß die westdeutsche Friedensbewegung wohl wirklich „nur russisch mit Reagan reden“ könne.

Im Inneren waren zwei Seiten der „TAZ“ vom 25.11. dem großen Thema gewidmet. Auf einer Seite wurde der Text von Heinz Brandt aus dem „Pflasterstrand“ nachgedruckt. Auf der anderen Seite gab es ein Interview/Gespräch mit Thompson, einen Kommentar zur Bonner Demo („Verpönte Chancen“) und einen Artikel „Zur Logik osteuropäischer Militärpolitik“. Dieser beschäftigte sich mit dem Nachweis, daß die sowjetische Politik kein Stück besser sei als die amerikanische: „Trotz mehrfacher Overkill-Kapazitäten ist bei den sowjetischen Militärs keinerlei Bereitschaft vorhanden, die gefährlichen Waffensysteme sozusagen bedingungslos, einseitig und damit demonstretisch abzubauen... Es ist trivial festzustellen, daß die sowjetische Rüstung niemals so stark gewachsen ist, wie in der Zeit der Abrüstungsverhandlungen... Sowjetische Militärs sind ebenso wie ihre amerikanischen Kollegen davon überzeugt, daß eine nukleare Ausbeendungsleistung gewinnbar sein könnte“. – In dem Interview legt Thompson die bekannten Standpunkte der Russell Peace Foundation dar. Insbesondere betont er die Notwendigkeit, nicht bloß den bedingungslosen Verzicht der Nato auf die „Nachrüstung“ zu fordern, sondern zugleich auch den ebenso bedingungslosen und einseitigen Abbau der SS 20. Die Gleichung ist mittlerweile bekannt. Daß der Engländer Thompson jene 64 Atomraketen seines Landes, die auf U-Booten durchs Meer kutschiert werden, nicht zum Gegenstand der Rech-

nung macht, darf man wohl nicht mehr als Vergeßlichkeit beschönigen. (Thompson liegt damit stimmungsamäßig im Mehrheits-Trend seiner Landsleute. Laut Meinungsumfrage sind zwar bloß 31 % der britischen Bevölkerung für den „Nachrüstungsbeschluss“, aber 69 % unterstützen die britische Atomwaffen. (Nach „Welt“, 26.11.).

● Am 26.11. stand eine Seite der „TAZ“ für Kommentare zur Westberliner Parteitags-Rede von Günter Gaus (SPD) zur Verfügung. In der redaktionellen Einleitung wurde netterweise der Eindruck erweckt, als habe man ganz pluralistisch „Grüne, Friedensfrauen, ALF und andere Alternative und Linke“ zu Wort gebeten. Schaut man näher hin, ist die ideologische Schlagseite unübersehbar: Es kommentierten die Journalistin Sophie Behr (die sich darauf konzentrierte, die „gemeinsamen Wurzeln“ von Militarismus und Patriarchat zu betonen), Heinrich Albertz (wie immer liberal und friedfertig, aber mit einem unwiderstehlichen Hang zur „nationalen Frage“), Wolfgang Kaiser (ehem. Chef der vaterländischen KPD in Westberlin, der jetzt die alte Linke kaum verändert in der Berlin-AG der Alternativen Liste fortsetzt), Peter Brandt (linker Sozialdemokrat mit Schwerpunkt „nationale Frage“) und Marieluise Beck-Oberdorf (Landesvorsitzende der Grünen Baden-Württemberg, Botschafterin von „alternativer Verteidigung“ und Gegnerin des Krefelder Appells).

Einseitige Abrüstung der Sowjetunion?

Was am Ende bei der hier betriebenen Neu-Ausrichtung der Friedensbewegung herauskommen könnte, ist dies: In unserem eigenen Land sind wir bis zum heutigen Tag nicht in der Lage gewesen, die Rüstung zum Krieg zu stoppen oder gar – behüte Gott! – Abrüstungsmaßnahmen durchzusetzen. Daß sich das jemals ändern wird, ist immerhin noch zweifelhaft. Unter solchen trüben Bedingungen kann die Auffassung an Boden gewinnen, daß dann gefälligst die Sowjetunion mit der Abrüstung einseitig beginnen sollte. Es breitet sich sogar die Meinung aus, daß eigentlich die Sowjetunion hauptverantwortlich dafür sei, daß wir mit unserer Friedensbewegung in der Sache nicht vorankommen. Würde die Sowjetunion nicht dauernd aufrufen und jetzt sogar eine Kriegsflotte auf die Ozeane schicken – statt die Weltmeere lieber den Amerikanern, Briten und Franzosen zu überlassen! – hätten wir es hier bestimmt sehr viel leichter, endlich mal greifbare Erfolge zu erkämpfen!

Stellvertretend für das Denken vieler schreibt ein E. Müller im „Info“ der Grünen Nordrhein-Westfalens Nr. 7 (Sept. 81): „Wenn wir uns gegen die SS 20 mitwenden, gegen die atomare Abschreckungsposition auf beiden Seiten, wenn wir verstehen, daß auch der scheinbare Antikommunismus (der oft nichts anderes ist als demokratische Empörung über undemokratische Zustände, die sich frecherweise „kommunistisch“ nennen) einen richtigen Kern hat, dann haben wir vielleicht eine Chance. Überhaupt hält die Mehrheit der Bundesbürger die BRD ja nur deshalb für „verdingelt“, weil sie ihnen als kleineres Übel gegenüber dem „realen Sozialismus“ erscheint.“ (Hervorhebungen im Original. Ähnlichkeiten mit den Argumentationsmustern der aufgelösten „KPD“ sind beabsichtigt).

Wer so engagiert die widerwärtigsten Massenstimmungen im eigenen Volk zu vergolden versucht, wird nötigenfalls auch noch den „richtigen Kern“ der sich ausbreitenden („scheinbaren“) Ausländerfeindlichkeit aufzuspüren müssen. Dabei verrät E. Müller ja eigentlich nur eine Banalität: Seit die Soldaten nicht mehr wie im 18. Jahrhundert mit dem Rohrstock in die Schlacht geprügelt werden, ist positives Engagement vonnöten. Diese Motivation entsteht in der Regel aus der Überzeugung, bedrohte Werte gegen einen minderwertigen Feind zu verteidigen. Anders hätten weder Hitler Feldzüge noch der Vietnamkrieg der USA jahrelang geführt werden können. Nicht einmal der Völkermord an den Juden wäre ohne das im deutschen Volk weitverbreitete Gefühl von eigener Überlegenheit und Gefährlichkeit der Juden (der „scheinbare Antisemitismus“, um es zeitgemäß ausgedrückt zu formulieren) zu organisieren gewesen. Daß bestimmte Anschauungen im Volk massenhaft vorhanden sind, beweist

nicht per se (= aus sich heraus), daß diese Anschauungen auch richtig sind. (Oweis, daß man solche Selbstverständlichkeiten noch extra aufschreiben muß!).

Ähnlich populär wie die zitierten Anschauungen von E. Müller ist ein Argumentationsmuster aus dem Aufruf von Grünen, BDU u.a. zur Anti-Breschnew-Demonstration: „Sowjetische Mittelstreckenraketen sind heute auch auf diejenigen westeuropäischen Länder gerichtet, in denen bisher keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der Nato erleichtert, die Psychologie des Westbürgers in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.“

Diese Argumentation ist von klassisch deutscher Weinerlichkeit und Selbstmitleid völlig erfüllt. „Wir“ sind von russischen Atomraketen bedroht, obwohl „wir“ den Russen doch gar nichts tun wollen und können. – „Wir“ übersehen bei unserem Gejammer lediglich geflissentlich ein paar Umstände:

1. „Wir“ unterhalten auf „unserem“ Grund und Boden seit Jahren die größte Konzentration von Atomwaffen, die es überhaupt irgendwo auf der Welt gibt. Zum großen Teil handelt es sich dabei um Waffen, die ihrer Reichweite und ihren Standort nach im Kriegsfall nur zur Zerstörung unseres eigenen Landes geeignet sein können. (Dasselbe gilt für Frankreichs „taktische“ Atomwaffen.) Nennenswerte „Er-schütterungen“ hat diese Tatsache bis zum heutigen Tag nicht hervorgerufen – ganz im Gegensatz zu dem mit sämtlichen verfügbaren Mitteln aufgeheizten Geschrei über die Bedrohung durch die SS 20.

2. Vom Boden der BRD aus wird zwar nicht die Sowjetunion, wohl aber z.B. die DDR und Polen mit Atomwaffen bedroht, also Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes. Daraus müßte sich eigentlich ergeben, daß es zwar unfair ist, wenn wir durch Mittelstreckenraketen aus der Sowjetunion bedroht werden, aber daß es recht und billig ist, wenn wir vom Boden der DDR aus atomar bedroht werden. Solche Überlegungen sind offensichtlich albern, weil es für uns „im Ernstfall“ gar keinen spürbaren Unterschied machen würde, ob uns Atomwaffen von der DDR oder von der Sowjetunion aus vernichten.

Tatsache ist, daß vom Boden der BRD aus andere Staaten atomar bedroht werden. Solange dies so bleibt, können wir nicht glaubwürdig jammern, wenn uns andererseits die Verbündeten dieser Staaten atomar bedrohen.

3. Jedem simplen Ganoven, der sich an einem Bankraub beteiligt, ist wohl klar, daß es im Ernstfall wenig Unterschied machen wird, ob er bloß Schindler gestanden oder ob er den Kassierer mit der Pistole bedroht hat. Was für einen bescheidenen Bankraub gilt, gilt selbstverständlich erst recht für die Vorbereitung von Kriegen. Die BRD ist seit Jahr und Tag der ängstliche und gefügigste Partner der USA. Dies hat heute schon sehr handfeste Konsequenzen, wie etwa die bundesdeutsche Rolle bei Installation und Abrüstung des Terror-Regimes in der Türkei. In einem größeren Konflikt wäre unser Land zumindest militärische Basis für die USA. Solange dies so ist, werden wir die Risiken dieser Politik mitzutragen haben. Der Gedanke, man könne sich zu eigenem Nutzen an den militärischen Abenteuern der USA beteiligen, ohne auch an den Gefahren dieser Politik teilzuhaben, ist zwar sehr verlockend, aber wenig realistisch.

Man könnte einwenden, daß die Friedensbewegung gerade diese Pol-

tik der Anbindung an die USA nicht will, daß sie auch die Ausplünderung und Unterdrückung der 3. Welt gar nicht will usw. – Das ist selbstverständlich richtig. Es sollte aber eigentlich niemand verwundert sein, daß die Sowjetunion ihre Politik erst einmal an den Realitäten orientiert, und nicht am guten Willen einer Oppositionsbewegung, die in der Praxis bis zum heutigen Tag erfolglos ist.

Manchen Friedensbewegten gerät überdies die Tatsache aus den Augen, daß wir mit unserem Kampf gegen die „Nachrüstung“ in allererster Linie eigene Interessen wahrnehmen. Daß diese Interessen mit denen der Sowjetunion gleichlaufen, stimmt zwar, ist aber nicht Motiv der Friedensbewegung. Weil es um unsere ganz und gar eigennützigen Interessen geht – die BRD nicht Schauplatz eines Atomkriegs werden zu lassen – ist jeder Gedanke makaber, wir könnten der Sowjetunion für unseren Kampf irgendeinen „politischen Preis“ abverlangen. Teile der Friedensbewegung verkennen diesen Zusammenhang offensichtlich. Sie träumen davon, beim Atom-Poker der Supermächte unterm Tisch mitbieten zu können. Die Drohung mit der Nato-„Nachrüstung“ ist für sie das geeignete Mittel, um nicht bloß die Forderung der Nato (Verschrötung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen) zu wiederholen, sondern um noch allerlei zusätzliche Forderungen mit aufs Päckchen zu schnüren: Abzug aus Afghanistan, keine Intervention in Polen, Freiheit für Sacharow (der uns dafür zum Dank auf die Fußmatte scheißt, indem er die Springerpresse mit Beschimpfungen der Friedensbewegung bedient)...

In den kommenden Monaten wird sich für Teile der Friedensbewegung voraussichtlich noch mancherlei Gelegenheit bieten, auf den Leim von Reagan und Schmidt (bzw. eventuell dessen Nachfolger) zu rutschen: Reagan hat angekündigt, die begonnenen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen unter das Motto „START“ zu stellen. Das bedeutet dem Namen nach, daß im Gegensatz zu den früheren „SALT“-Verhandlungen nicht bloß über Rüstungsbegrenzungen, sondern weitergehend über Abrüstungsmaßnahmen gesprochen werden soll. Gemahnt ist selbstverständlich anschließend: Abrüstung der Sowjetunion!

Der nächste Trick steht schon fest: Wenn sich demnächst die Frage der Stationierung der Neutronenbombe in Europa zuspitzt, werden die Massenmedien eine heiße Kampagne gegen die erdrückende Überlegenheit der sowjetischen Panzertruppen starten, die angeblich die Stationierung der Neutronenbombe unbedingt erforderlich mache. Die Stationierung der Neutronenbombe könne aber vermieden werden, falls die Sowjetunion bereit wäre, 10 - 20.000 ihrer modernsten Panzer zu verschrotten. (Die genaue Zahl wird noch ausgewürfelt.) Zu diesem Zeitpunkt werden dann auch einige Friedensbewegte sich von den russischen Panzern wahnsinnig bedroht fühlen und von der Sowjetunion dringend deren Verschrottung fordern.

Das Propaganda-Muster eignet sich im Prinzip für sämtliche Bestandteile des Nato-Kriegsruftungs-Programms der nächsten Jahre. Dieses Rüstungsprogramm ist ja so gigantisch, daß die Sowjetunion im Austausch fast total abrüsten müßte, wenn sie die diversen noch zu erwartenden „Null-Lösungen“ akzeptieren wollte. Damit hätten „wir“ unser Ziel ja schon zur Hälfte erreicht, oder? ...

Kt., Hamburg

Nachträge...

1) Für Freunde der kleinen Feinheiten sei angemerkt, daß Bukowski seinen „Pflasterstrand“-Artikel inzwischen auch, mit offener zur ganz geringfügigen Veränderungen, auch an die Londoner „Times“ verkauft hat, die als eines der imperialistischen Zentralorgane gelten kann und besonders auf Warnung vor der russischen Gefahr spezialisiert ist. (Meldung der „Welt“ vom 5.12.).

2) Die außerhalb der umstrittenen „Nachrüstung“ geplante Aufrüstung der NATO im Mittelstrecken-Bereich ist noch erheblich umfangreicher als die von der „Welt“ (26.11.) berichtete Zahl von 1700 „Tomahawk“-Cruise Missiles (CM), die auf U-Booten stationiert werden sollen. Die genauen Zahlen dieses „Beschaffungsprogramms“ werden unterschiedlich berichtet. Gewiß ist

jedenfalls, daß u.a. auch eine Ausrüstung von Flugzeugen mit Cruise Missiles (also Mittelstreckenwaffen) vorbereitet wird, und zwar handelt es sich dabei um über 3000 (in Worten: über Dreitausend) Marschflugkörper. (Eine Übersicht des US-Departments of Defense und General Accounting Office gibt dafür eine Zahl von 3424 CM zu Gesamtkosten von 5,2 Milliarden Dollar an. – Nach der Dokumentation „Extra 2“, deren Herausgeber der ESG und anderen kirchlich-pazifistischen Kreisen nahestehen.)

3) Tatsächlich hat die Panzer-Kampagne, die im Artikel vorausgesetzt wird, bereits begonnen. Vgl. z.B. „Auch bei Panzern liegt Moskau vorn“, Bericht der „Welt“ vom 4.12. über ein soeben vorgestelltes NATO-Rüstungsjahrbuch.

3. Sozialistische Konferenz

Die Differenzen werden immer offensichtlicher

Noch einmal, wahrscheinlich zum letztenmal, versammelten sich für drei Tage vom 27. bis zum 29. November in Bochum 500 Sozialistinnen aus der BRD und Westberlin. Dessen wurde in zwei Plena und neun Arbeitsgruppen zu den Fragen Kriegsgefahr und Friedenspolitik diskutiert.

Auf dem Eingangsplenum am Freitagabend wurden einleitend Beiträge von Joachim Bischoff (SoSt), Heinrich Beckhoff (KB), Ralf Fücks (Komitees für Demokratie und Sozialismus, heute ISP), Beate Landefeld (DKP), Wolfgang Harich, Regenstein (Grüne NRW), und Michael Stamm (Gruppe Z, heute ISP) gehalten. Kurzfristig abgesagt hatten trotz vorheriger Zusagen Gerhard Schröder (SPD), Petra Kelly (Grüne), Rudolf Bahro und Gerhard Kade (KoFAZ). Entgegen Behauptungen von interessierter Seite, diese Absagen lägen in der sektiererischen Linie der Vorbereitungsgruppe für die SK begründet, hatten sie in der Mehrzahl ganz handfeste Gründe, die außerhalb der Einflussmöglichkeiten der SK-Vorbereiter lagen: Die SPD-Linken haben sich darauf verständigt, die Parteiführung nicht über Gebühr zu reizen, worin sicherlich das Auftreten auf einer "linksradiakalen" Veranstaltung zählt. Petra Kelly mußte sich zur gleichen Zeit auf einer Vorstandsklausur gegen Angriffe gegen ihre friedenspolitische Linie zur Wehr setzen. Rudolf Bahro war es vor, am gleichen Wochenende auf einer Konferenz der Bhagwan-Jünger in Westberlin zu sprechen.

Die Diskussion wurde in den drei Tagen weitgehend von Vertretern der traditionellen Linken geführt. Den stärksten Block stellten die modernen Sozialisten (auf einer während der SK durchgeführten Veranstaltung der ISP waren ca. 200 Leute anwesend); hinzu kamen Anhänger der aufgelösten KPD, des KBW, der DKP, der SoSt, wenige KBler, Grüne und eine Reihe von unorganisierten Sozialisten.

Während der Konferenz sind erwartungsgemäß kaum neue Argumente für den Friedenskampf entwickelt worden, aber es hat doch die Aufgabe erfüllt, die Differenzen in dem sich als sozialistisch begriffenden Lager offensichtlicher zu machen. Diese Differenzen sollen an den einzelnen Abschnitten der Konferenz deutlich gemacht werden.

Gibt es eine Bedrohung

Gibt es eine Bedrohung durch die SU?

Schon während der Eröffnungsveranstaltung wurde das Schwergewicht von der Frage „Kriegsgefahr und Friedenskampf“ auf die Frage der Einsichtung und der Rolle der SU verlagert. Für diese Richtung spielte der Beitrag von Ralf Fücks (Komitees für Demokratie und Sozialismus, ehemals KBW und heute ISP) eine besondere Rolle. Er vertrat die Ansicht, die SU sei zwar ökonomisch den USA unterlegen, könne deshalb auch auf diesem Gebiet nicht konkurrieren, sie versuche aber gerade deshalb ihren Expansionismus militärisch abzusichern. Durch diesen militärischen Expansionismus versuche sie auch, ökonomische Einflüsse in der Welt abzusichern, wodurch sie die Kriegsgefahr anheize. Dagegen standen, in unterschiedlicher Intention, Thesen von SoSt, DKP, KB und Gruppe Z, die den Kriegstreiber in den USA und dem mit ihm verbundenen imperialistischen System sahen.

Von besonderem Interesse für die Teilnehmer der Veranstaltung war dabei die Kontroverse zwischen den Komitees für Demokratie und Sozialismus und der Gruppe Z, die jetzt beide der Initiative Sozialistische Politik angehören.

Michael Stamm sprach für die Gruppe Z im Kern von einer defensiven Rhetorik der SU und legte einen expansionistischen Charakter. Daß schließlich beide Positionen gerade auch aus dem Lager der ISP-Anhänger viel Beifall bekamen, zeigt nur die Verwirrung, die zu diesen Fragen in diesem neuen Organismus herrscht. Beide Positionen scheinen in der ISP tendenziell mehrheitsfähig zu sein.

Diese Kontroversen setzten sich fort in den am besten beach-

ten Arbeitsgruppen des Sonntags. Jeweils über 200 Teilnehmer diskutierten die Fragen „Sowjetunion - Friedensmacht, Kriegstreiber oder was sonst?“ und „Atomwaffenfreie Zone, Austritt aus der NATO, Neutralismus und Blockfreiheit?“. Dabei fiel auf, daß zu keinem Zeitpunkt über die Gefahr einer militärischen Aggression der SU gegenüber Westeuropa oder speziell der BRD diskutiert wurde. Diese Frage, die ja die eigentliche für den Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen ist, wurde von den Sozialimperialismustheoretikern penitent umgangen. Stattdessen wurde immer wieder die sowjetische Politik in Angola, die Einmischung in Äthiopien, der Überfall auf Afghanistan als Elemente einer Politik der Gefährdung des Weltfriedens hochstilisiert. Es wurde sich damit glatt in die NATO-Argumentation eingegliedert, die ja gerade davon ausgeht, daß die Eingriffe der SU in traditionelle Einflusssphären des imperialistischen Lagers der Grund der Kriegsgefahr sei.

Niemand stellte die These auf, die SU habe aggressive Absichten gegenüber Westeuropa. Dennoch wird gleichzeitig die Aufstellung der SS 20 als aggressives Akt gegen die Staaten Westeuropas bezeichnet. Dies läßt sich nur daraus erklären, daß der SU per se aggressive Absichten unterstellt werden (im Sinne der Sozialimperialismustheorie), man den Beweis im Konkreten jedoch nicht antreten kann. Von diesem Widerspruch ist aber mit Sicherheit nicht nur die SK, sondern ebenso ein erheblicher Teil der Friedensbewegung geprägt.

Die Frage nach Blockfreiheit, Neutralismus und Austritt aus der NATO wurde der gleichen Logik entsprechend nicht als Mittel gegen die imperialistischen Absichten der herrschenden Klasse der BRD und ihres Staates diskutiert, sondern in erster Linie als Mittel gegen die beiden Supermächte. Auch hierbei ging es dann wiederum hauptsächlich um die Rolle der SU. Diese Diskussion wurde hauptsächlich geprägt von Kadern der ehemaligen KPD. Wie diese Frage diskutiert wurde, hat sie frapierende Ähnlichkeiten mit dem von der VR China propagierten vereinigten Europa gegen die Supermächte, vordringlich der SU. Denn bei dieser Art von Blockfreiheit geht es nicht um die Eindämmung der aggressiven Absichten der westeuropäischen Imperialisten, sondern die SU, sondern um

Noch einen Schritt weiter geht Frieder O. Wolf (ISP, Redaktion „MOZ“), der die Frage: „Wie kann die Friedensbewegung in der BRD auf staatliches Handeln Einfluß nehmen, ohne integriert zu werden?“ so beantwortet: „In einer nationalsozialistisch organisierten Welt kann die nur Frieden schaffen, indem sie durchsetzt, daß die Regierungen der Nationalstaaten von einer Außenpolitik der Konfrontation und der Expansion ihrer Machtphären und von einer Militärpolitik der Hochrüstung und der Aggressionsvorbereitungen zu deren Gegenteil übergehen - zu einer Außenpolitik der Verständigung und der Achtung der nationalen Souveränität und zu einer Militärpolitik der Abrüstung und des Verzichtes auf Aggressionspotentiale“ (aus dem Vorbereitungsgedächtnis, Hervorhebung durch den Verfasser). Hiermit ist man bei der Rede von Eppel am 10.10. in Bonn angelangt. Auch er versteht seine vordringliche Aufgabe darin, die Friedensbewegung in Hinblick auf das Handeln der SPD und der Regierung zu kanalisieren. Nicht einmal der einfache Gedanke, genährt durch die Erfahrungen aus der Geschichte, daß imperialistische Staaten bisher nur durch Aufstand oder Revolution von ihren Absichten abzubringen waren, findet sich hier als Möglichkeit wieder.

Die SK hat gezeigt, daß gerade in dieser Richtung innerhalb des sozialistischen Lagers verstärkte Auseinandersetzungen notwendig sein werden.

Die Zukunft der SK

Diese 3. SK hat ein erheblich geringeres Spektrum umfaßt als die beiden vorhergehenden. Auch die Teilnehmerzahl war bedeutend geringer. Allein dies wäre noch kein entscheidendes Argument gegen eine Fortführung dieses Experiments. Immerhin ist die erklärte Absicht, die Rudolf Bahro mit der SK verband, die Aufhebung der traditionellen linken Organisationen, gescheitert. Dennoch gibt es einige Gründe, die SK in dieser Form nicht weiter fortzuführen. Zum einen hat sich innerhalb und aus der SK heraus mit der ISP eine Organisation gebildet, die ein erhebliches Spektrum der SK-Teilnehmer in sich aufgenommen hat. Viele Teile der Diskussion werden in der ISP fortgeführt werden. Weiterhin hat sich auf dieser SK gezeigt, daß das sich als sozialistisch begriffene Lager an der wichtigsten Frage, der um Krieg und Frieden, heute kaum gemeinsam handlungsfähig ist. Ralf Fücks hat dies auf Nachfrage eines KB-Vertreters auch ausdrücklich verneint. Notwendige theoretische Debatten werden aber gerade durch den Druck der praktischen Notwendigkeiten befähigt. Solange es völlig außerhalb einer zu entfaltenden Praxis geführt wird, verliert sie sich in Beliebigkeit und schließlich in Bedeutungslosigkeit.

Eine sinnvolle Fortführung der SK läge also in der Verbindung zwischen Arbeitskonferenzen über theoretische Fragen bzw. Differenzen und der Entfaltung gemeinsamer praktischer Initiativen. Dies schäufert gegenwärtig jedoch an dem einfachen Umstand, daß die vaterländische Richtung mit der Resignation „Nulllösung“ gut bedient ist.

Aufgeworfen wurde ein Vorschlag, die SK in eine Art „linke Messe“ zu verwandeln, die einmal jährlich den verschiedenen linken Organisationen, Publikationen und Initiativen die Möglichkeit bietet, sich einem großen Publikum vorzustellen (abzuhalten in der Art etwa der Gesundheitstage).

Über die Zukunft der SK soll auf einem Auswertungstreffen am 30. Januar 1982 in Hannover diskutiert werden.

he., Hamburg



Brüder der Nationalen Volksarmee in Berlin/DDR: Preußischer Kadavergehoram statt Sozialismus!

SED: Schwierigkeiten mit der Friedensbewegung

Im Mai 1981 wandte sich eine Gruppe von jungen evangelischen Christen aus Dresden mit einem Vorschlag für einen „Sozialen Friedensdienst“ an die Kirche.

Die Synode des evangelischen Kirchenbundes in der DDR beschloß am 22. September in Güstrow (Bezirk Schwerin) die Unterstützung dieses Vorschlages und forderte die Kirchenleitungen auf, über diese Forderung mit Regierungsvertretern in Verhandlungen zu treten. Für Kirchenfragen zuständig Staatssekretär der Regierung, Klaus Gysi, ging für „realsozialistische“ und speziell DDR-Verhältnisse erstaunlich moderat auf diese Forderung ein: Die Forderung sei nicht aus unläuterer Motiven gestellt, sie könne aber leider nicht realisiert werden, weil das die Aufhebung der Wehrpflicht bedeuten würde; außerdem habe die DDR schon jetzt Schwierigkeiten, die vereinbarten Kontingente für den Warschauer Pakt zu stellen.

Bislang gibt es in der DDR für Wehrpflicht bereits die Möglichkeit, den Dienst mit der Waffe aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen abzulehnen. Im September 1964 schuf die DDR-Regierung im Zuge der Entspannung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat dafür die gesetzlichen Möglichkeiten. DDR-Jugendliche, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, werden in besonderen Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) als „Bausoldaten“ eingesetzt, wo sie handwerkliche Arbeit (z.B. als Heizer) leisten. Mit dieser Regelung unterscheidet sich die DDR positiv von den anderen Warschauer-Pakt-Staaten, in denen (vor allem in der UdSSR) Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Knechtsstrafen verurteilt werden.

Allerdings müssen die „Bausoldaten“ in der DDR eine Exzerzierausbildung mitmachen und haben NVA-Offiziere als Vorgesetzte. Die Bausoldaten müssen außerdem ein Gelöbnis ablegen, in dem sie schwören, ihre „Kraft zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft“ der DDR einzusetzen und „aktiv dazu beizutragen, daß die Nationale Volksarmee an der Seite der Sowjetunion und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den sozialistischen Staat gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann“ (Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 16. September 1964). Es entscheiden sich jedes Jahr nur rund 500 DDR-Jugendliche für den Dienst als „Bausoldat“. Dies liegt vor allem daran, daß die „Bausoldaten“ später beruflich meist erheblich benachteiligt werden. Die „Bausoldaten“ sind in der DDR-Gesellschaft fast ebenso schlecht angesehen wie hieszulande „Knechtel“.

Daß die DDR-Behörden auf Pazifisten nicht gut zu sprechen sind, wurde am Weltfriedenstag (1. September) dieses Jahres in Berlin/DDR deutlich: Als eine Gruppe junger Christen Transparente mit Parolen wie „Frieden schaffen ohne Waffen“ für die Teilnahme an einer Kundgebung der FDJ (SED-Jugendverband) angefertigt hatte, wurden die Transparente von „der Sicherheit“ (DDR-Jargon für den Staatssicherheitsdienst der DDR) beschlagnahmt.

Die herrschenden Bürokraten in der DDR wissen, daß die NVA von der Jugend genauso wenig geliebt

wird, wie die Bundeswehr von den westdeutschen Jugendlichen. Nicht zuletzt das verbreitete Saufen „bei der Fahne“ (DDR-Jargon für NVA) zeigt dies deutlich. Die Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst erfreut sich in der Jugend der DDR (und nicht nur bei der Jugend) einer zunehmenden Popularität.

Daher haben die DDR-Behörden bislang auch weder gegen die über 60 Unterzeichner des Briefes von Robert Havemann an Leonid Breschnew (dokumentiert in AK 211, 25.10.81, S. 39) noch gegen den christlichen Pazifisten und Jugendpfarrer Rainer Eppelmann, der sich mit einem Brief an Honecker für einen Sozialen Friedensdienst eingesetzt hat, Repressalien ergriffen. Die Gefahr einer härteren Gangart seitens des Regimes gegen die zarten Keime einer Friedensbewegung in der DDR würde allerdings auf der dritten Tagung des auf dem X. Parteitag im Frühjahr gewählten Zentralkomitees (ZK) der SED am 19/20. November in Berlin/DDR deutlich. Im Gegensatz zu dem Integrationspolitiker Klaus Gysi, der sich in ähnlicher Weise wie seine westdeutschen Kollegen Peter Glotz und Egon Bahr bemüht hatte, die Friedensbewegung einzusengen, wurden hier zum Teil harte Töne angeschlagen. Werner Walde, ZK-Mitglied, Kandidat (Mitglied ohne Stimmrecht) des Politbüros des ZK der SED und erster Sekretär der Bezirksleitung Cottbus, kramte die ihm in der Stalin-Ära eingetragte Weisheit hervor, daß es sich bei einer Opposition gegen die „realsozialistische“ Regierung nur um finstere Machenschaften imperialistischer Agenten handeln kann.

Werner Walde meinte auf der ZK-Tagung: „... der Feind hat auch keine Chance, mit der Phrase des sogenannten sozialen Friedensdienstes Front zu machen gegen die notwendige militärische Stärkung des Sozialismus, wie auch zu solchen friedenssozialistischen und verfassungsfreudlichen Aktionen aufrufen möge. Dabei vergessen diese Leute, daß unsere ganze Republik sozialer Friedensdienst ist“ („Neues Deutschland“ (ND), 21.11.).

Nach seiner Ansicht „verstehen die Werktätigen immer besser die Vorzüge und die Überlegenheit des Sozialismus“ („ND“, 21.11.).

Bleibt nur die Frage, wie sich dieses „immer besser“ (übrigens eine „realsozialistische“ Standardphrase) Verstehen mit der Verbreitung der „verfassungsfreudlichen“ Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst verträgt ...?

Der Standpunkt des Herrn Walde, der in der praktischen Durchsetzung auf Massenverhaftungen und Ausweisungen von Pazifisten hinausläuft, scheint in der SED-Spitze (noch?) nicht vereinheitlicht zu sein. In der Diskussion auf der ZK-Tagung argumentierte nur ein weiterer SED-Funktionär (der Chef der Magdeburger SED-Bezirksleitung, Kurt Tiedtke) in die Richtung des Herrn Walde, und dies in weniger provokatorischer Form. Das ZK-Mitglied Tiedtke erklärte, „daß die allseitige Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht und ihr sicherer Schutz der wichtigste Beitrag zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe und zur entschlossenen Verteidigung des Friedens ist“ („ND“, 21.11.).

Parteilicher Honecker selbst ging in seiner recht ausführlichen Rede vor dem ZK, in der er sich vor allem auch mit Fragen der Kriegsgefahr befaßte, interessanterweise mit keinem Wort

Auszug ins Unbestimmte

Der Titel von Epplers Bestseller (im April 81, 30.000 Auflage) trifft unsere Zukunftsvisionen, ist vielversprechend den Verunsicherten. Er erinnert an den Auszug der Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei, an deren Hoffnung auf das „Land, wo Milch und Honig fließen“. Bei seinen Auszugsgedanken aber hält sich der jetzige Kirchentagspräsident nicht an die biblische Hoffnung einer menschlichen Zukunft in Vollkommenheit, was das materielle Wohlbefinden und die soziale Gerechtigkeit angeht. Nicht solche ungebrochene Utopie ist sein Leitbild, sondern eigene enttäuschende Kindererfahrungen bestimmen ihn bis heute.

„Ich wollte unbedingt sehen und erfahren, wo Himmel und Erde sich trafen. Aber als ich mit meinem geduldigen Vater die Stelle erreicht hatte, wo ... die Nahtstelle sein mußte, da sah alles aus wie überall... Himmel und Erde stießen zwar weiterhin zusammen, aber woanders, wider in der Ferne“ (S. 237).

In diesem Rückblick gibt sich der Autor seinen Lesern zu erkennen. Er sagt, woran er glaubt und was er will. Keine großen Visionen, sondern kleine Schritte der Systemreform. „Wir müssen durch kleine Schritte in der richtigen Richtung Fakten schaffen und gleichzeitig Bewußtseinswandel vorantreiben, um dann mit Hilfe des veränderten Bewußtseins den nächsten kleinen Schritt tun zu können“ (S. 147).

Man kann auch sagen: die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts. Ohne bestimmtes Ziel wird aber der Sinn der Reise fraglich. Trotzdem im folgenden ein Blick auf seine konkreteren Vorstellungen.

Von der Ohnmacht des Krisenmanagements

Der deutlich und mehrfach markierte Reibungspunkt der Epplerschen Kritik ist die Politik des Krisenmanagements, wie sie seit der Kanzlerschaft Schmidts im Westen üblich geworden und in der BRD vergleichsweise erfolgreich praktiziert wurde. Von diesem Erfolg hält Eppler allerdings wenig. Er ist der Auffassung, daß in der Mitte der 70er Jahre eine Zäsur deutlich wurde, daß eine entscheidende Veränderung der politischen und ökonomischen Bedingungen stattgefunden hat (Ölpreisschock, Grenzen des Wachstums, Bewußtseinswandel durch alternative Bewegungen).

„Die Welt hat sich fundamental verändert; mit den Mitteln ökonomischen Krisenmanagements ist dem nicht beizukommen, was nun vor uns liegt“ (S. 25).

Seine Kritik an diesen veralteten Methoden konzentriert sich letztlich auf zwei Punkte:

+ Die Politik des Krisenmanagements unterwirft sich der Ideologie des Wachstums (Leitbild der 60er Jahre) und der Sachzwänge.

+ Im Krisenmanagement wird die Politik degradiert zur Exekution sog. wirtschaftlicher Sachzwänge; sie hört auf, eigenständige Entscheidungen zu treffen.

Einen Freiraum politischer Entscheidungen, der an eigenen Wertmaßstäben sich orientiert, will Eppler gewinnen.

Wie sieht es aus um die Zukunft solcher Spielräume in unserer gesellschaftlichen Realität? Für den Autor werden sie sich wegen der Verfahrenheit und Widersprüchlichkeit des technokratischen Krisenmanagements mit Notwendigkeit ergeben. Diese Sicht stimmt den Leser optimistisch. Aber letztlich bleibt das eine kurzzeitige Euphorie mit Blindheit auf dem rechten Auge. Denn die gesamte reaktionäre Entwicklung der 70er Jahre bestand ja darin, solche Möglichkeiten weltpolitisch und gesellschaftspolitisch immer weiter einzuzengen. Diese politischen Hintergründe aktueller wirtschaftlicher Schwierigkeiten erwähnt Eppler jedoch nirgends. So kommen bei seinem verengten ökonomischen Blickwinkel imperialistische Kriegspolitik und Politik der nationalen Sicherheit (Aufteilung der Welt, Trilaterale Kommission) überhaupt nicht in den Blick. Muß da nicht seine Position auf ein „alternatives“ Krisenmanagement hinauslaufen und seine Forderung nach politischer Unabhängigkeit auf eine illusionäre Seifenblase?

Alternatives Krisenmanagement

In der Energiepolitik geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft. „So wird die Energiediskussion ein Signal für den Aufstand gegen die vorprogrammierte Zukunft. Gibt es nur diese eine Zukunft, also keine Alternative zu der Zukunft, die große Konzerne zusammen mit eingespielten Bürokraten für uns vorbereitet haben? Oder



Wo steht Erhard Eppler?

»Wege aus der Gefahr«

setzt sich die Einsicht durch, daß es die Zukunft nicht gibt, die sich zwangsläufig aus irgendwelchen Entwicklungen ergibt? (S. 155).

Die politische Entscheidung, die Eppler getroffen haben möchte, faßt er selber in einen Satz: „Es ist vernünftiger, die Nachfrage nach Energie zu drosseln, als das Angebot zu erhöhen“ (S. 164).

Neue Rahmenbedingungen für Innovationsentscheidungen sollen an der Stelle unbegrenzten, unvernünftigen Wachstums „selektives Wachstum“ ermöglichen. Da könne die ökologische Bewegung in politische Entscheidungen einwirken (S. 182). Was Epplers Reformdenken beschwingt, sind Stellungnahmen der Enquete-Kommission des Bundestages, die neben wirtschaftlicher internationale, Umwelt-

und Sozialverträglichkeit als Kriterien für energiepolitische Entscheidungen nennt; weiter die zunehmenden Schwierigkeiten der AKW-Wirtschaft und das gewandelte Bewußtsein der Öffentlichkeit. Für ihn sind AKWs aber nicht nur ökologisch unverantwortbar, sondern zunächst ökonomisch unvernünftig.

„Es ist also völlig offen, ob Atomstrom, wenn einmal alle Kosten für Entsorgung, Sicherung und den Abriss stillgelegter Reaktoren voll durchschlagen, billiger ist als Strom aus Kohle oder Erdgas. Nicht offen, sondern völlig sicher ist, daß die Einsparung von Öl billiger ist als das Ersetzen durch Atomstrom“ (S. 165).

„Es geht also nicht darum, das ökologische Richtige gegen das ökonomische Nötige abzuwägen. Es geht darum, das ökologische wie das ökonomische Vernünftige gegen partikuläre Wirtschaftsinteressen durchzusetzen“ (S. 166).

Wie soll das vor sich gehen? Eppler denkt an „unabhängige, pluralistisch zusammengesetzte Kommissionen, die von ökonomischen und administrativen Interessen so gut wie möglich abzusichern wären“ (S. 179).

Selbstkritisch ergänzt er eine Überlegung: „Auch bei der Wahl zwischen technischen Alternativen helfen Kriterien und Instrumente wenig, wenn es an der Macht und vor allem an der Konfliktbereitschaft fehlt. Deshalb wird nichts anderes übrigbleiben, als durch öffentliche Willensbildung Mehrheiten in Sachfragen zu schaffen und die Regierenden vor die Wahl zu stellen, welchen Konflikt sie vorziehen, den mit mächtigen Interessen zu blockieren oder den mit einem beträchtlichen, vielleicht entscheidenden Teil der Wählerschaft. Der Trampelpfad „politische Entscheidung zwischen technischen Alternativen“ ist schon ziemlich breit geworden“ (S. 180).

Trotz dieser gesehenen Konstellation von Macht und Ohnmacht fragt Eppler nicht nach politischen Alternativen!

Und auch hier bleibt zu fragen, wieso der Autor die parlamentarischen Methoden, mit denen Projekte wie Gorleben oder Startbahn-West machtpolitisch durchgesetzt werden, nicht

reflektiert. Öffentliche Willensbildung haben BRD-Politiker bisher meist diskriminiert; man denke an den „Krefelder Appell“ oder an die Verunsicherung von Volksabstimmungen (Startbahn-West).

Erinnert sei hier auch an die Initiative zu einer Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung der BRD 1951. Zunächst von der SPD unterstützt, trat diese später mit für das von der CDU/CSU erlassene Verbot ein. Die daraus mittlerweile entstandene Realität sieht doch so aus, daß der politizustaatliche Trampelpfad in die technokratische Diktatur des Atomzeitalters schon ziemlich breit geworden ist. Wege aus der Gefahr sind hier nicht alleine Kommissionen und „öffentliche Meinung“, sondern entschiedener öffentlicher Widerstand.

Ein weiteres Beispiel für Epplers Wege bietet das Thema der Rüstung. Seit der Bonner Demo vom 10.10. scheint erkennbar, daß der Autor als Präsidiumsmitglied der SPD mit dem Druck der Friedensbewegung in dieser Partei Politik machen will gegen den Aufrüstungskurs von Schmidt, andererseits die radikalen Forderungen der weithin pazifistischen Bewegung für eine mögliche Oppositionsrolle der SPD abschwächend, sie integrierend in Richtung auf reformerische Ziele.

Eppler kritisiert in seinem Buch den aggressiven Aufrüstungskurs der US-Regierung gegen die UdSSR und erwärmt sich für eine gradualistische (schrittweise) Abrüstungspolitik. Immerhin hält er folgende politische Marschroute für notwendig: „Die Risikobereitschaft zum Krieg muß durch die Risikobereitschaft zum Frieden ersetzt werden“ (S. 95).

Konkret laufen seine Vorstellungen auf eine Umrüstung der Bundeswehr zu einer defensiven Streitmacht hinaus. Dabei beruft er sich auf Mechttersheimer und Afshar. Summa: Eppler sucht nach militärischen Alternativen, nicht nach Alternativen zum Militär.

Obwohl die letzten Monate doch klar stellten, daß solche Vorstellungen wie die seinen erst durch den öffentlichen Druck der außerparlamentarischen (weithin antimilitarischen) Bewegung wieder ins Gespräch kommen konnten... Stellt sich also die Frage: Wie steht der Sozialdemokrat Eppler zur radikaldemokratischen und pazifistischen Opposition?

Machtpolitische Vereinnahmung

Seine Distanz zum Pazifismus begründet Eppler wie folgt: „Doch wird die Parole, 'Ohne Rüstung leben' politisch gar nichts bewirken, so verständlich sie ist, weil sie nicht mehrheitsfähig ist“ („Stuttg. Nachr.“, 11.2.81).

Mit diesem Argument gehört ein ihm verwandtes zum politischen Dogma von Erhard Eppler.

„Nichts ist in unserer Republik zu bewirken ohne Großorganisationen. Und Loyalität zu Parteifreunden. So einer politischen Partei, die vielleicht schon mehr als 100 Jahre an

Arbeit, an Erfolgen und Katastrophen, an Fehlern und Opfern und immer neuen Anläufen hinter sich hat, ist weder sentimental noch ein Zeichen moralischer Minderwertigkeit“ (Vortrag „Christen in der Bürgergemeinde“, 9.6.81).

Im Sinne dieser Selbstbeschreibung mit einem Hauch von Tragik (stat. Analyse) zwischen notwendiger Machtpolitik und menschlicher Glaubwürdigkeit, schließt Eppler sein Buch mit einer Apologie der Sozialdemokratischen Partei:

„Soweit diese Partei allein imstande ist, Pfade aus der Gefahr zu rechtzutrampeeln, so sehr man zweifeln darf, ob sich mit dieser Partei allein neue Zukünfte öffnen ließen, so täusche sich doch niemand: Ohne diese Partei gelingt es sicher nicht“ (S. 236).

Hier ist auch der Grund für seine stetig wiederholte Forderung, die Kritik der außerparlamentarischen Initiativen realistisch zur Politik zurückzukoppeln, d.h. praktisch an die Chefetagen technokratischer - bisher immer nur versprochener - Reformen.

Notwendig scheint es ihm andererseits zu sein, sich mit der Diskriminierung vergleichsweise harmloser Randdilemmen salonfähig zu erhalten. Oder wie sieht die Bonner Ausfälle Epplers zu erklären?

„Jeder Stein, der heute geworfen wird, wäre ein Stein gegen die Friedensbewegung. ... Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie nicht ausgrenzt, sondern sich öffnet“ (FR, 12.10.81).

Also Öffnung nach rechts und diskriminierende Verzeichnung politischer Militanz?

Mehrheitsfähigkeit politischer Forderungen, Mitarbeit in Großorganisationen, Hoffnung auf die SPD, Ausgrenzung militanter Positionen: das ist der politische Katechismus Epplers; sein Inhalt genau gesehen: machtpolitische Pragmatismus. Denn mit dem Hinweis auf diese Punkte umgeht Eppler immer wieder eine tiefergehende Auseinandersetzung mit radikaleren Positionen.

Das zwangsläufige Ergebnis einer solchen Position sind schließlich die Wirklichkeit schlimm verzerrte Vereinnahmungen. „Die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, nach langem Zögern doch noch Verhandlungen über eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa aufzunehmen, wertete er (Eppler) als Erfolg einer gemeinsamen Anstrengung der Bundesregierung und der Friedensbewegung“ (FR, 19.10.81). Da kann einem schon der Hut hochgehen.

Fazit: Reformersches Bemühen ohne Tiefgang

Soll man Eppler nicht das Bemühen um eine Wende abprechen, so wird eine weitergehende Beurteilung seiner Position zu begründen haben, warum die Friedensbewegung eine a d e r e Wende braucht. Das soll nun kurz geschehen.

• Als Sozialdemokrat fehlt bei Eppler eine durchgreifende Kritik der SPD-Politik auf dem Hintergrund der Geschichte dieser Partei und ihrer politischen Entscheidungen. Weil die SPD die Radikalität in ihren Reihen ausmerzte und die Eigentumsverhältnisse unangegriffen ließ, wurde sie zu einer konservativen Macht (s. P. Weiß, Ästhetik des Widerstands II, S. 304). Deshalb ist die Entscheidung für die NATO-„Nachrüstung“ weniger als technokratischer Irrtum einer von reformerischen Kurt Brandts abgefallenen Regierung, denn als in einer Linie mit der Bewilligung der Kriegskredite von 1914 zu sehen.

• Als politischer Kritiker hätte Eppler zumindest eine Auseinandersetzung mit radikalen systemkritischen Positionen besser zu Gesicht gestanden, als seine dauernden Bekenntnisse zum machtpolitischen Pragmatismus. So fehlt jedes Eingehen auf vorliegende politische Analysen, die z.B. die Ursachen der gegenwärtigen Kriegs-Gefahr mehr in dem imperialistischen Drang des Kapitals nach verschärfter Absicherung und Ausweitung seiner hegemonialen Ausbeutungspolitik als nur in dem technokratischen Wahnwitz einer zur Eigendynamik verelbständigten Aufrüstung sehen. Infolgedessen fehlt in seinem Buch die für die Friedensbewegung so entscheidende internationalistische Klammer zwischen Rüstungs-Ökologie- und Dritter Welt-Problematik.

• Als Mensch, der Erfahrungen verarbeitet und Phantasie für die Zukunft entwickeln will, durchbricht Eppler nicht den Binnensraum seiner institutionellen Verhaftung und Verblendung. Erfahrungen politizustaatlicher Willkür, die Entwicklung zu einer immer repressiveren Politik, Abbau von Demokratie und Zunahme des Militarismus: das alles wird nicht erwähnt, weil oder obwohl gerade die SPD diese Entwicklung trug und trägt.

• Als Christ sieht er sich und andere lediglich als Individuen, die in Loyalitätskonflikte mit ihrer Partei oder in Gewissenskonflikte mit ihrer Identität geraten können. Sein Vortrag auf dem Kirchentag hieß eben auch typisch individualistisch „Christen in der Bürgergemeinde“. Christengemeinden, die an aller Machtpolitik vorbei und im Protest gegen sie (z.B. Stromboykott) für eine neue Gesellschaftsordnung eintreten, scheint er trotz Kirchentag nicht im Blick zu haben oder politisch ernst nehmen zu wollen.

Einiges zum Umgang mit den reformerischen Kräften in der Friedensbewegung

Einiges zum Umgang mit den reformerischen Kräften in der Friedensbewegung

Das Dilemma einer radikalen Opposition in Deutschland bestand schon immer darin, ohn oder gegen die linke Sozialdemokratie nichts erreichen zu können: Es dürfte deutlich sein, daß Eppler diese Konstellation machtpolitisch auszunutzen versucht. Ziel einer sozialistischen bzw. kommunistischen Bündnispolitik muß es deshalb sein, das subjektive Wollen und Bemühen um Reform positiv aufzugreifen und auf dem Wege inhaltlicher Diskussion die unzureichende Zielbestimmung aufzudecken. Machtpolitischen Praktiken und machtpolitischen Argumentationen gilt es zu widersprechen. Sie müssen unbedingt verhindert werden, weil über diesen Hebel die Integration der Friedensbewegung in die Sozialdemokratie und also ihre Beerdigung vollzogen wird. Eppler als Starredner am 10.10. war schon ein Schritt in diese verderbliche Richtung, die dem Ursprung von außerparlamentarischen Initiativen nicht entspricht. In ihrem Ursprung ist die Friedensbewegung autonom, emotional und inhaltlich radikaler als der politische Reformismus. Ihre Stärke und ihr Rückgrat ist, daß sie getragen wird von einem tiefen Mißtrauen gegen alle etablierte Politik, auch Reformpolitik. Allein die stetige Festigung machtpolitischer Kritik in der Bewegung ist dauerhaft heilsam gegen reformerische Illusionen. Die Atompolitik ist der Höhepunkt und die drohende Katastrophe kapitalistischer und anderer Machtpolitik. Daß das viele ahnen, fühlen und wissen, ist der Ursprung der Friedensbewegung. Das Atomzeitalter kommt zum Bewußtsein seines Widerspruchs. Diesen Ursprung in politischer Autonomie zu einem stabilen gesellschaftlichen Faktor wachsen zu lassen, ist der zukünftig allein aussichtsreiche Weg. Die Reformer unter uns sollten immer wieder nur schlicht gefragt werden: Was hält euch noch an eurem Ort? Oder: Was hält Eppler in einer Krise mit in die Wege leitenden Partei und einer - realistisch gesehen - Aufrüstungspartei, in der Abrüstung doch noch nie mehrheitsfähig war!

Nachdruck aus „Gegen den Strom“ 5/81 (Postfach 1145, 2064 Kollingen)